



Geänderter Geschäftsbericht 2006/2007

Dieser Bericht ersetzt den Geschäftsbericht 2006/07,
erstmalig veröffentlicht am 28. Juni 2007

Ausgewählte Zahlen zum IKB-Konzern

Bilanzzahlen	31. März 2007 in Mio. €	Veränderung zum Vorjahr in %
Bilanzsumme	63 538	19,3
Forderungen an Kunden	29 685	6,0
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	13 913	-1,1
Verbriefte Verbindlichkeiten	39 556	28,6
Eigenkapital	1 191	-7,9
Ertragsentwicklung	2006/07 in Mio. €	Veränderung zum Vorjahr in %
Zinsüberschuss	677,9	11,0
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	259,0	-18,7
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge	418,9	43,5
Provisionsüberschuss	52,0	71,1
Fair-Value-Ergebnis	-40,9	-
Verwaltungsaufwendungen	316,2	17,5
Operatives Ergebnis	114,5	-33,0
Konzernjahresüberschuss	37,9	-65,2
Dividendensumme	0,0	-100,0
Ausgewählte Kennzahlen	31. März 2007	31. März 2006
Eigenkapitalrendite	9,4 %	13,8 %
Kosten-Ertrags-Relation	45,8 %	41,9 %
Zahl der Mitarbeiter	1 838	1 703

Rating der IKB per 15. Februar 2008	Long-Term	Short-Term	Outlook
Moody's	A3	P-2	„negativ“
Fitch IBCA	A+	F1	„stabil“

Kennzahlen zur IKB-Aktie	2006/07	2005/06
Ergebnis je Aktie	0,43 €	1,24 €
Dividende je Aktie	0,0 €	0,85 €
Dividendenrendite*	0,0 %	2,8 %
Höchstkurs im Geschäftsjahr	33,55 €	31,19 €
Tiefstkurs im Geschäftsjahr	25,38 €	20,15 €
Geschäftsjahresendkurs	29,85 €	30,36 €
Anzahl der Aktien*	88,0 Mio.	88,0 Mio.
Marktkapitalisierung*	2,63 Mrd. €	2,67 Mrd. €
* zum Geschäftsjahresende		
Aktionärsstruktur		
KfW Bankengruppe	38 %	
Stiftung Industrieforschung	12 %	
Institutionelle und private Aktionäre	50 %	

Amtlicher Handel an den Börsen in Frankfurt, Düsseldorf, Hamburg, Berlin-Bremen, Hannover, Stuttgart, München und im elektronischen Handelssystem Xetra

4	Aktionärsbrief
8	Organe und Gremien
8	Aufsichtsrat
9	Ausschüsse des Aufsichtsrats
10	Beraterkreis
13	Vorstand
14	Geänderter Konzernlagebericht
15	1. Nachtragsbericht
25	2. Prognosebericht
32	3. Bericht zum Geschäftsjahr 2006/07
32	3.1 Geschäfts- u. Rahmenbedingungen
36	3.2 Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage
40	3.3 Risikobericht
63	4. Vergütungsbericht zum Geschäftsjahr 2006/07
68	5. Sonstige Finanzinformationen
70	Corporate Governance
75	Bericht des Aufsichtsrats
91	Geänderter Konzernabschluss nach IFRS zum 31. März 2007
92	Geänderte Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung
93	Geänderte Konzernbilanz
94	Geänderte Aufstellung der erfassten Erträge und Aufwendungen
95	Geänderte Kapitalflussrechnung
96	Geänderter Anhang (Notes)
169	Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers
172	Entwicklung wichtiger Positionen
176	Glossar

Sehr geehrte Aktionärinnen und Aktionäre,

Sie halten den geänderten Geschäftsbericht mit dem neu testierten Konzernabschluss der IKB für das Geschäftsjahr 2006/07 in den Händen. Der Berichtszeitraum (1. April 2006 bis 31. März 2007) liegt zwar vor Ausbruch der existenzbedrohenden Krise der Bank im Juli 2007, aber auch für dieses Geschäftsjahr halten wir eine Neubewertung unter Berücksichtigung des aktuellen Erkenntnisstandes für erforderlich. Dies ist ein zentrales Element der gründlichen und transparenten Aufarbeitung der Ereignisse, die wir uns als Vorstand der IKB zum Ziel gesetzt haben.

Die Zusammensetzung des Vorstands hat sich nach der Krise auf wesentlichen Positionen geändert. Herr Dr. Glüder und ich haben am 30. Juli 2007 als neu bestellte Vorstände der IKB unsere Arbeit aufgenommen. Zum 15. Oktober 2007 wurde Herr Dr. Grzesik als Finanzvorstand neu bestellt.

Zur Bewältigung der Krise haben wir uns vor allem drei Ziele gesetzt:

- Transparenz zu schaffen
- die Bank zu stabilisieren und
- die Bank neu auszurichten.

Am 1. August 2007 hat der Vorstand der IKB in Abstimmung mit der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) und dem Aufsichtsrat die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft PricewaterhouseCoopers (PwC) mit einer Sonderuntersuchung beauftragt. Als Ergebnis dieser Sonderuntersuchung haben wir Mitte Oktober 2007 eine umfassende Sachverhaltsaufklärung und zahlreiche Empfehlungen für die Aufarbeitung der Krise und zur Restrukturierung der Bank erhalten. Dies führte zu tiefgreifenden Änderungen im Risikomanagement der Portfolioinvestments der Bank, zu weiteren personellen Maßnahmen im Vorstand und zu der Änderung des Konzern- und des Jahresabschlusses 2006/07 der IKB.

Existenzbedrohende Krise und Rettungskonzept

Ausgangspunkt der Krise war, dass die IKB im Geschäftsjahr 2006/07 in erheblichem Maße in strukturierten Wertpapierportfolien engagiert war, die auch Risiken aus US-amerikanischen Immobilienkrediten enthielten. Daneben hatte die IKB für das seinerzeit außerbilanzielle Conduit „Rhineland Funding“ Liquidi-

tätslinien von über 8 Mrd. € zugesagt. Aus heutiger Sicht überstieg dies zusammen mit weiteren Risiken aus dem Conduit bei Weitem die Risikotragfähigkeit der Bank.

Spürbar wurde dies am 27. Juli 2007. Die zunehmenden Unsicherheiten auf dem Markt für Asset Backed Commercial Paper führten für die IKB zu der konkreten Gefahr, aus den gewährten Liquiditätslinien in Anspruch genommen zu werden. Daraufhin wurde die Bonität der Bank so stark in Frage gestellt, dass Zahlungsunfähigkeit drohte. Um eine Schließung der IKB zu vermeiden, erstellte die KfW Bankengruppe (KfW) gemeinsam mit der Bankenaufsicht, der Bundesbank, dem Bundesfinanzministerium und drei Bankenverbänden (BdB, BVR und DSGV) ein umfassendes Rettungskonzept, das im November 2007 nochmals erweitert wurde (Risikoschirm).

Der Risikoschirm wurde der IKB von einem Bankenpool, bestehend aus KfW und drei Bankenverbänden, gewährt. Er deckt alle wesentlichen Risiken aus Rhineland Funding für die IKB ab und umfasst darüber hinaus eine Absicherung von Risiken aus on-balance Portfolioinvestments der IKB. Diese Absicherung erwies sich im Februar 2008 – infolge einer deutlich verschlechterten Marktentwicklung – als unzureichend. Unter Anwendung neu entwickelter Bewertungsmodelle auf die on-balance Portfolioinvestments der IKB mussten wir von zusätzlichen Marktwertverlusten in Höhe von rd. 950 Mio. € ausgehen.

Daraufhin wurde ein weiteres Maßnahmenpaket zugesagt, das aus einer in Höhe von 1,25 Mrd. € von der KfW garantierten Kapitalerhöhung sowie einer sofortigen Verstärkung des bankaufsichtsrechtlichen Kernkapitals der IKB besteht. Als ein weiteres Element der Sanierung der IKB ist auch die Veräußerung von wesentlichen Teilen der Portfolioinvestments beabsichtigt.

Aktionäre und Investoren stark betroffen

Wir wissen, dass die Krise der IKB die Aktionäre der IKB und auch alle sonstigen IKB-Investoren schwer getroffen hat. Die Aktie hat im Verlauf der Krise über drei Viertel ihres Wertes verloren; die Dividende wird ausfallen und auch die Nachrangemissionen der IKB verzeichnen erhebliche Wertverluste. Demgegenüber ist aber zu berücksichtigen, dass die Mitglieder des Bankenpools durch das Rettungskonzept Belastungen in Milliardenhöhe übernommen und dadurch den Fortbestand der IKB ermöglicht haben.

Wir sind uns auch bewusst, dass der Kapitalmarkt im Verlauf der Krise eine zeitnähere und umfassendere Information über die Geschäftsentwicklung der IKB auf Quartalsbasis erwartet hat. Daher ist uns die Verschiebung der Halbjahreszahlen nicht leicht gefallen. Letztlich haben wir jedoch der gründlichen Aufarbeitung – und dabei insbesondere der Konsolidierung der Einzelgesellschaften der Rhineland Funding und der Neubewertung der Portfolioinvestments – die höchste Priorität beigegeben.

Erhebliche Auswirkungen auf Finanzzahlen

Die von PwC empfohlene rückwirkende Änderung der Bilanzierung zum 31. März 2007 führt im Geschäftsjahr 2006/07 zu einem Operativen Ergebnis im Konzernabschluss von 115 Mio. €; dies sind 148 Mio. € weniger als ursprünglich ausgewiesen (263 Mio. €).

Die Verarbeitung der Finanzmarktkrise sowie notwendige Restrukturierungsmaßnahmen werden auch das Ergebnis des laufenden Geschäftsjahres erheblich belasten. Der Vorstand erwartet für das Geschäftsjahr 2007/08 im Konzern (nach IFRS) einen Jahresfehlbetrag von ca. 550 Mio. €, obwohl darin ein positiver Fair-Value-Effekt aus der Bewertung von Verbindlichkeiten in Höhe von rd. 770 Mio. € enthalten ist. Diese Ergebnisschätzung ist allerdings weiterhin mit großen Unsicherheiten behaftet.

Blick nach vorn

Die Verluste aus den Portfolioinvestments haben in der öffentlichen Wahrnehmung der letzten Monate das Kerngeschäft der Bank fast vollständig überlagert. Deshalb ist es uns besonders wichtig zu betonen, dass die IKB weiterhin auf ein stabiles und erfolgreiches Kerngeschäft bauen kann.

Wir haben in den letzten Wochen und Monaten einen einzigartigen Zuspruch und große Loyalität von unseren Kunden erfahren, aber auch von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die sich trotz der Krisensituation mit hohem Engagement für die Zukunft des Unternehmens einsetzen. Dies gibt der Bank Rückenwind für eine erfolgreiche Neuausrichtung mit Konzentration auf die Geschäftsfelder Firmenkunden, Immobilienkunden und Strukturierte Finanzierung.

Unser Marktantritt war schon immer geprägt durch Kompetenz, Kundenorientierung und Vertrauen – an diesen Werten werden wir weiterhin mit hohem Engagement festhalten. Dies gilt auch und gerade für die Zeit nach einem Verkauf des Aktienanteils der KfW an der IKB. Wir unterstützen das Verkaufsverfahren im Interesse des Unternehmens und der Aktionäre. Gemeinsam mit der KfW verfolgen wir das Ziel, dass die IKB auch mit einem neuen Großaktionär als Mittelstands- und Spezialbank erhalten bleibt.



Dr. Günther Bräunig
Vorsitzender des Vorstands
IKB Deutsche Industriebank AG

Aufsichtsrat

Ehrenvorsitzender

Prof. Dr. jur. Dr.-Ing. E. h.
Dieter Spethmann, Düsseldorf
Rechtsanwalt

Vorsitzender

Dr. h.c. Ulrich Hartmann, Düsseldorf
Vorsitzender des Aufsichtsrats der
E.ON AG

Stellv. Vorsitzender

Detlef Leinberger, Frankfurt am Main
Mitglied des Vorstands der
KfW Bankengruppe

Stellv. Vorsitzender

Dr. Alexander v. Tippelskirch, Düsseldorf
Stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats der
IKB Deutsche Industriebank AG

Dieter Ammer, Hamburg
Kommissarischer Vorsitzender des Vorstandes der
Conergy AG

Jörg Asmussen, Berlin
Ministerialdirektor im
Bundesministerium der Finanzen

Dr. Jens Baganz, Düsseldorf
Staatssekretär im Ministerium für
Wirtschaft, Mittelstand und Energie des
Landes Nordrhein-Westfalen

Dr. Jürgen Behrend, Lippstadt
Geschäftsführender persönlich haftender
Gesellschafter der
Hella KGaA Hueck & Co.

Wolfgang Bouché, Düsseldorf *

Hermann Franzen, Düsseldorf
Persönlich haftender Gesellschafter des
Porzellanhauses Franzen KG

Dr.-Ing. Mathias Kammüller, Ditzingen
Vorsitzender der Geschäftsleitung der
TRUMPF Werkzeugmaschinen GmbH + Co. KG

Jürgen Metzger, Hamburg *

Ausschüsse des Aufsichtsrats

Roland Oetker, Düsseldorf
Rechtsanwalt
Geschäftsführender Gesellschafter der
ROI Verwaltungsgesellschaft mbH

Dr.-Ing. E. h. Eberhard Reuther, Hamburg
Vorsitzender des Aufsichtsrats der
Körber Aktiengesellschaft

Randolf Rodenstock, München
Geschäftsführender Gesellschafter der
Optische Werke G. Rodenstock GmbH & Co. KG

Rita Röbel, Leipzig *

Dr. Michael Rogowski, Heidenheim
Vorsitzender des Aufsichtsrats der
Voith AG

Jochen Schametat, Düsseldorf *

Dr. Carola Steingräber, Berlin *

Dr. Martin Viessmann, Allendorf (Eder)
Vorsitzender der Geschäftsführung
Viessmann Werke GmbH & Co. KG

Ulrich Wernecke, Düsseldorf *

Andreas Wittmann, München *

Aufsichtsratspräsidium

Vorsitzender

Dr. h.c. Ulrich Hartmann

Detlef Leinberger

Dr. Alexander v. Tippelskirch

Finanz- und Prüfungsausschuss

Vorsitzender

Detlef Leinberger

Wolfgang Bouché

Dr. h.c. Ulrich Hartmann

Dr. Alexander v. Tippelskirch

* von den Arbeitnehmern gewählt

Beraterkreis

Vorsitzender

Jürgen R. Thumann, Berlin
Präsident des
Bundesverbandes der Deutschen Industrie e.V.

Stellv. Vorsitzender

Prof. Dr. Hermut Kormann, Heidenheim
Vorsitzender des Vorstands der
Voith AG

Dipl.-Ing. Norbert Basler, Ahrensburg
Vorsitzender des Aufsichtsrats der
Basler AG

Prof. Dipl.-Kfm. Thomas Bauer, Schrobenhausen
Vorsitzender des Vorstands der
BAUER Aktiengesellschaft

Dr. h.c. Josef Beutelmann, Wuppertal
Vorsitzender der Vorstände der
Barmenia Versicherungs-Gesellschaften

Dipl.-Ing. Jan-Frederic Bierbaum, Borken
Geschäftsführender Gesellschafter der
Bierbaum Unternehmensgruppe GmbH & Co. KG

Dipl.-Kfm. Martin Dreier, Dortmund
Geschäftsführender Gesellschafter der
Dreier-Werk GmbH Dach und Wand
+ Dreier Immobilien

Prof. Dr. phil. Hans-Heinrich Driftmann, Elmshorn
Persönlich haftender und geschäftsführender
Gesellschafter der
Peter Kölln KGaA

Dr. Hugo Fiege, Greven
Vorsitzender des Vorstands der
Fiege Holding Stiftung & Co. KG

Hans-Michael Gallenkamp, Osnabrück
Geschäftsführer der
Felix Schoeller Holding GmbH & Co. KG

Dr. Jürgen Großmann, Hamburg (bis 14.8.2007)
Vorsitzender des Vorstands der
RWE AG

Wolfgang Gutberlet, Fulda
Vorsitzender des Vorstands der
tegut... Gutberlet Stiftung & Co.

Franz M. Haniel, München (bis 10.10.2007)
Vorsitzender des Aufsichtsrats der
Franz Haniel & Cie. GmbH

Dipl.-Kfm. Dietmar Harting, Espelkamp
Persönlich haftender Gesellschafter der
Harting KGaA

Dr. Barbara Hendricks, Berlin (bis 5.12.2007)
Schatzmeisterin der SPD

Dr. Hannes Hesse, Frankfurt am Main
Hauptgeschäftsführer des
Verbandes Deutscher Maschinen-
und Anlagenbau e.V.

Dr. Stephan J. Holthoff-Pförtner, Essen
Rechtsanwalt und Notar

Martin Kannegiesser, Vlotho
Geschäftsführender Gesellschafter der
Herbert Kannegiesser GmbH & Co.

Dr. Michael Kaschke, Oberkochen
Mitglied des Vorstands der
Carl Zeiss AG

Dipl.-Wirtsch.-Ing. Arndt G. Kirchhoff, Attendorn
Geschäftsführender Gesellschafter der
KIRCHHOFF AUTOMOTIVE GmbH & Co. KG
c/o KIRCHHOFF Automotive Deutschland GmbH

Dr. Jochen Klein, Darmstadt
Vorsitzender des Beirats der
Döhler GmbH

Prof. Dr.-Ing. Eckart Kottkamp, Bad Oldesloe
Vorsitzender des Aufsichtsrats der
Hako Werke GmbH

Nicolette Kressl (ab 11.2.2008)
Parlamentarische Staatssekretärin
Bundesministerium der Finanzen

Matthias Graf von Krockow, Köln
Sprecher der persönlich haftenden
Gesellschafter des Bankhauses
Sal. Oppenheim jr. & Cie. KGaA

Andreas Langenscheidt, München
Geschäftsführender Gesellschafter der
Langenscheidt KG

Dr.-Ing. Wolfhard Lechnitz, Bonn
Vorsitzender des Vorstands der
IVG Immobilien AG

Axel Oberwelland, Berlin
Persönlich haftender Gesellschafter und
Vorsitzender der Geschäftsführung der
August Storck KG

Dipl.-Kfm. Jürgen Preiss-Daimler, Wilsdruff
Geschäftsführender Gesellschafter der
P-D Gruppe

Olivier Schatz, Paris
Co-Head of Corporate and
Investment Banking
NATIXIS

Hartmut Schauerte, Berlin
Parlamentarischer Staatssekretär beim
Bundesminister für Wirtschaft
und Technologie

Dr. Ingeborg von Schubert, Bielefeld
Vorsitzende des Beirats der
Gundlach Holding GmbH & Co. KG

Reinhold Schulte, Dortmund
Vorsitzender des Vorstands der
SIGNAL IDUNA Gruppe

Dr. Eric Schweitzer, Berlin
Mitglied des Vorstands der
ALBA AG

Dr.-Ing. Hans-Jochem Steim, Schramberg
Geschäftsführender Gesellschafter der
Hugo Kern und Liebers GmbH & Co. KG

Dr. Alfred Tacke, Essen
Vorsitzender der Geschäftsführung der
Evonik Steag GmbH

Dipl.-Kfm. Rainer Thiele, Halle/Saale
Geschäftsführender Gesellschafter der
KATHI Rainer Thiele GmbH

Torsten Toeller, Krefeld
Vorsitzender der Geschäftsführung der
Fressnapf Tiernahrungs GmbH

Dr. Martin Wansleben, Berlin
Hauptgeschäftsführer des
DIHK Deutscher Industrie- und Handels-
kammertag

Dr. Ludolf v. Wartenberg, Berlin
Mitglied des Präsidiums des
Bundesverbandes der Deutschen Industrie e.V.

Clemens Freiherr von Weichs, Paris
Président du Directoire
Euler Hermes

Vorstand

Dr. Günther Bräunig
(Vorsitzender des Vorstands seit 29. Juli 2007)

Frank Braunsfeld (bis 15. Oktober 2007)

Dr. Volker Doberanzke (bis 7. August 2007)

Dr. Dieter Glüder (seit 29. Juli 2007)

Dr. Reinhard Grzesik (seit 15. Oktober 2007)

Dr. Markus Guthoff (bis 15. Oktober 2007)

Claus Momburg

Joachim Neupel (bis 31. Dezember 2006)

Stefan Ortseifen (bis 29. Juli 2007)

Frank Schönherr (bis 30. November 2006)

Geänderter Konzernlagebericht

- 1. Nachtragsbericht
- 2. Prognosebericht
- 3. Bericht zum Geschäftsjahr 2006/07
- 4. Vergütungsbericht zum Geschäftsjahr 2006/07
- 5. Sonstige Finanzinformationen

1. Nachtragsbericht

Die IKB sah sich am 27. Juli 2007 einer existenzbedrohenden Krise ausgesetzt. Ursächlich hierfür waren die Entwicklungen auf dem US-amerikanischen Hypothekenmarkt im Subprime-Bereich. Die Existenz der IKB konnte nur durch ein umfangreiches Rettungspaket gesichert werden, das von der KfW

Bankengruppe und drei Verbänden des deutschen Kreditgewerbes (BdB, BVR, DSGV) zur Verfügung gestellt wurde.

Die wesentlichen Ereignisse ab dem Beginn der Krise sind in der folgenden Tabelle dargestellt:

Übersicht über die Krise und wesentliche Ereignisse

27. Juli 2007	Aufgrund der drohenden Inanspruchnahme der IKB aus Liquiditätslinien für das Conduit Rhineland Funding frieren andere Banken ihre Kreditlinien für die IKB ein
28./29. Juli 2007	IKB erarbeitet mit der KfW, drei Verbänden des deutschen Kreditgewerbes (BdB, BVR und DSGV) und der Bankenaufsicht einen umfassenden Risikoschirm
29. Juli 2007	Aufsichtsratssitzung: Erörterung des Risikoschirms, einvernehmliche Beendigung der Bestellung von Herrn Ortseifen und Bestellung von Dr. Bräunig und Dr. Glüder zu Mitgliedern des Vorstands
1. August 2007	Beauftragung von PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft (PwC) mit einer Sonderuntersuchung
2. August 2007	Verschiebung der ursprünglich für den 30. August 2007 geplanten Hauptversammlung zum Geschäftsjahr 2006/07
7. August 2007	Aufsichtsratssitzung: Amtsniederlegung durch Dr. Doberanzke; Vorschlag, keine Dividende für das Geschäftsjahr 2006/07 zu zahlen
3. September	Geänderte Jahresprognose mit hoher Verlusterwartung für das Geschäftsjahr 2007/08
15. Oktober 2007	Vorlage des Berichts der Sonderuntersuchung durch PwC Aufsichtsratssitzung: Einvernehmliche Beendigung der Bestellung von Dr. Guthoff, Abberufung von Herrn Braunsfeld sowie Bestellung von Dr. Grzesik zum Mitglied des Vorstands Vorstandsbeschluss, IKB-Konzernabschluss 2006/07 zu ändern
29. November 2007	Verschiebung der ursprünglich für den 30. November 2007 geplanten Veröffentlichung des Halbjahresberichts für das Geschäftsjahr 2007/08
30. November 2007	Ankündigung der Erweiterung des Risikoschirms
7. Januar 2008	Beschluss des Vorstands mit Zustimmung des Aufsichtsrats über Begebung einer Wandelschuldverschreibung mit Wandlungspflicht der KfW; Vorstandsbeschluss, IKB-Einzelabschluss der AG 2006/07 zu ändern
9. Januar 2008	Effektive Übernahme weiterer Risiken aus dem Conduit Rhineland Funding durch KfW und weitere Banken (entsprechend der Ankündigung vom 30. November)
13. Februar 2008	Weiteres Maßnahmenpaket infolge einer Neubewertung der on-balance Portfolio-investments
16. Februar 2008	Aufsichtsratssitzung: Prüfung und Feststellung der neu aufgestellten Abschlüsse zum 31. März 2007

Aufgrund der existenziellen Auswirkungen dieser Krise auf die Bank werden im Folgenden die Geschäftsaktivitäten, die die Krise ausgelöst haben, sowie die Rettungsaktion des Bankenpools und die weiteren Entwicklungen bis zur heutigen Situation dargestellt. Unmittelbar daran anschließend wird im Prognosebericht ein Ausblick auf die künftige Entwicklung der Bank gegeben.

Portfolio-Investitionen als Element der Geschäftsstrategie

Die IKB hatte im Jahr 2001 damit begonnen, zunehmend in Wertpapiere zu investieren, die durch bestimmte Kreditportfolien unterschiedlicher Asset-Klassen unterlegt waren (im Wesentlichen Asset Backed Securities: ABS; Collateralized Debt Obligations: CDOs). Solche Wertpapiere können auch auf ein Portfolio von Kreditderivaten referenzieren, oder ihnen unterliegt ein Portfolio aus ABS-Tranchen (CDOs of ABS). Vergleichbare Risiken wurden auch durch den Abschluss von Kreditderivaten von der IKB übernommen. Diese Finanzinstrumente werden unter dem Begriff Portfolioinvestments zusammengefasst. Ziel dieser Investments war die Verbesserung der Ertrags-Risiko-Struktur der Bank. Die Portfolioinvestments erhöhten die Erträge in der Vergangenheit deutlich.

Die Investments konzentrierten sich u.a. auf hochdiversifizierte kreditbezogene Portfolien (z.B. Unternehmenskredite, Kreditkartenforderungen, Hypothekenkreditforderungen verschiedenster Art oder auch Autofinanzierungskredite). Regionaler Schwerpunkt war die USA. Die IKB nahm diese Investitionen auf die eigene Bilanz (on-balance).

Das Volumen der von der Bank direkt getätigten on-balance Portfolioinvestments betrug zum 31. März 2007 6,8 Mrd. €. Das Portfolio hatte zu diesem Zeitpunkt einen Anteil von AAA- und AA-gerateten Investitionen von 73 %. Der Investmentgradeanteil betrug 98 %. Etwa zwei Drittel der Underlyings des Portfolios bezogen sich auf US-amerikanische Investments, ein Drittel auf europäische. Eine detaillierte Darstellung der on-balance Portfolioinvestitionen findet sich im Risikobericht.

Beratung und Finanzierung der Zweckgesellschaften Rhineland Funding und Rhinebridge

Darüber hinaus hatte die IKB im Jahr 2002 die Gründung des Conduit Rhineland Funding („Rhineland Funding“) initiiert. Hierbei handelt es sich um die Rhineland Funding Capital Corporation LLC, Delaware, („RFCC“) sowie diverse Ankaufsgesellschaften mit Sitz in Jersey und Delaware, die seitdem gegründet wurden. Für RFCC und die Ankaufsgesellschaften agierte die IKB als Berater. Die rechtlich selbstständigen Zweckgesellschaften investierten in gleichartige Finanzinstrumente sowohl hinsichtlich der unterliegenden Kreditportfolien als auch der Ratings. Sie finanzierten sich fortlaufend durch die Emission von Commercial Paper. Die IKB und andere Banken stellten darüber hinaus erhebliche Liquiditätslinien zur Verfügung. Die Beratung wurde im Dezember 2006 von der IKB AG auf die neu gegründete Konzerntochter IKB Credit Asset Management GmbH (IKB CAM) übertragen.

Zum 31. März 2007 betrug das Investmentportfolio aller Rhineland-Funding-Ankaufsgesellschaften 12,7 Mrd. €; davon wird im geänderten Konzernabschluss zum 31. März 2007 ein Volumen von 11,4 Mrd. € konsolidiert. Der Anteil der Investmentgrade-Anlagen betrug 99,8 %. Eine detaillierte Darstellung von Rhineland Funding findet sich im Risikobericht.

Die Wertpapiere in den Rhineland-Funding-Ankaufsgesellschaften hatten und haben mittlere bis lange Laufzeiten. Die Refinanzierung wurde zentral über die RFCC durch Aufnahme kurzfristiger Mittel in Form sogenannter Asset Backed Commercial Paper (ABCP) mit bestem Kurzfristrating vorgenommen. Die ABCP hatten kurze Laufzeiten von jeweils nur wenigen Monaten und konnten regelmäßig durch Neuemissionen ersetzt werden. Insoweit wurde innerhalb des Conduits eine Laufzeitarbitrage zwischen mittel- bis langfristigen Aktiva und kurzfristiger Refinanzierung mit entsprechenden Margenvorteilen bei den Fundingkosten verwirklicht. Demgegenüber wurden Zinsrisiken über den Abschluss von Zinssicherungsgeschäften grundsätzlich ausgeschlossen.

Insbesondere um das Risiko der Anschlussfinanzierung für den ABCP-Investor abzudecken, hatten Banken für den Fall von Marktstörungen Rhineland Funding Liquiditätslinien zur Verfügung gestellt. Störungen des ABCP-Marktes traten in der Vergangenheit selten und nur kurzfristig auf. Die letzte bedeutende Marktstörung vor der Krise datiert vom 11. September 2001 und dauerte nur wenige Tage.

Die IKB selbst hatte Rhineland Funding zum 31. Juli 2007 Liquiditätslinien in Höhe von 8,1 Mrd. € gewährt. Verhandlungen über eine Ausplatzierung von Teilen der IKB-Liquiditätslinien standen im Juli 2007 kurz vor dem Abschluss.

Zuvor hatten bereits weitere Banken im Zuge des starken Wachstums von Rhineland Funding vergleichbare Liquiditätslinien zur Verfügung gestellt, insbesondere im August 2006 in Höhe von 4,0 Mrd. US-\$ sowie im Juni 2007 in Höhe von 2,5 Mrd. US-\$. In diesem Zusammenhang wurden die Zweckgesellschaften Havenrock I und II gegründet. Diese Gesellschaften sicherten 25 % des Liquiditätsrisikos für diese Liquiditätsgeber und deren gesamtes Kreditrisiko ab, das sich bei einer Inanspruchnahme der Liquiditätslinien ergibt. Die IKB wiederum hat den Havenrock-Gesellschaften zum einen Liquiditätslinien für deren gesamtes Liquiditätsrisiko gestellt (25 % von 6,5 Mrd. US-\$). Zum anderen trug die IKB das Kreditausfallrisiko von 0,06 % bis 25,00 % der Havenrock-Gesellschaften (ca. 25 % von 6,5 Mrd. US-\$).

Ende Juni 2007 hat eine weitere Zweckgesellschaft, „Rhinebridge“, ein Portfolio erworben, das zuvor über die IKB-Bilanz bis zur erforderlichen Größe aufgebaut worden war, und dieses durch Emission von Capital Notes und Commercial Paper am Kapitalmarkt refinanziert. Für Rhinebridge fungierte die Niederlassung London der IKB CAM als Portfoliomanager. Rhinebridge hatte Ende Juni 2007 ein Assetvolumen von 2,4 Mrd. US-\$.

Anders als Rhineland Funding wurde diese Zweckgesellschaft nicht ausschließlich über Commercial Paper, sondern auch über Capital Notes in Höhe von 280 Mio. US-\$ längerfristig kapitalisiert bzw. refinanziert. Der eigene Anteil der IKB an diesen Notes betrug 149 Mio. US-\$. Commercial Paper wurden in Höhe von 2,2 Mrd. US-\$ begeben. Zusätzlich standen Rhinebridge ab dem 21. Juli 2007 Liquiditätslinien in Höhe von 0,2 Mrd. US-\$ von zwei Banken zur Verfügung. Zum 30. Juni 2007 waren 82 % der Assets mit AAA, 14 % mit AA und 4 % mit A geratet.

Auslöser der Krise

Auslöser der Krise waren stagnierende und zurückgehende Immobilienpreise in den USA, insbesondere durch gestiegene Zinsen. Hinzu kamen wachsende Zweifel im Markt an der Kreditvergabepraxis im US-amerikanischen Hypothekenmarkt für Subprime-Schuldner. Es wurde ein sprunghaftes Ansteigen der Zahlungsstörungen erwartet und damit weit höhere endgültige Verluste als bislang angenommen.

Mitte Juli des Jahres 2007 begannen die Ratingagenturen damit, die Ratings für Kreditportfolien mit Subprime-Risiken kritisch zu beobachten (credit watch). Innerhalb kurzer Zeit entwickelte sich eine massive Vertrauenskrise am Kapitalmarkt bei den Investoren des ABCP-Marktes. Insbesondere aufgrund des hohen Subprime-Anteils in den Portfolien von Rhineland Funding ergab sich ein zunehmendes Risiko, dass Rhineland Funding seine Refinanzierung auf absehbare Zeit nicht mehr sicherstellen konnte. Der Kapital- und Bankenmarkt rechnete daher damit, dass die IKB in erheblichem Umfang aus den Liquiditätslinien in Anspruch genommen wird und sie damit erhebliche Subprime-Kreditrisiken zu tragen hätte. Daraufhin stellten andere Banken die Bonität der IKB infrage und kündigten ihre Kreditlinien.

Stabilisierung von Rhineland Funding und der Zweckgesellschaft Rhinebridge

Im Nachgang zum Krisenwochenende wurde gemeinsam mit der KfW ein Konzept erarbeitet, Rhineland Funding angesichts einer geschwächten Refinanzierungsbasis soweit und solange zu stabilisieren, dass die Zweckgesellschaft nicht – u.a. aufgrund des Ausfalls von Commercial Paper (CP) – insolvent wurde. Das hätte innerhalb der kurzen Frist unübersehbare Folgen – bis hin zu einer Zwangsabwicklung – gehabt. Zunächst haben IKB und KfW Rhineland Funding deshalb durch den Ankauf von CPs soweit stabilisiert, dass der geordnete Übergang in die Ziehung der be-

stehenden Liquiditätslinien vorbereitet und erfolgreich umgesetzt werden konnte. Letzteres wurde angestrebt, nachdem in der gemeinsamen Lagebeurteilung aller Beteiligten ersichtlich geworden war, dass das Versiegen des CP-Marktes von Dauer sein würde.

In gleicher Weise und aus denselben Gründen ist die IKB bei Rhinebridge vorgegangen, das nur kurze Zeit vor der Krise an den Kapitalmarkt gebracht worden war. Diese Zweckgesellschaft konnte von der IKB im eigenen Interesse durch Kauf von Capital Notes und von CPs soweit stabilisiert werden, dass sie eigenständig einen geordneten und schonenden Abbau ihres Portfolios vornehmen und somit einen erzwungenen Verkauf des Portfolios mit hohen Verlusten vermeiden konnte.

Risikoschirm und weiteres Maßnahmenpaket

Um ein Moratorium der IKB zu vermeiden, wurde am Wochenende 27. bis 29. Juli 2007 ein Rettungskonzept (Risikoschirm) von der KfW Bankengruppe (KfW) gemeinsam mit der BaFin, der Bundesbank, dem Bundesfinanzministerium und drei Verbänden des deutschen Kreditgewerbes (BdB, BVR und DSGV) erstellt.

In diesem Zusammenhang hat die KfW zum 30. Juli 2007 die Liquiditätslinien der IKB in Höhe von 8,1 Mrd. € zugunsten von Rhineland Funding abgelöst.

Darüber hinaus wurden mit Wirkung zum 30. Juli 2007 und ergänzend mit Wirkung zum 9. Januar 2008 die Risiken der IKB gegenüber Havenrock I und II weitestgehend abgesichert. Teil der Abschirmung ist zudem die Emission einer Wandelanleihe am 7. Januar 2008 (Volumen: 54,3 Mio. €), die unter Ausschluss des Bezugsrechts vollständig von der KfW Bankengruppe übernommen wurde. Mit diesem Betrag wurden die verbliebenen Restrisiken der IKB aus Havenrock I und II abgedeckt.

Aus dem gesamten on-balance Portfolio wurden Wertpapiere mit Subprime-Risiken (einschl. Rhine-bridge Capital Notes), Wertpapiere mit erwarteten starken Marktpreisschwankungen sowie besonders ausfallgefährdete Papiere (insbesondere sogenannte First Loss Pieces) in Höhe von nominal 3,3 Mrd. € (per September 2007) isoliert. Für dieses Teilportfolio hat sich der Bankenpool verpflichtet, zuerst eintretende Verluste bis zu 1 Mrd. € zu übernehmen.

Diese Absicherung erwies sich im Februar 2008 – infolge einer deutlich verschlechterten Marktentwicklung – als unzureichend. Unter Anwendung neu entwickelter Bewertungsmodelle auf die on-balance Portfolioinvestments der IKB geht der Vorstand von zusätzlichen – über die bisherige Abschirmung hinausgehenden – Bewertungsverlusten in Höhe von rd. 950 Mio. € aus.

Von den erwarteten Bewertungsverlusten in der Größenordnung von 950 Mio. € entfällt mit rd. 630 Mio. € der Großteil auf das risikoreiche Teilportfolio im Umfang von 3,1 Mrd. € (per Februar 2008), das aus besonders ausfallgefährdeten Aktiva, insbesondere Wertpapieren mit starken Marktwertschwankungen und Subprime-Anteilen sowie sogenannten First Loss Pieces besteht.

Dieser Teilbetrag i.H.v. 630 Mio. € übersteigt den von der KfW und dem Bankenpool für das vorbezeichnete Teilportfolio gewährten Risikoschirm i.H.v. 1,0 Mrd. € für Erstverluste. Ein Verkauf des Portfolios könnte in der gegenwärtigen Marktsituation voraussichtlich nur zu höheren Abschlägen erfolgen.

Für die derzeit nicht durch diesen Risikoschirm abgedeckten, grundsätzlich risikoärmeren Portfolioinvestments im Umfang von rd. 2,8 Mrd. € hat die IKB einen Marktwertverlust in der Größenordnung von rd. 320 Mio. € ermittelt.

Die Neubewertung der Portfolioinvestments wurde mit für die IKB konzipierten Modellverfahren (mark to model) für die überwiegend sehr komplex strukturierten Portfolioinvestments ermittelt. Die Verfahren orientieren sich an den Vorgaben des „Positionspapier vom 10. Dezember 2007 des Instituts der Wirtschaftsprüfer zu Bilanzierungs- und Bewertungsfragen im Zusammenhang mit der Subprime-Krise.“

Daraufhin wurde ein weiteres Maßnahmenpaket zugesagt, das im Wesentlichen folgende Elemente hat:

Zum einen wird der ordentlichen Hauptversammlung der IKB AG am 27. März 2008 eine Barkapitalerhöhung von bis zu 1.486.765.992,96 € (Bezugsverhältnis 1 zu 6) unter Gewährung von Bezugsrechten an die Aktionäre zur Beschlussfassung vorgelegt werden. Die KfW hat gegenüber der BaFin zugesagt, dass aus der Kapitalerhöhung so viele entstehende neue Aktien der IKB gezeichnet oder übernommen werden, dass der IKB aus der Kapitalerhöhung mindestens 1,250 Mrd. € (vor Kosten) zufließen werden.

Zum anderen hat sich die KfW gegenüber der BaFin verpflichtet, das bankaufsichtsrechtliche Kernkapital der IKB bis zum 19. Februar 2008 um 600 Mio. € zu verstärken. Dies wird durch eine andere Zuzahlung (gem. § 272 Abs. 2 Nr. 4 HGB) in die Kapitalrücklage erfolgen. Die vertragliche Ausgestaltung dieser Kapitalzuführung wird kurzfristig festgelegt und kann auch eine Besserungsabrede enthalten, mit der Folge, dass künftige Jahresüberschüsse belastet werden können.

Als ein weiteres Element der Sanierung der IKB ist auch die Veräußerung von wesentlichen Teilen der Portfolioinvestments beabsichtigt.

Erkenntnisse aus der Sonderuntersuchung durch PwC

Am 1. August 2007 wurde die PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft (PwC) mit einer umfassenden Sonderuntersuchung beauftragt. Der Bericht der Sonderuntersuchung wurde am 15. Oktober 2007 vorgelegt. Bereits während der Erstellung des Sondergutachtens befanden sich die neu bestellten Mitglieder des Vorstands in einem laufenden Dialog mit PwC über die untersuchten Sachverhalte.

Untersuchungsschwerpunkte

Im Rahmen der Sonderuntersuchung führte PwC eine Bestandsaufnahme der Risikosituation des IKB-Konzerns durch. Die Prüfer analysierten des Weiteren, wie die Risikotragfähigkeit der Bank von Rhineland Funding in dem existenzgefährdenden Umfang beeinträchtigt werden konnte. Sie nahmen außerdem eine Einschätzung der Bilanzierungs- und Bewertungspraxis der IKB vor. Weiterhin war die Angemessenheit der Risikomanagement- und Controllingprozesse unter Berücksichtigung der 100%igen Tochtergesellschaft IKB Credit Asset Management GmbH (IKB CAM) zu bewerten. Schließlich wurde untersucht, ob der Aufsichtsrat durch den Vorstand hinreichend und zutreffend über die Risikolage der Bank informiert wurde.

Ergebnisse und Folgerungen aus der Sonderuntersuchung für das Risikomanagement

Ein zentraler Kritikpunkt des PwC-Berichts sind die Schwachstellen bei der Risikoanalyse, Risikosteuerung und dem Berichtswesen bei den on-balance Investments und den Portfolioinvestments für Rhineland Funding. Die Beratung der Zweckgesellschaften und das Management der on-balance Portfolioinvestments der IKB wurden weitgehend der IKB CAM übertragen. Die Rolle und Bedeutung, die der IKB CAM als Berater zukam, war nach Ansicht von PwC insgesamt zu weitreichend. Dies gilt sowohl für die Vorbereitung der Anlageentscheidung als auch für die Bestandsüberwachung, wenn auch die letztgültige Investitionsentscheidung in Bezug auf die on-balance Portfolioinvestments die IKB traf. Bei den Portfolioinvestments von Rhineland Funding lag die letztgültige Entscheidung bei einem Investment Committee, das sich aus zwei Vertretern der Dresdner Kleinwort, zwei unabhängigen Direktoren der Ankaufsgesellschaften und einem Direktor der IKB zusammensetzte. Die der IKB CAM im Rahmen der

geltenden Kontrollstrukturen eingeräumten Handlungsspielräume waren im Vergleich zu dem sich daraus ergebenden Einfluss der IKB CAM auf die Risikoposition der Bank nicht angemessen.

Darüber hinaus sehen die Prüfer Schwächen in der Analyse der erworbenen Wertpapiere. Angesichts der Höhe des Investitionsvolumens und der Bedeutung der Risiken wären vermehrt fortlaufende Einzelanalysen der Wertpapiere nach dem Erwerb sowie eine systematische und methodisch abgesicherte Steuerung der Gesamtrisiken aus den Portfolios sowohl on-balance als auch off-balance notwendig gewesen. Stattdessen hatte sich die Bank vor allem auf die guten Ratings, eine angemessene Verteilung der Ratingqualität im Portfolio und die Kreditverstärkung in Form subordinierter Tranchen der Verbriefungspakete verlassen. Obwohl der Anteil an Subprime-Investments vor allem in den letzten zwei Jahren signifikant angestiegen ist, blieben die CP-Emissionen aufgrund der hohen Rating-Qualität des Portfolios ebenfalls mit einem sehr guten Kurzfrustrating ausgestattet. Insgesamt überstiegen die heute deutlich gewordenen Wertminderungen aus den Subprime-Risiken in Rhineland Funding die Risikotragfähigkeit der Bank bei Weitem.

Als Konsequenz aus den Feststellungen der Prüfer hat der Vorstand ein Sofortprogramm beschlossen und bereits weitgehend umgesetzt, welches insbesondere die folgenden Punkte umfasst:

- Verzicht auf den weiteren Abschluss von Neugeschäft in Portfolioinvestments
- Durchführung einer umfassenden Bestandsanalyse und Implementierung eines deutlich verbesserten Bestandsmanagements (einschließlich Anpassung der Bewertungsmodelle)
- Re-Integration der IKB CAM: Übertragung der Funktionen und personellen Ressourcen auf die IKB AG

- Stärkung der Funktion des Chief Risk Officer (CRO), insbesondere über die Zusammenführung der Verantwortung für Risiko-Controlling und Marktfolge (2. Votum)

- Etablierung eines Risikoausschusses, der vom Risikovorstand geleitet wird, zur ganzheitlichen Bewertung und Steuerung aller Risikopositionen
- Verbesserung der Berichterstattung an den Aufsichtsrat, insbesondere im Hinblick auf die noch bestehenden Portfolioinvestments
- Überarbeitung der Konzeption der Risikotragfähigkeit.

Ergebnisse und Folgerungen aus dem Gutachten für die Bilanzierung

Aufgrund der Ergebnisse des Gutachtens hat der Vorstand mit Zustimmung des Aufsichtsrates beschlossen, den Konzernabschluss zum 31. März 2007 zu ändern, vor allem da bestimmte Bilanzierungsfragen unter Kenntnis der eingetretenen Entwicklungen des Subprime- und des Commercial-Paper-Marktes anders entschieden werden sollten. Die Änderungen, die entsprechend IAS 8 rückwirkend vorgenommen werden, betreffen insbesondere die Konsolidierung von Rhineland Funding sowie Teile einer Emissionsgesellschaft, deren Wertpapiere zur Anlage der IKB-Eigenmittel dienen. Dabei handelt es sich um bisher unter Finanzanlagen ausgewiesene festverzinsliche Wertpapiere, die ihrerseits jeweils ein Portfolio von Pfandbriefen und Derivaten verbriefen. Durch die Konsolidierung werden jetzt die Pfandbriefe und Derivate einzeln bilanziert, was zu einer Bewertung zum Fair Value statt zu fortgeführten Anschaffungskosten führt. Der Marktwert dieser Derivate schwankt bei Änderungen des allgemeinen Marktzinsniveaus erheblich, sodass die Konsolidierung zu einer erheblichen GuV-Volatilität führt. Hierdurch wird das Chancen- und Risikoprofil dieser Instrumente wirtschaftlich besser abgebildet.

Die rückwirkende Änderung der Bilanzierung zum 31. März 2007 führt im Geschäftsjahr 2006/07 zu einem Operativen Ergebnis von 115 Mio. €, 148 Mio. € weniger als ursprünglich ausgewiesen (263 Mio. €). Dies resultiert im Wesentlichen aus der Bewertung der Derivate, die im Rahmen der Konsolidierung der im vorangegangenen Absatz beschriebenen Emissionsgesellschaft und von Rhineland Funding (insbesondere Havenrock) erstmals einbezogen wurden. Die Bilanzsumme zum 31. März 2007 erhöht sich – insbesondere durch die Konsolidierung von Rhineland Funding – um 11,5 Mrd. € auf 63,5 Mrd. €. Eine detaillierte Überleitungsrechnung der Bilanz und GuV findet sich im Kapitel „Änderungen gemäß IAS 8“ in den Notes.

Die Vorjahreszahlen für das Geschäftsjahr 2005/06 wurden entsprechend angepasst. Im Zuge dieser Anpassung verringerte sich das Operative Ergebnis von 233 Mio. € auf 171 Mio. €, die Bilanzsumme zum 31. März 2006 erhöhte sich um 9,1 Mrd. € auf 53,3 Mrd. €.

Darüber hinaus hat der Vorstand entschieden, ab dem Geschäftsjahr 2007/08 eine Anpassung der Segmentberichterstattung vorzunehmen. Die eigenen Verbriefungen werden zukünftig im Segment „Zentrale“ gezeigt und das bisherige Segment „Verbriefungen“ in „Portfolioinvestments“ umbenannt.

Aufgrund der vorgenannten Ereignisse und der beschlossenen Änderungen wurde die ursprünglich im Finanzkalender für den 15. November 2007 angekündigte Veröffentlichung eines geprüften Halbjahresfinanzberichts in den März 2008 verschoben. Die im Finanzkalender für den 14. Februar 2008 geplante Veröffentlichung des 9-Monatsberichts ist ebenfalls in den März 2008 verschoben.

Weitere berichtenswerte Vorgänge nach dem 31. März 2007 finden sich zudem im Kapitel 68 der Notes.

Die neu aufgestellten Abschlüsse zum 31. März 2007 sind Gegenstand einer Prüfung durch die Deutsche Prüfstelle für Rechnungslegung nach § 342b Abs. 2 Satz 3 Nr. 3 HGB (Stichprobenprüfung). Nach Abschluss der Prüfung wird die Prüfstelle der IKB das Ergebnis der Prüfung mitteilen. Endet die Prüfung mit der Feststellung eines Fehlers, hat die IKB diesen auf Anordnung der BaFin nach § 37q Abs. 2 WpHG bekanntzumachen.

Personelle Veränderungen

Der Aufsichtsrat der IKB hat zur Bewältigung der Existenzkrise der Bank und auf Basis der Ergebnisse der Sonderuntersuchung durch PwC auch weitreichende personelle Konsequenzen gezogen: Der Sprecher des Vorstands, Stefan Ortseifen, und der Finanzvorstand, Dr. Volker Doberanzke, sind mit Wirkung vom 29. Juli 2007 bzw. 7. August 2007 aus dem Vorstand ausgeschieden. Die Vorstandsmandate von Dr. Markus Guthoff und Frank Braunsfeld wurden mit Wirkung vom 15. Oktober 2007 beendet.

Der Aufsichtsrat hat mit Wirkung vom 29. Juli 2007 Dr. Günther Bräunig, Mitglied des Vorstands der KfW, zum Vorsitzenden des Vorstands sowie Dr. Dieter Glüder, bislang Direktor der KfW, zum Mitglied des Vorstands der IKB bestellt. Während seiner Vorstandstätigkeit für die IKB ruht das Vorstandsmandat von Dr. Bräunig bei der KfW. Mit Wirkung vom 15. Oktober 2007 wurde Dr. Reinhard Grzesik zum neuen Finanzvorstand der IKB bestellt.

Der Vorstand der IKB hat mit Wirkung vom 1. August 2007 Herrn Winfried Reinke, Geschäftsführer der IKB CAM in Düsseldorf, fristlos entlassen, sowie Herrn Claus-Dieter Wagner, Leiter Bereich Risikomanagement, mit Wirkung vom 17. Oktober 2007 von seinen Aufgaben entbunden.

Aktuelle Ratingsituation

Seit der Krise am 27. Juli 2007 haben die Ratingagenturen ihre Einschätzung zur IKB mehrfach geändert. Dabei ist für die Emission von Schuldverschreibungen, der wichtigsten Refinanzierungsquelle der Bank, das langfristige Rating entscheidend. Bis zum Ausbruch der Krise hielt die IKB von Moody's ein Aa3-Rating,

das seitdem dreimal und zuletzt am 22. Januar 2008 auf A3 gesenkt wurde. Zusätzlich wurde das Financial-Strength-Rating von B auf E+ abgesenkt. Die Ratingagentur Fitch behielt ihr Langfristrating von A+ bei, senkte hingegen das Einzelrating von B/C auf E ab.

Rating der IKB		Long-Term	Short-Term	Financial Strength Einzelrating/	Outlook
Moody's		Aa3 (seit 15.9.03)	P-1	B (negativ)	Stabil
	31.07.2007	Aa3	P-1	C (negativ)	Negativ
	04.09.2007	A2	P-1	D- (negativ)	Negativ
	22.01.2008	A3	P-2	E+ (developing)	Negativ
Fitch		A+ (seit 05.10.98)	F1	B/C (seit 15.12.05)	Stabil
	02.08.2007	A+	F1	C (negativ)	Stabil
	21.12.2007	A+	F1	E	Stabil

Aktuelle Risiken

Um eine vollständige Beurteilung der aktuellen Risiken vornehmen zu können, sollten die folgenden Ausführungen in Verbindung mit den Erläuterungen zum Risiko im Prognosebericht betrachtet werden.

Operationelle Risiken

Durch die Auswirkungen der Subprime-Krise auf die IKB haben sich die operationellen Risiken deutlich erhöht. Das interne Krisenmanagement fordert Ressourcen, die weit über die eigenen Kapazitäten hinausgehen. Diese Lücke wird durch den Einsatz externer Berater so weit wie möglich kompensiert. Die eigenen Ressourcen werden darüber hinaus durch Personalabgänge als Reaktion auf die Krise geschwächt, die zur Zeit nur teilweise durch Neueinstellungen ausgeglichen werden können.

Rechtliche Risiken

Der Bank wurden in den letzten Wochen Klagen von Aktionären zugestellt. Diese Klagen beziehen sich insbesondere auf eine Pressemeldung der Bank vom 20. Juli 2007. Die IKB hält diese Klagen für unbegründet. Die Anlegerkläger stützen ihre Schadensersatzansprüche im Wesentlichen auf den Vorwurf, die Pressemitteilung der IKB vom 20. Juli 2007 sei vorsätzlich falsch gewesen. Die IKB ist damals davon ausgegangen, dass aus den Liquiditätslinien für Rhineland Funding keine nennenswerten Risiken drohten, weil man es nicht für möglich hielt, dass der gesamte ABCP-Markt zusammenbrechen und dadurch eine Refinanzierung auf Dauer unmöglich werden könnte. Die IKB konzentrierte sich deshalb in der Presseerklärung vom 20. Juli 2007 auf die Risiken in ihrer Eigenbilanz.

Darüber hinaus hat die Staatsanwaltschaft Düsseldorf am 10. August 2007 Ermittlungen wegen des Verdachts der Untreue und des Verstoßes gegen das Aktiengesetz gegen Verantwortliche der IKB aufgenommen. Die Bank hat dabei die Rolle der potenziell Geschädigten. Der Vorstand unterstützt die Staatsanwaltschaft bei ihrer Arbeit und kooperiert mit ihr in jeglicher Hinsicht, um möglichst schnell eine lückenlose Aufklärung der Vorgänge zu erreichen.

Hauptversammlung und Dividende

Zur ursprünglich für den 30. August 2007 vorgesehenen Hauptversammlung wird nun für den 27. März 2008 eingeladen. Im geänderten HGB-Abschluss der IKB zum 31. März 2007 wird kein Bilanzgewinn ausgewiesen, sodass es nicht zur Ausschüttung einer Dividende kommt. Ursprünglich war eine Dividende von 0,85 € je Aktie vorgesehen.

2. Prognosebericht

Verkaufsprozess

Die KfW hat am 18. Januar 2008 das Verfahren zum Verkauf ihrer Anteile an der IKB eröffnet. Damit ist der Auftakt zu einem strukturierten Verkaufsprozess erfolgt, bei dem alle potenziellen Bieter Interessensbekundungen abgeben können.

Die Stiftung Industrieforschung als zweitgrößter Anteilseigner der IKB beabsichtigt, ihren Anteil im Rahmen des Verkaufsprozesses mit zu veräußern.

Potenzielle Bieter können auf Basis eines Informationsmemorandums ein indikatives Angebot abgeben. Danach ist beabsichtigt, den verbleibenden Bietern die Prüfung detaillierter Unterlagen bei der IKB (sogenannte Due Diligence) einzuräumen und die Abgabe eines auf dieser Basis erstellten bindenden Angebots zu ermöglichen. Diese Due Diligence erfolgt in enger Abstimmung mit der IKB.

Die IKB begrüßt, dass der Verkaufsprozess gestartet wurde. Das Geschäftsmodell der IKB, das sich nach der Restrukturierung auf die Geschäftsfelder Firmenkunden, Immobilienkunden sowie Strukturierte Finanzierung fokussiert, soll durch einen starken Partner zusätzliche Impulse erhalten und neue Potenziale eröffnen. Aus diesem Grunde hat der Vorstand beschlossen, den Veräußerungsprozess zu unterstützen und ausgewählten Bietern eine vertiefte Due Diligence zu ermöglichen. Der Aufsichtsrat begleitet den Prozess und hat dafür einen eigenen Ausschuss gebildet.

Strategische Ausrichtung des Konzerns und künftige Absatzmärkte

Angesichts der Krise hat der Vorstand das Geschäftsmodell der IKB überprüft und die Bank erfolgreich neu ausgerichtet. Das zukünftige Geschäftsmodell der IKB wird stärker auf ihre drei Kerngeschäftsfelder Firmenkunden (darunter fallen Firmenkunden Inland, Leasing und Private Equity), Immobilienfinanzierung und Strukturierte Finanzierung fokussiert. Innovative Finanzierungslösungen für die Kunden bleiben integraler Bestandteil des Geschäftsmodells, Investments in internationale strukturierte Wertpapierportfolien, die von kurzfristigen Commercial Paper refinanziert werden, dagegen nicht.

Im Segment Firmenkunden wird der Kernmarkt weiterhin Deutschland sein. Allerdings soll das Akquisitionspotenzial weiter erhöht werden, indem die IKB ab dem Geschäftsjahr 2007/08 Unternehmen ab einem Jahresumsatz von 7,5 Mio. € (bislang 10 Mio. €) langfristige Investitionskredite anbietet. Insbesondere will die Bank dabei ihre Finanzierungsplattform „IKB Direkt“, mit einem vereinfachten standardisierten Kreditprozess, zur Akquisition neuer Kunden einsetzen.

Den Bereich Private Equity hat die Bank mit Beginn des Geschäftsjahres 2007/08 wegen der zunehmenden Diversifizierung in diesem Markt neu strukturiert. Das Management des Direktbeteiligungsgeschäftes erfolgt in der neu gegründeten Tochtergesellschaft IKB Equity Finance GmbH; der Markteintritt im Mezzanine-Geschäft sowie die Betreuung

der Fondsinvestments in den Partnerstrukturen Argantis und MM Mezzanine erfolgen wie bisher über die IKB Private Equity GmbH. Einen besonderen Schwerpunkt der Private Equity GmbH nimmt im Geschäftsjahr 2007/08 das Angebot von Standard-Mezzanine-Kapital im Rahmen von equiNotes III ein.

Im Bereich Mobilienleasing beabsichtigt die Bank, ihre Marktposition nicht nur in Deutschland zu verbessern, sondern zusätzlich zu den bisherigen Standorten in Mitteleuropa auch Niederlassungen in Russland und Rumänien aufzubauen. Damit trägt die Bank der Tatsache Rechnung, dass sich mittlerweile eine Vielzahl von deutschen bzw. westeuropäischen Firmen in diesen Ländern niedergelassen hat und dort Teile ihrer Produktionskapazitäten auf Leasingbasis finanziert.

Im Bereich der Immobilienfinanzierung will die Bank das Neugeschäftsvolumen während der nächsten drei Jahre organisch steigern. Die im Geschäftsjahr 2006/07 etablierte europäische Immobilienplattform, die sich primär auf syndizierte Finanzierungen fokussiert, soll dazu ebenso beitragen wie die mittel- und langfristige Immobilienfinanzierung in Deutschland. Sie wird durch Projektentwicklungen ergänzt, für die die IKB die gesamte Bandbreite ihrer Dienstleistungen anbietet und dabei Provisionserträge erzielt.

Im Geschäftsfeld Strukturierte Finanzierung beabsichtigt die IKB, ihre erfolgreiche Internationalisierungsstrategie fortzusetzen, und zwar mit besonderem Fokus auf die europäischen Märkte, an deren Entwicklung sie verstärkt partizipieren wird. Dies gilt sowohl im Mid-Cap-LBO-Bereich als auch in ausgewählten Feldern der Projektfinanzierung. Aus heutiger Sicht geht die Bank davon aus, dass sie auch in den nächsten beiden Jahren etwa 70 % der Erträge des Geschäftsfeldes Strukturierte Finanzierung auf ausländischen Märkten erzielen wird, wobei der Anteil der Projektfinanzierung weiter ansteigen soll.

Die Investments in internationale Kreditportfolien müssen zunächst stabilisiert und deutlich reduziert werden. Ob nach diesem Prozess Neugeschäft – in deutlich geringerer Größenordnung und anderer Risikostruktur – getätigt wird, hängt von der künftigen Eigenkapitalausstattung und einer Normalisierung dieser Märkte ab.

Zukünftige wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Der Vorstand erwartet, dass die nationalen und internationalen Rahmenbedingungen für die Geschäfte der Bank in 2008 und 2009 schwieriger werden. Für den Kernmarkt des Geschäftes, Deutschland, wird die folgende gesamtwirtschaftliche Entwicklung erwartet:

- Das deutsche BIP-Wachstum lag im Jahr 2007 noch bei rund 2,5 %. Wachstumstreiber waren vor allem die exportstarken deutschen Unternehmen, die dank ihrer hervorragenden Produktpalette von der positiven Entwicklung der Weltwirtschaft in besonderem Maße profitierten. Nun gerät die weltweite Dynamik ins Stocken, sodass das deutsche BIP-Wachstum im Jahr 2008 nach Einschätzung führender Wirtschaftsforscher auf rund 1,5 % bis 2 % zurückgehen wird. Angesichts der anhaltenden Turbulenzen an den Finanzmärkten ist auch diese Prognose mit Risiken behaftet.
- Im Jahr 2009 werden die aus der Immobilienkrise resultierenden Konjunkturprobleme in den USA weltweit noch stärker ausstrahlen. Deutschland dürfte nur mehr ein BIP-Wachstum von rund 1,5 % erreichen.

- Gestützt wird das nationale Wirtschaftswachstum in den nächsten beiden Jahren durch den privaten Konsum. Angesichts positiver Beschäftigungseffekte und verbesserter Einkommensperspektiven dürfte dieser Effekt besonders im Jahr 2008 zum Tragen kommen.
- Die Exporte werden infolge der sich abkühlenden Weltwirtschaft voraussichtlich nicht mehr so kräftig zulegen wie in den vergangenen Jahren. Die IKB erwartet für die Jahre 2008 und 2009 noch eine Zunahme von rund 5 bis 7 % nach 8 % in 2007. Kapazitätsauslastung und Auftragsbestände der IKB-Kunden, überwiegend stark exportorientierte mittelständische Unternehmen, bleiben somit voraussichtlich noch einige Zeit auf hohem Niveau.
- Die für das Kreditgeschäft der Bank wichtigste gesamtwirtschaftliche Determinante, die Ausstattungsinvestitionen der Unternehmen, dürfte in 2008 und 2009 immerhin noch um 4 % bis 5 % wachsen – nach einem Anstieg von gut 8 % in 2007. Es wird erwartet, dass das Kreditgeschäft mit inländischen Unternehmen hiervon weiter profitieren wird.
- Für die Auslandsmärkte, die für die IKB bedeutsam sind, erwartet der Sachverständigenrat folgende Entwicklung: In Westeuropa wird sich das Wachstum des Bruttoinlandsproduktes sukzessive von 2,7 % in 2007 über 2 % in 2008 auf rund 1,8 % im Jahr 2009 abschwächen. Für die USA rechnen die Wirtschaftsforschungsinstitute mit einer deutlichen Abschwächung auf 1,5 % in 2008 und 2009 gegenüber einem Wachstum von 2,3 % im Vorjahr. Die Konsumzurückhaltung der privaten Haushalte dürfte angesichts fallender Hauspreise und negativer Einkommenseffekte vor allem in 2009 merkliche Spuren hinterlassen. Weiterhin erfreulich sind die Aussichten für die Staaten Mittelosteuropas, die in 2008 und 2009 BIP-Wachstumsraten von rund 5 % erreichen dürften.

Künftige Wettbewerbsbedingungen

Die Wettbewerbssituation in der deutschen Bankenlandschaft war auch im Jahr 2007 angespannt. Die durch die Subprime-Krise ausgelösten wirtschaftlichen Probleme vieler Banken machen eine Vorhersage der Wettbewerbssituation in 2008 besonders schwierig. Auf der einen Seite war bereits in den letzten Monaten des Jahres 2007 eine Zurückhaltung bei der Vergabe von Immobilienkrediten, insbesondere im Inland, einhergehend mit verbesserten Bruttomargen, zu beobachten. Auf der anderen Seite ist stellenweise festzustellen, dass der langfristige Firmenkundenkredit von anderen Banken als Einstiegsprodukt genutzt wird, um anschließend weitere Dienstleistungen beim Kunden zu platzieren. In Summe bedeutet dies, dass die IKB in ihrem inländischen Kreditgeschäft weiterhin in starkem Wettbewerb vor allem mit den Großbanken, ausgewählten Landesbanken sowie großen Sparkassen stehen wird. Den Eintritt von neuen, insbesondere ausländischen Wettbewerbern auf dem deutschen Markt für die langfristige Finanzierung von Investitionen mittelständischer Unternehmen erwartet die Bank nur bedingt. Entscheidend für eine gesunde Marktentwicklung wird sein, dass alle Marktteilnehmer die gestiegenen Refinanzierungs- und Ausplatzierungskosten in den Kreditmargen weitergeben.

In Bezug auf den Kreditbedarf des deutschen Mittelstands erwartet die Bank eine verhaltene Entwicklung. Einerseits investieren die Unternehmen stark, um die in- und ausländische Nachfrage zu bedienen; andererseits haben viele Unternehmen in dem guten konjunkturellen Umfeld der vergangenen Jahre hohe

Erträge erzielt und können infolgedessen große Teile ihrer Investitionen mit nur geringen Fremdkapitalanteilen finanzieren.

Im Bereich der internationalen Finanzierung erwartet die IKB in diesem Geschäftsjahr einen deutlichen Rückgang des Marktvolumens. Margenvorhersagen sind in der derzeitigen Marktsituation nicht möglich.

Finanz- und Vermögenslage

Durch den Risikoschirm und das weitere Maßnahmenpaket wurde eine Stabilisierung der Finanz- und Vermögenslage erreicht. Dabei wird zum einen der ordentlichen Hauptversammlung der IKB AG am 27. März 2008 eine Barkapitalerhöhung von bis zu 1.486.765.992,96 € (Bezugsverhältnis 1 zu 6) unter Gewährung von Bezugsrechten an die Aktionäre zur Beschlussfassung vorgelegt werden. Die KfW hat gegenüber der BaFin zugesagt, dass aus der Kapitalerhöhung so viele entstehende neue Aktien der IKB gezeichnet oder übernommen werden, dass der IKB aus der Kapitalerhöhung mindestens 1,250 Mrd. € (vor Kosten) zufließen werden.

Zum anderen hat sich die KfW gegenüber der BaFin verpflichtet, das bankaufsichtsrechtliche Kernkapital der IKB bis zum 19. Februar 2008 um 600 Mio. € zu verstärken. Dies wird durch eine andere Zuzahlung (gem. § 272 Abs. 2 Nr. 4 HGB) in die Kapitalrücklage erfolgen. Die vertragliche Ausgestaltung dieser Kapitalzuführung wird kurzfristig festgelegt und kann auch eine Besserungsabrede enthalten, mit der Folge, dass künftige Jahresüberschüsse belastet werden können.

Als ein weiteres Element der Sanierung der IKB ist auch die Veräußerung von wesentlichen Teilen der Portfolioinvestments beabsichtigt.

Die Refinanzierung des Aktivgeschäftes im Geschäftsjahr 2007/08 war seit der Krise im Juli 2007 deutlich erschwert und erfolgte überwiegend im Wege besicherter Geldaufnahme. Nach Durchführung der geplanten Kapitalerhöhung erwartet der Vorstand, die Refinanzierung auch in unbesicherter Form – in Form von Schuldverschreibungen – an den nationalen und internationalen Kapitalmärkten wieder aufnehmen zu können. Voraussetzung dafür ist eine Normalisierung an den internationalen Kapitalmärkten. Darüber hinaus wird die IKB einen Teil ihres Kreditgeschäftes – wie auch schon in der Vergangenheit – durch die Aufnahme von Mitteln bei den öffentlichen Förderbanken refinanzieren.

Zur Ergänzung der langfristigen Refinanzierung wird die Bank Geldmarktpapiere vornehmlich mit Laufzeiten zwischen 60 und 180 Tagen emittieren, mit denen sie ihre Mittelaufnahme im Interbankbereich diversifiziert.

Zur Verbesserung des Solvabilitätskoeffizienten sollen alle Möglichkeiten genutzt werden, die Risikotragfähigkeit der Bank von der Aktivseite her weiter zu entlasten. Hierzu gehört neben der weiteren Reduktion der Marktpreisrisiken auch die Reduktion von Risikoaktiva im Kreditgeschäft, sowohl durch Begrenzung des Neugeschäfts als auch durch Auslagerung von Kreditrisiken.

Liquiditätsstrategie

Nach dem Ausbruch der Krise hat die Bank ihre Liquiditätsplanung und -steuerung vollständig überarbeitet und verfeinert. Dies ermöglicht nunmehr eine detaillierte Prognose über die tägliche Liquiditätssituation in den jeweils folgenden drei Monaten und eine hinreichend verlässliche Prognose für einen 12-Monatszeitraum.

Der Liquiditätsbedarf der Bank ist durch Mittelaufnahmen am Geldmarkt (Tages- und Termingelder) in besicherter und unbesicherter Form, die Teilnahme am EZB-Tender, den Verkauf von liquiden Wertpapieranlagen sowie die Hereinnahme von Kundengeldern auf Schuldscheinbasis gedeckt worden. Weitere Mittel fließen der IKB aus Förderkreditprogrammen der KfW und der Landesförderinstitute zu, die die IKB bei der Finanzierung ihrer mittelständischen Kunden einsetzt.

Diese Instrumente sind auch die Basis für die weitere Liquiditätsbeschaffung der Bank bis zur Wiederherstellung einer wieder breiteren Kapitalmarktfähigkeit, insbesondere für langfristige Mittelaufnahmen. Entscheidend wird dazu die Durchführung der geplanten Kapitalerhöhung der Bank beitragen.

Darüber hinaus plant die Bank, zumindest einen Teil ihrer Portfolioinvestments von 5,9 Mrd. € (Wert Februar 2008) zur Liquiditätsbeschaffung einzusetzen. Aus dem abgeschirmten Teil dieser Portfolioinvestments werden Mittel entweder aus einem solchen Verkauf oder bis dahin aus Verlustausgleich bis zur Höhe von 1 Mrd. € zufließen.

Die Bank rechnet mit einem Mittelbedarf, verteilt über die nächsten 12 Monate, von ca. 12 Mrd. €. Insgesamt geht der Vorstand von einem Trend zu einer allmählichen Normalisierung der Geld- und Kapitalmärkte im Verlauf des Jahres 2008 aus, ohne dass kurzfristige Verspannungen auszuschließen sind.

Erwartete Ertragslage

Die notwendigen Restrukturierungsmaßnahmen sowie insbesondere die zuvor erläuterte Marktwertentwicklung verbriefteter Kreditportfolien werden das Ergebnis des laufenden Geschäftsjahres erheblich belasten. Dem steht allerdings ein positiver Bewertungseffekt – auf Basis der aktuellen Marktsituation – von rund 770 Mio. € gegenüber, der nur zum Teil nachhaltig ist. Hintergrund ist, dass die IKB für einen erheblichen Teil ihrer Verbindlichkeiten für die Fair-Value-Bewertung unter IFRS optiert hat. Da diese Verbindlichkeiten der IKB durch die Krise stark an Marktwert verloren haben, sind sie in der Bilanz mit dem niedrigeren Marktwert auszuweisen. Dieser Bewertungsgewinn ist in dem IFRS-Konzernabschluss GuV-wirksam. Soweit er nicht auf künftige Zinsausfälle und endgültige Kapitalausfälle von hybriden Verbindlichkeiten entfällt, wird er sich bis zur Rückzahlung der Verbindlichkeiten zum Nominalwert wieder auflösen und zu einem entsprechenden Aufwand führen. Erhöhen sich die Marktwerte der Verbindlichkeiten durch eine Verbesserung des Kapitalmarktstandings der IKB, kann dieser Aufwand auch schon deutlich früher anfallen.

Insgesamt erwartet der Vorstand einen IFRS-Verlust für das Geschäftsjahr 2007/08 von ca. 550 Mio. €. Die bisherige Prognose eines Verlustes von bis zu 700 Mio. € enthielt weder die zusätzlichen Belastungen aus der Neubewertung der Portfolioinvestments noch den oben erläuterten großen positiven Beitrag aus der Fair-Value-Bewertung der Passivseite.

Die aktuelle Ergebnisschätzung ist noch mit erheblichen Unsicherheiten behaftet, da die Prüfung des Halbjahresberichts zum 30. September 2007 noch nicht abgeschlossen ist. Höhere Verluste können auch aus einem Verkauf von Teilen der Portfolioinvestments resultieren.

Im Einzelabschluss der IKB AG erwartet der Vorstand einen Bilanzverlust in der Größenordnung von 750 Mio. €. Dieser Verlust spiegelt die erhöhten Verluste aus der Neubewertung der Portfolioinvestments wider, die teilweise von der Verlusttragung der Genussrechte und der stillen Einlagen kompensiert werden.

Es wird erwartet, dass die operativen Ergebnisse der Segmente Firmenkunden, Immobilienkunden und Strukturierte Finanzierung zwar geringer als im Vorjahr ausfallen, aber immer noch deutlich positiv sein werden. Grund hierfür ist, dass sie auf der einen Seite ihr Neugeschäft durch die Krise deutlich einschränken mussten, andererseits aber nicht durch die Verluste in den Portfolioinvestments betroffen waren.

Die Bank wird nach Abschluss der Restrukturierung voraussichtlich eine deutlich andere Ertragsstruktur und ein insgesamt niedrigeres Ertragsniveau haben, da die Erträge aus Portfolioinvestments erheblich zurückgehen. Das Geschäftsjahr 2008/09 wird noch erheblich durch die Folgewirkungen der Krise, insbesondere die Einschränkung des Neugeschäftes seit August 2007 und die stark gestiegenen Refinanzierungskosten, beeinträchtigt sein. Für das Geschäftsjahr 2008/09 erwartet der Vorstand ein leicht positives Ergebnis. Mittelfristiges Ziel ist die Erreichung einer angemessenen Rendite aus dem operativen Geschäft auf das eingesetzte Kapital.

Die Bedienung von Wertaufholungsrechten der hybriden Kapitalgeber und gegebenenfalls der KfW aus dem weiteren Maßnahmenpaket kann dazu führen, dass für mehrere Geschäftsjahre nur geringe Konzernjahresüberschüsse ausgewiesen werden.

Risiken der künftigen Entwicklung

Liquiditätsrisiken

Der Fortbestand der Gesellschaft hängt davon ab, dass im kommenden Geschäftsjahr wieder ein erweiterter Zugang zum Kapitalmarkt auch für unbesicherte, längerfristige Refinanzierungen erreicht werden kann. Hierzu ist insbesondere erforderlich, dass

- die geplante Kapitalerhöhung in der beantragten Höhe beschlossen, eingetragen und auch zeitnah durchgeführt wird,
- die geplanten Maßnahmen zur Liquiditätsbeschaffung, insbesondere die kurzfristig erforderliche Neuaufnahme und Verlängerung von besicherten Geldmarkrefinanzierungen, umgesetzt werden,
- die Veräußerung eines erheblichen Teils der Portfolioinvestments vorgenommen wird sowie
- gegen die vorgenannten Maßnahmen und den gesamten Risikoschirm keine rechtlichen Vorbehalte (insbesondere EU-Verfahren) geltend gemacht werden.

Der Vorstand geht davon aus, dass mittelfristig die dargestellten geplanten Maßnahmen wie erwartet umgesetzt werden und infolge wieder ein erweiterter Zugang zum Kapitalmarkt auch für unbesicherte, längerfristige Refinanzierungen erreicht werden kann.

Marktpreisrisiken

In Zusammenhang mit den beschriebenen Maßnahmen zur Risikoabschirmung der Portfolioinvestments bzw. des Maßnahmenpakets zum Ausgleich der im Februar 2008 festgestellten Bewertungsverluste auf der IKB-Bilanz wurden die Risiken aus einer Veränderung der Credit Spreads für diese Finanzinstrumente signifikant reduziert.

Allerdings könnte ein Verkauf des Portfolios in der gegenwärtigen Marktsituation voraussichtlich nur zu höheren Abschlägen erfolgen. Darüber hinaus verbleibt auch nach einem Verkauf von Portfolioinvestments ein Teil dieser Risiken – insbesondere für die nicht abgeschirmten Finanzinstrumente – bei der IKB.

Weitere Marktpreisrisiken bestehen in Zusammenhang mit der Zinsposition der Bank. Durch die im Laufe des neuen Geschäftsjahres eingeleiteten Absicherungsmaßnahmen konnte das Risiko aus dieser Position mittlerweile deutlich verringert werden.

Risikoschirm und weiteres Maßnahmenpaket

Der Risikoschirm und das weitere Maßnahmenpaket stehen unter dem Vorbehalt, dass keine EU-rechtlichen Bedenken geltend gemacht werden. Dies ist bisher nicht erfolgt, die diesbezügliche Prüfung ist jedoch noch nicht beendet.

In den Verträgen zum Risikoschirm wurde der KfW ein Sonderkündigungsrecht eingeräumt, sollte die IKB trotz zweimaliger Fristsetzung nicht oder nicht vertragskonform bestimmte Reportingpflichten erfüllen.

Der Vorstand erachtet dieses Risiko als gering, da zur Sicherstellung der vertraglichen Pflichten der IKB ein entsprechendes Projekt zur Identifizierung, Aufsetzung und Einhaltung des vertragskonformen Reportings in enger Abstimmung und Zusammenarbeit mit der KfW erfolgreich umgesetzt wurde.

Konjunkturelle Risiken

Die Geschäftsaussichten der Bankkunden in den Geschäftsbereichen Firmenkunden, Immobilienfinanzierung und Strukturierte Finanzierung werden nicht zuletzt von der Konjunkturentwicklung beeinflusst.

Eine Verschlechterung des konjunkturellen Umfeldes in den USA kann eine Erhöhung der Risikovorsorge vor allem bei den amerikanischen Transaktionsfinanzierungen erforderlich machen, um möglicherweise höheren Kreditausfällen angemessen Rechnung zu tragen. Sofern sich die Konjunkturabschwächung in den USA in signifikanter Weise auch auf Deutschland und Europa auswirken sollte, ist auch bei den europäischen Akquisitionsfinanzierungen, den Krediten an den deutschen Mittelstand und mit Abstrichen auch bei den Immobilienfinanzierungen mit einer höheren Risikovorsorge zu rechnen.

3. Bericht zum Geschäftsjahr 2006/07

Die Ausführungen zu den Geschäfts- und Rahmenbedingungen, der Ertrags-, Vermögens- und Finanzlage sowie der Risikobericht beziehen sich schwerpunktmäßig auf den Zeitraum vom 1. April 2006 bis 31. März 2007 – und damit auf einen Zeitraum vor Ausbruch der Krise. Vor diesem Hintergrund ergeben die Erläuterungen der folgenden drei Unterkapitel nur in Verbindung mit dem Nachtrags- und Prognosebericht ein umfassendes Bild über die Situation der Bank.

3.1 Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Das Geschäftsjahr 2006/07 war geprägt durch positive gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen; dies gilt sowohl für die wirtschaftliche Entwicklung für den Kernmarkt der IKB, Deutschland, als auch für jene Länder, in denen die IKB im Rahmen der Strukturierten Finanzierung sowie des Mobilienleasings tätig ist.

In Deutschland ist das BIP im Jahr 2006 um 2,9 % gestiegen. Wichtiger noch als diese Größe ist für das Inlandskreditgeschäft der IKB die Entwicklung der Ausrüstungsinvestitionen; diese nahmen um 8,3 % gegenüber dem Vorjahr zu. Hauptmotor für diesen Anstieg waren die Exporte, die um 12,5 % expandierten.

Dieses starke Wachstum resultierte insbesondere aus der Tatsache, dass die deutschen Unternehmen in hohem Maße Güter der Spitzentechnologie (das sind solche, bei denen der FuE-Anteil am Umsatz mehr als 3,5 % beträgt) ausführen. Die gute Position

deutscher Unternehmen auf den Weltmärkten betrifft nicht zuletzt die Hauptzielgruppe der IKB, den industriellen Mittelstand.

Aufgrund der hohen Auftragseingänge aus dem Ausland sahen sich die Unternehmen im Jahr 2006 nicht nur veranlasst, verstärkt in Ausrüstungen zu investieren, sondern dabei auch ihre Kapazitäten zu erweitern. Und da mittelständische Unternehmen unverändert das Gros ihrer Produktionsstätten in Deutschland haben, nahmen diese Firmen entsprechend Kredite zur Finanzierung ihrer Ausrüstungen und Bauten auf.

Eine deutliche Belebung hat im Geschäftsjahr 2006/07 in Deutschland auch der Immobilienmarkt erfahren. Nachdem hier über Jahre hinweg eine teilweise stagnierende bzw. sogar rezessive Entwicklung zu beobachten war, kam es im Zuge des allgemeinen Wirtschaftsaufschwungs zu einer deutlichen Aufwärtsentwicklung bei der Nachfrage nach Immobilien.

Strategische Positionierung der IKB

Die IKB ist die führende deutsche Spezialbank im Bereich der langfristigen Finanzierung von mittelständischen Unternehmen, Immobilieninvestoren, Projektpartnern und institutionellen Investoren. Bei langfristigen Unternehmenskrediten an das Verarbeitende Gewerbe ist die Bank Marktführer mit einem Marktanteil von knapp 10 %. Stärkste Wettbewerber der IKB in Deutschland sind die großen Universalbanken sowie ausgewählte größere Institute aus dem öffentlichen Bankensektor.

Die Stärken der IKB liegen in ihrer Spezialisierung, der damit verbundenen Kompetenz, Expertise und dem hohen Vertrauen, das sie bei ihren Kunden besitzt.

Das Fundament für die Aktivitäten bilden die exzellent ausgebildeten und hoch engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Wichtig ist hierbei, dass sich die Mitarbeiter in einem sehr hohen Maß mit der Bank identifizieren. In Mitarbeiterbefragungen erzielt die Bank hinsichtlich dieser Fragestellung regelmäßig Zustimmungsqquoten von über 90 %. Dies ist ein Spitzenwert in der Finanzbranche. Seit dem Beginn der Krise im Juli 2007 hat sich zwar die Mitarbeiterfluktuation erhöht, sie ist aber angesichts der Situation immer noch relativ gering und zeigt die Bindung der Mitarbeiter an die IKB.

Im Mittelpunkt aller Geschäftsaktivitäten stehen die Kunden. Um die Kundenverbindungen gezielt vertiefen und erweitern zu können, hat die IKB ihre Marktaktivitäten in die Segmente

- Firmenkunden
- Immobilienkunden
- Strukturierte Finanzierung und
- Verbriefungen

untergliedert.

Firmenkunden

Das Geschäftsfeld Firmenkunden umfasst die Bereiche inländische Unternehmensfinanzierung, Leasing sowie Private Equity.

In der Gewährung von langfristigen Investitionskrediten an den deutschen Mittelstand ist die IKB Marktführer in Deutschland. Neben der hohen Beratungsqualität schätzen die Kunden das klare Bekenntnis der Bank zum Mittelstand – gerade auch in schwierigen wirtschaftlichen Zeiten. Entsprechend genießt die IKB bei ihren Kunden ein sehr hohes Vertrauen.

Das Leasinggeschäft betreibt die IKB im Mobilienbereich auf nationaler und internationaler Basis. Dabei nimmt sie in Deutschland eine marktführende Position im Maschinenleasing ein. Im Ausland ist die IKB Leasing in ausgewählten Ländern Mitteleuropas (Polen, Slowakei, Tschechische Republik und Ungarn) sowie in Frankreich und in Österreich tätig.

Die IKB Private Equity konzentriert sich auf Direktbeteiligungen sowie auf die Gewährung von Mezzanine-Kapital an mittelständische Unternehmen, insbesondere im Rahmen von Genussrechts-Verbriefungstransaktionen.

Immobilienkunden

Im Geschäftsfeld Immobilienkunden liegt der Fokus auf

- Immobilienfinanzierung Inland
- Internationale Immobilienfinanzierung
- Equity (Projektentwicklungen) und
- Dienstleistungen.

Die IKB bietet ihren Kunden – neben einer maßgeschneiderten Finanzierung – die gesamte Produktpalette rund um die Immobilie an.

Durch die Etablierung einer europäischen Finanzierungsplattform in der zweiten Hälfte 2006 beteiligt sich die Bank an interessanten Immobilienengagements vor allem in Großbritannien, den Benelux-Staaten, Frankreich, Italien und Spanien.

Strukturierte Finanzierung

Das Geschäftsfeld Strukturierte Finanzierung, das die nationale und internationale Akquisitions- und Projektfinanzierung umfasst, hat sich in den letzten Jahren zu einem starken Ertragsstandbein der Bank entwickelt. Sowohl in Deutschland als auch in Frankreich – aber seit dem Geschäftsjahr 2005/06 auch in Italien und Spanien – agiert die Bank als Arrangeur von strukturierten Finanzierungen. In Großbritannien und den USA ist sie in der Rolle eines Participant erfolgreich tätig.

Die IKB setzt bei der Akquisitionsfinanzierung auf dieselben Erfolgsprinzipien, die auch dem inländischen Firmenkundengeschäft zugrunde liegen: hohe Kompetenz der Mitarbeiter in allen transaktions-spezifischen Aktivitäten sowie ein herausragendes Branchen-Know-how. Von besonderer Bedeutung ist zudem die lokale Präsenz der IKB in allen wichtigen westeuropäischen Märkten, um in Zusammenarbeit mit den jeweiligen Private-Equity-Investoren bei Mid-cap-Transaktionen regionale Besonderheiten berücksichtigen zu können.

Im Rahmen der Projektfinanzierung arrangiert und strukturiert die Bank die Finanzierung nationaler und internationaler Projekte. Diese Aktivitäten – etwa für Energie- oder Infrastrukturprojekte – stehen mittlerweile für mehr als 40 % des Neugeschäfts des Segments Strukturierte Finanzierung. Darüber hinaus finanziert die IKB Kapitalgüterexporte (ECA-gedeckte Exportfinanzierungen) und begleitet mittelständische Unternehmen, die im Zuge ihrer Internationalisierungsstrategie Produktionskapazitäten im Ausland aufbauen.

Verbriefungen

Das Segment Verbriefungen umfasste zwei Bereiche: die Ausplatzierung von Kreditrisiken einerseits sowie Investments in internationale Kreditportfolien andererseits. Die nachträgliche Konsolidierung von Rhineland Funding wird in diesem Segment abgebildet. Ab dem Geschäftsjahr 2007/08 werden die eigenen Verbriefungen im Segment „Zentrale“ gezeigt und das bisherige Segment Verbriefungen in „Portfolioinvestments“ umbenannt.

Die IKB verfolgte seit Ende der 90er-Jahre das Konzept der risikomäßigen Ausplatzierung von Bilanzaktiva – und hier insbesondere von Kundenforderungen. Bis heute hat die Bank derartige Aktiva in einem kumulierten Gesamtvolumen von nahezu 18 Mrd. € verbrieft und an den nationalen und internationalen Kapitalmärkten überwiegend synthetisch ausplatziert. Damit wurde das Kreditrisiko reduziert und Eigenkapital in einem hohen Umfang freigesetzt, sodass es im Zeitraum von 1995 bis 2007 gelungen ist, das on-balance Kreditvolumen (ohne die konsolidierten Ankaufsgesellschaften von RFCC) um 115 % zu erhöhen – ohne die Ausgabe neuer Aktien.

Eine hohe Granularität der Einzelrisiken einerseits sowie eine überzeugende Performance der bisherigen Ausplatzierungs-Transaktionen andererseits haben zu attraktiven Emissionskonditionen geführt. Die aktuellen Verwerfungen am Verbriefungsmarkt haben jedoch die Kosten der Ausplatzierung deutlich erhöht. Die IKB geht aber davon aus, dass sich die Märkte wieder normalisieren, wenn auch nicht auf das Niveau vor der Subprime-Krise, sodass die Strategie der Ausplatzierung von Kreditrisiken weitergeführt werden kann.

Das durch die Verbriefung während der letzten Jahre freigesetzte Kapital wurde für die Ausweitung des nationalen und internationalen Kreditgeschäftes sowie Investitionen in internationale Kreditportfolios genutzt. Die auf die eigene Bilanz der IKB AG und der IKB International Luxemburg genommenen Investments konzentrierten sich zu zwei Dritteln auf mindestens Investmentgrade-geratete US-Portfolios (wie zum Beispiel Kreditkartenforderungen, Hypothekenkreditforderungen sowie Unternehmenskredite) sowie zu einem Drittel auf europäische Portfolios mit ähnlichen Strukturen.

Kooperationen

Auch im Geschäftsjahr 2006/07 hat die IKB erfolgreich mit ihren Kooperationspartnern zusammengearbeitet.

Mit der KfW Bankengruppe wurde ein gemeinsames Finanzierungsvolumen von 1,4 Mrd. € durch wechselseitige Einladungen zu Finanzierungen dargestellt; im Jahr zuvor waren es 0,9 Mrd. €. Das Gros dieser Transaktionen bezog sich – wie im Jahr zuvor – auf nationale und internationale Projektfinanzierungen.

Neben diesen gemeinsamen Geschäften hat die Bank einen Teil ihres inländischen Firmenkundenkreditgeschäftes erneut bei der KfW refinanziert. Auf Wunsch ihrer Kunden hat die Bank in besonderer Weise die Standardprogramme „KfW-Unternehmerkredit“, „KfW-Unternehmerkapital“ sowie das „KfW-Innovationsprogramm“ in Anspruch genommen.

Eine erfreuliche Entwicklung zeigte im Berichtszeitraum die Movesta Lease and Finance GmbH, eine gemeinsame Tochtergesellschaft von IKB und KfW IPEX-Bank. Die Movesta konnte im Berichtszeitraum ein Neugeschäftsvolumen von 0,6 Mrd. € realisieren; dies ist eine Steigerung von mehr als 50 % gegenüber dem Vorjahr. Im Mittelpunkt der Geschäftsaktivitäten der Movesta stehen das Immobilienleasing sowie das Leasing von Großmobilen.

Positiv auf das Neugeschäft der Movesta wirkte das Anziehen der Konjunktur in Deutschland. Andererseits ist festzustellen, dass die Diskussion um die veränderten steuerlichen Rahmenbedingungen in Deutschland eher eine Belastung für das Immobilienleasinggeschäft darstellten. Umso höher ist daher der gute Geschäftsverlauf der Movesta im zweiten Jahr ihres Bestehens einzustufen.

Erfolgreich gestaltete sich auch die Zusammenarbeit mit dem Kooperationspartner Sal. Oppenheim. Erneut konnten beide Partner ihren wechselseitigen Deal-flow erhöhen. Darüber hinaus fungiert Sal. Oppenheim als designierter Sponsor für die IKB-Aktie.

Mit ihrem französischen Kooperationspartner Natixis hat die Bank auch im abgelaufenen Geschäftsjahr intensiv zusammengearbeitet. Schwerpunkte der gemeinsamen Aktivitäten waren das Firmenkundengeschäft, die Strukturierte Finanzierung, Schuldscheindarlehen sowie insbesondere Kreditsyndizierungen. Sowohl die Natixis als auch die IKB konnten den jeweiligen Kooperationspartner zu einer Reihe interessanter Geschäftstransaktionen einladen. Die Tatsache, dass die Natixis – nach dem Zusammenschluss der Natixis Banques Populaires und der Investmentbank IXIS im Jahr 2006 – mittlerweile zu den führenden europäischen Banken gehört, eröffnet neue Perspektiven für bilaterale Geschäfte.

3.2 Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

Vor dem Hintergrund der guten konjunkturellen Rahmenbedingungen ist es der IKB gelungen, das Neugeschäftsvolumen im Konzern auf 12,8 Mrd. € (Vorjahr: 11,3 Mrd. €) zu erhöhen. Diese Werte haben sich durch die Änderung des Konzernabschlusses nicht geändert.

Die Änderungen durch die Neubewertung spiegeln sich vielmehr in der Gewinn- und Verlustrechnung und in der Bilanz wider. Im Zuge der rückwirkenden Änderung der Bilanzierung zum 31. März 2007 wurden auch die Vorjahreszahlen für das Geschäftsjahr 2005/06 entsprechend angepasst. Eine detaillierte Überleitungsrechnung der Bilanz und GuV findet sich im Kapitel „Änderungen gemäß IAS 8“ in den Notes.

Im Folgenden werden vorrangig die Änderungen der Geschäftszahlen zum 31. März 2007 im Vergleich zum (ebenfalls geänderten) Vorjahr erläutert. Falls sich durch die Änderung des Konzernabschlusses signifikante Abweichungen der neuen Werte für 2006/07 im Vergleich zu den ursprünglichen ergeben, wird dies ebenfalls dargestellt.

Ertragsentwicklung

Der Konzernzinsüberschuss ist im Berichtszeitraum gegenüber dem Vorjahr um 11,0 % auf 678 Mio. € angewachsen. Ca. 80 % dieses Überschusses resultieren aus den Geschäftsaktivitäten der Markt-Geschäftsfelder, während ca. 20 % vor allem im Rahmen der Anlage der Eigenmittel erzielt wurden.

Die positive Differenz zum ursprünglich für das Geschäftsjahr 2006/07 ausgewiesenen Zinsüberschuss von 646 Mio. € erklärt sich insbesondere aus der Konsolidierung von Rhineland Funding. Statt der Provisionserträge, die die IKB CAM bzw. die IKB AG von Rhineland Funding vereinnahmt haben, werden durch die Konsolidierung die Zinserträge von Rhineland Funding im Zinsüberschuss ausgewiesen.

Die Nettorisikovorsorge im Kreditgeschäft wurde um 18,7 % auf 259 Mio. € zurückgeführt. Der Rückgang der Nettorisikovorsorge einerseits sowie der Anstieg des Zinsüberschusses andererseits führten dazu, dass der Zinsüberschuss nach Risikovorsorge um 43,5 % auf 419 Mio. € gesteigert werden konnte.

Der Provisionsüberschuss erhöhte sich um 71,1 % auf 52 Mio. €. Dieser Posten setzt sich im Wesentlichen aus den Strukturierungsgebühren und Provisionen der Geschäftsfelder Firmenkunden, Immobilienkunden und Strukturierte Finanzierung zusammen. Auch hier erklärt sich die Differenz zum ursprünglich für das Geschäftsjahr 2006/07 ausgewiesenen Provisionsüberschuss von 108 Mio. € aus der Konsolidierung von Rhineland Funding.

Das Fair-Value-Ergebnis ging gegenüber dem Vorjahr (–11 Mio. €) um 30 Mio. € auf –41 Mio. € zurück. Sowohl die Veränderung zum Vorjahr als auch die Differenz von –121 Mio. € zum ursprünglich für das Geschäftsjahr 2006/07 ausgewiesenen Fair-Value-Ergebnis resultieren im Wesentlichen aus Marktwertänderungen von Wertpapieren und Derivaten, die aufgrund der oben erläuterten Konsolidierung von Rhineland Funding sowie Teilen einer Emissionsgesellschaft einbezogen werden. Das Ergebnis aus Finanzanlagen lag mit 7 Mio. € unter dem Wert des Vorjahres (13 Mio. €).

Die Verwaltungsaufwendungen stiegen im Zuge der anhaltenden Expansion des IKB-Konzerns um 17,5 % auf 316 Mio. € an. Die Kosten-Ertrags-Relation verschlechterte sich auf 45,8 % (41,9 %). Die Hauptursache für den Anstieg der Verwaltungsaufwendungen liegt darin, dass im Geschäftsjahr 2006/07 per saldo 102 neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (durchschnittliche VAK) eingestellt wurden. Das Immobilienfinanzierungs- und Mobilienleasing-Geschäft wurde stark internationalisiert; zur Ausweitung der Beratungs- und Asset-Management-Aktivitäten wurde die IKB Credit Asset Management (CAM) gegründet.

Das Operative Ergebnis ging um 33,0 % auf 115 Mio. € zurück und liegt um 148 Mio. € unter dem ursprünglichen Wert von 263 Mio. €. Damit wurde das ursprüngliche Ziel eines operativen Ergebnisses von 250 Mio. € deutlich unterschritten. Der Grund dafür liegt insbesondere in den eingangs erläuterten nachträglichen Änderungen der Bilanzierung für das Geschäftsjahr 2006/07. Im geänderten HGB-Abschluss der IKB per 31. März 2007 wird kein Bilanzgewinn ausgewiesen, sodass es nicht zur Ausschüttung einer Dividende kommt. Ursprünglich war eine Dividende von 0,85 € je Aktie vorgesehen.

Für die Eigenkapitalrendite vor Steuern resultierte ein Wert von 9,4 % (13,8 %).

Entwicklung der Segmente

Firmenkunden

Die IKB konnte das Neugeschäft im Segment Firmenkunden um 14,1 % auf 4,8 Mrd. € ausweiten. Diese Zunahme ist umso bemerkenswerter, als die Bank bereits im vorherigen Geschäftsjahr das Auszahlungsvolumen um 22 % steigern konnte. Ebenfalls erhöht auf 16,8 Mrd. € (15,7 Mrd. €) wurde der Kreditbestand.

Der größte Teil des Auszahlungsvolumens im Geschäftsjahr 2006/07 entfällt mit 3,9 Mrd. € auf die langfristige inländische Unternehmensfinanzierung. Gegenüber dem Vorjahr konnte hier ein Zuwachs von 15,0 % erzielt werden.

Einen immer größeren Stellenwert nimmt bei mittelständischen Unternehmen das Mobilienleasing ein. Vor diesem Hintergrund war es der Bank möglich, das Finanzierungsvolumen im Neugeschäft gegenüber dem Vorjahr um 17,1 % auf 0,8 Mrd. € zu steigern. Drei Viertel dieses Betrages entfallen auf inländische Kunden, während ein Viertel der Nachfrage von Geschäftspartnern im Ausland ausgegangen ist.

Der Schwerpunkt der Aktivitäten im Bereich Private Equity lag im Berichtszeitraum auf dem Genusschein-Programm equiNotes II, das die IKB nach equiNotes I erneut mit der Deutschen Bank aufgelegt hat. Das den mittelständischen Unternehmen im Rahmen dieses Programms zur Verfügung gestellte – und nicht in die Auszahlungsstatistik eingehende – Mezzanine-Kapital belief sich auf 220 Mio. €. Die Gesamtsumme beider Genusscheinprogramme beläuft sich auf annähernd 600 Mio. €.

Das Segment Firmenkunden verbesserte das Operative Ergebnis im Geschäftsjahr 2006/07 auf 135 Mio. € (130 Mio. €). Unverändert intensiv war dabei der Wettbewerb um mittelständische Unternehmen. Die Durchschnittsmarge im Neugeschäft verminderte sich entsprechend auf 1,12 % (1,31 %). Die Risikovorsorge wurde im Segment Firmenkunden auf 38 Mio. € (44 Mio. €) zurückgeführt. Die Kosten-Ertrags-Relation betrug 46,7 % (44,4 %), die Eigenkapitalrendite lag bei 21,0 % (21,6 %).

Immobilienkunden

Eine positive Entwicklung konnte die IKB im Rahmen ihrer europäischen Immobilienfinanzierung realisieren. So war es der Bank möglich, in den ersten Monaten der Auslandsaktivitäten bereits ein Neugeschäftsvolumen in Höhe von 0,3 Mrd. € zu erzielen. Die Tatsache, dass die IKB im Rahmen ihrer europäischen Finanzierungsplattform mit international erfahrenen Teams an den Start gegangen ist, hat diese gute Entwicklung ermöglicht. Für das gesamte Geschäftsfeld Immobilienfinanzierung heißt dies, dass die Bank im Berichtszeitraum das Auszahlungsvolumen um 29,0 % auf 1,3 Mrd. € erhöhen konnte.

Das Segment Immobilienkunden konnte sein Operatives Ergebnis auf 35 Mio. € (32 Mio. €) erhöhen. Die Marge wurde mit 1,32 % nahezu auf dem Niveau des Vorjahres (1,33 %) gehalten. Die Eigenkapitalrendite belief sich auf 18,2 % (17,0 %), die Kosten-Ertrags-Relation betrug 45,1 % (39,6 %).

Strukturierte Finanzierung

Von einer erfolgreichen Entwicklung kann die IKB auch im Bereich der Strukturierten Finanzierung berichten. Im Einzelnen betreibt sie dieses Geschäft mit dem Schwerpunkt der Akquisitions- und Projektfinanzierung sowohl in Deutschland als auch in Westeuropa und in den USA. Auf allen Märkten konnte die Bank aufgrund der guten Wirtschaftsentwicklung eine hohe Nachfrage nach ihren Finanzierungsprodukten beobachten.

Vor diesem Hintergrund konnte die IKB ihr Neugeschäftsvolumen in diesem Geschäftsfeld im Berichtszeitraum um 52,0 % auf den neuen Höchstwert von 5,3 Mrd. € steigern. Hierbei entfielen etwa 30 % auf die nationale Akquisitions- und Projektfinanzierung, während die Bank 70 % auf den Auslandsmärkten – und hier vor allem in Westeuropa und USA – realisieren konnte.

Das Geschäftsfeld Strukturierte Finanzierung konnte das Operative Ergebnis gegenüber dem Vorjahr um fast 42 % auf 111 Mio. € steigern. Die Marge war auf 2,01 % (2,55 %) rückläufig. Dieser Rückgang resultiert ganz wesentlich aus einem veränderten Produktmix des Neugeschäftes, das sich im Berichtsjahr stärker auf die stabilere und margenschwächere Projektfinanzierung konzentriert hat. Im Einzelnen entfielen beim Neugeschäft bereits 43 % auf die Projektfinanzierung, während der Anteil der Akquisitionsfinanzierung 57 % betrug.

Für die Eigenkapitalrendite ergibt sich ein Wert von 33,9 % (35,2 %), während die Cost-Income Ratio auf 31,0 % (35,5 %) verbessert werden konnte.

Verbriefungen

Das Segment Verbriefungen zeigte mit 34 Mio. € ein deutlich niedrigeres Operatives Ergebnis als im Vorjahr (145 Mio. €). Hauptgründe für den Rückgang waren das negative Fair-Value-Ergebnis von –49 Mio. € (42 Mio. €) sowie eine höhere Dotierung der Risikovorsorge mit 19 Mio. €. Die Cost-Income Ratio stieg auf 36,4 % (21,0 %).

Wie in den Vorjahren lagen die Schwerpunkte der Aktivitäten auf Investments in internationale Kreditportfolien. Das Neugeschäft im Segment betrug 1,2 Mrd. € (2,1 Mrd. €), woraus sich eine leichte Erhöhung des Bestandes auf 18,4 Mrd. € (15,9 Mrd. €) ergibt.

Rhineland Funding, die rückwirkend konsolidiert wurde, hat ihr Investmentportfolio auf 12,7 Mrd. € (9,7 Mrd. €) erhöht.

Konzernbilanz

Die Bilanzsumme lag zum 31. März 2007 mit 63,5 Mrd. € um 19,3 % über der zum vorjährigen Bilanzstichtag 31. März 2006. Im Wesentlichen bedingt durch die Konsolidierung von Rhineland Funding, liegt die Bilanzsumme um 11,5 Mrd. € über dem ursprünglich ausgewiesenen Wert von 52,0 Mrd. €. Das Stichtagskreditvolumen inklusive Rhineland Funding betrug am 31. März 2007 51,2 Mrd. € und wies ein Plus von 5,4 Mrd. € gegenüber dem gleichen Vorjahresstichtag (45,8 Mrd. €) auf. Das Stichtagskreditvolumen umfasst Kredite an Kreditinstitute, Kredite an Kunden, verbrieftes Kreditgeschäft, das Leasingvolumen sowie Eventualverbindlichkeiten und Credit Default Swaps.

Die Forderungen an Kunden erhöhten sich im Vergleich zum 31. März 2006 um 1,7 Mrd. € auf 29,7 Mrd. €. Ein Anstieg ist insbesondere bei den Laufzeiten ab vier Jahren festzustellen.

Der Bestand an Risikovorsorge im Kreditgeschäft verminderte sich um 0,3 Mrd. € auf 1,1 Mrd. €. Diese Reduzierung setzt sich im Wesentlichen aus 0,4 Mrd. € neu gebildeten Wertberichtigungen (210 Mio. €), aufgelösten Wertberichtigungen in Höhe von 198 Mio. € sowie Inanspruchnahmen von 508 Mio. € zusammen. In der Reduktion spiegelt sich der Rückgang der als „non-performing“ eingestufteten Kredite im Verhältnis zum Kreditvolumen (NPL-Quote) von 6,3 % auf 4,9 % wider.

Die Forderungen an Kreditinstitute nahmen um mehr als 100 % auf 4,4 Mrd. € zu. Während die täglich fälligen Forderungen stichtagsbedingt zurückgingen, stiegen die Forderungen mit Laufzeiten von bis zu vier Jahren auf 3,6 Mrd. €. Forderungen mit einer Laufzeit von über 4 Jahren nahmen auf 0,2 Mrd. € zu.

Die Zunahme der Handelsaktiva um 1,6 Mrd. € auf 2,2 Mrd. € resultiert primär aus dem Aufbau von kurzfristigen Handelsbeständen mit dem Ziel, diese im Geschäftsjahr 2007/08 auf eine Asset-Management-Gesellschaft (Rhinebridge) zu übertragen.

Die Finanzanlagen erhöhten sich um 4,1 Mrd. € auf 27,3 Mrd. €. Gegenüber dem ursprünglich ausgewiesenen Wert von 15,9 Mrd. € ergibt sich ein Anstieg von 11,4 Mrd. € im Wesentlichen durch die Konsolidierung der Portfolioinvestments aus Rhineland Funding.

Auf der Passivseite gingen die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten um 0,1 Mrd. € auf 13,9 Mrd. € zurück. Für die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden resultiert eine Zunahme um 1,7 Mrd. € auf 4,3 Mrd. €.

Die Refinanzierung der IKB-Geschäftsaktivitäten erfolgte überwiegend über die Emission von Schuldverschreibungen. Durch eine starke Emissionstätigkeit nahmen die Verbrieften Verbindlichkeiten zum Bilanzstichtag 31. März 2007 um 8,8 Mrd. € oder 28,6 % auf 39,6 Mrd. € zu. Auch hier ist der Anstieg gegenüber dem ursprünglich ausgewiesenen Wert von 28 Mrd. € auf den Konsolidierungseffekt von Rhineland Funding zurückzuführen.

Die Handelspassiva, die am Bilanzstichtag eine Höhe von 1,2 Mrd. € aufweisen, stiegen leicht an (Vorjahr: 1,1 Mrd. €).

Das Nachrangkapital wurde um 116 Mio. € auf 3,0 Mrd. € aufgestockt. Das Eigenkapital sank um 0,1 Mrd. € auf 1,2 Mrd. €. Der Rückgang im Eigenkapital resultiert aus dem geänderten Konzernjahresabschluss, der zu einem verringerten Gewinnausweis und somit zu einer reduzierten Gewinnrücklage führte. Die aufsichtsrechtlichen Eigenmittel nach § 10 KWG – hierzu gehören das Gezeichnete Kapital, das Hybridkapital, die Kapital- und Gewinnrücklagen, das Genussrechtskapital sowie die Nachrangigen Verbindlichkeiten – betrugen am Bilanzstichtag unverändert 4,1 Mrd. €. Bezogen auf die Risikoaktiva, ergibt sich für die Grundsatz-I-Kennziffer ein Wert von 12,2 % (13,3 %); die Kernkapitalquote betrug 7,1 % (7,7 %).

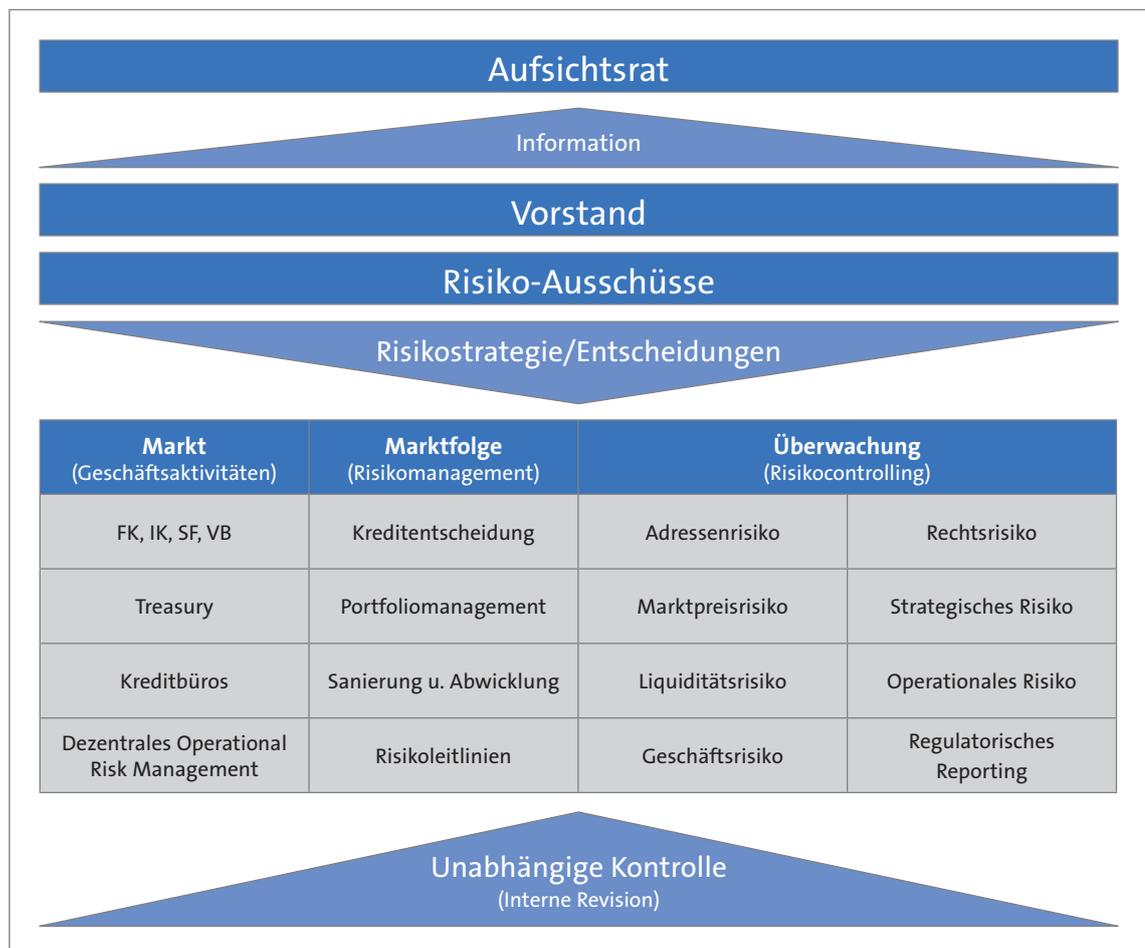
3.3 Risikobericht

Der Risikobericht beschreibt die Organisation und Prozesse des Risikomanagements und der verwendeten Instrumente im Geschäftsjahr 2006/07 und damit vor Ausbruch der Krise. Vor diesem Hintergrund ergibt der folgende Risikobericht nur in Verbindung mit dem vorstehenden Nachtrags- und dem Prognosebericht ein umfassendes Bild der aktuellen Risikosituation.

Risikomanagement-Organisation

Risikoorganisation. Die Abgrenzung der Aufgaben und Verantwortungsbereiche ist in einem Risikomanagement-Regelwerk dokumentiert, das unter Berücksichtigung aller gesetzlichen und bankinternen Anforderungen in Verbindung mit der Kreditrisikostategie und mit spezifischen Organisationsanweisungen die Grundsätze des Risikomanagementsystems der IKB fixiert.

Risikoorganisation im Geschäftsjahr 2006/07



Aufsichtsrat. Der Vorstand ist verpflichtet, den Aufsichtsrat in seinen Sitzungen regelmäßig über die Risikolage und das Risikomanagement detailliert zu unterrichten.

Vorstand. Für das Risikomanagement zeichnet der Vorstand verantwortlich. Er legt die Risikopolitik in Form einer klar formulierten Geschäfts- und Risikostrategie sowie der Geschäftsarten fest, definiert das vertretbare Gesamtrisiko im Rahmen der Risikotragfähigkeit und bezieht die Kontrolle von Risiken als wesentliche Bestandteile in seine Prozesse und seine Planung ein. Die Risiken der geschäftsstrategischen Ausrichtung und die Reputationsrisiken liegen ebenfalls im Verantwortungsbereich des Gesamtvorstands.

Innerhalb des Vorstands war im Berichtsjahr der Risikovorstand verantwortlich für das Risikomanagement des Adressenausfallrisikos sowie des Rechts- und des Compliancerisikos. Der Finanzvorstand überwachte das Marktpreisrisiko, das Liquiditäts- und Refinanzierungsrisiko sowie die operationellen Risiken.

Risiko-Ausschüsse. Durch die Einrichtung spezifischer Ausschüsse (z.B. Kreditkomitee, Limitkomitee etc.) zur Steuerung und Überwachung risikorelevanter Entscheidungen wird der Vorstand bei der Risiko- steuerung und der Entscheidungsfindung unterstützt. Diese Ausschüsse sind sowohl für Grundsatzfragen als auch für die Entscheidung konkreter Einzeltransaktionen auf der Grundlage der vom Vorstand vorgegebenen Rahmenbedingungen zuständig. Die Ausschüsse setzen sich aus Mitgliedern des Vorstandes sowie Vertretern der operativen Geschäftsfelder und Vertretern der zuständigen Zentralbereiche zusammen.

Risikomanagement. Der Bereich Risikomanagement ist verantwortlich für die Entwicklung, Umsetzung und Einhaltung der konzernweiten Standards für das Kreditgeschäft sowie für die Kreditportfoliosteuerung und die zur Bestimmung des Adressausfallrisikos eingesetzten Ratingsysteme. Zu den wesentlichen Aufgaben des Risikomanagements zählen neben der Formulierung der Richtlinien zur Kreditanalyse und -entscheidung vor allem auch der gesamte Kreditgenehmigungsprozess mit der Ausübung eigener Kreditkompetenzen. Damit stellt der Bereich Risikomanagement die Marktfolgeeinheit im Sinne der aufsichtsrechtlichen Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) dar.

Die Betreuung von erhöht risikobehafteten Engagements sowie Sanierungs- und Abwicklungsfällen erfordert ein spezialisiertes Intensivbehandlungs-Know-how und ist deshalb in gesonderten Betreuungseinheiten innerhalb des Bereiches Risikomanagement angesiedelt. Vorrangiges Ziel dieser Sonderbetreuung ist es, durch eine enge Begleitung rechtzeitig tragfähige Maßnahmen zu ergreifen, um ein *going concern* der Unternehmen zu erreichen oder im Falle eines Scheiterns dieser Bemühungen den wirtschaftlichen Schaden deutlich zu reduzieren.

Für die Überwachung und Steuerung des Kreditrisikos wird das Risikomanagement in den jeweiligen Geschäftsfeldern durch Kreditmanagement- bzw. Transaktionsmanagement-Teams unterstützt, die als Teil der Markteinheiten definiert sind. Kreditentscheidungen werden – mit Ausnahme von durch die MaRisk zugelassenen Bagatellentscheidungen – seitens der Marktfolgeeinheit genehmigt, sofern sie nicht in die Kompetenz des Vorstands fallen.

Risiko-Controlling. Als von den Markteinheiten und dem Bereich Risikomanagement unabhängige Instanz ist das Controlling für die Überwachung der vom Vorstand vorgegebenen Risikopolitik, die interne und externe Risikoberichterstattung, die Kapitalplanung und -allokation sowie für die neutrale Überwachung der Kredit-, Markt- und Liquiditätsrisiken sowie des Geschäftsrisikos verantwortlich. Organisatorisch ist das Controlling in das Kreditrisikocontrolling, das Marktpreisrisikocontrolling, das Ergebniscontrolling und das Kapitalcontrolling untergliedert.

Dem Kreditrisikocontrolling obliegen die zeitnahe und kontinuierliche Überwachung, Analyse und Berichterstattung der Kreditrisiken auf Portfolioebene ebenso wie die permanente Weiterentwicklung und Validierung der für die Risikoquantifizierung und die Bonitätsbeurteilung eingesetzten Modelle. Ein weiterer Schwerpunkt ist die konzernweite Zusammenführung aller quantifizierbaren Risikoarten zu einer Gesamtrisikoposition sowie deren Integration in die permanente Risikotragfähigkeitsrechnung und -überwachung.

Zu den Kernaufgaben des Marktpreisrisikocontrollings gehört neben der täglichen Berechnung, Analyse und Berichterstattung aller Marktpreisrisiken und der Überwachung der vom Vorstand vorgegebenen Limite auch die Überprüfung der zur Bewertung von Finanzinstrumenten eingesetzten Modelle und Verfahren. Zudem obliegen dem Marktpreisrisikocontrolling die laufende Überwachung und Berichterstattung des bankweiten Aktiv-Passiv-Managements.

Das Ergebniscontrolling stellt durch monatlich erstellte Bestandsergebnis- und Neugeschäftsrechnungen die kontinuierliche Überwachung und Berichterstattung des Geschäftsrisikos sicher. Auf Basis detaillierter Finanzberichte werden zudem Abweichungen der Ertrags- und Vermögenslage von den Planwerten identifiziert und analysiert.

Dem Kapitalcontrolling obliegen die integrierte Kapitalplanung innerhalb der IKB-Gruppe unter Berücksichtigung regulatorischer und ökonomischer Aspekte sowie die Überwachung der Kapitalallokation in den einzelnen operativen Einheiten unter Ertrags- und Risikogesichtspunkten.

Operational Risk Management. Die konzernweite Überwachung des operationellen Risikos obliegt dem Operational Risk Management. Hierzu gehört neben der Identifikation, Analyse und Berichterstattung auch die Festlegung der Methoden zur Messung des operationellen Risikos im IKB-Konzern. Unterstützt wird das zentrale Operational Risk Management von dezentralen Operational-Risk-Verantwortlichen in den Geschäftsfeldern, Tochtergesellschaften und Zentralbereichen.

Revision. Die Konzernrevision ist als prozessunabhängiger Teil des Risikomanagement-Systems und der Internen Kontrollverfahren nach Maßgabe der „Mindestanforderungen an das Risikomanagement“ (MaRisk) organisiert. Sie arbeitet im Auftrag des Gesamtvorstands weisungsfrei als prozessunabhängige Instanz und berichtet unmittelbar an den Vorstand. Auf Basis prozessorientierter Prüfungen werden konzernweit grundsätzlich sämtliche Aktivitäten und Prozesse untersucht. Dabei erfolgt die Schwerpunktsetzung auf die besonders risikosensitiven, qualitativen Prozesse, quantitative Methoden sowie die EDV-technischen Abläufe des Kredit- und Handelsgeschäftes. Ein weiterer Schwerpunkt liegt in der einzelfallorientierten Kredit- und Geschäftsprüfung. In einem Jahresbericht informiert die Revision den Vorstand zusätzlich zu den Einzelprüfungsberichten über die wesentlichen und schwerwiegenden Revisionsfeststellungen und deren Bearbeitungsstände. Der für die Revision zuständige Vorstand unterrichtet wiederum den Aufsichtsrat regelmäßig über die aktuellen Entwicklungen und Ergebnisse.

Risikomanagement-Prozess

Risikotragfähigkeit. Basis der Risikosteuerung sind die Risikotragfähigkeit und der Einsatz der Kapitalressourcen unter dem Blickwinkel einer adäquaten Risiko/Rendite-Relation. Im Rahmen der Steuerung werden dabei nicht nur die regulatorische Kapitalausstattung in Bezug auf die angestrebten Quoten und die aufsichtsrechtliche Mindestkapitalausstattung überwacht; es wird vielmehr auch sichergestellt, dass die Bank aus Sicht nicht nachrangiger Gläubiger ausreichend Deckungsmasse vorhält, um auch Risiken abdecken zu können, deren Eintrittswahrscheinlichkeit extrem unerwartet ist. Die Risikodeckungsmasse setzt sich im Wesentlichen aus dem Eigenkapital einschließlich stiller Einlagen, Genussrechten und nachrangigen Verbindlichkeiten, nicht realisierten Bewertungspositionen sowie dem Operativen Ergebnis vor Ertragssteuern zusammen.

Regulatorischer Kapitalbedarf. Die regulatorische Kapitalbindung der einzelnen Geschäftsfelder wird auf Basis des von diesen nach den jeweils gültigen aufsichtsrechtlichen Bestimmungen gebundenen Kern- und Ergänzungskapitals ermittelt. Die Steuerung des regulatorischen Kapitals auf Gesamtbankebene orientiert sich an zwei Kenngrößen:

- Kernkapitalquote (Verhältnis aus Kernkapital zu den Risikopositionen),
- Gesamtkennziffer (Verhältnis aus Eigenmitteln zu den Risikopositionen).

Die aufsichtsrechtlichen Risikopositionen, Eigenkapitalausstattung und -quoten sind in den Notes (49) erläutert.

Mit 7,1 % und 12,2 % zum Bilanzstichtag wurden die Mindestanforderungen an das regulatorische Kapital in Höhe von 4 % (Kernkapitalquote) bzw. 8 % (Gesamtkennziffer) deutlich übertroffen.

Ökonomischer Kapitalbedarf. Der auf Basis statistischer Simulationen und gestresster Parameter (Stressszenario-Analyse) ermittelte ökonomische Kapitalbedarf dient zur Abdeckung extremer, unerwarteter Risiken unter Berücksichtigung von Risikodiversifikation und Portfolioeffekten. Dem mit dem Geschäftsbetrieb verbundenen „erwarteten Risiko“ wird bereits durch die Planung und jährliche Durchführung zur Risikovorsorge Rechnung getragen.

Berechnet wird der ökonomische Kapitalbedarf für das Kreditrisiko, für die Marktpreisrisiken, die bei der IKB im Wesentlichen aus den Zinsänderungs- und Spreadrisiken des Bankbuches resultieren, sowie für das operationelle Risiko und das allgemeine Geschäftsrisiko. Für das Kredit-, Marktpreis- und Geschäftsrisiko werden bankeigene Modelle eingesetzt. Das operationelle Risiko wird nach einem bankaufsichtlich vorgegebenen vereinfachten Verfahren (Basic Indicator Approach) berechnet. Die Liquiditätsrisiken und strategischen Risiken unterliegen ebenfalls einer laufenden Überwachung bzw. Überprüfung, jedoch keiner Steuerung über Risikokapital. Hier erfolgt das Management über andere Steuerungsinstrumente (s. u.).

Der durch die einzelnen Risikoarten ermittelte ökonomische Kapitalbedarf wird sowohl im Rahmen des jährlichen Planungsprozesses als auch im Rahmen der kontinuierlichen Überwachung an Vorstand und Aufsichtsrat berichtet und den vom Vorstand verabschiedeten Limiten in den Steuerungs- und Reportinginstrumenten der Bank gegenübergestellt. Die Limite für einzelne Risikoarten, Portfolien und Teilportfolien, Konzentrationsentwicklungen und einzelne Engagements sind ein wesentlicher Bestandteil der quantitativen Kontrolle und Berichterstattung.

Die nachstehende Tabelle zeigt die Anteile des ökonomischen Kapitalbedarfs ohne Berücksichtigung des Diversifikationsnutzens über alle Risikoarten hinweg. Die Vorjahreszahlen für das Kreditrisiko und das operationelle Risiko wurden auf Basis der im letzten Geschäftsjahrvorgenommenen methodischen Weiterentwicklungen angepasst.

Ökonomischer Kapitalbedarf

	31.3.2007		31.3.2006 (adjustiert)		31.3.2006	
	in Mio. €	in %	in Mio. €	in %	in Mio. €	in %
Kreditrisiko	473	62	455	54	368	44
Marktpreisrisiko*	108	14	206	24	333	40
Geschäftsrisiko	98	13	95	11	95	11
Operationelles Risiko	82	11	90	11	36	4
Summe	761	100	846	100	832	100

* ohne ökonomischen Kapitalbedarf für Marktwerttrisiken aus Spreadveränderungen von 71 Mio. € zum 31. März 2007

Im Vergleich zu den adjustierten Vorjahreszahlen ist der ökonomische Kapitalbedarf zum 31. März 2007 ohne Berücksichtigung der Diversifikationseffekte insgesamt um 85 Mio. € gesunken. Dies ist auf den Rückgang im Bereich des Marktpreisrisikos zurückzuführen. Die Adjustierung beim Marktpreisrisiko resultiert aus einer methodischen Weiterentwicklung der Konzepte zur Messung der Zinsrisiken im Anlagebuch (siehe hierzu „Risikomessung im Fixed Income Fonds und im Investmentportfolio“). Die Adjustierung beim Kreditrisiko resultiert aus der methodischen Weiterentwicklung bei der Risikoquantifizierung handelbarer Aktiva. Der gemessen an der Geschäftsausweitung unterproportionale Anstieg beim Kreditrisiko spiegelt somit die verbesserte Bonitätsstruktur im klassischen Kreditgeschäft in Verbindung mit der zunehmenden Diversifikation wider.

Das Kreditrisiko aus der Bereitstellung von Liquiditätslinien an Portfolioinvestmentgesellschaften wurde hierbei unter Berücksichtigung einer Ziehungswahrscheinlichkeit der Linien einbezogen. Vergleichsrechnungen zeigen, dass auch bei vollständiger Berücksichtigung des Risikos aus den in den Investmentgesellschaften liegenden Assets die Kennziffer für das Kreditrisiko bei dem von der IKB verwendeten Messverfahren nur in geringem Umfang ansteigen würde. Dieser geringe Anstieg resultiert wesentlich aus den auch noch am Ende des Geschäftsjahres sehr guten externen Ratings und damit geringen Ausfallwahrscheinlichkeiten dieser Investments am Bilanzstichtag.

Der ökonomische Kapitalbedarf für das operationelle Risiko wurde methodisch an die regulatorischen Basel-II-Parameter des Basisindikatoransatzes angepasst. Auch hier wurde der Vorjahreswert zur besseren Vergleichbarkeit adjustiert.

Risikoarten

- Das **Adressenausfallrisiko** ist das Verlustrisiko infolge der Zahlungsunfähigkeit eines Schuldners oder einer Gegenpartei. Damit beinhaltet es auch das **Länderrisiko**, also mögliche Verluste durch Verschlechterung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, politische und soziale Unruhen, Verstaatlichungen und Enteignungen, staatliche Nichtanerkennung von Auslandsschulden respektive Devisenkontrollen sowie Ab- oder Entwertung der Landeswährung.
- Als **Marktpreisrisiko** wird das Risiko von negativen ökonomischen Marktwertveränderungen bezeichnet, die durch Veränderungen von Marktparametern entstehen und damit Auswirkungen auf die Ertragslage haben. Bei der IKB resultieren diese im Wesentlichen aus den Zins- und Spreadänderungsrisiken des Bankbuches.
- Das **Liquiditäts- und Refinanzierungsrisiko** ist das Risiko, dass die IKB nicht mehr in der Lage wäre, ihre Zahlungsverpflichtungen termingerecht zu erfüllen oder am Markt zu angemessenen Konditionen Refinanzierungsmittel aufzunehmen.
- **Operationelles Risiko** wird in der IKB verstanden als die Gefahr von Verlusten, die infolge einer Unzulänglichkeit oder des Versagens von internen Verfahren, Menschen und Systemen oder infolge externer Ereignisse eintreten.
- Unter **Geschäftsrisiko** oder auch **Umfeld- und Branchenrisiken** versteht man unerwartete negative Veränderungen der Ertragslage durch deutlich verschlechterte Marktbedingungen, Veränderungen der Wettbewerbsposition oder des Kundenverhaltens sowie geänderte rechtliche Rahmenbedingungen.
- Das **Reputationsrisiko** ist die Gefahr von direkten oder indirekten Verlusten aufgrund von Vorfällen, die das Vertrauen in die Bank in der Öffentlichkeit, gegenüber Ratingagenturen, Aufsichtsbehörden, Investoren, Geschäftspartnern oder bei Mitarbeitern mindern. In der Regel resultieren Reputationsrisiken aus einer der vorgenannten Risikoquellen und verstärken diese.
- Das **strategische Risiko** ist die Gefahr negativer Ergebnisentwicklungen aufgrund von Investitionsentscheidungen infolge bestehender oder künftiger geschäftspolitischer Grundsatzentscheidungen. Ebenso wie das Reputationsrisiko ist es nicht direkt quantifizierbar und kann letztlich nicht unabhängig von den vorgenannten Risiken gesehen und kontrolliert werden.

Adressenausfallrisiko

Definition. Beim Adressenausfallrisiko wird zwischen dem Kreditrisiko und dem Kontrahentenrisiko unterschieden. Ein Kreditrisiko liegt vor, wenn durch den Ausfall eines Vertragspartners die vertragskonforme Rückzahlung eines Kredites nicht oder nicht vollständig erfolgt. Das Kontrahentenrisiko umfasst bei der IKB neben dem Wiedereindeckungsverlust im Zusammenhang mit Zins- und Fremdwährungsderivaten, der sich bei Ausfall des Vertragspartners ergeben kann, auch das Emittentenrisiko und das Erfüllungsrisiko. Das Emittentenrisiko spiegelt den potenziellen Verlust beim Ausfall des Emittenten eines von der IKB gehaltenen Wertpapiers wider, während das Erfüllungsrisiko das Risiko eines Nichtleistens des Kontrahenten nach Vorleistung der IKB im Rahmen des Settlementprozesses darstellt. Aufgrund der besonderen Bedeutung des Kreditgeschäftes als Kernprozess der Bank steht das Kreditrisiko im Mittelpunkt der Betrachtung.

Kreditrisikostategie. Aufbauend auf der Risikotragfähigkeit, der Risikopolitik und dem Risikomanagementprozess, setzt die Kreditrisikostategie den Rahmen für die mittelfristige Ausrichtung des Kreditgeschäftes der IKB. Eine besondere Rolle spielt hierbei das Wachstum bei den unterschiedlichen Zielgruppen und Produkten, wobei die Kreditportfoliosteuerung einen hohen Stellenwert einnimmt. Die in der Kreditrisikostategie vorgegebenen Ziele werden durch entsprechende Leitlinien für das Management der Einzelkreditrisiken sowie der Portfoliorisiken operationalisiert. Diese Leitlinien finden im Einzelentscheidungsprozess Anwendung und sichern durch die Vorgabe und laufende Überwachung qualitativer und quantitativer Mindestanforderungen an die Qualität des Neugeschäfts die Einhaltung der Kreditrisikostategie:

- risikopolitische Vorgaben im Rahmen der Neugeschäftsakquisition, festgelegt in den „Leitlinien zum Management von Einzelkreditrisiken“,
- einzelgeschäftlich orientierte Kreditgenehmigungen und -überwachungen,
- Kreditportfolioüberwachung, -steuerung und -limitierung auf Basis der „Leitlinien zum Management von Portfoliorisiken“ im Kreditgeschäft und umfangreicher Kreditportfolioanalysen sowie
- regelmäßige Prüfungen durch die Interne Revision.

Risikopolitische Vorgaben. Ausgangspunkt für den Risikomanagementprozess im Kreditgeschäft ist der gemeinsame Planungsprozess von Vorstand und Geschäftsfeldern mit Unterstützung der Bereiche Unternehmensentwicklung, Risikomanagement sowie Finanzen, Controlling und Steuern. Auf der Grundlage von Risikotragfähigkeit sowie Wachstums- und Ergebniszielen wird das Risiko explizit in die Planung einbezogen. Die abgeleiteten Zielgrößen umfassen somit nicht nur Neugeschäftsvolumen, Zins- und Provisionserträge sowie Sach- und Personalkosten, sondern auch Risiko- und Eigenkapitalkosten. Mit der Planung der Risikokosten wird auch die Bonitäts- und Besicherungsstruktur vereinbart, um nachhaltigen Einfluss auf das Neugeschäft, die Bestandsbetreuung und die Portfoliostruktur zu nehmen. Ein weiteres wesentliches Element ist die Limitierung von Geschäfts- und Produktarten, Branchen- und Auslandsanteilen sowie Einzel- und Unternehmensgruppenadressen.

Kreditgenehmigungsprozess und Einzelengagementsüberwachung im traditionellen Kreditgeschäft. Die Kreditanalyse wird durch den von den Geschäftsfeldern unabhängigen Bereich Risikomanagement durchgeführt. Damit ist die Trennung von Akquisition und Genehmigung (Markt und Marktfolge) gewährleistet.

Alle Kreditentscheidungen – mit Ausnahme von Bagatellentscheidungen bei bereits bestehenden Kreditengagements – werden im Rahmen der Kompetenzregelung in Abhängigkeit von der Größenordnung des bestehenden Konzern-Kreditengagements, der Bonität des Kreditnehmers, der Besicherung, der Laufzeit und nicht zuletzt der bestehenden und geplanten Portfoliostruktur getroffen. Dies erfolgt entweder zentral durch Kompetenzträger innerhalb des Bereiches Risikomanagement oder durch den Vorstand. Dabei ist das Vier-Augen-Prinzip stets gewahrt. Auch die danach folgende Kreditumsetzung und Vertragsabwicklung findet durch die vom Markt unabhängig agierenden juristischen Mitarbeiter des Bereiches Recht und Verträge statt.

Grundlage jeder Kreditentscheidung ist eine detaillierte Kreditanalyse, die alle für die Entscheidung relevanten Informationen aufzeigt, bewertet und in einer Entscheidungsvorlage nachvollziehbar dokumentiert.

In diesem Zusammenhang wird zur Operationalisierung der Portfoliosteuerung im Entscheidungsprozess sowohl auf Einzelgeschäfts- als auch auf Engagementebene ein eigenentwickeltes Instrument – der „Portfolio Adviser“ – eingesetzt. Hiermit werden aus der Kundenbonität, transaktionsspezifischen Merkmalen wie Laufzeit und Besicherung sowie portfoliobezogenen Kennzahlen verschiedene Risikofaktoren ermittelt. Dadurch können schon bei der Neugeschäftsakquisition wichtige Impulse im Rahmen der Portfoliosteuerung gesetzt werden. Gleichzeitig legt die Bank großen Wert auf die Mobilität – also die Ausplatzierbarkeit – von Krediten, da die synthetische Verbriefung von Kreditforderungen eine wichtige Rolle in ihrer Portfoliosteuerung spielt.

Bestehende Kreditengagements werden alle zwölf Monate mit den dazugehörigen Prozessen und Genehmigungsverfahren analog zu den Neukreditentscheidungen behandelt und erneut entschieden. Darüber hinaus werden im Rahmen von Jahresgesprächen zwischen dem Risikomanagement und den Geschäftsfeldern die einzelnen Teilportfolien sowie wesentliche Einzelengagements im Hinblick auf deren Risikolage analysiert und Engagementstrategien abgeleitet.

Genehmigungs- und Überwachungsprozess bei Portfolioinvestments. Entscheidungen im Zusammenhang mit Portfolioinvestments werden im Rahmen der „Leitlinien zum Management von Portfolioinvestments“ getätigt. Diese Leitlinien legen die geeigneten Assetklassen, Mindestanforderungen an das Rating international anerkannter Ratingagenturen sowie ratingabhängige Größenordnungen für on-balance und off-balance Einzelinvestitionen fest. Darüber hinaus beinhalten die Leitlinien qualitative Kriterien zur Definition geeigneter Investments.

Bis zur Auslagerung der Portfolioinvestment-Aktivitäten in die zum 1. September 2006 gegründete IKB CAM hat Treasury und Financial Markets als Markteinheit im Sinne der MaRisk fungiert. In dieser Rolle oblag dem Treasury das „Sourcing“ von möglichen Neu-Investments und die Erstellung des Marktvotums/der Entscheidungsvorlage. Das im Bereich Risikomanagement zuständige Team zeichnete für die Erstellung des Marktfolgevotums verantwortlich.

Mit Übergang der für Portfolioinvestments zuständigen Mitarbeiter des Treasury und des Bereiches Risikomanagement der IKB AG in die IKB CAM wurden das Marktvotum und wesentliche risikoanalytische Funktionen ausgelagert. Die IKB-CAM-interne Ablauforganisation und Entscheidungsstruktur sah vor, dass der Investment Officer für die Akquisition von Transaktionen verantwortlich zeichnete, während die Erstellung der Analyse zur Transaktion (Portfolio-, Manager- und Dealstruktur) dem „Credit Analyst“ in Form eines Investment Proposal oblag. Nach Fertig-

stellung des Investment Proposal wurde über die Abgabe einer Anlageempfehlung im Rahmen des IKB CAM Investment Committee entschieden. Vertreten waren hier neben dem Chief Investment Officer, der die Entscheidung über die Anlageempfehlung traf, die Teamleiter von Research und Credit Analysis sowie der zuständige Investment Officer und Credit Analyst.

Mit Gründung der IKB CAM wurden seitens des Vorstandes der IKB AG sogenannte „Filterverfahren“ für Anlageempfehlungen gegenüber der IKB AG und der von der IKB AG beratenen Rhineland Funding verabschiedet, bei deren Einhaltung die IKB CAM ein Commitment abgeben konnte. Die Entscheidung über das von der IKB CAM vorgelegte Investment für die IKB AG traf die Vorstands-Investmentsitzung („VIS“) auf Basis des Investment Proposal der IKB CAM sowie eines von der Marktfolge erstellten Votums. Bei negativer Entscheidung (Ablehnung) war das zuvor bereits durch die IKB CAM getätigte Investment wieder zu veräußern. Bei Transaktionen, die die Filterkriterien nicht erfüllten, war ein Commitment durch IKB CAM nicht möglich. Hier wurde die Entscheidung durch die VIS, basierend auf dem Investment Proposal der IKB CAM und dem Votum der Marktfolge, getroffen.

Die Filterkriterien wurden ebenso für Anlageempfehlungen der IKB CAM an Rhineland Funding angewandt. Mit Gründung der IKB CAM war auch die Übertragung des Investment-Advisory-Mandates auf die Gesellschaft verbunden. Bis zum 20. Dezember 2006 fungierte noch die IKB AG als „Investment Advisor“ für Portfolioinvestments. Seit dem 21. Dezember 2006 wird diese Rolle von der IKB CAM wahrgenommen. Bei Erfüllung der Filterkriterien ist eine Anlageempfehlung, basierend auf der Entscheidung des Investment Committee der IKB CAM, möglich. Bei Nicht-Einhaltung der Kriterien ist die schriftliche vorherige Zustimmung eines Beiratsmitglieds der IKB CAM, welches für die „Risikoperspektive“ mit verantwortlich zeichnet, erforderlich. Nur bei Befürwortung durch diesen ist die Abgabe einer Anlageempfehlung an Rhineland Funding möglich.

Ratingprozess und Ratingverfahren. Zentrales Element des gesamten Kreditprozesses ist die Bonitätsbeurteilung der Kunden und Investments. Bei der Auswahl der Geschäftspartner und Investments werden strenge Anforderungen an die Bonität und die Werthaltigkeit der Sicherstellung der Engagements gestellt. Entsprechende Kreditleitlinien operationalisieren diesen Qualitätsanspruch.

Zur Bonitätsbeurteilung im traditionellen Kreditgeschäft verfügt die IKB über DV-gestützte, auf das jeweilige Kundensegment bzw. die spezifische Finanzierungsart zugeschnittene Ratingverfahren. Im Ergebnis werden bei jedem Verfahren die jeweils modellspezifischen Risikoparameter zusammengeführt und damit jedem Kunden eine Bonitätsklasse innerhalb einer 11-stufigen internen Skala von 1,0 (bestes Rating) in 0,5-er Schritten bis 6,0 zugewiesen. Kalibriert wird diese Ratingskala mit der Höhe der Ausfallwahrscheinlichkeit auf der Grundlage statistischer Analysen historischer Ausfälle. Neben ihrer Funktion als Bonitätsbeurteilungsinstrument dienen unsere Ratingverfahren somit auch als Basis zur Ermittlung risikoadäquater und damit risikodifferenzierter Margen und sind Grundlage für die Ermittlung des Ökonomischen Kapitals für das Kreditrisiko.

Im Geschäftsfeld Firmenkunden und – soweit sinnvoll – auch in den anderen Geschäftsfeldern kommt das in den letzten Jahren kontinuierlich weiterentwickelte „IKB-Mittelstandsrating“ zum Einsatz. Zur Beurteilung der wirtschaftlichen Situation des Kreditnehmers auf Basis finanzwirtschaftlicher Kennziffern wird ein mathematisch-statistisches Verfahren eingesetzt. Die Beurteilung der individuellen Kunden- und Branchenmerkmale erfolgt auf Basis eines Expertensystems, das der Unternehmensgröße und jeweiligen Engagementgröße mit einer zunehmenden Intensität qualitativer Informationen Rechnung trägt. Die Kombination dieser beiden Ergebnisse sichert eine sehr hohe Güte und Trennschärfe des Ratings.

Den Besonderheiten der Projekt- und Spezialfinanzierungen wird durch spezielle Ratingverfahren Rechnung getragen. Da hier Höhe und Nachhaltigkeit des Cash-flows zur Bedienung der während der Projektlaufzeit anfallenden Zins- und Tilgungszahlungen im Mittelpunkt stehen, setzt die IKB Modelle ein, die durch unterschiedliche Szenarien und Simulationen eine Aussage über die Schuldendienstfähigkeit ermöglichen. Ergänzt wird diese quantitative Beurteilung durch zusätzliche qualitative Berücksichtigung von Sponsoren, Betreibern, Absatz- und Beschaffungsmärkten sowie Transaktionsspezifika. Für Akquisitionsfinanzierungen setzt die Bank ein auf Basis des „IKB-Mittelstandsratings“ weiterentwickeltes Ratingverfahren ein.

Das im Rahmen der gewerblichen Immobilienfinanzierung eingesetzte Immobilien-Rating bewertet die Bonität auf Basis einer Vielzahl spezifischer Objektdaten und Investoreninformationen. Hierzu zählen nicht nur detaillierte Informationen zur Lage und Beschaffenheit des Objektes, sondern auch dezidierte Informationen zur Mieterstruktur und -bonität, zur individuellen Bonitätsbeurteilung des Investors im Hinblick auf Vermögen und Liquidität sowie zur Kapitaldienstfähigkeit des Objektes aus dem erwirtschafteten Cash-flow.

Die Bestimmung der Länderbonität erfolgt anhand von Wirtschaftsdaten und Kennziffern über die ökonomische Entwicklung des Landes und seiner Zahlungsfähigkeit in Verbindung mit einer qualitativen Bewertung der politischen und gesellschaftlichen Situation des Landes. Als Quellen dienen internationale Datenbanken, Länderberichte und andere externe Quellen.

Zur Berücksichtigung des Branchenrisikos führt die IKB für rund 370 Branchen regelmäßig einen Ratingprozess durch. Dieser basiert auf einem ökonomischen Modell, das sowohl die makroökonomischen nationalen und internationalen Entwicklungen als auch Branchenzusammenhänge berücksichtigt. Hierbei wird explizit die tiefgehende Expertise der

Branchenspezialisten des Bereichs Volkswirtschaft genutzt.

Die bisher auf Basis der zur Verfügung stehenden Daten durchgeführten Validierungstests zeigen, dass die eingesetzten internen Ratingverfahren die Risiken zutreffend klassifizieren. Die hohe Trennschärfe führt zu einer besseren Risikoselektion und unterstützt damit das Portfoliomanagement der Bank.

Bei Portfolioinvestments stehen zur Bonitätsbeurteilung mindestens zwei Ratings international anerkannter Ratingagenturen zur Verfügung, deren Veränderungen zeitnah systematisch erfasst werden. Die in den Leitlinien zum Management von Portfolioinvestments definierten Limite für Einzelinvestitionen orientieren sich u.a. an diesen externen Ratings, wobei Investments bei Geschäftsabschluss mindestens ein Rating von „BBB“ bzw. „Baa2“ aufweisen müssen.

Quantifizierung des Kreditrisikos. Zur Quantifizierung des Kreditrisikos wird für das traditionelle Kreditgeschäft und die Portfolioinvestments jeweils ein eigenentwickeltes Modell eingesetzt, in das neben den Einzelkredit-/investmentinformationen (Kredit-/Investmentbetrag, Besicherung, Laufzeit, Branchenzugehörigkeit, Konzernzugehörigkeit, Rating und gegebenenfalls Ziehungswahrscheinlichkeiten von Liquiditätsfazilitäten) eine Vielzahl von statistischen Größen wie z. B. Ausfallwahrscheinlichkeiten, Sicherheitenerlösraten und Branchen-/Assetkorrelationen eingehen, die auf bankinternen Erfahrungen oder externen Referenzgrößen basieren. Die dabei im Zentrum der Betrachtung stehende Verlustverteilung des Kreditportfolios wird in den „Erwarteten Verlust“ und in den „Unerwarteten Verlust“ unterteilt.

Der „Erwartete Verlust“ als statistischer Erwartungswert (auch als Standardrisikokosten bezeichnet) wird im Rahmen der in der Kreditkalkulation berücksichtigten Risikoprämie abgedeckt.

Die Größe „Unerwarteter Verlust“ (auch Credit Value at Risk) spiegelt das potenzielle Risiko wider, welches den „Erwarteten Verlust“ übersteigen kann.

Qualitätssicherung. Die zunehmende Integration von internen und externen Ratings und mathematischen Modellen in den gesamten Kreditprozess und damit ihre Bedeutung für die Gesamtbanksteuerung stellt höchste Ansprüche an die Qualitätssicherung. Im Rahmen der Validierungs- und Benchmarkingprozesse werden sowohl die Systeme zur internen Bonitätsbeurteilung als auch die Genehmigungs-, Überwachungs- und Steuerungsprozesse im Kreditgeschäft regelmäßig auf den Prüfstand gestellt. Die hierbei gewonnenen Ergebnisse sind nicht nur Basis für die Weiterentwicklung des Kreditprozesses unter Berücksichtigung der bereits vorgenannten aufsichtsrechtlichen Anforderungen aus MaRisk und Basel II, sondern dienen auch zur Optimierung im Sinne bankeigener Ansprüche.

Portfolioüberwachung und -steuerung. Bei der Bestandsüberwachung steht die Betrachtung des gesamten Kreditportfolios im Mittelpunkt. Hierbei gilt es, die Begrenzung von Risikokonzentrationen in Einzelengagements, Ländern, Zielgruppen und Produkten durch eine angemessene Überwachung zu gewährleisten sowie daraus die hauptsächlichen Risikotreiber für das Gesamtportfoliorisiko zu bestimmen. Demzufolge nutzt die Bank auch Steuerungsinstrumente, die alle Kreditrisiken unter Berücksichtigung der jeweiligen Unternehmensgruppenzugehörigkeit zusammenführen und portfolioorientiert nach Ländern, Geschäftsfeldern, Ratingklassen und Branchen regelmäßig überwachen. Diese Form der Portfoliosteuerung hat sich für die Portfolioinvestments im Wesentlichen an den Bonitätseinstufungen der Ratingagenturen orientiert. Für die Portfolioinvestments zeigt sich – insbesondere im Nachhinein –, dass die wesentlichen Risikotreiber, vor allem das US-amerikanische Subprime-Risiko, von dem ein Großteil des Werts der Investments übergreifend abhängt, sowie damit wesentliche Konzentrationsrisiken nicht angemessen erfasst wurden.

Durch die konsequente Umsetzung der risikopolitischen Leitlinien im Neugeschäft, den Einsatz von Kreditverbriefungen und Unterbeteiligungen zum Transfer von Kreditrisiken und die in den letzten Jahren beobachtete wirtschaftliche Erholung im deutschen Mittelstand hat sich die Bonitätsstruktur des IKB-Kreditportfolios in den letzten Jahren sukzessive verbessert.

Bonitätsstruktur des Kreditgeschäftes zum 31. März (ohne Non Performing Loans)*

in Mrd. €	2007	2006	2005	2004	2003
1/1,5	13,1	8,8	6,5	6,0	6,6
2/2,5	8,9	10,1	9,5	9,2	8,8
3/3,5	5,5	5,2	6,0	6,0	7,2
4/4,5	2,2	2,1	2,4	3,2	3,9
5 und größer	1,3	1,6	1,9	2,5	1,8
	31,0	27,8	26,3	26,8	28,2

*) Summenfehler beruhen auf Rundungsdifferenzen

Die zeitnahe Beobachtung von Branchen- und Marktveränderungen erfolgt durch den Bereich Volkswirtschaft. Dessen umfangreiches Branchen-Know-how ist wichtiger Bestandteil der im Rahmen der Risiko-steuerung durchgeführten Clusteranalysen. Hiermit wird das Ziel verfolgt, die Sektorrisiken im Kreditgeschäft unter Berücksichtigung der erwarteten Entwicklungen möglichst frühzeitig zu erkennen und zu limitieren.

Ausgangspunkt für die Festlegung von Konzentrationslimiten, die sich an den geschäftspolitischen Zielgrößen und den risikopolitischen Leitlinien orientieren, ist die regelmäßige Überprüfung durch das Limitkomitee, welches sich aus Vertretern des Risikomanagements, des Bereichs Volkswirtschaft, des Kreditrisikocontrollings und der Geschäftsfelder zusammensetzt. Auf Basis der bestehenden Strukturen, der historischen Performance und Risikoquantifizierung des Kreditportfolios sowie deren Veränderung im Zeitablauf, verbunden mit den identifizierten Branchenrisiken und Konjunktoreinflüssen auf die einzelnen Wirtschaftszweige, werden Volumens- und Risikobeitragslimite auf den verschiedenen Kreditportfolioebenen festgelegt. Zusätzlich werden Obergrenzen für Einzelkredite bzw. Kredite an Unternehmensgruppen definiert, um Konzentrationsrisiken zu vermeiden.

Dieses Vorgehen sichert in Verbindung mit den von der IKB durchgeführten Risikoausplatzierungsmaßnahmen eine hohe Diversifikation und Granularität des Kreditportfolios der Segmente Firmenkunden, Immobilienkunden und Strukturierte Finanzierung, sodass mögliche Auswirkungen von einzelnen Branchenrezessionen auf ein Minimum reduziert werden.

Bei allen Ländern wird das Gesamtengagement durch Länderrisikolimiten begrenzt. Somit können Geschäfte, die ein Länderrisiko beinhalten, nur bewilligt werden, wenn sie innerhalb des Länderrisikolimits Platz finden, selbst wenn die betreffenden Kunden über eine gute oder sehr gute Unternehmensbonität verfügen. Die Limite werden vom Limitkomitee festgelegt und gelten für alle Geschäfte in diesen Ländern. Die Ausnutzung der festgelegten Limite wird mittels eines zeitnahen Reportingsystems überwacht und regelmäßig berichtet.

Um den Diversifikationsgrad der Kreditaktiva und gleichzeitig die Ertragsstärke des Portfolios weiter zu verbessern, investierte die IKB zusätzlich in verbrieft internationale Kreditportfolien. Zum 31. März 2007 betrug das Volumen dieser Investments 6,8 Mrd. €. 98 % der Investments waren zu diesem Zeitpunkt im Investmentgrade-Bereich geratet, 73 % hatten ein AAA-Rating bzw. ein AA-Rating.

Bonitätsstruktur der IKB-Portfolioinvestments zum 31. März (ohne Rhineland Funding)*

in Mrd. €	2007	2006	2005	2004	2003
Aaa	2,1	2,2	1,8	1,4	0,8
Aa	2,9	2,5	1,7	0,7	0,5
A	1,2	1,2	1,0	0,5	0,2
Baa	0,5	0,5	0,3	0,3	0,3
Ba/B	0,0	0,1	0,2	0,1	0,1
Sub B	0,1	–	–	–	–
	6,8	6,6	5,0	3,0	1,9

*) Summenfehler beruhen auf Rundungsdifferenzen

**Assetstruktur der IKB-Portfolioinvestments zum 31. März
(ohne Rhineland Funding)**

in Mrd. €	31.3.2007 Gesamt		31.3.2006 Gesamt	
Corporates	2,9	(42%)	2,9	(44%)
ABS	3,0	(45%)	2,8	(42%)
davon mit Subprime-Anteilen	2,4	(35%)	2,1	(32%)
CDO of CDO – ABS + Corporates	0,9	(13%)	0,9	(14%)
davon mit Subprime-Anteilen	0,2	(2%)	0,2	(3%)
Gesamt	6,8	(100%)	6,6	(100%)

Die IKB hat auch Portfolioinvestmentgesellschaften (insbesondere Rhineland Funding) bei deren Investition in verbriefte Kreditportfolien beraten. Diesen Gesellschaften stellte die IKB neben anderen Banken auch Liquiditätslinien in Höhe von insgesamt knapp 11,8 Mrd. € zum 31. März 2007 zur Verfügung. Seitens der anderen Banken wurden rd. 5,4 Mrd. € Liquiditätslinien bereitgestellt.

Diesen Liquiditätslinien von insgesamt 17,2 Mrd. € standen zum Stichtag rd. 12,7 Mrd. € Investments gegenüber. Davon werden 11,5 Mrd. € zum Stichtag im Konzernabschluss der IKB konsolidiert. Der Anteil der Investments mit einem AAA-Rating bzw. einem AA-Rating zum 31. März 2007 beträgt ca. 85 %.

Bonitätsstruktur der Rhineland Funding-Portfolioinvestments zum 31. März*

in Mrd. €	2007	2006	2005	2004	2003
Aaa	5,8	4,0	2,9	2,5	2,0
Aa	3,9	2,8	2,0	1,6	1,2
A	1,5	1,4	1,0	0,9	0,7
Baa	0,2	0,6	0,5	0,5	0,4
Ba/B	0,0	0,1	0,1	0,2	0,0
	11,5	9,0	6,5	5,7	4,4

*) Summenfehler beruhen auf Rundungsdifferenzen

Assetstruktur der Rhineland Funding-Portfolioinvestments zum 31. März

in Mrd. €	31.3.2007 Gesamt		31.3.2006 Gesamt	
Corporates	0,4	(3%)	0,9	(10%)
ABS	10,3	(91%)	6,9	(77%)
davon mit Subprime-Anteilen	9,7	(85%)	5,9	(65%)
ABS + Corporates	0,3	(3%)	0,7	(7%)
davon mit Subprime-Anteilen	0,1	(1%)	0,1	(1%)
CDO of CDO – ABS + Corporates	0,4	(3%)	0,5	(5%)
davon mit Subprime-Anteilen	0,2	(2%)	0,2	(2%)
Gesamt	11,5	(100%)	9,0	(100%)

Regionale Verteilung im Kreditgeschäft (ohne IKB- und Rhineland-Funding-Portfolioinvestments). Neben den vorgenannten Investments in internationale Kreditportfolien entfielen zum Bilanzstichtag 7,6 Mrd. € des Kreditvolumens auf das europäische und außer-europäische Ausland. Unter Berücksichtigung der durch Kreditversicherungen (z. B. Hermes) und Ausplatzierungen abgedeckten Risiken waren 99,4 % dieses Kreditvolumens den beiden besten Länder-risikoklassen 1/1,5 zuzuordnen.

Sicherheiten, Risikoausplatzierungen und Verbriefungen. Für das traditionelle langfristige Kreditgeschäft der IKB hat die Absicherung durch klassische Sicherheiten (Grundpfandrechte, Sicherungsüber-eignungen und Bürgschaften) nach wie vor einen hohen Stellenwert. Unabhängig von anstehenden Entscheidungen werden die Wertansätze der einzelnen Sicherheiten kontinuierlich überprüft und aktua-lisiert.

Unterstützt wird die Risikominderung mittels Sicher-heiten durch portfolioorientierte Risikoausplatzie-rung im Wege der Einzelengagementsausplatzierung in Form von Konsortialgeschäften und der Ausplatzie-rung mittels Verbriefungen.

Die IKB gehört zu den führenden Emittenten im Bereich der Verbriefung von Forderungen gegenüber mittelständischen Unternehmen in Deutschland. Ergänzt wird dies durch die Verbriefung von inter-nationalen „strukturierten Finanzierungen“ und Immobilienfinanzierungen. Diese Form der Ausplat-zierung wird zur gezielten Portfoliosteuerung ein-gesetzt, um Risikokonzentrationen zu vermeiden und die aufsichtsrechtliche Eigenkapitalbelegung zu optimieren.

Die ausplatzierten in- und ausländischen Kredit-engagements wurden synthetisch am Kapitalmarkt platziert, d.h. die IKB ist risikomäßig gegen die Adress-risiken aus diesen Engagements abgesichert, obwohl sie nach wie vor in der Bilanz ausgewiesen, refinan-ziert und weiterhin seitens der IKB betreut werden. Insgesamt wurde bisher ein Volumen von knapp 18 Mrd. € in Form von Verbriefungen in den letzten Jahren ausplatziert. Zum Bilanzstichtag valutierte das Volumen der mittels Verbriefung ausplatzierten Kredite mit über 7 Mrd. €. Die derzeitige Situation auf den Verbriefungsmärkten führt bei Neuverbriefungen zu deutlich erhöhten Absicherungskosten.

Identifikation und Betreuung ausfallgefährdeter Engagements. Alle kreditrisikobehafteten Positionen werden ständig überwacht. Dies erlaubt der Bank eine aktuelle Beurteilung der Kreditnehmerbonitäten und damit der Risikostruktur des Kreditportfolios. Im traditionellen Kreditgeschäft wird zusätzlich ein DV-gestütztes Risikofrüherkennungssystem genutzt, um durch Mustererkennung frühzeitig geeignete Maßnahmen einleiten zu können.

Die Betreuung von ausfallgefährdeten Engagements erfolgt in spezialisierten Betreuungseinheiten. Ziel dieser Sonderbetreuung ist es, durch eine enge Begleitung rechtzeitig tragfähige Maßnahmen zu ergreifen, um die Überlebensfähigkeit der Unter-nehmen zu erreichen oder im Falle eines Scheiterns dieser Bemühungen den wirtschaftlichen Schaden deutlich zu reduzieren.

Ein besonderer Fokus liegt auf so genannten Non Performing Loans. Eine Forderung wird als non performing eingestuft, wenn ein Insolvenzverfahren eröffnet wurde, wenn Zinsen oder Kapitalrückzahlungen mehr als 90 aufeinanderfolgende Tage in Verzug sind oder wenn andere eindeutige Hinweise bestehen, dass der Schuldner seinen vertraglichen Verpflichtungen nicht nachkommen kann und es an objektiven

Hinweisen darauf fehlt, dass sie durch spätere Zahlungen oder die Verwertung von Sicherheiten eingebracht werden können. Dabei wird der Liquidationswert der verfügbaren Sicherheiten berücksichtigt.

Die nachfolgende Tabelle gibt einen Überblick über die als Non Performing Loans eingestuftten Forderungen:

Non Performing Loans

	31.3.2007 in Mio. €	31.3.2006 in Mio. €	Veränderung	
			in Mio. €	in %
Inländische Kunden	1 750	2 225	-475	-21
Alte Bundesländer	943	1 166	-223	-19
Neue Bundesländer	807	1 059	-252	-24
Ausländische Kunden	82	98	-16	-16
Kreditportfolio-Investments	128	0	+128	
Gesamt	1 960	2 323	-363	-16
in % des Kreditvolumens ¹⁾	4,9	6,3		

¹⁾Das Kreditvolumen setzt sich aus Krediten an Kunden, Krediten an Kreditinstitute, verbrieftem Kreditgeschäft, Operating- und Finanzierungsleasingverträgen sowie Bürgschaften und Credit Default Swaps zusammen. Ohne Berücksichtigung der konsolidierten Investments von RFCC

Die Verringerung der Non Performing Loans ist zum einen auf den konsequenten Abbau im Rahmen des Workouts (siehe hierzu auch die Erläuterungen in den Notes „(33) Risikovorsorge im Kreditgeschäft“) sowie auf die frühzeitig greifenden Aktivitäten im Rahmen der Risikofrüherkennung zurückzuführen.

Risikovorsorge. Für Finanzinstrumente, die zu fortgeführten Anschaffungskosten angesetzt werden, sowie für Eventualverbindlichkeiten wird die Risikovorsorge in Form einer Rückstellung, Abschreibung oder Wertberichtigung gebildet. Die Zuführung zur Risikovorsorge wird in der Erfolgsrechnung als „Risikovorsorge im Kreditgeschäft“ ausgewiesen. Für Produkte, die zum Fair Value angesetzt werden, werden bonitätsbedingte Wertänderungen unmittelbar in die Bestimmung des Fair Value mit einbezogen.

Bei der Bemessung der erforderlichen Wertberichtigung werden sowohl die Erwartungen hinsichtlich der zukünftigen Cash-flows als auch der Wert der jeweiligen Besicherung berücksichtigt. Verantwortlich für die Festsetzung der Wertberichtigungen ist das Risikomanagement, das jeden Fall einzeln beurteilt, indem es die Sanierungsstrategie bestimmt und die Schätzung der zukünftig erzielbaren Zahlungseingänge vornimmt. Dieses Verfahren gilt für on-balance Portfolioinvestments entsprechend und resultierte zum 31. März 2007 erstmalig in einer Risikovorsorge für diese Investments.

Zudem werden zu fortgeführten Anschaffungskosten angesetzte Forderungen auf das Bestehen einer latenten Wertminderung analysiert. Für Portfolien, die ähnliche Kreditrisikomerkmale aufweisen, wird auf pauschaler Basis eine Risikovorsorge gebildet, wenn es objektive Hinweise darauf gibt, dass gefährdete Forderungen enthalten sind, die sich aber im Einzelnen noch nicht ermitteln lassen. Nähere Informationen zur Entwicklung der Risikovorsorge finden sich im Anhang (siehe hierzu Notes 22 und 33).

Insgesamt ist die Risikovorsorge im Kreditgeschäft um knapp 20 % von 319 Mio. € im letzten Geschäftsjahr auf nunmehr 259 Mio. € zurückgegangen. Damit beträgt zum 31. März 2007 der Risikovorsorgebestand 1.142 Mio. €.

Liquiditätsrisiko und Marktpreisrisiko

Liquiditätsrisiko. Beim Liquiditätsrisiko unterscheidet man zwischen dem Risiko, die gegenwärtigen oder zukünftigen Zahlungsverpflichtungen nicht zeitnah oder vollständig erfüllen zu können, und dem Risiko, erforderliche Refinanzierungsmittel nur zu erhöhten Marktkonditionen beschaffen zu können.

Um die jederzeitige Zahlungsfähigkeit zu gewährleisten, wurden im Berichtszeitraum regelmäßige Liquiditätsanalysen und Cash-flow-Prognosen erstellt und zur Sicherung der Liquidität börsengängige, zinsvariable Wertpapiere vorgehalten, um diese gegebenenfalls zu veräußern oder zu beleihen. Hiermit nahm die Bank auch in der Vergangenheit regelmäßig an den sogenannten Tenderfazilitäten der Zentralbank teil, über die das Bankensystem mit Liquidität versorgt wird.

Für die Volumensquantifizierung der Liquiditätsvorsorge wird ein System aufgebaut, welches nachhaltige Marktstörungen bis hin zu einem völligen Ausfall aller Marktaktivitäten über einen festgelegten Zeitraum berücksichtigen soll, wobei die externen Rahmenbedingungen (Grundsatz II) eingehalten werden.

Der langfristige Refinanzierungsbedarf der Bilanzaktiva wird in einem abgestimmten Prozess zwischen dem Treasury und dem Bereich Finanzen, Controlling und Steuern auf Basis der erwarteten Geschäftsentwicklung ermittelt und regelmäßig aktualisiert. Aufgrund der bis Juli 2007 vorhandenen breiten Refinanzierungsbasis und Platzierungskraft am Kapitalmarkt konnte auch in schwierigen Marktphasen eine angemessene Refinanzierung des gesamten Aktivgeschäfts hinsichtlich der erforderlichen Fristigkeit und Konditionen beschafft werden. Ausführungen zur künftigen Liquiditätssicherung finden sich im Prognosebericht.

Marktpreisrisiko. Unter Marktpreisrisiko werden Zins-, Volatilitäts-, Währungs- sowie Preisänderungsrisiken für Aktien und andere Vermögensgegenstände verstanden. Die Steuerung dieser Risiken im Rahmen des Risikomanagementprozesses erfolgt konform zu den „Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk)“.

Limitsystem. Das Kernstück der Steuerung der Marktpreisrisiken ist die tägliche Berichterstattung an den Vorstand in Verbindung mit einem differenzierten Limitsystem, das primär auf eine marktwertorientierte Begrenzung der Zins-, Options-, Aktien- und Wechselkursrisiken ausgerichtet ist. Basierend auf der vom Vorstand festgelegten Risikotragfähigkeit der Bank werden die Limite für den Bereich Treasury vom Vorstand bestimmt. Auf Basis dieses Limitsystems setzt das Treasury seine Markterwartungen in Anlage- und Refinanzierungsstrategien um.

Die IKB unterscheidet die Portfolien Eigenhandel, Eigenmittelanlage und Refinanzierung des Aktivgeschäfts, wobei die Eigenmittelanlage in zwei getrennten Einzelportfolien (Fixed Income Fonds und Investmentportfolio) geführt wird. Diese Portfolien werden hinsichtlich der Marktpreisrisiken täglich bewertet. Ihr Risikogehalt wird in einem barwertorientierten Value-at-Risk-System gemessen, welches die Grundlage für die Limitierung der Marktpreisrisiken darstellt. Das Limitsystem besteht aus einer Kombination von Performance- und Value-at-Risk-Limiten für die unterschiedlichen Szenarien auf Konzernebene. Es orientiert sich hinsichtlich der Limithöhe strikt an der Risikotragfähigkeit der Bank.

Portfolien, die zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert werden, sind hier nicht erfasst. Aufgrund ihres Zweckes als dauerhafte Anlage bis zur Endfälligkeit werden ihre Marktpreisschwankungen nicht täglich gemessen, sondern führen nur im Falle dauerhafter Wertminderung zu Wertberichtigungen.

Quantifizierung des Marktpreisrisikos. Zur Quantifizierung des Zins- und Spreadänderungsrisikos werden verschiedene mathematische Modelle eingesetzt, um den Risikogehalt der wesentlichen Positionen mittels historischer Simulation zu ermitteln. Um den spezifischen Besonderheiten aller Produkte gerecht zu werden, findet bei der historischen Simulation eine Neubewertung der Instrumente auf Basis beobachteter Zinskurvenänderungen unter Berücksichtigung von Korrelationseffekten statt. Währungsrisiken sind im Gesamtbestand nicht nennenswert und werden mit einem Volumenslimit für die offene Devisenposition begrenzt.

Risikomessung im Eigenhandel. Grundlage für die Berechnung der Höhe des Zinsänderungsrisikos ist ein Value-at-Risk-Modell auf Basis des Varianz-Kovarianz-Ansatzes bei Anwendung eines Konfidenzniveaus von 95 % und einer Haltedauer von 10 Tagen. Es wird eine Risikomessung unter Berücksichtigung eines historischen Zeitraumes von 510 bzw. 60 Tagen durchgeführt, für das Risikoreporting ist jeweils der sich aus der Risikomessung ergebende höhere Value-at-Risk-Wert relevant. Darüber hinaus wird das Risiko für Stress-Szenarien berechnet, die sich aus der historischen Zinsentwicklung ableiten. Bei Optionen verwendet die IKB einen im System Kondor+ implementierten Szenario-Matrix-Ansatz, um Zinsänderungs- und Zinsvolatilitätsrisiken zu berücksichtigen. Das Aktienkursrisiko wird nach dem Standardverfahren gemäß Grundsatz I KWG ermittelt.

Risikomessung im Fixed Income Fonds und im Investmentportfolio. In diesen beiden Portfolien übernimmt die Bank im Wesentlichen Zinsänderungs- und Volatilitätsrisiken. Aktien- und Währungsrisiken spielen eine untergeordnete Rolle.

Dabei wird zur Risikomessung in erster Linie eine historische Simulation eingesetzt. Für die im Rahmen des Fixed Income Fonds zwecks Optimierung des Zinsergebnisses angelegten langfristigen Eigenmittel werden entsprechende Laufzeitannahmen und Verzinsungen bei der Risikoquantifizierung berücksichtigt. Für den Value at Risk im Rahmen von Stress-Tests wird eine Spiegelung der Simulationsparameter zur Verdoppelung der Anzahl der Simulationen eingesetzt. Auch die Laufzeitannahme für die im Fixed Income Fonds angelegten Eigenmittel bleibt für die Stress-Test-Analyse unberücksichtigt.

Risikomessung in der Kreditrefinanzierung. Zur Ermittlung der Währungs- und Zinsänderungsrisiken in der Kreditrefinanzierung nutzt die IKB die abgezinsten Salden der Zinsbindungsbilanz, über die dann ebenfalls im Rahmen der historischen Simulation das Risiko ermittelt wird.

Aggregation der Risikomesszahlen. Bei der Risikoaggregation werden die Risiken des Handelsbuchs und des Bankbuchs berücksichtigt. Die Aggregation der Risikomaße erfolgt durch Addition der in den Subportfolien ermittelten Value-at-Risk-Kennziffern, die somit eine vollständige Korrelation der Ergebnisse unterstellt. Diese konservative Vorgehensweise führt eher zu einer Überschätzung des Risikos.

Qualitätssicherung. Um die Vorhersagekraft der eingesetzten Modelle zu prüfen, wird ein regelmäßiges Backtesting durchgeführt. Die Ergebnisse werden dem Vorstand berichtet. Dieses Backtesting zeigte bisher, dass die täglich eingetretenen Ergebnisveränderungen im Eigenhandel, in der Eigenmittelanlage und der Kreditrefinanzierung durch die Value-at-Risk-Berechnungen zutreffend abgebildet werden.

Reporting und Berichterstattung. Zur Überwachung der Marktpreisrisiken und zur Unterstützung des Marktpreisrisikomanagements werden die zuständigen Vorstände und das Treasury täglich umfassend über die Ergebnis- und Risikolage der oben genannten Portfolien informiert. Einmal im Monat berichtet das für den Bereich Finanzen, Controlling und Steuern zuständige Vorstandsmitglied im Gesamtvorstand umfassend über die Marktentwicklung, die Ergebnisse und die Risikosituation dieser Positionen. In diesem Zusammenhang werden auch die vom Bereich Volkswirtschaft vorgestellten Fundamental-Rahmenbedingungen und die Zinseinschätzung vorgestellt und gemeinsam mit den Vertretern der Bereiche Treasury sowie Finanzen, Controlling und Steuern im Hinblick auf ihre Auswirkungen analysiert.

Operationelle Risiken und Reputationsrisiken

Operationelle Risiken spiegeln die Gefahr eines Verlusts wider, der infolge eines Mangels oder Versagens von internen Prozessen, Menschen und Systemen oder aufgrund von externen, außerhalb der Einfluss-sphäre der Bank liegenden Ereignissen eintritt, unabhängig davon, ob absichtlich oder zufällig herbeigeführt oder natürlichen Ursprungs.

Management der operationellen Risiken. Koordiniert und überwacht wird das Management der operationellen Risiken vom Operational Risk Management (ORM), das direkt dem Risikovorstand unterstellt ist. Dem ORM obliegen auch die konzernweite Schadenspotenzialanalyse und die Entwicklung konzernweiter OpRisk-Management- und -Schulungskonzepte.

Das operative Management selbst liegt im Verantwortungsbereich der einzelnen Geschäftsfelder, zentralen Bereiche und Tochtergesellschaften. Dabei liegt der Schwerpunkt nicht nur auf der regelmäßigen Analyse und Identifikation der Schwachstellen und Optimierungsansätze aller geschäftlichen Abläufe und Prozesse, sondern auch auf dem Ausbau der Sicherheitsorganisation und der Anpassung der zugrunde liegenden Prozesse, um der zunehmenden Komplexität und Internationalisierung im IKB-Konzern Rechnung zu tragen. Hierzu werden unter der Leitung des ORM jährlich Business-Impact-Analysen durchgeführt, die nicht nur die spezifischen Risikoprofile der einzelnen Geschäftsfelder und Bereiche widerspiegeln, sondern hierüber auch Risikopotenziale deutlich hervorheben.

Alle Geschäftseinheiten sind verpflichtet, eingetretene oder beinahe eingetretene Schadensfälle an das Operational Risk Management zu melden. Alle Schadensfälle werden in einer zentralen Schadensfalldatenbank zusammengeführt und auf ihre Ursachen sowie die Auswirkungen auf die IKB-Kontrollgrundsätze untersucht. Hieraus können wertvolle Verbesserungsvorschläge abgeleitet und umgesetzt werden.

Zum Verantwortungsbereich des Operational Risk Management gehört auch das konzernweite Notfallmanagement, das auf Basis regelmäßiger Business-Impact-Analysen auf dem neuesten Stand gehalten wird. Um eine unternehmensweite Transparenz zu gewährleisten, erfolgt die Darstellung aller Notfallpläne sowohl in umfassender Form im IKB-Intranet als auch in schriftlicher Form in Notfallmanagement-Handbüchern.

Die Qualität der Notfallpläne wird durch regelmäßige Notfalltests in allen Bereichen und Tochtergesellschaften sichergestellt.

Im Rahmen der bis zum Ende des Berichtsjahres durchgeführten Risikobestandsaufnahmen wurde festgestellt, dass der Bank aus den operationellen Risikofeldern keine übermäßigen Risiken drohen. Für alle identifizierten Risiken sind Maßnahmen zu ihrer Vermeidung und Möglichkeiten zur Früherkennung von Fehlentwicklungen sowie Notfallvorkehrungen vorhanden. Soweit erforderlich, sind entsprechende Versicherungen abgeschlossen.

Rechtsrisiken. Unter die operationellen Risiken wird auch das Rechtsrisiko subsumiert, also das Risiko von Verlusten durch neue gesetzliche Regelungen und für die Bank nachteilige Änderungen oder Auslegungen (z.B. höchstrichterliche Entscheidungen) bestehender gesetzlicher Regelungen. Die Begrenzung der Rechtsrisiken ist Aufgabe der IKB-Rechtsabteilung, die sich – wo erforderlich – auch der Unterstützung externer Anwaltskanzleien bedient. Alle Vertragsmuster werden kontinuierlich daraufhin überprüft, ob Anpassungen aufgrund von gesetzgeberischen Änderungen oder Rechtsprechungen erforderlich sind. Rechtsrisiken, die nach Beginn der Krise entstanden sind, werden im Nachtragsbericht erläutert.

IT-Risiken. Im Bereich der IT-Risiken liegen die Schwerpunkte in Maßnahmen zur Weiterentwicklung des bankweiten Notfallmanagements, der Sicherheit der DV-Systeme sowie der Sicherheit des Datenbestandes. Hierzu gehörten u. a. die Einführung und Umsetzung eines einheitlichen Sicherheitsstandards (ISO17799 „Management der Informationssicherheit“ und ISO 27001 „Information technology – Security techniques – Information security management systems – Requirements“), die Einführung neuer Technologien für die Weiterentwicklung der System- und Netzwerksicherheit zur Abwehr zunehmender externer Bedrohungen und zur Erfüllung der gestiegenen Anforderungen an die Mobilität und Verfügbarkeit von IT-Systemen. Hinzu kommt der Ausbau von Backup-Systemen, durch die das operationelle Risiko unserer Kommunikations-, DV- und Abwicklungssysteme weiter minimiert werden konnte. Gleichzeitig werden in diesen Bereichen die Mitarbeiter kontinuierlich weitergebildet, um auch von dieser Seite allen Anforderungen gerecht zu werden. Die Umsetzung eines angemessenen Managementsystems für Informationssicherheit in der IKB wurde im vergangenen Geschäftsjahr vom TÜV Rheinland zertifiziert.

Unterstützt werden alle diese Maßnahmen durch regelmäßige Prüfungen und Notfallübungen. Mit diesen Maßnahmen wird allen nennenswerten Risiken Rechnung getragen.

Compliance-Risiken. Gerade im Finanzsektor gelten sehr strenge gesetzliche Vorschriften. Darüber hinaus wurden ergänzende Regelungen aufgestellt, die sicherstellen sollen, dass das Verhalten der Mitarbeiter stets korrekt und im Einklang mit den jeweiligen Gesetzen ist. Vor allem gilt es zu verhindern, dass Interessenkonflikte entstehen sowie Marktmanipulationen und Insiderhandel stattfinden können. Mit dem Code of Conduct der IKB wurde ein Verhaltenskodex formuliert, der die Wertvorstellungen und Überzeugungen der IKB abbildet. Die im Code of Conduct der IKB benannten Grundsätze enthalten die Anforderungen an das Verhalten aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an sämtlichen Standorten des IKB-Konzerns. Sie bilden den verbindlichen Orientierungsrahmen für das Tagesgeschäft.

Personalrisiken. Das Management der Personalrisiken liegt in der Verantwortung der operativen Einheiten in Zusammenarbeit mit dem Personalbereich. Hierzu gehört nicht nur die Notwendigkeit einer angemessenen Personalausstattung zur Umsetzung der betrieblichen und strategischen Erfordernisse, sondern auch die Aufrechterhaltung der erforderlichen Kenntnisse und Erfahrungen der Mitarbeiter, die sie zur Erfüllung ihrer Aufgaben und Verantwortlichkeiten benötigen. Die IKB setzt zu diesem Zweck ein umfassendes und kontinuierliches Aus- und Weiterbildungsmanagement ein, um das hohe Qualifikationsniveau der Mitarbeiter aufrechtzuerhalten. Um dem Risiko Rechnung zu tragen, dass es zu nachhaltigen Störungen des Betriebsablaufes aufgrund der Abwesenheit oder des Ausscheidens von Mitarbeitern kommt, bestehen in der IKB eindeutige Vertretungsregelungen und Funktionssicherstellungen, die regelmäßig überprüft und gegebenenfalls angepasst werden.

Reputationsrisiken. Reputationsrisiken sind die Gefahr von Verlusten, sinkenden Erträgen, steigenden Kosten oder einem verringerten Unternehmenswert aufgrund einer Verschlechterung des Ansehens der Bank in der Öffentlichkeit, vor allem bei Kunden, Anteilseignern, Ratingagenturen oder Mitarbeitern. Reputationsrisiken resultieren häufig aus anderen Risikoarten und verstärken diese aufgrund deren Öffentlichkeitswirkung.

Strategische Risiken

Strategische Risiken betreffen die Gefährdung der langfristigen Erfolgsposition der Bank. Diese können durch Veränderungen im rechtlichen oder gesellschaftlichen Umfeld erfolgen, aber auch von Seiten der Markt- und Wettbewerbsbedingungen der Kunden oder Refinanzierungspartner ausgehen.

Da es für strategische Risiken keine Regelmäßigkeiten gibt, sind sie als Spezialrisiken in einem integrierten System schwer fassbar. Sie stehen deshalb unter besonderer Beobachtung des Vorstands und des Bereiches Unternehmensentwicklung und werden kontinuierlich analysiert. Hierzu gehören auch die regelmäßige Überprüfung der Geschäftsfeldstrategien im Rahmen des strategischen Planungsprozesses sowie die daraus resultierende Durchführung strategischer Initiativen und Investitionen.

Geschäftsrisiko

Das Geschäftsrisiko umfasst das Risiko negativer Planabweichungen der Erträge in Form von Provisionen und Zinsen und der Aufwendungen.

Das operative Management des Geschäftsrisikos – also der Gefahr einer negativen Veränderung der Ertragslage innerhalb der mit dem Vorstand vereinbarten Geschäftsstrategien – liegt in der Verantwortung jedes einzelnen Geschäftsfeldes, Zentralbereiches und jeder Tochtergesellschaft. Das im Bereich Finanzen, Controlling und Steuern angesiedelte Ergebniscontrolling hat die Aufgabe, die unterjährige Erlös- und Kostenentwicklung durch kontinuierliche Plan-Ist-Vergleiche nachzuhalten und monatlich an den Vorstand und die Geschäftsfelder zu berichten.

Die Quantifizierung des Geschäftsrisikos für die Risikotragfähigkeit erfolgt mittels eines Modells auf Basis der statistisch ermittelten Kosten- und Erlös- volatilitäten, das die historischen Abweichungen des tatsächlichen Provisions- und Zinsergebnisses und der Kosten von den Planwerten errechnet. Das hierdurch gebundene ökonomische Kapital wird im Rahmen der regelmäßigen Risikotragfähigkeitsanalyse berücksichtigt.

Risikoreporting und Risikokommunikation

Die relevanten Informationen aus den Handels- und Kreditgeschäften, aus den Bereichen Risikomanagement, Finanzen, Controlling und Steuern sowie Personal und den übrigen Bereichen werden mindestens einmal im Monat detailliert aufbereitet, analysiert und dem Vorstand bzw. den Geschäftsfeldleitungen vorgelegt und erläutert.

Der Kreditrisiko-Report enthält wesentliche Informationen zur Gesamtrisikoposition im Konzern und stellt die das Kreditrisiko umfassenden Informationen dar. Insbesondere werden hierbei neben der strukturellen Entwicklung des Portfolios (Bonitäten, Besicherung, Laufzeiten, Branchen- und Länderdiversifikation) auch die Entwicklung der gefährdeten bzw. notleidenden Forderungen und die Risikovorsorge zeitnah und umfassend dargestellt. Ergänzt werden diese Darstellungen um Portfoliokonzentrationsmessungen. Der Report enthält neben der Darstellung und Kommentierung besonderer Engagements und Entwicklungen auch eine Darstellung aller einzelnen Risikoarten und ihrer Quantifizierung zur Überwachung der Risikotragfähigkeit auch unter Stress-Annahmen sowie die Auslastung aller ökonomischen Kapallimite. Subprime-Risiken wurden allerdings nicht als eigener Risikofaktor betrachtet.

Die Ergebnis- und Risikozahlen des Kreditgeschäftes werden regelmäßig und zeitnah mit den Planungs- und Zielgrößen abgeglichen und an den Vorstand sowie die Geschäftsfeldleitungen berichtet, um bei Abweichungen frühzeitig gegensteuern zu können. Damit stehen allen Geschäftsfeldern und Zentralbereichen die für sie notwendigen Informationen zeitnah und umfassend zur Verfügung.

Neben der täglichen Limitüberwachung und -berichterstattung werden im Rahmen des Marktpreisrisiko-Reportings vom Risikocontrolling in einem Risiko-report für die zuständigen Vorstände, das Treasury und andere beteiligte Bereiche täglich die Bewertung der Positionen sowie das aufgelaufene und risikolos erzielbare Zinsergebnis aus der Refinanzierung des Aktivgeschäftes und der Eigenmittelanlage dargestellt. Dieser Report enthält auch einen Ausweis des barwertigen Risikos unter Stress-Annahmen sowie die Auslastung der verschiedenen Marktpreislimite und Kommentierungen über besondere Entwicklungen.

Über die operationellen Risiken sowie einzelne Schäden und deren Verteilung auf die einzelnen Geschäftseinheiten wird der Vorstand durch das Operational Risk Management informiert.

Gesamtaussage zur Risikosituation

Das Geschäftsjahr 2006/07 war geprägt durch einen Rückgang der Risikovorsorge im Kreditgeschäft sowie der Non Performing Loans. Die Kreditrisikostategie wurde auch im Geschäftsjahr 2006/07 der jährlichen Überprüfung unterzogen und – wo es erforderlich war – basierend auf der strategischen Ausrichtung im Kreditgeschäft angepasst.

Im Bereich des Managements der operationellen Risiken wurden im letzten Jahr die OpRisk-Strategie überarbeitet und konzernweit eingeführt sowie die Meldewege vereinheitlicht und mit den verschiedenen OpRisk-Datenquellen verzahnt.

Alle laufenden Projekte zur Umsetzung der Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) wurden im Geschäftsjahr 2006/07 abgeschlossen. Das Projekt zur Anpassung an Basel II wurde mit hohem Engagement fortgesetzt und ist Ende 2007 erfolgreich beendet worden.

Die Risikotragfähigkeitsüberwachung während des Geschäftsjahres 2006/07 zeigte, dass aus Sicht eines nicht nachrangigen Fremdkapitalgebers auch unerwartete Risiken unter Stressszenario-Annahmen von der Risikodeckungsmasse abgedeckt sind. Die dabei im Rahmen der Risikoüberwachung und -steuerung eingesetzten Messsysteme und Prozesse sind grundsätzlich geeignet, Risiken frühzeitig zu identifizieren und adäquat abzubilden. Im Nachgang zum Bilanzstichtag zeigt sich, dass die bisherigen Bewertungsmethoden derjenigen Portfolioinvestments, für die seit Ende Juli 2007 keine aktiven Märkte mehr existieren, nicht mehr angemessen sind.

4. Vergütungsbericht zum Geschäftsjahr 2006/07

Der vorliegende Vergütungsbericht bezieht sich auf die Vergütung der Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder im bzw. für das Geschäftsjahr 2006/07 und stellt die Ausgestaltung der Vergütungssysteme in diesem bzw. für dieses Geschäftsjahr dar. Er berücksichtigt die Regelungen des Handelsgesetzbuches in der durch das Vorstandsvergütungsoffenlegungsgesetz geänderten Fassung sowie die Grundsätze des Deutschen Corporate Governance Kodex. Er ist gleichzeitig als Bestandteil des Konzernlageberichts anzusehen.

Das Vergütungssystem des Vorstands

Im Geschäftsjahr 2006/07 hat sich die Zusammensetzung des Vorstands deutlich geändert. In dem Zeitraum, auf den sich dieser Vergütungsbericht bezieht, gehörten dem Vorstand die folgenden Mitglieder an: Stefan Ortseifen, Frank Braunsfeld, Dr. Volker Doberanzke, Dr. Markus Guthoff, Claus Momburg, Joachim Neupel und Frank Schönherr. Frank Schönherr und Joachim Neupel sind am 30. November 2006 bzw. 31. Dezember 2006 aus dem Vorstand ausgeschieden. Dr. Volker Doberanzke wurde mit Wirkung zum 1. Juni 2006 und Frank Braunsfeld mit Wirkung 1. März 2007 in den Vorstand berufen.

Die Gesamtvergütung der Vorstandsmitglieder setzt sich aus einer festen jährlichen Grundvergütung, einer erfolgsabhängigen variablen Vergütung sowie Nebenleistungen und Pensionszusagen zusammen. Aktienoptionspläne oder vergleichbare Gestaltungen bestehen nicht. Die Struktur des Vergütungssystems für den Vorstand wird vom Aufsichtsrat auf Vorschlag des Aufsichtsratspräsidiums regelmäßig beraten und überprüft.

Aufgrund der derzeitigen Situation der Bank und auch im Hinblick darauf, dass gegebenenfalls ein neuer Großaktionär die Vergütung des Vorstandsgremiums maßgeblich mitbestimmen wird, wurde von der Entwicklung einer neuen Struktur zum derzeitigen Zeitpunkt abgesehen. Für die Festlegung der Vorstandsvergütung im Einzelnen ist das Aufsichtsratspräsidium zuständig.

Kriterien für die Angemessenheit der Vergütung bilden insbesondere die Aufgaben des jeweiligen Vorstandsmitglieds, seine persönliche Leistung, die Leistung des Vorstands insgesamt sowie die wirtschaftliche Lage, der Erfolg und die Zukunftsaussichten des Unternehmens unter Berücksichtigung seines Vergleichsumfelds. Die Angemessenheit der jeweiligen Gesamtvergütungen wird regelmäßig überprüft. Etwaige Bezüge aus Konzernmandaten werden einbezogen.

Erfolgsunabhängige Vergütungsbestandteile. Die erfolgsunabhängige Jahresgrundvergütung wird monatlich als Gehalt ausgezahlt. Zusätzlich erhalten die Vorstandsmitglieder Nebenleistungen in Form von Sachbezügen, die im Wesentlichen aus Versicherungsprämien, der Dienstwagennutzung sowie dem nach steuerlichen Richtlinien anzusetzenden Immobilienwert der gemieteten Diensthäuser von Herrn Neupel und Herrn Ortseifen bestehen. Als Vergütungsbestandteil sind diese Nebenleistungen vom einzelnen Vorstandsmitglied zu versteuern. Die konkrete Höhe variiert bei den einzelnen Vorstandsmitgliedern je nach der persönlichen Situation. Kredite oder Vorschüsse wurden Vorstandsmitgliedern im Berichtsjahr nicht gewährt.

Erfolgsabhängige Vergütungsbestandteile. Die Höhe der variablen Vergütung wird durch ein Zielvereinbarungssystem bestimmt, das im Geschäftsjahr 2006/07 zu 65 % unternehmenserfolgsabhängige und zu 35 % individuelle Ziele beinhaltet. Die unternehmenserfolgsabhängigen Ziele betreffen das Operative Ergebnis, die Kosten-Ertrags-Relation und die Eigenkapitalrendite im Konzernabschluss. Die individuellen Ziele betreffen ressort-, funktions- und projektbezogene Ziele. In diesem Rahmen wird zunächst eine Zieltantieme festgelegt. Die Festlegung der Tantieme erfolgt dann entsprechend dem Erreichungsgrad der Ziele. Eine nachträgliche Änderung der vereinbarten Erfolgsziele ist grundsätzlich ausgeschlossen. Auf der Basis der vor der Krise der Gesellschaft geleisteten Zahlungen betrug der Anteil der variablen Vergütung an der Gesamtvergütung im Geschäftsjahr 2006/07 etwa 63 %. Die tatsächlich gezahlte Tantieme beträgt maximal 200 % und minimal 30 % der Zieltantieme.

Die variablen Vergütungen für das Geschäftsjahr 2006/07 wurden in der Sitzung des Präsidiums am 13. Februar 2007, d.h. deutlich vor Ausbruch der Krise Ende Juli 2007, festgelegt und unmittelbar nach der am 27. Juni 2007 erfolgten Billigung der im Mai 2007 aufgestellten Abschlüsse gezahlt. Aufgrund der Änderung der Abschlüsse zum 31. März 2007 ist die Erreichung der mit den Mitgliedern des Vorstands vereinbarten Ziele überprüft und neu festgesetzt worden. Die variable Vergütung wird bis auf die Mindesttantieme zurückgefordert.

Gemäß den Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex umfassen die monetären Vergütungsteile der Gesamtvergütung fixe und variable Bestandteile. Die variable Vergütungskomponente hat – bis auf den 30 %igen Mindestanteil der Zieltantieme – Risikocharakter, sodass es sich hierbei nicht um eine gesicherte Vergütung handelt. Eine nachträgliche Änderung der vereinbarten Erfolgsziele ist grundsätzlich ausgeschlossen.

Altersversorgung. Die Mitglieder des Vorstands haben nach dem Ausscheiden aus dem Unternehmen in folgenden Fällen einen Anspruch auf Ruhegeldzahlungen: bei Erreichen der Regelaltersgrenze von derzeit 63 Jahren, dauerhafter Arbeitsunfähigkeit sowie bei vorzeitiger Beendigung oder Nichtverlängerung des Dienstvertrages. Im letztgenannten Fall erhalten die Vorstandsmitglieder bis zur Vollendung des 63. Lebensjahres als sogenanntes Übergangsgeld ein vermindertes Ruhegeld, soweit die Ursache der vorzeitigen Beendigung oder Nichtverlängerung nicht auf Verschulden (Vorsatz oder grobe Fahrlässigkeit) oder die Ablehnung eines gleichen oder günstigeren Angebots zur Vertragsverlängerung zurückgeht. An die infolge der Krise ausgeschiedenen Vorstandsmitglieder wird kein Übergangsgeld gezahlt.

Abhängig von der Dauer der Vorstandstätigkeit beträgt der jährliche Ruhegeldanspruch zwischen 30 und 75 % der letzten Jahresgrundvergütung. Die Höhe des Übergangsgeldes ist abhängig von dem Alter des Vorstandsmitglieds und der Dauer seiner Vorstandstätigkeit und liegt zwischen 5 und 75 % der letzten Jahresgrundvergütung. Anderweitig erworbene Ruhegeldansprüche und anderweitige Arbeits-einkünfte werden in bestimmtem Umfang auf die Ruhegeldzahlungen der Gesellschaft angerechnet. Laufende Renten werden jährlich gemäß der Entwicklung des Verbraucherpreisindex für Deutschland angepasst.

Nach dem Tod eines aktiven oder ehemaligen Vorstandmitglieds wird ein vermindertes Ruhegeld als Hinterbliebenenversorgung ausgezahlt. Witwen erhalten lebenslang bis zu 60 % des Ruhegeldes. Das Witwengeld entfällt bei Wiederverheiratung. Unterhaltsberechtignte Kinder erhalten mindestens bis zur Erreichung des 18. Lebensjahres und darüber hinaus längstens bis zum 25. Lebensjahr für die Dauer der Schul- oder Berufsausbildung einschließlich des Wehr- oder Zivildienstes 15 % des Ruhegeldes. Übersteigen Witwen- und Waisengelder zusammen den Betrag des Ruhegeldes, erfolgt eine anteilige Kürzung der Waisengelder um den übersteigenden Betrag.

Für die künftigen Ruhegeldansprüche der Vorstandsmitglieder hat die Gesellschaft auf Basis von IFRS Pensionsrückstellungen gebildet.

Die am 29. Juli 2007 und 15. Oktober 2007 neu bestellten Vorstandsmitglieder haben keine oder von diesem Abschnitt abweichende Regelungen der Altersvorsorge.

Change of Control. Im Fall der vorzeitigen Beendigung der Vorstandstätigkeit aufgrund eines Kontrollwechsels haben die Mitglieder des Vorstands, die im Geschäftsjahr 2006/07 im Amt waren, grundsätzlich einen dienstvertraglichen Anspruch auf Zahlung einer einmaligen Abfindung und eines Übergangsgeldes. Die Regelung sieht einen Kontrollwechsel als gegeben an, wenn ein Dritter allein oder durch ihm entsprechend § 22 WpHG zuzurechnende Stimmrechte einen Stimmrechtsanteil erlangt, der in einer ordentlichen Hauptversammlung der Gesellschaft zu einem Stimmrechtsanteil in Höhe von mindestens der Hälfte des präsenten stimmberechtigten Grundkapitals geführt hätte. Führt ein Kontrollwechsel zur vorzeitigen Beendigung oder Nichtverlängerung

des Dienstvertrages, sei es auf Veranlassung der Gesellschaft oder auf Veranlassung eines Vorstandsmitglieds, weil seine Vorstandsposition durch den Kontrollwechsel nicht nur unwesentlich berührt wird, stehen ihm eine Abfindung von mindestens drei variablen Jahresvergütungen sowie die Zahlung von Übergangsgeld bis zur Vollendung des 63. Lebensjahres und anschließend Ruhegeld entsprechend den vorgenannten Regelungen zur Altersversorgung zu. Abweichende Abfindungszahlungen können sich aus individuellen Aufhebungsverträgen ergeben.

Die derzeit aktiven Vorstandsmitglieder haben keine Change-of-Control-Klausel in ihren Anstellungsverträgen.

Leistungen durch Dritte. Kein Mitglied des Vorstands hat im abgelaufenen Geschäftsjahr Leistungen oder entsprechende Zusagen von einem Dritten im Hinblick auf seine Tätigkeit als Vorstandsmitglied erhalten.

Einzelheiten zur Vergütung des Vorstands für das Geschäftsjahr 2006/07 ergeben sich aus der nachfolgenden Tabelle:

in Tsd. €	Jahresvergütung				Pensionen	
	Festbezüge	Variable Bezüge *)	Wert der Nebenleistungen **)	Insgesamt	Jahresbezug bei Eintritt des Pensionsfalles Stand: 15. Feb. 2008	Zuführung zur Pensionsrückstellung per 31.3.2007 (Service Costs)
Stefan Ortseifen	504	1 000	93	1 597	326	171
Frank Braunsfeld (seit 01.03.2007)	25	35	14	74	77	50
Dr. Volker Doberanzke (seit 01.06.2006)	300	750	32	1 082	38	149
Dr. Markus Guthoff	384	750	59	1 193	131	99
Claus Momburg	384	750	53	1 187	308 ***)	118
Joachim Neupel ****) (bis 31.12.2006)	288	563	96	947		
Frank Schönherr ****) (bis 30.11.2006)	256	470	31	757		
Insgesamt	2 141	4 318	378	6 837	n. a.	587

*) Ausgezählte variable Bezüge; infolge der Änderung des Jahresabschlusses 2006/07 wird der Aufsichtsrat variable Vergütungsbestandteile des Vorstands zurückfordern

***) Einschließlich der erhaltenen Vergütungen für die Übernahme von Organfunktionen bei Tochterunternehmen in Höhe von 225 Tsd. €

****) Unterstellt eine Bestellung bis zur Beendigung des 63. Lebensjahrs

*****) Die Herrn Neupel für den Zeitraum 1.1. bis 31.3.2007 zugeflossenen Pensionsleistungen (96 Tsd. €) bzw. die Dotierungen von Pensionsrückstellungen für Joachim Neupel und Frank Schönherr sind in der unten erläuterten Gesamtvergütung der früheren Mitglieder des Vorstands und deren Hinterbliebenen enthalten

Für das vorangegangene Geschäftsjahr 2005/06 belief sich die Jahresvergütung des Gesamtvorstands auf 6.068 Tsd. €. Hiervon entfielen 2.368 Tsd. € auf Festbezüge und 3.700 Tsd. € auf variable Bezüge.

Frühere und vor Ablauf des Geschäftsjahres 2006/07 ausgeschiedene Mitglieder des Vorstands. Die Gesamtvergütung der früheren Mitglieder und der vor Ablauf des Geschäftsjahres 2006/07 ausgeschiedenen Mitglieder des Vorstands und deren Hinterbliebenen beliefen sich auf 5.622 Tsd. € (Vorjahr: 3.147 Tsd. €) als Auszahlungen, Personal- und Sachleistungen und Rückstellungszuführungen. Für Pensionsverpflichtungen gegenüber früheren Mitgliedern des Vorstands und ihren Hinterbliebenen wurden 37.227 Tsd. € zurückgestellt.

Weitere Informationen zur Vergütung des Vorstands sind im Anhang des Konzernabschlusses dargestellt.

Das Vergütungssystem des Aufsichtsrats

Die Vergütung des Aufsichtsrats ist in § 11 der Satzung der IKB geregelt. Sie trägt – im Einklang mit den gesetzlichen Vorschriften und entsprechend den Vorgaben des Deutschen Corporate Governance Kodex – der Verantwortung und dem Tätigkeitsumfang der Aufsichtsratsmitglieder sowie der wirtschaftlichen Lage und dem Erfolg des IKB-Konzerns Rechnung. Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhalten neben einer festen auch zwei variable, erfolgsorientierte Vergütungskomponenten. Die kurzfristige Komponente ist von der Höhe der Dividende abhängig und die langfristige richtet sich nach dem Dreijahresdurchschnitt des Konzernjahresüberschusses je Aktie, wird aber auch nur dann gezahlt, wenn eine Dividende von mindestens 4 % des Grundkapitals ausgeschüttet wird. Als feste Vergütung erhalten die Mitglieder des Aufsichtsrats, neben dem Ersatz ihrer Auslagen, zu denen auch die auf ihre Bezüge entfallende Umsatzsteuer gehört, für jedes Geschäftsjahr 20.000,- €. Daneben erhalten die Aufsichtsratsmitglieder für jedes Geschäftsjahr eine

variable Vergütung in Höhe von 200,- € für je 0,01 € Dividende, die über 0,30 € je Aktie hinaus für das abgelaufene Geschäftsjahr an die Aktionäre ausgeschüttet wird. Ferner wird eine weitere variable Vergütung in Höhe von 90,- € für jede 0,01 € gezahlt, um die der Dreijahresdurchschnitt des Konzernjahresüberschusses je Aktie den Betrag von 0,30 € übersteigt.

Der Vorsitzende des Aufsichtsrats erhält das Doppelte und jeder Stellvertreter das Eineinhalbfache der Vergütung eines Aufsichtsratsmitglieds. Die Vergütung erhöht sich außerdem für jede Mitgliedschaft in einem Aufsichtsratsausschuss jeweils um das 0,25-Fache und für jeden Vorsitz in einem Ausschuss zusätzlich jeweils um das 0,25-Fache der Vergütung eines Aufsichtsratsmitglieds. Die zusätzlichen Vergütungen für die Ausschussarbeit können maximal die Höhe der Vergütung eines Aufsichtsratsmitglieds erreichen. Mitglieder des Aufsichtsrats, die nur während eines Teils des Geschäftsjahres dem Aufsichtsrat oder einem Ausschuss angehören, erhalten für jeden angefangenen Monat ihrer Tätigkeit eine zeitanteilige Vergütung.

Die Aufsichtsratsvergütung ist von anderen Kennzahlen abhängig als die Vorstandsbezüge, sodass eine unerwünschte Angleichung der Vergütungsinteressen beider Gremien ausgeschlossen ist. Mit der jährlichen festen Vergütung von 20.000,- € soll insbesondere der Unabhängigkeit des Aufsichtsrats Rechnung getragen werden, die zur Wahrnehmung seiner Überwachungsfunktion erforderlich ist. Außerdem soll hierdurch eine angemessene und vom wirtschaftlichen Erfolg des Unternehmens unabhängige Mindestvergütung gewährleistet sein. Das dividendenabhängige Vergütungselement soll zu einem gewissen Gleichklang der Vergütungsinteressen des Aufsichtsrats mit den Renditeerwartungen der Aktionäre führen. Durch die Bindung eines weiteren Teils der variablen Vergütung an den Dreijahresdurchschnitt des Konzernjahresüberschusses enthält die Aufsichtsratsvergütung auch einen auf den langfristigen Unternehmenserfolg bezogenen Bestandteil.

Die Vergütung des Aufsichtsrats. Für das Geschäftsjahr 2006/07 erhalten die Aufsichtsratsmitglieder, unter der Annahme, dass aufgrund der Lage der Gesellschaft keine Dividende gezahlt wird, keine variable Vergütung.

Über ihre feste Vergütung hinaus haben Aufsichtsratsmitglieder im Berichtsjahr keine weiteren Ver-

gütungen bzw. Vorteile für persönlich erbrachte Leistungen, insbesondere für Beratungs- und Vermittlungsleistungen, erhalten.

Einzelheiten zur Vergütung des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 2006/07 ergeben sich aus der nachfolgenden Tabelle:

in Tsd. €	Insgesamt (nur feste Vergütung; variable entfällt, da keine Dividende gezahlt wird)
Dr. Ulrich Hartmann	55
Detlef Leinberger (seit 31.08.2006)	30
Hans W. Reich (bis 31.08.2006)	19
Dr. Alexander v. Tippelskirch	40
Dieter Ammer	20
Jörg Asmussen	20
Dr. Jens Baganz	20
Dr. Jürgen Behrend	20
Wolfgang Bouché	23
Hermann Franzen	20
Dr. Mathias Kammüller	20
Wilhelm Lohscheidt (bis 31.08.2006)	8
Jürgen Metzger	20
Roland Oetker	20
Dr. Eberhard Reuther	20
Randolf Rodenstock	20
Rita Röbel	20
Dr. Michael Rogowski	20
Jochen Schametät (seit 31.08.2006)	13
Dr. Carola Steingräber	22
Dr. Martin Viessmann	20
Ulrich Wernecke	20
Andreas Wittmann	20
Zwischensumme	510
Reisekosten/Umsatzsteuer Aufsichtsrat insgesamt	183
Insgesamt	693

Für das Geschäftsjahr 2006/07 belief sich die feste Jahresvergütung des Aufsichtsrats auf 693 Tsd. €. Hiervon entfallen 183 Tsd. € auf Reisekosten/Umsatzsteuer.

Für das Geschäftsjahr 2005/06 belief sich die Jahresvergütung des Aufsichtsrats auf 1.247 Tsd. €. Hiervon

entfallen 510 Tsd. € auf Festbezüge und 571 Tsd. € auf variable Bezüge. Weitere 166 Tsd. € wurden für Reisekosten/Umsatzsteuer gezahlt.

Weitere Angaben sind im Anhang des Konzernabschlusses dargestellt.

5. Sonstige Finanzinformationen

Angaben gemäß §§ 289 Abs. 4, 315 Abs. 4 des Handelsgesetzbuches

Das Grundkapital der Gesellschaft zum 31. März 2007 betrug 225.280.000,- € und war eingeteilt in 88.000.000 auf den Inhaber lautende Stückaktien. Am 7. Januar 2008 hat die Gesellschaft eine Wandelschuldverschreibung in Höhe von 54,3 Mio. € mit Wandlungspflicht begeben, die unter Ausschluss des Bezugsrechts von der KfW Bankengruppe übernommen worden ist. Die Wandelschuldverschreibung war in Aktien der Gesellschaft von bis zu 10 % ihres Grundkapitals wandelbar. Die Bedingungen der Wandelschuldverschreibungen sehen unter bestimmten Voraussetzungen eine vorzeitige Wandlungspflicht vor. Diese Voraussetzungen sind inzwischen eingetreten, sodass die Schuldverschreibungen zu wandeln sind und die IKB verpflichtet ist, Aktien aus bedingtem Kapital auszugeben. Die Aktien aus bedingtem Kapital werden voraussichtlich vor dem Tage der Hauptversammlung am 27. März 2008 an den oder die Inhaber der Schuldverschreibungen ausgegeben, sodass das Grundkapital der IKB zum Zeitpunkt der Hauptversammlung voraussichtlich 247.794.332,16 € betragen und aus 96.794.661 Aktien bestehen wird. Alle Aktien gewähren die gleichen Rechte. Jede Aktie gewährt eine Stimme und ist maßgebend für den Anteil am Gewinn.

Die Bundesrepublik Deutschland ist zu 80 % an der KfW Bankengruppe, Frankfurt am Main, beteiligt, die über ihre 100%ige Tochtergesellschaft KfW-Beteiligungsholding GmbH, Frankfurt am Main, 37,8 % der Stimmrechte an der IKB hält. Außerdem ist die Stiftung zur Förderung der Forschung für die gewerbliche Wirtschaft (Stiftung Industrieforschung), Köln, mit einem Anteil von 11,8 % an der Gesellschaft beteiligt. Das restliche Kapital wird von institutionellen und privaten Aktionären gehalten.

Die Mitglieder des Vorstands werden vom Aufsichtsrat nach Maßgabe des § 84 AktG und § 6 der Satzung bestellt und abberufen. Der Vorstand besteht aus mindestens zwei Mitgliedern; die Zahl der Mitglieder bestimmt der Aufsichtsrat. Die Bestellung erfolgt für eine Amtszeit von höchstens fünf Jahren. Eine wiederholte Bestellung oder Verlängerung der Amtszeit, jeweils für höchstens fünf Jahre, ist zulässig. Der Aufsichtsrat kann die Bestellung zum Vorstandsmitglied widerrufen, wenn ein wichtiger Grund vorliegt. Die Satzung kann gemäß § 179 Abs. 1 AktG und § 17 der Satzung nur durch Beschluss der Hauptversammlung geändert werden. Der satzungsändernde Beschluss bedarf, sofern das Aktiengesetz nicht zwingend eine größere Mehrheit vorschreibt, einer Zweidrittelmehrheit des bei der Beschlussfassung vertretenen Grundkapitals. Änderungen der Satzung, die nur die Fassung betreffen, kann auch der Aufsichtsrat beschließen.

Durch Beschlussfassung der Hauptversammlung vom 9. September 2004 wurde der Vorstand ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats bis zum 8. September 2009 Wandel- und/oder Optionsschuldverschreibungen im Gesamtnennbetrag von bis zu 300.000.000,- € mit oder ohne Laufzeitbegrenzung zu begeben und den Inhabern dieser Schuldverschreibungen Wandlungs- oder Optionsrechte auf Aktien der Gesellschaft mit einem Anteil am Grundkapital von bis zu 22.528.000,- € nach Maßgabe der festgelegten Bedingungen zu gewähren. Diese Ermächtigung sowie das dazu gehörende bedingte Kapital sind – wie im Rahmen der Entwicklung des Grundkapitals beschrieben – ausgenutzt worden.

Bericht des Vorstands zu den Angaben gemäß §§ 289 Abs. 4, 315 Abs. 4 des Handelsgesetzbuches

Der Vorstand hat im Lagebericht für die Gesellschaft und im Konzernlagebericht Angaben gemäß §§ 289 Abs. 4, 315 Abs. 4 HGB gemacht und erläutert diese wie folgt:

- Die Zusammensetzung des Grundkapitals ergibt sich aus § 5 der Satzung. Die Gesellschaft hat lediglich Stammaktien ausgegeben; Vorzugsaktien oder Sonderrechte einzelner Aktionäre bestehen nicht.
- Die IKB verfügt mit der KfW Bankengruppe und der Stiftung Industrieforschung über einen Aktionärskreis, der dem Mittelstand verpflichtet ist und die Fokussierung auf die langfristige Unternehmensfinanzierung unterstützt.

- Die Ernennung und Abberufung der Vorstandsmitglieder folgt den gesetzlichen und satzungsmäßigen Bestimmungen. Gemäß der Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat ernennt der Aufsichtsrat aus der Mitte des Vorstands den Vorsitzenden des Vorstands. Satzungsänderungen werden in gesetzlich zulässigem Umfang erleichtert.
- Die Vereinbarungen mit Vorstandsmitgliedern für den Fall eines Kontrollwechsels bei der Gesellschaft sind im Vergütungsbericht dargestellt und bedürfen keiner weiteren Erläuterung. Die Anstellungsverträge der Mitarbeiter enthalten keine Regelungen für den Fall eines Kontrollwechsels.

Angaben gemäß § 312 AktG

Die IKB hat gemäß § 312 AktG einen Abhängigkeitsbericht erstellt. Der Abhängigkeitsbericht wird nicht öffentlich gemacht. Die Schlussklärung des Vorstands der Bank im Abhängigkeitsbericht lautet: „Die IKB erhielt bei jedem der im Bericht über Beziehungen zu verbundenen Unternehmen aufgeführten Rechtsgeschäfte eine angemessene Gegenleistung. Dieser Beurteilung lagen die Umstände zugrunde, die uns im Zeitpunkt der berichtspflichtigen Vorgänge bekannt waren. Maßnahmen im Sinne von § 312 AktG sind weder getroffen noch unterlassen worden.“

Corporate Governance

Gemeinsamer Bericht von Vorstand und Aufsichtsrat der IKB Deutsche Industriebank AG zur Corporate Governance

Gute Corporate Governance ist von zentraler Bedeutung für eine verantwortungsvolle und wertorientierte Unternehmensführung. Die IKB sieht in der Schaffung einheitlicher Corporate-Governance-Standards einen wichtigen Schritt zur Weiterentwicklung der Praxis der Unternehmensführung und -kontrolle. Daher unterstützt der Vorstand der IKB den Deutschen Corporate Governance Kodex und die damit verfolgten Ziele und Zwecke ausdrücklich.

Corporate-Governance-Beauftragter der IKB. Die Umsetzung und Einhaltung des Deutschen Corporate Governance Kodex wird von einem Corporate-Governance-Beauftragten überwacht, der vom Vorstand im Einvernehmen mit dem Vorsitzenden des Aufsichtsrats bestimmt wird. Corporate-Governance-Beauftragter war bis zum 5. Februar 2008 Herr Panagiotis Paschalis. Seit dem 6. Februar 2008 übt diese Funktion Herr Marcus Jacob, Leiter Vorstandsstab/Recht, aus. Der letzte jährliche Bericht des Corporate-Governance-Beauftragten über die Umsetzung und Einhaltung der Kodex-Regelungen ist vom Aufsichtsrat in der Sitzung am 27. Juni 2007 zustimmend zur Kenntnis genommen worden.

Empfehlungen und Anregungen des Deutschen Corporate Governance Kodex. Seit Abgabe der Entsprechenserklärung vom 28. Juni 2006 hat die IKB den Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex (in der Fassung vom 12. Juni 2006) mit Ausnahme der Ziffer 3.8 (Selbstbehalt bei der D&O-Versicherung) sowie der Ziffern 4.2.4 bzw. 5.4.7

(Individueller Ausweis der Vorstands- und Aufsichtsratsvergütungen) entsprochen; der individuelle Ausweis der Vergütungen der Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder erfolgt erstmals für das Geschäftsjahr 2006/07. Vorstand und Aufsichtsrat haben in der letzten jährlichen Entsprechenserklärung vom 27. Juni 2007 erklärt, dass den Empfehlungen mit Ausnahme der Ziffer 3.8 (Selbstbehalt bei der D&O-Versicherung) auch zukünftig entsprochen werden soll.

Seit Abgabe der letzten jährlichen Entsprechenserklärungen hat die IKB den Empfehlungen des Kodex mit Ausnahme der Ziffern 2.3.1 (Einberufung der Hauptversammlung mindestens einmal jährlich), 3.8 (Selbstbehalt bei der D&O-Versicherung), 4.2.1 S. 2 (Regelung der Ressortzuständigkeit der Vorstandsmitglieder in der Geschäftsordnung) und 7.1.2 (Veröffentlichung von Zwischenberichten binnen 45 Tagen nach Ende des Berichtszeitraums) entsprochen. Die IKB hat sich entschlossen, diese Abweichungen in einer aktualisierten Entsprechenserklärung zum 16. Februar 2008 zu veröffentlichen. Die aktualisierte Entsprechenserklärung ist am Ende dieses Kapitels abgedruckt und wird auf den Internetseiten der IKB (www.ikb.de) veröffentlicht.

Die IKB erfüllt grundsätzlich alle Anregungen des Kodex und weicht lediglich in folgenden Punkten ab: Die Hauptversammlung wird auszugsweise, bis zur Beendigung der Eröffnungsrede des Versammlungsleiters und des Vorstandsvorsitzenden, über die Internetseiten der IKB (www.ikb.de) live übertragen. Die von der IKB bestellten Vertreter für die weisungsgebundene Ausübung des Stimmrechts der Aktionäre sind während der Hauptversammlung nur für anwesende Aktionäre erreichbar. Für Aktionäre, die nicht

an der Hauptversammlung teilnehmen, besteht weiterhin die Möglichkeit, die Stimmrechtsvertreter vor der Hauptversammlung mit ihrer Vertretung zu beauftragen. Anders als im Kodex angeregt, enthält die variable Vergütung des Vorstands keine Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung und Risikocharakter, wie z. B. Aktienoptionen.

Leitung und Kontrolle des Unternehmens durch Vorstand und Aufsichtsrat. Gemäß dem deutschen Aktienrecht verfügt die IKB mit dem Vorstand und dem Aufsichtsrat über eine zweigeteilte Führungs- und Kontrollstruktur. Der Vorstand wird vom Aufsichtsrat bestellt. Der Aufsichtsrat besteht gemäß dem deutschen Drittelbeteiligungsgesetz zu zwei Dritteln aus Vertretern der Anteilseigner und zu einem Drittel aus Arbeitnehmervertretern. Die Anteilseignervertreter werden von der Hauptversammlung im Wege der Einzelwahl gewählt. Aufgaben und Verantwortung beider Organe sind gesetzlich jeweils klar festgelegt. Der Vorstand der IKB leitet das Unternehmen in eigener Verantwortung. Er ist dabei an das Unternehmensinteresse und die geschäftspolitischen Grundsätze gebunden und der Steigerung des nachhaltigen Unternehmenswertes verpflichtet. Er führt die Geschäfte nach den Vorschriften der Gesetze, der Satzung, der Geschäftsordnungen, des Geschäftsverteilungsplanes und der jeweiligen Dienstverträge.

Der Vorstand hat den Aufsichtsrat regelmäßig, zeitnah und umfassend über alle wesentlichen Fragen der Geschäftsentwicklung, der Strategie und der Unternehmensplanung, der Ertragslage und der Rentabilität, der Compliance, der Risikolage, des Risikomanagements und des Risikocontrollings zu informieren. Er geht auf Abweichungen des Geschäftsverlaufs von den aufgestellten Plänen und Zielen unter Angabe von Gründen ein. Geschäfte von grundlegender Bedeutung sind an die Zustimmung des Aufsichtsrats gebunden.

Der Sonderuntersuchungsbericht von PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft (PwC) zeigt allerdings erhebliche Mängel in der Berichterstattung des Vorstands in Bezug auf die Portfolioinvestments auf: So sind der Aufsichtsratsvorsitzende und das -präsidium über das Subprime-Risiko der Bank erstmals am 27. Juli 2007 informiert worden. Auch enthielten die Kreditrisikoberichte im Hinblick auf Rhineland Funding keine ausreichenden Analysen der wirtschaftlichen Risiken.

Der Aufsichtsrat berät und überwacht den Vorstand bei der Leitung der Bank und der Konzernunternehmen. Er führt seine Geschäfte nach den Vorschriften der Gesetze, der Satzung der IKB und seiner Geschäftsordnung.

Der Aufsichtsrat setzt sich aus vierzehn Anteilseigner- und sieben Arbeitnehmervertretern zusammen. Einige Aufsichtsratsmitglieder stehen anderen Unternehmen nahe, mit denen die IKB Geschäftsbeziehungen unterhält. Geschäfte zwischen der IKB und diesen Unternehmen erfolgen stets zu marktgerechten Bedingungen wie unter fremden Dritten. Diese Transaktionen berühren nach unserer Einschätzung die Unabhängigkeit der diesen Unternehmen nahestehenden Mitglieder unseres Aufsichtsrats nicht. Zustimmungspflichtige Berater- und sonstige Dienstleistungs- und Werkverträge zwischen Aufsichtsratsmitgliedern und der IKB oder einem Konzernunternehmen bestanden nicht. Interessenkonflikte von Mitgliedern des Vorstands und des Aufsichtsrats mit der Gesellschaft sind nicht aufgetreten. Bei dem Aufsichtsrat trat in zwei Fällen ein Interessenkonflikt auf, der von dem betreffenden Aufsichtsratsmitglied offengelegt wurde. Das betroffene Aufsichtsratsmitglied hat sich bei der entsprechenden Abstimmung der Stimme enthalten, bzw. an der Behandlung des Tagesordnungspunktes nicht teilgenommen.

Der Aufsichtsrat hat zur Steigerung der Effizienz seiner Tätigkeit zwei Ausschüsse (Aufsichtsratspräsidium/Finanz- und Prüfungsausschuss) sowie einen Ausschuss zur Begleitung des Verkaufsprozesses gebildet und bestimmte Aufgaben auf diese übertragen. Dem Aufsichtsratspräsidium obliegt u.a. die Unterbreitung von Aufsichtsratskandidatenvorschlägen an den Aufsichtsrat für dessen Wahlvorschläge an die Hauptversammlung, das Aufsichtsratspräsidium übernimmt insoweit auch die Aufgabe des Nominierungsausschusses im Sinne des Deutschen Corporate Governance Kodex. Über die Zusammensetzung der Ausschüsse und die Arbeit des Aufsichtsrats informiert der Aufsichtsrat in seinem Bericht an die Hauptversammlung. Der Deutsche Kodex empfiehlt, dass der Vorsitzende des Prüfungsausschusses über besondere Kenntnisse und Erfahrungen in der Anwendung von Rechnungslegungsgrundsätzen und internen Kontrollverfahren verfügen soll. Detlef Leinberger, seit 31. August 2006 Vorsitzender des Finanz- und Prüfungsausschusses, verfügt aufgrund seiner langjährigen Praxis als Mitglied des Vorstands der KfW Bankengruppe über die erforderlichen Qualifikationen.

Umgang mit Risiken. Für das Risikomanagement der IKB zeichnet der Vorstand verantwortlich. Er legt die Risikopolitik in Form einer klar formulierten Geschäfts- und Risikostrategie sowie der Geschäftsarten fest, definiert das vertretbare Gesamtrisiko im Rahmen der Risikotragfähigkeit und bezieht die Kontrolle von Risiken als wesentliche Bestandteile in seine Prozesse und seine Planung ein. Nach der krisenhaften Entwicklung im Juli 2007 hat der Vorstand der IKB im Rahmen einer Sonderuntersuchung von PwC u.a. das Risikomanagement-System überprüfen lassen. Die Ergebnisse der Sonderuntersuchung sind zum überwiegenden Teil bis Ende Januar 2008 umgesetzt worden. Einzelheiten hierzu finden sich im Risikobericht, der Bestandteil des Konzernlageberichts ist.

Die Hauptversammlung. Die Aktionäre der IKB nehmen ihre Rechte in der Hauptversammlung wahr und üben dort das Stimmrecht aus. Sie werden durch einen Finanzkalender, der im Geschäftsbericht, in den Quartalsberichten sowie auf den Internetseiten der IKB (www.ikb.de) veröffentlicht wird, über wesentliche Termine unterrichtet. Die Aktionäre haben die Möglichkeit, ihr Stimmrecht in der Hauptversammlung selbst auszuüben oder durch einen Bevollmächtigten ihrer Wahl oder einen weisungsgebundenen Stimmrechtsvertreter der Gesellschaft ausüben zu lassen.

Rechnungslegung und Abschlussprüfung. Die Rechnungslegung des IKB-Konzerns erfolgt nach den International Financial Reporting Standards (IFRS); der Jahresabschluss der AG wird gemäß den Vorschriften des Handelsgesetzbuches aufgestellt. Die Wahl des Abschlussprüfers erfolgt gemäß den aktienrechtlichen Bestimmungen durch die Hauptversammlung. Der Finanz- und Prüfungsausschuss hat den Vorschlag des Aufsichtsrats an die Hauptversammlung zur Wahl des Abschlussprüfers für das Geschäftsjahr 2006/07 vorbereitet. Der Vorsitzende des Finanz- und Prüfungsausschusses hat von dem vorgesehenen Abschlussprüfer die vom Deutschen Corporate Governance Kodex empfohlene Erklärung über eventuell bestehende Ausschluss- und Befangenheitsgründe eingeholt und sämtliche im Rahmen der Erteilung des Prüfungsauftrags geforderten Vereinbarungen mit ihm getroffen.

Prüfer des Konzernjahresabschlusses 2006/07 sowie des HGB-Abschlusses der IKB AG 2006/07 war die KPMG Deutsche Treuhand-Gesellschaft Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Düsseldorf. In seiner Sitzung am 15. Oktober 2007 hat der Aufsichtsrat entschieden, den Halbjahresfinanzbericht zum 30. September 2007 durch einen neuen Abschlussprüfer, PwC, prüfen zu lassen. Das Amtsgericht Düsseldorf hat auf Antrag von Vorstand und Aufsichtsrat PwC zum Prüfer des Konzernzwischenabschlusses zum 30. September 2007 bestellt.

Transparenz und Information. Die IKB befolgt den Grundsatz der Gleichbehandlung. Allen Interessenten müssen die gleichen Informationen zum gleichen Zeitpunkt zur Verfügung stehen. Über die Internetseiten der IKB (www.ikb.de) können sich auch Privat Anleger zeitnah über wesentliche Termine sowie aktuelle Entwicklungen (einschließlich Ad-hoc-Mitteilungen) im Konzern informieren. Darüber hinaus werden wesentliche Vorgänge innerhalb des Unternehmens über Pressemitteilungen, die ebenfalls auf den Internetseiten publiziert werden, bekannt gemacht. Die Gesellschaft bietet allen Interessenten an, einen elektronischen Newsletter zu abonnieren, der über aktuelle Finanzberichte sowie Ad-hoc- und Pressemitteilungen informiert.

Personen mit Führungsaufgaben, insbesondere Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats der IKB sowie mit diesen in einer engen Beziehung stehende Personen, sind gemäß § 15a des Wertpapierhandelsgesetzes gesetzlich verpflichtet, Geschäfte mit Aktien der IKB oder sich darauf beziehenden Finanzinstrumenten offenzulegen, soweit der Wert der von dem Mitglied und ihm nahestehenden Personen innerhalb eines Kalenderjahres getätigten Geschäfte die Summe von 5.000,- € erreicht oder übersteigt. Im Berichtsjahr ist folgende Mitteilung erfolgt und auf den Internetseiten der IKB (www.ikb.de) veröffentlicht worden:

Name der Person mit Führungsaufgaben	Funktion	Bezeichnung des Finanzinstruments	Handelstag/Börsenplatz	Geschäftsart	Stückzahl	Preis	Geschäftsvolumen
Behrend, Dr. Jürgen	Mitglied des Aufsichtsrats der IKB Deutsche Industriebank AG	IKB-Inhaber-Stammaktien, ISIN DE 0008063306	22.9.2006/Frankfurt	Verkauf	17 850	27,23 €	486 055,50 €

Mitteilungspflichtiger Besitz gemäß Ziff. 6.6 des Deutschen Corporate Governance Kodex lag bis zum 31. März 2007 nicht vor. Die Mandate der Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder sowie die Beziehungen zu nahestehenden Personen sind im Konzernanhang dargestellt.

Verhaltenskodex. Der Vorstand hat einen Verhaltenskodex (Code of Conduct) für die Mitarbeiter des IKB-Konzerns verabschiedet mit Regelungen für den Umgang mit Geschäftspartnern und staatlichen Institutionen, zur Wahrung der Vertraulichkeit, Unabhängigkeit und Objektivität sowie zur Behandlung von Interessenkonflikten. Die Einhaltung dieser Normen wird durch interne Maßnahmen überwacht.

Entsprechenserklärung gemäß § 161 AktG

Vorstand und Aufsichtsrat der IKB Deutsche Industriebank AG erklären gemäß § 161 AktG, dass den vom Bundesministerium der Justiz im amtlichen Teil des elektronischen Bundesanzeigers bekannten gemachten Empfehlungen der Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex (Fassung vom 14. Juni 2007) seit Abgabe der letzten Erklärung am 27. Juni 2007 mit folgenden Ausnahmen entsprochen wurde, wobei es entgegen den Empfehlungen Mängel im Berichtswesen des Vorstands an den Aufsichtsrat bis zum Ausbruch der Krise am 27. Juli 2007 gab.

- *Ziff. 2.3.1 Einberufung der Hauptversammlung mindestens einmal jährlich*

Die ordentliche Hauptversammlung der IKB für das Geschäftsjahr 2006/07 hat im Jahr 2007 nicht stattgefunden und ist auf den 27. März 2008 verschoben worden. Grund hierfür waren die krisenhafte Entwicklung bei der IKB Deutsche Industriebank AG seit Juli 2007 und die damit verbundene Notwendigkeit der internen Aufklärung sowie der Überprüfung der Bilanzansätze und -bewertungen in dem Jahresabschluss und dem Konzernabschluss der IKB für das Geschäftsjahr 2006/07 auf Basis aktueller, wertaufhellender Informationen.

- *Ziff. 3.8 Vereinbarung eines angemessenen Selbstbehalts bei Abschluss einer Haftpflichtversicherung für Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats (D&O-Versicherung)*

Für die Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats besteht eine D&O-Versicherung, die einen Selbstbehalt nicht vorsieht. Über die Vereinbarung eines Selbstbehalts wird zu einem späteren Zeitpunkt entschieden werden.

- *Ziff. 4.2.1 S. 2: Regelung der Ressortzuständigkeit der Vorstandsmitglieder in der Geschäftsordnung*

Die Ressortzuständigkeit der Vorstandstandsmitglieder der IKB ist nicht in der Geschäftsordnung für den Vorstand, sondern in einem separaten

Geschäftsverteilungsplan geregelt. Dieser wird vom Vorsitzenden des Vorstands vorgeschlagen und durch einstimmigen Beschluss des Gesamtvorstands erlassen, geändert und aufgehoben.

- *Ziff. 7.1.2 Veröffentlichung von Zwischenberichten binnen 45 Tagen nach Ende des Berichtszeitraums*

Der Zwischenbericht für das erste Quartal des Geschäftsjahres 2007/08 ist am 28. September 2007 veröffentlicht worden. Der Halbjahresfinanzbericht für das Geschäftsjahr 2007/08 wird im März 2008 veröffentlicht werden. Auch der Neun-Monats-Zwischenbericht wird nicht innerhalb von 45 Tagen nach Beendigung des Berichtszeitraums veröffentlicht werden können. Grund auch für diese Verschiebungen ist die krisenhafte Entwicklung bei der IKB Deutsche Industriebank AG und die damit verbundene Notwendigkeit, die Bilanzansätze und -bewertungen der Abschlüsse des Geschäftsjahres 2006/07 auf Basis aktueller, wertaufhellender Informationen bis zum jeweiligen Aufstellungsstichtag zu überprüfen.

Vorstand und Aufsichtsrat erklären weiter, dass die IKB Deutsche Industriebank AG den Empfehlungen der Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex in der Fassung vom 14. Juni 2007 mit Ausnahme der Ziffern 3.8 und 4.2.1 S. 2 entsprechen wird.

Düsseldorf, den 16. Februar 2008

Für den Aufsichtsrat der
IKB Deutsche Industriebank AG

Dr. h.c. Ulrich Hartmann

Für den Vorstand der
IKB Deutsche Industriebank AG

Dr. Günther Bräunig

Bericht des Aufsichtsrats

Die am 27. Juli 2007 entstandene Existenzkrise der Bank hat dazu geführt, dass der am 28. Juni 2007 veröffentlichte Geschäftsbericht für das Geschäftsjahr 2006/07 mit dem darin enthaltenen Bericht des Aufsichtsrats vom 27. Juni 2007 der neuen Situation der Gesellschaft nicht mehr gerecht wird. Der Aufsichtsrat erstattet nunmehr seinen Bericht, der auch die neue Situation der Gesellschaft und die Arbeit des Aufsichtsrats bis zum heutigen Tag (16. Februar 2008) berücksichtigt:

Die Krise der Bank kam für den Aufsichtsrat überraschend und ohne erkennbare Hinweise. Noch am 20. Juli 2007 hatte der Vorstand der Gesellschaft in einer Presseerklärung über das vorläufige Quartalsergebnis zum 30. Juni 2007 und eine voraussichtliche Steigerung um 15 % (auf 63 Mio. €) gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum berichtet. Ferner hatte der Vorstand berichtet, dass die Entwicklung auf dem US-Hypothekenmarkt für die IKB praktisch keine Auswirkungen habe. Die Pressemitteilung war ohne Abstimmung mit dem Aufsichtsrat erfolgt.

Der Aufsichtsratsvorsitzende wurde erstmals am 27. Juli 2007 gegen Mittag vom Sprecher des Vorstands über die drohende Existenzkrise unterrichtet.

Am Abend des 27. Juli 2007 tagte daraufhin das Präsidium unter Teilnahme von Mitgliedern der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin). In dieser Sitzung berichtete der Vorstand erstmals gegenüber dem Aufsichtsrat über das Subprime-Risiko der Gesellschaft. In der Aufsichtsratssitzung einen Monat zuvor, am 27. Juni 2007, hatten Mitglieder des Aufsichtsrats nach einem etwaigen Engagement der IKB im Subprime-Bereich gefragt. In dieser Sitzung hatte der Vorstand den Eindruck erweckt, dass aus dem Subprime-Investment keine signifikanten Risiken resultieren. Auch die KPMG

Deutsche Treuhand-Gesellschaft Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft (KPMG) hat in dieser Sitzung zu diesem Aspekt Stellung genommen.

Tätigkeit des Aufsichtsrats bis zur Krise der Bank am 27. Juli 2007

Während des am 31. März 2007 beendeten Geschäftsjahrs 2006/07 erörterte der Aufsichtsrat in vier turnusmäßigen Sitzungen den Geschäftsverlauf des Konzerns. Hierbei wurden die während des Geschäftsjahrs 2006/07 getroffenen Maßnahmen zur Stärkung der Ertragskraft und der Eigenkapitalausstattung, die Risikowentwicklung und das aktive Risikomanagement zur Verbesserung der Bonitätsstruktur diskutiert. Dies betraf insbesondere die Kreditrisiken im klassischen Kreditgeschäft der Bank. Außerdem beriet der Aufsichtsrat über die Mittelfristplanung bis zum Geschäftsjahr 2008/09 sowie die strategische Positionierung und Weiterentwicklung der einzelnen Segmente unter Berücksichtigung des sich ändernden Geschäftsumfeldes. In diesem Zusammenhang wurden der weitere Ausbau der internationalen Immobilienfinanzierungen sowie wesentliche Veränderungen bei Beteiligungsgesellschaften im Einzelnen erörtert.

In den Sitzungen im Juni/August 2006 berichtete der Vorstand dem Aufsichtsrat über die auf Grund des stark steigenden Volumens der Portfolio-Investitionen geplante Ausgliederung des Beratungsgeschäfts auf die IKB Credit Asset Management GmbH („IKB CAM“). Themenschwerpunkte bildeten auch die Kooperationen mit der KfW Bankengruppe, Frankfurt am

Main, dem Bankhaus Sal. Oppenheim jr. & Cie. KGaA, Köln, und der Natixis, Paris, dem Nachfolgeinstitut aus dem Zusammenschluss des bisherigen Partners der Bank, Natexis Banques Populaires, und IXIS Corporate & Investment Bank. Er erörterte ferner die zum 31. März 2007 in Form eines Contractual Trust Agreements vollzogene Übertragung der Deckungswerte für die betriebliche Altersversorgung auf eine Treuhänderin.

Der Aufsichtsrat befasste sich auf einen Hinweis des damaligen Mitglieds des Vorstands, Herrn Frank Schönherr, mit der Risikovorsorge im Kreditgeschäft und dem Zinsrisiko aus der Anlage der Eigenmittel. Der Aufsichtsrat ließ hierzu kurzfristig eine Sonderuntersuchung durch die KPMG der Bereiche Risikovorsorge und Zinsrisiko aus der Anlage der Eigenmittel durchführen. Bei der Befassung der genannten Themen (Risikovorsorge, Zinsrisiko aus der Anlage von Eigenmitteln) ergab sich kein Hinweis auf die erst am 27. Juli 2007 bekannt gewordenen Subprime-Risiken aus den Portfolioinvestments.

Die KPMG kommt im Rahmen ihres, mit Datum vom 8. Februar 2007 vorgelegten Sonderuntersuchungsberichts zu dem Ergebnis, dass

- der Impairment-Prozess konzeptionell geeignet ist, eine zutreffende Bemessung der Risikovorsorge sicherzustellen,
- die Risikovorsorge zum 31. März 2006 insgesamt angemessen dotiert war,
- das Marktpreisrisiko-Value at Risk der Bank im Vergleich zu anderen Instituten hoch ist. Entscheidend ist jedoch, inwieweit die Bank unter Berücksichtigung der Buy-and-Hold-Strategie im Rahmen ihrer Risikotragfähigkeit agiert,

- die Bank die von ihr gesetzten Limite für die Auslastung der Risikodeckungsmasse stets eingehalten hat,
- die Bank im Liquidationsszenario für die Zinsrisikoposition nach Berechnungen der KPMG mit Einrechnung der absoluten Risiken des Eigenmittelfonds oberhalb der Vergleichsbandbreite anderer großer Institute und ohne deren Einrechnung am oberen Ende der Bandbreite liegt; zum 30. September 2006 verfügt die Bank in beiden Szenarien unverändert gegenüber dem 31. März 2006 über eine ausreichende Risikodeckungsmasse,
- das von der Bank eingerichtete Risikomanagementsystem zur Begrenzung der Marktpreisrisiken geeignet ist, die Zinsrisiken zu steuern und zu überwachen.

Der Bericht über die Sonderuntersuchung der KPMG wurde in einer Sondersitzung des Finanz- und Prüfungsausschusses vom 16. April 2007 im Beisein der Prüfer der KPMG ausführlich beraten. Dem Aufsichtsrat wurde in der Sitzung am 27. Juni 2007 über das Ergebnis berichtet.

Ferner berichtete der Vorstand in der Aufsichtsratssitzung vom 13. Februar 2007 über die vorläufigen Ergebnisse der Routineprüfung des Prüfungsverbandes deutscher Banken. Diese kam zu dem Ergebnis, dass es keine Veranlassung gäbe, eine Gefährdung der Einlagen anzunehmen.

Tätigkeit der Ausschüsse des Aufsichtsrats bis zur Krise der Bank am 27. Juli 2007

Der Aufsichtsrat hat aus seiner Mitte zwei Ausschüsse gebildet. Das aus dem Vorsitzenden und den beiden stellvertretenden Vorsitzenden des Aufsichtsrats bestehende Präsidium trat im Geschäftsjahr 2006/07 fünfmal zusammen. Das Präsidium nimmt dabei zugleich die Aufgaben eines Nominierungsausschusses i.S.d. Corporate Governance Kodex wahr, was am 27. Juni 2007 auf der Sitzung des Aufsichtsrats durch eine Änderung der Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat klargestellt wurde.

Im Präsidium wurden im Wesentlichen die Sitzungen des Aufsichtsrats vorbesprochen. Bis zum Eintritt der Krise der Gesellschaft beschäftigte es sich schwerpunktmäßig mit der Geschäftsentwicklung (einschließlich der etwaigen Zustimmung zu zustimmungsbedürftigen Geschäften) und der strategischen Ausrichtung des Konzerns. An den jeweiligen Sitzungen nahmen alle Mitglieder des Präsidiums teil.

Der Finanz- und Prüfungsausschuss tagte zweimal im Geschäftsjahr 2006/07. Die Arbeit des Finanz- und Prüfungsausschusses konzentrierte sich bis zum Eintritt der Krise der Gesellschaft insbesondere auf den Jahres- und Konzernabschluss, den Gewinnverwendungsvorschlag und den Abhängigkeitsbericht sowie Fragen der Rechnungslegung, des Risikomanagements und der Zusammenarbeit mit dem Abschlussprüfer. Wesentliches Beratungsthema war die zum 31. März 2006 erfolgte Umstellung des Konzernabschlusses auf International Financial Reporting Standards (IFRS) und die sich aus der Erstanwendung ergebenden Veränderungen der Rechnungslegung. Der Vorsitzende des Prüfungsausschusses holte die Unabhängigkeitserklärung des Abschlussprüfers gemäß Ziff. 7.2.1 des Deutschen Corporate Governance Kodex ein und erteilte den Prüfungsauftrag an den Abschlussprüfer. Er vereinbarte mit dem Abschlussprüfer die Prüfungsschwerpunkte und traf mit ihm die Honorarvereinbarung.

In einer Sondersitzung des Finanz- und Prüfungsausschusses am 16. April 2007 wurde der Sonderbericht der KPMG zur Risikovorsorge und zum Zinsrisiko sowie der Bericht der Einlagensicherungsprüfung erörtert.

Tätigkeit des Aufsichtsrats nach Eintritt der Krise der Bank

Mit Ausbruch der Krise hat der Aufsichtsrat seine Überwachungs- und Beratungstätigkeiten der existenzbedrohenden Situation der Bank angepasst. In insgesamt neun Sitzungen des Aufsichtsrats sowie zahlreichen Sitzungen des Präsidiums und des Finanz- und Prüfungsausschusses wurden die vom Vorstand eingeleiteten Maßnahmen intensiv beraten.

Nachdem am 27. Juli 2007 der Aufsichtsratsvorsitzende erstmals gegen Mittag vom Sprecher des Vorstands über die Existenz der Krise unterrichtet worden war, tagte am gleichen Tag das Präsidium unter Teilnahme von Mitgliedern der BaFin.

In der Sitzung des Aufsichtsrats am Abend des 29. Juli 2007 berichtete der Vorstand über die Lage der Gesellschaft; auch an dieser Sitzung nahmen Vertreter der BaFin und der Bundesbank teil. Der Aufsichtsrat erörterte mit dem Vorstand den von der KfW Bankengruppe sowie den drei Bankenverbänden bereitgestellten Risikoschild. Ferner wurden Vorstandspersonalien erörtert. Es wurde die einvernehmliche Beendigung der Bestellung des Sprechers des Vorstands, Herrn Stefan Ortseifen, zum Vorstandsmitglied vom Aufsichtsrat mit sofortiger Wirkung beschlossen. Das Dienstverhältnis mit Herrn Ortseifen wurde aus wichtigem Grund fristlos gekündigt.

Am 1. August 2007 hat der Vorstand Pricewaterhouse-Coopers Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft (PwC) mit einer Sonderuntersuchung bei der Gesellschaft beauftragt. Als Untersuchungszeitraum wurde die Zeit vom 1. April 2006 bis 2. August 2007 festgelegt. Die Auftragserteilung erfolgte durch die neu bestellten Vorstandsmitglieder. Diese haben auch die Prüfung begleitet.

Der Aufsichtsrat und die BaFin waren über die Sonderuntersuchung vorab unterrichtet und haben infolgedessen von einem eigenen Untersuchungsauftrag abgesehen. Der Aufsichtsrat veranlasste jedoch, den Prüfungsauftrag zu erweitern und zu untersuchen, ob es Anzeichen dafür gibt, dass der Aufsichtsrat der Gesellschaft durch den Vorstand in diesem Zeitraum unzureichend oder unzutreffend über die Risikolage der Bank informiert wurde. Des Weiteren hat der Aufsichtsrat darauf hingewirkt, dass trotz einer möglichst zeitnahen Erledigung des Untersuchungsauftrags auch etwaigen Hinweisen auf kritische Sachverhalte vor dem Untersuchungszeitraum (1. April 2006 bis 2. August 2007) nachzugehen ist.

Um die Sonderuntersuchung sachverständig begleiten zu können und zur Plausibilisierung der Ergebnisse von PwC, beauftragte der Aufsichtsrat ferner als Berater die Rechtsanwaltssozietät Shearman & Sterling LLP sowie die Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft Ernst & Young AG.

Am 15. Oktober 2007 wurde dem Aufsichtsrat über die Ergebnisse der Sonderuntersuchung durch PwC berichtet. Die Sonderuntersuchung bestätigte, dass es vor dem 27. Juli 2007 (Präsidium) bzw. 29. Juli 2007 (Gesamtaufichtsrat) keine Hinweise gegeben hat, die eine Erörterung des Subprime-Exposure oder der US-Hypothekenmarktkrise bzw. etwaige daraus für die IKB resultierende existenzbedrohende Folgen oder Risiken im Aufsichtsrat erforderlich gemacht hätten.

Der Aufsichtsrat war zwar über die Liquiditätszusagen an die Ankaufsgesellschaften von Rhineland Funding unterrichtet worden, nicht jedoch über die weitgehenden Risikoübernahmen für die Liquiditätslinien anderer Liquiditätsliniengeber an die Ankaufsgesellschaften von Rhineland Funding sowie die komplexen Verflechtungen der Gesellschaft mit der Rhineland Funding und die Risiken einer möglichen Marktstörung des Asset-Backed-Commercial-Paper-Marktes für die Gesellschaft. Die Sonderuntersuchung bestätigte, dass das Thema Subprime-Risiko in der Aufsichtsratssitzung am 27. Juni 2007 durch Fragen von Aufsichtsratsmitgliedern an den Vorstand angesprochen worden war.

Aufgrund der Feststellungen von PwC hinsichtlich der Schwachstellen bei der Risikoanalyse, Risikosteuerung und dem Berichtswesen bei Portfolioinvestments innerhalb und außerhalb der Bilanz hat der Aufsichtsrat mit dem Vorstand eingehend die Verbesserung dieser Risiko- und Controlling-Prozesse beraten. Dies gilt auch für die von PwC dargelegten Mängel in der Berichterstattung des Vorstands an den Aufsichtsrat.

[Tätigkeit der Ausschüsse des Aufsichtsrats nach Eintritt der Krise der Bank](#)

Nach Bekanntwerden der Krise der Gesellschaft passten auch die Ausschüsse des Aufsichtsrats (Präsidium sowie Finanz- und Prüfungsausschuss) ihre Überwachungstätigkeit entsprechend an und berieten vermehrt. Ferner wurde auf der Sitzung des Aufsichtsrats am 25. Januar 2008 zusätzlich ein Ausschuss zur Begleitung des Prozesses für den Verkauf der Beteiligung der KfW-Bankengruppe an der Gesellschaft gebildet.

Das Präsidium tagte gesondert insgesamt elfmal. Es beriet insbesondere mit dem Vorstand über die Lage der Bank (einschließlich der Zustimmung zu zustimmungsbedürftigen Geschäften) und über Personalentscheidungen einschließlich über die Wahlvorschläge für die Mitglieder des Aufsichtsrats.

Zusätzlich fanden sieben gemeinsame Sitzungen des Präsidiums und des Finanz- und Prüfungsausschusses statt, in denen insbesondere die wirtschaftliche Situation der Gesellschaft im Hinblick auf die Lage der Gesellschaft und der Status des Risikoschirms besprochen wurden. Dabei wurden dem Vorstand Hinweise zur Strukturierung des Risikoschirms gegeben.

Der Finanz- und Prüfungsausschuss tagte gesondert insgesamt sechsmal. Dabei wurden insbesondere die infolge der Sonderuntersuchung eingeleitete Änderung des Jahres- und Konzernabschlusses, die Prüfung des Halbjahresfinanzberichtes sowie die Bestellung eines Abschlussprüfers für den Halbjahresfinanzbericht zum 30. September 2007 beraten.

Die Mitglieder der Ausschüsse berieten sich darüber hinaus untereinander mehrfach und hatten außerhalb der Ausschusssitzungen laufend Kontakt mit dem Vorstand und den vom Aufsichtsrat mandatierten Beratern. Die Berater des Aufsichtsrats hatten ebenfalls direkten Kontakt zum Vorstand, zur Gesellschaft sowie zu deren Beratern.

Die jeweiligen Ausschussvorsitzenden berichteten dem Plenum jeweils ausführlich über die Arbeit der Ausschüsse.

Eine Aufstellung der Sitzungen des Aufsichtsrats und seiner Ausschüsse mit den wesentlichen Gegenständen der Beratung ist diesem Bericht beigelegt.

Corporate Governance

Die Entsprechenserklärung vom 27. Juni 2007 und vom 16. Februar 2008 sowie weitere Ausführungen zu diesem Thema finden sich im Kapitel „Corporate Governance“ in diesem Geschäftsbericht.

Bei den Beratungen des Aufsichtsrats trat in zwei Fällen ein Interessenkonflikt auf, der von dem betreffenden Aufsichtsratsmitglied offengelegt wurde. Das betroffene Aufsichtsratsmitglied hat sich bei der entsprechenden Abstimmung der Stimme enthalten bzw. an der Behandlung des Tagesordnungspunktes nicht teilgenommen.

Prüfung und Billigung von Jahres- und Konzernabschluss und Abhängigkeitsbericht für das Geschäftsjahr 2006/07

Der Vorstand änderte den Jahres- und Konzernabschluss mit den Lageberichten für die AG und den Konzern. Dabei folgte der Vorstand den Empfehlungen von PwC im Rahmen der Sonderuntersuchung und hat unter anderem Rhineland Funding sowie Emissionsgesellschaften, deren Wertpapiere die Gesellschaft in ihrer Eigenmittelanlage hält, im Konzernabschluss zum 31. März 2007 nunmehr konsolidiert. Dadurch wurden stille Lasten berücksichtigt.

Dies sind auch nach Ansicht des Aufsichtsrats so gewichtige wirtschaftliche Gründe, dass eine Änderung des mit Datum 15. Mai 2007 aufgestellten Jahres- und Konzernabschlusses der Gesellschaft geboten war. Der Aufsichtsrat stimmte daher am 25. Januar 2008 dem Beschluss des Vorstands vom 7. Januar 2008 über eine Änderung des Jahres- und Konzernabschlusses und des Lageberichts sowie den Beschluss des Vorstands vom 15. Oktober 2007 über die Änderung des Konzernjahresabschlusses und des Konzernlageberichts für das Geschäftsjahr 2006/07 zu.

Der geänderte Jahres- und Konzernabschluss mit den geänderten Lageberichten für die AG und den Konzern sind vom Abschlussprüfer, der KPMG Deutsche Treuhandgesellschaft Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, geprüft und jeweils mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen worden. Der Jahresabschluss der AG wurde nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches, der Konzernabschluss nach den International Financial Reporting Standards (IFRS) und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften aufgestellt. Der vorliegende Konzernabschluss nach IFRS befreit von der Pflicht, einen Konzernabschluss nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches aufzustellen. Der vom Vorstand vorgelegte Bericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen für das Geschäftsjahr 2006/07 war ebenfalls Gegenstand der Prüfung durch den Abschlussprüfer. Der Abhängigkeitsbericht wurde mit folgendem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen: „Nach unserer pflichtmäßigen Prüfung und Beurteilung bestätigen wir, dass die tatsächlichen Angaben des Berichts richtig sind und bei den im Bericht aufgeführten Rechtsgeschäften die Leistung der Gesellschaft nicht unangemessen hoch ist.“

Mit den durch die Änderung relevanten Sachverhalten haben sich die Mitglieder des Aufsichtsrats seit Vorlage der Ergebnisse der Sonderuntersuchung durch PwC in mehreren Sitzungen laufend befasst. Über die Änderung der Jahresabschlüsse wurde sodann am 25. Januar 2008 sowie am 11. und 16. Februar 2008 beraten. Dabei wurde insbesondere auch über die Neubewertung der Portfolioinvestments und die sich daraus ergebenden Marktwertverluste gesprochen. Die Liquiditäts- sowie die Kapitalsituation der Gesellschaft einschließlich der aufsichtsrechtlich geforderten Eigenmittel wurden erörtert. Mit dem Vor-

stand wurde das Maßnahmenpaket beraten. Entwürfe der Abschlussunterlagen wurden am 11. Februar und in fortgeschriebener Form am 15. Februar 2008 zur Verfügung gestellt. Sie waren im Finanz- und Prüfungsausschuss am 16. Februar 2008 sowie in der Bilanzsitzung des Aufsichtsrats am 11. und 16. Februar 2008 Gegenstand eingehender Erörterungen. Am 16. Februar 2008 lagen dem Finanz- und Prüfungsausschuss sowie dem Aufsichtsrat die mit Bestätigungsvermerken versehenen Prüfungsberichte vor.

Die Abschlussprüfer nahmen an den Beratungen des Aufsichtsrats sowie des Finanz- und Prüfungsausschusses über den Jahres- und Konzernabschluss am 11. sowie am 16. Februar 2008 teil. Darüber hinaus haben Vertreter der PwC an den Beratungen teilgenommen. Dabei berichteten die Abschlussprüfer über die Gründe der Änderungen sowie die wesentlichen Ergebnisse der Prüfungen, beantworteten Fragen und gaben ergänzende Auskünfte. Nach dem abschließenden Ergebnis der Prüfung durch den Finanz- und Prüfungsausschuss und der eigenen Prüfung des Jahres- und Konzernabschlusses sowie der Lageberichte erhebt der Aufsichtsrat keine Einwendungen. Der Aufsichtsrat stimmt daher dem Ergebnis der Abschlussprüfung zu.

Den vom Vorstand mit Beschluss vom 15. Februar 2008 geänderten Jahres- und Konzernabschluss für das Geschäftsjahr 2006/07 hat der Aufsichtsrat in seiner Sitzung am 16. Februar 2008 unter Aufhebung der am 27. Juni 2007 vorgenommenen Billigung des Jahres- und Konzernabschlusses für das Geschäftsjahr 2006/07 gebilligt. Der Jahresabschluss ist damit festgestellt. Die Prüfung des Abhängigkeitsberichts und die Erklärung des Vorstands am Schluss des Berichts haben ebenfalls keinen Anlass zu Einwendungen gegeben. Den Bericht des Abschlussprüfers hat der Aufsichtsrat zustimmend zur Kenntnis genommen.

Personalia – Aufsichtsrat

In der Hauptversammlung am 31. August 2006 wurden als Aufsichtsratsmitglieder der Anteilseigner die Herren Jörg Asmussen, Hermann Franzen, Dr. Ing.-E. h. Eberhard Reuther und Randolph Rodenstock wieder und Herr Detlef Leinberger neu in den Aufsichtsrat gewählt. Zum gleichen Zeitpunkt wurden von der Belegschaft als Vertreter der Arbeitnehmer Frau Dr. Carola Steingräber und Herr Wolfgang Bouché wieder und Herr Jochen Schametat neu gewählt. Aus dem Aufsichtsrat sind mit Ablauf der Hauptversammlung am 31. August 2006 turnusmäßig die Herren Hans W. Reich und Wilhelm Lohscheidt ausgeschieden. Herr Reich hatte sein Mandat im Aufsichtsrat sowie seine Ämter als stellvertretender Vorsitzender und Vorsitzender des Finanz- und Prüfungsausschusses dieses Gremiums im Hinblick auf sein Ausscheiden aus dem Vorstand der KfW Bankengruppe vorzeitig niedergelegt. Der Aufsichtsrat dankt den ausgeschiedenen Mitgliedern für ihre Mitarbeit in diesem Gremium.

Im Anschluss an die Hauptversammlung am 31. August 2006 sind der Aufsichtsrat und der Finanz- und Prüfungsausschuss zu ihren konstituierenden Sitzungen zusammengetreten. Herr Detlef Leinberger ist neu zum stellvertretenden Vorsitzenden des Aufsichtsrats sowie zum Vorsitzenden des Finanz- und Prüfungsausschusses und Herr Wolfgang Bouché ebenfalls neu zum Mitglied dieses Ausschusses gewählt worden. Frau Dr. Carola Steingräber ist mit Ablauf der Hauptversammlung vom 31. August 2006 aus dem Finanz- und Prüfungsausschuss ausgeschieden. Wir danken ihr für ihre Mitarbeit in diesem Gremium.

Personalia – Vorstand (bis zum Eintritt der Krise der Bank am 27. Juli 2007)

Herr Frank Schönherr, seit dem 1. April 2004 Mitglied des Vorstands, schied am 30. November 2006 einvernehmlich aus dem Vorstand aus. Herr Joachim Neupel, seit 1. Juli 1989 Mitglied des Vorstands, ist am 31. Dezember 2006 mit Eintritt in den Ruhestand aus dem Vorstand ausgeschieden. Herr Dr. Volker Doberanzke wurde zum 1. Juni 2006 und Herr Frank Braunsfeld zum 1. März 2007 in den Vorstand berufen. Die Bestellungen der Vorstandsmitglieder Herr Dr. Markus Guthoff und Herr Stefan Ortseifen wurden – vor dem Eintritt der Krise der Gesellschaft – turnusgemäß am 13. Februar 2007 bis zum 31. März bzw. 31. Oktober 2012 verlängert.

Personalia – Vorstand (nach dem Eintritt der Krise der Bank)

Aufgrund der krisenhaften Situation der Gesellschaft ergriff der Aufsichtsrat unmittelbar personelle Maßnahmen. In der außerordentlichen Sitzung am 29. Juli 2007 wurde die Bestellung von Herrn Stefan Ortseifen zum Mitglied des Vorstands einvernehmlich beendet. Das Dienstverhältnis mit Herrn Stefan Ortseifen wurde aus wichtigem Grunde fristlos gekündigt.

Herr Dr. Volker Doberanzke legte mit Schreiben vom 7. August 2007 sein Amt als Mitglied des Vorstands mit sofortiger Wirkung nieder; der Aufsichtsrat stimmte in seiner Sitzung vom 7. August 2007 zu. Das Dienstverhältnis mit Herrn Dr. Volker Doberanzke wurde einvernehmlich zum 31. Dezember 2007 beendet. Herr Dr. Volker Doberanzke erhält kein Übergangsgeld und keine Abfindung.

Herr Dr. Markus Guthoff schied mit Zustimmung des Aufsichtsrats am 15. Oktober 2007 im gegenseitigen Einvernehmen aus der Bank aus. Das Dienstverhältnis mit Herrn Dr. Markus Guthoff wurde einvernehmlich zum 31. Dezember 2007 beendet. Herr Dr. Markus Guthoff erhält kein Übergangsgeld und keine Abfindung.

Die Bestellung von Herrn Frank Braunsfeld zum Mitglied des Vorstands wurde am 15. Oktober 2007 aus wichtigem Grund mit sofortiger Wirkung vom Aufsichtsrat widerrufen. Das Dienstverhältnis wurde mit sofortiger Wirkung fristlos gekündigt, nachdem Herr Frank Braunsfeld eine Aufhebung des Dienstvertrages zum 31. Dezember 2007 unter Verzicht auf ein Übergangsgeld abgelehnt hatte.

Herr Claus Momburg war aufgrund der Geschäftsverteilung des Vorstands mit dem die Krise auslösenden Geschäftsfeld Verbriefungen und dem Bereich Risikomanagement der Gesellschaft nicht befasst. Vor diesem Hintergrund wurde er – trotz der Gesamtverantwortung für die Lage der Gesellschaft – zur

Aufrechterhaltung der Funktionsfähigkeit des Vorstands im Hinblick auf das laufende Bankgeschäft gebeten, seine Arbeit im Vorstand fortzusetzen.

Aufgrund der Neuaufstellung des Jahres- und Konzernabschlusses zum 31. März 2007 wurde die Erreichung der mit den Mitgliedern des Vorstands im Rahmen der variablen Vergütung vereinbarten Ziele überprüft. Ergebnis der Prüfung ist, dass bis auf die Mindesttantieme die variable Vergütung zurückzufordern ist.

Der Aufsichtsrat prüft die etwaige Geltendmachung von Schadensersatzansprüchen der Gesellschaft gegen Mitglieder des Vorstands.

Unmittelbar nach Ausbruch der Krise wurden zunächst am 29. Juli 2007 Herr Dr. Günther Bräunig zum Mitglied und Vorsitzenden des Vorstands und Herr Dr. Dieter Glüder zum Mitglied des Vorstands bestellt. Am 15. Oktober 2007 bestellte der Aufsichtsrat Herrn Dr. Reinhard Grzesik zum Mitglied des Vorstands der Gesellschaft. Herr Dr. Grzesik hat die Funktion des Finanzvorstands übernommen.

Der Aufsichtsrat dankt den amtierenden Mitgliedern des Vorstands sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihren persönlichen Einsatz und die geleistete Arbeit insbesondere auch nach Eintritt der Existenzkrise der Gesellschaft.

Düsseldorf, den 16. Februar 2008

Der Aufsichtsrat

Dr. h.c. Ulrich Hartmann

Vorsitzender

Sitzungen des Aufsichtsrats in der Zeit vom 1. April 2006 bis 16. Februar 2008	
Datum der Sitzung	Gegenstand der Beratungen
28. Juni 2006	<ul style="list-style-type: none"> • Bericht über das Geschäftsjahr 2005/06 mit dem Vorschlag für die Gewinnverwendung und 3-Jahresplanung • Jahres- und Konzernabschluss zum 31. März 2006 • Entwicklung der Geschäftsfelder/Beteiligungsgesellschaften • Kreditrisikobericht • Bericht der Abschlussprüfer • Bericht des Finanz- und Prüfungsausschusses über die Vorbereitung der Prüfung des Jahres- und Konzernabschlusses mit den Lageberichten für die IKB und den Konzern, des Gewinnverwendungsvorschlags sowie des Abhängigkeitsberichts für das Geschäftsjahr 2005/06 • Feststellung des Jahresabschlusses und Billigung des Konzernabschlusses mit den Lageberichten für die IKB und den Konzern und Vorlage des Abhängigkeitsberichts für das Geschäftsjahr 2005/06 sowie des Entwurfs des Aufsichtsratsberichts • Vorschläge für die Tagesordnung der Hauptversammlung am 31. August 2006 • Corporate Governance (einschließlich Bericht des Corporate-Governance-Beauftragten/Corporate-Governance-Bericht im Geschäftsjahr nebst jährlicher Entsprechenserklärung) • Struktur des Vergütungssystems für den Vorstand • Änderung der Corporate-Governance-Grundsätze der IKB • Änderungen der Geschäftsordnung für Aufsichtsrat und Vorstand • Zustimmung zur turnusmäßigen Neu- bzw. Wiederberufung des Beraterkreises • Jahresbericht der Konzernrevision • Personalplanung und Entwicklung der Personalarbeit
31. August 2006	<ul style="list-style-type: none"> • Wahl eines stellvertretenden Vorsitzenden des Aufsichtsrats • Wahl des Mitglieds des Finanz- und Prüfungsausschusses aus dem Kreis der Arbeitnehmervertreter
13. November 2006	<ul style="list-style-type: none"> • Bericht über das laufende Geschäftsjahr 2006/07 • Konzern-Zwischenergebnis für das 1. Halbjahr 2006/07 • Hinweis von Herrn Schönherr zur Risikovorsorge im Kreditgeschäft und dem Zinsrisiko aus der Anlage der Eigenmittel • Risikoentwicklung und Kreditrisikostategie • Entwicklung der Geschäftsfelder (Segmentberichterstattung) • Effizienzprüfung des Aufsichtsrats • Personalialia (Beendigung der Bestellung von Herrn Schönherr)
13. Februar 2007	<ul style="list-style-type: none"> • Bericht über das laufende Geschäftsjahr 2006/07 • Konzern-Zwischenergebnis per 31. Dezember 2006 und Vorschau auf das Ende des Geschäftsjahres zum 31. März 2007 • KPMG-Sonderuntersuchungsbericht • Risikoentwicklung • Aktuelle Entwicklung in der Personalarbeit • Effizienzprüfung des Aufsichtsrats • Personalialia (Wiederbestellung von Herrn Ortseifen sowie von Herrn Dr. Guthoff und Neubestellung von Herrn Braunsfeld zu Vorstandsmitgliedern)

Sitzungen des Aufsichtsrats in der Zeit vom 1. April 2006 bis 16. Februar 2008	
Datum der Sitzung	Gegenstand der Beratungen
27. Juni 2007	<ul style="list-style-type: none"> • Überblick über das Geschäftsjahr • Bericht über das Geschäftsjahr 2006/07 mit dem Vorschlag für die Gewinnverwendung und 3-Jahresplanung • Jahres- und Konzernabschluss zum 31. März 2007 • Entwicklung der Geschäftsfelder/Beteiligungsgesellschaften • Kreditrisikobericht • Bericht des Finanz- und Prüfungsausschusses über die Ergebnisse der Sitzung am 16. April 2007 zu den Schwerpunktthemen: Sonderprüfung der Themenbereiche „Risikovorsorge“ und „Zinsrisiko“ durch die KPMG vom 8. Februar 2007 und routinemäßige Einlagensicherungsprüfung des Prüfungsverbandes deutscher Banken vom 1. März 2007 • Bericht der Abschlussprüfer • Bericht des Finanz- und Prüfungsausschusses über die Vorbereitung der Prüfung des Jahres- und Konzernabschlusses mit den Lageberichten für die IKB und den Konzern, des Gewinnverwendungsvorschlags sowie des Abhängigkeitsberichts für das Geschäftsjahr 2006/07 • Feststellung des Jahresabschlusses und Billigung des Konzernabschlusses mit den Lageberichten für die IKB und den Konzern und Vorlage des Abhängigkeitsberichts für das Geschäftsjahr 2006/07 sowie des Entwurfs des Aufsichtsratsberichts • Vorschläge für die Tagesordnung der Hauptversammlung am 30. August 2007 • Corporate Governance (Jahresbericht des Corporate-Governance-Beauftragten, Aufhebung der Corporate-Governance-Grundsätze der IKB und Corporate-Governance-Bericht im Geschäftsjahr nebst jährlicher Entsprechenserklärung) • Einführung eines Selbstbehalts bei der D&O-Versicherung • Struktur des Vergütungssystems für den Vorstand • Änderungen der Geschäftsordnung für Aufsichtsrat und Vorstand • Jahresbericht der Konzernrevision
29. Juli 2007	<ul style="list-style-type: none"> • Bericht zur Lage des Unternehmens • Personalia (Niederlegung des Vorstandsmandats durch Herrn Ortseifen, Bestellung der Herren Dr. Bräunig und Dr. Glüder zu Vorstandsmitgliedern)
7. August 2007	<ul style="list-style-type: none"> • Bericht zur aktuellen Lage der IKB • Personalia (Niederlegung des Vorstandsmandats durch Herrn Dr. Doberanzke)
20. August 2007	<ul style="list-style-type: none"> • Bericht über die aktuelle Entwicklung und wirtschaftliche Lage der IKB • Prüfung einer Änderung des Jahresabschlusses zum 31. März 2007 • Änderung des Gewinnverwendungsvorschlags für das Geschäftsjahr 2006/07
29. September 2007	<ul style="list-style-type: none"> • Beschreibung und Zustimmung zum Abschluss des „Risikoschirms“ • Bericht über die Quartalszahlen Q1 Geschäftsjahr 2007/08

Sitzungen des Aufsichtsrats in der Zeit vom 1. April 2006 bis 16. Februar 2008	
Datum der Sitzung	Gegenstand der Beratungen
15. Oktober 2007	<ul style="list-style-type: none"> • Bericht über die Ergebnisse der Sonderprüfung der PwC • Stellungnahme der Berater des Aufsichtsrats zu dem Bericht der PwC • Personalien (Beendigung des Vorstandsmandats mit Herrn Dr. Guthoff, Widerruf der Bestellung von Herrn Braunsfeld, Bestellung von Herrn Dr. Grzesik zum Vorstandsmitglied) • Stellungnahme des Vorstands zu dem Bericht der PwC und Vorstellung eines Maßnahmenpakets • Abschlussprüfer des Jahresabschlusses und des Konzernabschlusses für das Geschäftsjahr 2007/08 und Abschlussprüfer des Halbjahresfinanzberichtes 2007/08
14. November 2007	<ul style="list-style-type: none"> • Aktuelle wirtschaftliche Entwicklung der IKB und Stand der Restrukturierungsmaßnahmen • Informationen über die vom Vorstand geplante Gewährung von „Due-Diligence-Prüfungen“ • Kreditrisikoreport zum 30. Juni 2007 und vorläufiger Kreditrisikoreport zum 30. September 2007 • Bericht über das Compliance-Konzept der IKB
25. Januar 2008	<ul style="list-style-type: none"> • Aktuelle wirtschaftliche Entwicklung der IKB und Stand der Restrukturierungsmaßnahmen • Verkaufsprozess • Änderung des Jahres- und Konzernabschlusses zum 31. März 2007 und Erstellung und Prüfung des Halbjahresfinanzberichtes zum 30. September 2007 • Kapitalmaßnahmen • Stand der Vorbereitung der Hauptversammlung
11. Februar 2008	<ul style="list-style-type: none"> • Aktuelle wirtschaftliche Entwicklung der IKB und Stand der Restrukturierungsmaßnahmen seit dem 25. Januar 2008 • Bericht des Finanz- und Prüfungsausschusses über die Vorbereitung der Prüfung des geänderten Jahres- und Konzernabschlusses mit den geänderten Lageberichten für die IKB AG und den Konzern • Geänderter Jahres- und Konzernabschluss mit den Lageberichten für die IKB AG und den Konzern für das Geschäftsjahr 2006/07 • Bericht der Abschlussprüfer • Vorschlag für den Corporate-Governance-Bericht nebst Entsprechenserklärung • Vorschlag für den Bericht des Aufsichtsrats • Diskussion der Vorschläge für die Tagesordnung der Hauptversammlung am 27. März 2008 • Überblick über die Strategiedokumentation und Verzahnung zur Risikostrategie

Sitzungen des Aufsichtsrats in der Zeit vom 1. April 2006 bis 16. Februar 2008	
Datum der Sitzung	Gegenstand der Beratungen
16. Februar 2008	<ul style="list-style-type: none"> • Aktuelle wirtschaftliche Entwicklung der IKB und Stand der Restrukturierungsmaßnahmen seit dem 11. Februar 2008 • Bericht des Abschlussprüfers für das Geschäftsjahr 2006/07 • Bericht des Finanz- und Prüfungsausschusses über die Vorbereitung der Prüfung des geänderten Jahres- und Konzernabschlusses mit den geänderten Lageberichten für die IKB und den Konzern für das Geschäftsjahr 2006/07 • Feststellung des geänderten Jahresabschlusses mit dem geänderten Lagebericht und Billigung des geänderten Konzernabschlusses mit dem geänderten Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr 2006/07 und zugleich Aufhebung der in der Aufsichtsratsitzung am 27. Juni 2007 erfolgten Feststellung des Jahresabschlusses und der Billigung des Konzernabschlusses für das Geschäftsjahr 2006/07 • Geänderter Bericht des Aufsichtsrats • Geänderter Corporate-Governance-Bericht nebst geänderter Entsprechenserklärung • Vorschläge für die Tagesordnung der Hauptversammlung am 27. März 2008 • Darlehen der KfW Bankengruppe

Sitzungen des Präsidiums in der Zeit vom 1. April 2006 bis 16. Februar 2008	
Datum der Sitzung	Gegenstand der Beratungen
27. Juni 2006	<ul style="list-style-type: none"> • Vorbesprechung der Aufsichtsratssitzung • Strategische Entwicklung der Geschäftsfelder • Personaldarlehen • Effizienzprüfung des Aufsichtsrats • Neu- bzw. Wiederberufung des Beraterkreises
31. August 2006	<ul style="list-style-type: none"> • Vorbesprechung der Hauptversammlung • Vorbesprechung der Aufsichtsratssitzung • Strategische Weiterentwicklung der Geschäftsfelder
23. Oktober 2006	<ul style="list-style-type: none"> • Hinweis von Herrn Schönherr zur Risikovorsorge im Kreditgeschäft und dem Zinsrisiko aus der Anlage der Eigenmittel
13. November 2006	<ul style="list-style-type: none"> • Vorbesprechung der Aufsichtsratssitzung • Strategische Entwicklung der Geschäftsfelder • Effizienzprüfung des Aufsichtsrats
13. Februar 2007	<ul style="list-style-type: none"> • KPMG-Sonderbericht • Vorbesprechung der Aufsichtsratssitzung • Strategische Entwicklung der Geschäftsfelder • Personalien (Wiederbestellung von Herrn Ortseifen und Neubestellung von Herrn Braunsfeld zu Vorstandsmitgliedern) • Festlegung der Termine für 2008
26. Juni 2007	<ul style="list-style-type: none"> • Vorbesprechung der Aufsichtsratssitzung • Strategische Entwicklung der Geschäftsfelder • Personaldarlehen
27. Juli 2007	<ul style="list-style-type: none"> • Bericht zur Lage des Unternehmens • Personalien (Beendigung der Bestellung von Herrn Ortseifen zum Vorstandsmitglied, Bestellung der Herren Dr. Bräunig und Dr. Glüder zu Vorstandsmitgliedern)
6. August 2007	<ul style="list-style-type: none"> • Bericht zur aktuellen Lage der IKB • Personalien (Kündigung des Dienstvertrages mit Herrn Ortseifen) • Bericht PwC zur Sonderprüfung
20. August 2007	<ul style="list-style-type: none"> • Vorbesprechung der Aufsichtsratssitzung

Sitzungen des Präsidiums in der Zeit vom 1. April 2006 bis 16. Februar 2008	
Datum der Sitzung	Gegenstand der Beratungen
5. Oktober 2007	<ul style="list-style-type: none"> • Personalien (Vorstandsmandate Braunsfeld, Dr. Guthoff und Momburg, Bestellung von Herrn Dr. Grzesik)
14. Oktober 2007	<ul style="list-style-type: none"> • Vorbesprechung der Aufsichtsratssitzung
15. Oktober 2007	<ul style="list-style-type: none"> • Personalien (Beendigung des Dienstvertrages mit Herrn Dr. Guthoff, Kündigung des Dienstvertrages mit Herrn Braunsfeld)
18. Oktober 2007	<ul style="list-style-type: none"> • Personalien (Beendigung des Dienstvertrages mit Herrn Dr. Doberanzke)
14. Januar 2008	<ul style="list-style-type: none"> • Stand forensische Untersuchung zur etwaigen Geltendmachung von Schadensersatzansprüchen gegen Mitglieder des Vorstands
25. Januar 2008	<ul style="list-style-type: none"> • Aktueller Vorbereitungsstand der Hauptversammlung • Besetzung des Aufsichtsrats
11. Februar 2008	<ul style="list-style-type: none"> • Vorbesprechung der Aufsichtsratssitzung • Wahlvorschläge Anteilseignervertreter im Aufsichtsrat an die Hauptversammlung (in Funktion als Nominierungsausschuss)
16. Februar 2008	<ul style="list-style-type: none"> • Vorbereitung der Aufsichtsratssitzung am 16. Februar 2008

Sitzungen des Finanz- und Prüfungsausschusses in der Zeit vom 1. April 2006 bis 16. Februar 2008	
Datum der Sitzung	Gegenstand der Beratungen
27. Juni 2006	<ul style="list-style-type: none"> • Überblick über das Geschäftsjahr 2005/06 und 3-Jahresplanung • Jahres- und Konzernabschluss zum 31. März 2006 und Abhängigkeitsbericht (im Beisein des Abschlussprüfers) • Kreditrisikoreport • Bericht der Abschlussprüfer • Vorschlag zur Wahl des Abschlussprüfers und des Konzernabschlussprüfers für das Geschäftsjahr 2006/07 und Ermächtigung zu seiner Beauftragung • Bericht über die Abarbeitung der aus der §44 KWG-Prüfung resultierenden Anmerkungen
31. August 2006	<ul style="list-style-type: none"> • Wahl des Vorsitzenden des Finanz- und Prüfungsausschusses
16. April 2007	<ul style="list-style-type: none"> • Bericht über die Sonderprüfung vom 8. Februar 2007 von KPMG • Bericht der Einlagensicherungsprüfung vom 1. März 2007
26. Juni 2007	<ul style="list-style-type: none"> • Überblick über das Geschäftsjahr 2006/07 und 3-Jahresplanung • Jahres- und Konzernabschluss zum 31. März 2007 und Abhängigkeitsbericht (im Beisein des Abschlussprüfers) • Kreditrisikoreport • Bericht der Abschlussprüfer • Vorschlag zur Wahl des Abschlussprüfers und des Konzernabschlussprüfers für das Geschäftsjahr 2007/08 und Ermächtigung zu seiner Beauftragung
6. August 2007	<ul style="list-style-type: none"> • Bericht zur aktuellen Lage der IKB • Bericht KPMG
15. Oktober 2007	<ul style="list-style-type: none"> • Abschlussprüfer des Jahresabschlusses und des Konzernabschlusses für das Geschäftsjahr 2007/08 und Abschlussprüfer des Halbjahresfinanzberichts 2007/08 • Änderung des Jahresabschlusses 2006/07
7. Januar 2008	<ul style="list-style-type: none"> • Begebung der Wandelanleihe
25. Januar 2008	<ul style="list-style-type: none"> • Status der Neuaufstellung (Änderung) des Jahres- und des Konzernabschlusses
11. Februar 2008	<ul style="list-style-type: none"> • Geänderter Jahres- und Konzernabschluss mit Lageberichten • Stellungnahme Wirtschaftsprüfer
16. Februar 2008	<ul style="list-style-type: none"> • Verabschiedung des Berichts des Finanz- und Prüfungsausschusses über die Vorbereitung der Prüfung des geänderten Jahres- und Konzernabschlusses mit den geänderten Lageberichten für das Geschäftsjahr 2006/07 • Bericht des Abschlussprüfers

Gemeinsame Sitzungen des Präsidiums und des Finanz- und Prüfungsausschusses in der Zeit vom 1. April 2006 bis 16. Februar 2008	
Datum der Sitzung	Gegenstand der Beratungen
12. September 2007	<ul style="list-style-type: none"> • Bericht zur Lage der IKB • Bericht über die Sonderprüfung der PwC
25. September 2007	<ul style="list-style-type: none"> • Bericht zur Lage der IKB • Bericht über die Quartalszahlen Q1 Geschäftsjahr 2007/08 • Statusbericht Risikoschirm
12. November 2007	<ul style="list-style-type: none"> • Bericht zur Lage der IKB
14. November 2007	<ul style="list-style-type: none"> • Bericht zur Lage der IKB
14. Dezember 2007	<ul style="list-style-type: none"> • Aktuelle wirtschaftliche Entwicklung der IKB und Stand der Restrukturierungsmaßnahmen • Änderung von Konzern- und Jahresabschluss zum 31. März 2007 und Erstellung und Prüfung des Halbjahresfinanzberichtes zum 30. September 2007 • Kapitalerhöhung IKB International S.A., Luxemburg • Reintegration IKB CAM • Kapitalmaßnahmen • Hauptversammlung • Verkaufsprozess
14. Januar 2008	<ul style="list-style-type: none"> • Aktuelle wirtschaftliche Entwicklung der IKB und Stand der Restrukturierungsmaßnahmen • Aktueller Stand Verkaufsprozess • Änderung von Konzern- und Jahresabschluss zum 31. März 2007 und Erstellung und Prüfung des Halbjahresfinanzberichtes zum 30. September 2007 • Verfahren zu möglichen Kapitalmaßnahmen bei der IKB • Kapitalerhöhung IKB International S.A., Luxemburg
11. Februar 2008	<ul style="list-style-type: none"> • Bericht zur Lage der Gesellschaft seit dem 25. Januar 2008 • Vorbesprechung der Vorschläge für die Tagesordnung der Hauptversammlung am 27. März 2008

Geänderter Konzernabschluss nach International Financial Reporting Standards zum 31. März 2007

—	Geänderte Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung
—	Geänderte Konzernbilanz
—	Geänderte Aufstellung der erfassten Erträge und Aufwendungen
—	Geänderte Kapitalflussrechnung
—	Geänderter Anhang (Notes)

Geänderte Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung der IKB Deutsche Industriebank AG für die Zeit vom 1. April 2006 bis 31. März 2007

	Notes	1.4.2006– 31.3.2007 in Mio. €	1.4.2005– 31.3.2006 in Mio. €	Veränderung in %
Zinsüberschuss	(21)	677,9	610,5	11,0
Zinserträge		3 758,5	2 681,9	40,1
Zinsaufwendungen		3 080,6	2 071,4	48,7
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	(22)	259,0	318,6	-18,7
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge		418,9	291,9	43,5
Provisionsüberschuss	(23)	52,0	30,4	71,1
Provisionserträge		66,6	54,2	22,9
Provisionsaufwendungen		14,6	23,8	-38,7
Fair-Value-Ergebnis	(24)	-40,9	-11,2	>100,0
Ergebnis aus Finanzanlagen	(25)	6,9	13,1	-47,3
Verwaltungsaufwendungen	(26)	316,2	269,0	17,5
Personalaufwendungen		185,8	162,8	14,1
Andere Verwaltungsaufwendungen		130,4	106,2	22,8
Sonstiges betriebliches Ergebnis	(27)	-6,2	115,8	
Operatives Ergebnis		114,5	171,0	-33,0
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	(28)	74,7	60,1	24,3
Sonstige Steuern		1,9	2,1	-9,5
Konzernjahresüberschuss		37,9	108,8	-65,2
Ergebnis Konzernfremde		-0,1	0,0	
Konzernjahresüberschuss nach Ergebnis Konzernfremde		37,8	108,8	-65,3
Ergebnisverwendung		-37,8	-34,0	11,2
Konzernbilanzgewinn		-	74,8	-100,0

	2006/07	2005/06	Veränderung in %
Geändertes Ergebnis je Aktie			
Konzernüberschuss nach Ergebnis Konzernfremde (Mio. €)	37,8	108,8	-65,3
Durchschnittliche Anzahl ausgegebener Stückaktien (Mio.)	87,9	88,0	-0,1
Ergebnis je Aktie (€)	0,43	1,24	-65,3

Ein Verwässerungseffekt besteht nicht, da zu den Stichtagen keine Wandel- und Optionsrechte im Umlauf waren.

Geänderte Konzernbilanz der IKB Deutsche Industriebank AG zum 31. März 2007

	Notes	31.3.2007 in Mio. €	31.3.2006 in Mio. €	Veränderung in %
Aktiva				
Barreserve	(7, 29)	28,7	47,6	-39,7
Forderungen an Kreditinstitute	(8, 30)	4 441,9	2 197,1	>100,0
Forderungen an Kunden	(8, 31)	29 685,0	28 017,7	6,0
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	(9, 33)	-1 094,7	-1 411,7	-22,5
Handelsaktiva	(10, 34)	2 208,5	586,0	>100,0
Finanzanlagen	(11, 35)	27 265,0	23 174,2	17,7
Immaterielle Anlagewerte	(12, 36)	37,9	27,5	37,8
Sachanlagen	(13, 37)	212,1	231,1	-8,2
Ertragsteueransprüche	(14, 38)	13,7	28,9	-52,6
Sonstige Aktiva	(15, 39)	739,6	364,0	>100,0
Gesamt		63 537,7	53 262,4	19,3
Passiva				
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	(8, 40)	13 912,5	14 060,5	-1,1
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	(8, 41)	4 277,8	2 546,0	68,0
Verbriefte Verbindlichkeiten	(16, 42)	39 555,5	30 760,9	28,6
Handelspassiva	(10, 43)	1 164,7	1 021,4	14,0
Rückstellungen	(17, 18, 44, 45)	60,0	303,4	-80,2
Ertragsteuerverpflichtungen	(14, 46)	79,2	102,9	-23,0
Sonstige Passiva	(15, 47)	271,0	263,8	2,7
Nachrangkapital	(19, 48)	3 026,4	2 910,4	4,0
Eigenkapital	(20, 49)	1 190,6	1 293,1	-7,9
Gezeichnetes Kapital		225,3	225,3	-
Kapitalrücklage		568,2	568,2	0,0
Gewinnrücklagen		323,7	273,0	18,6
Rücklage aus der Währungsumrechnung		-15,2	-7,5	>100,0
Neubewertungsrücklage		88,4	159,1	-44,4
Anteile in Fremdbesitz		0,2	0,2	0,0
Konzernbilanzgewinn		-	74,8	-100,0
Gesamt		63 537,7	53 262,4	19,3

Geänderte Aufstellung der erfassten Erträge und Aufwendungen

In der folgenden Aufstellung sind gemäß IAS 1 alle Erträge und Aufwendungen des Geschäftsjahres dargestellt. Hier sind auch Posten zu erfassen, die unter IFRS grundsätzlich als Erträge und Aufwendungen zu definieren sind, die jedoch aufgrund spezifischer Anwendungsvorschriften, wie zum Beispiel für Gewinne und Verluste aus der Neubewertung von *Zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten* (Available for Sale; IAS 39), nicht in der Gewinn- und Verlustrechnung, sondern im Eigenkapital erfasst werden.

Die Entwicklung des Eigenkapitals ist Kapitel 49 der Notes zu entnehmen.

	2006/07 in Mio. €	2005/06 in Mio. €	Veränderung in %
Gewinne/Verluste aus der Neubewertung von Wertpapieren	-39,0	-0,2	>100,0
Nicht realisiertes Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren Finanzanlagen	-32,6	14,9	
Umbuchungen in die Gewinn- und Verlustrechnung wegen zur Veräußerung verfügbarer Finanzanlagen	-6,4	-15,1	-57,6
In die Gewinn- und Verlustrechnung eingestellte Wertänderungen aus Sicherungsbeziehungen	-74,8	-74,8	-
Veränderungen aus der Währungsumrechnung	-7,7	3,5	
Veränderungen aus versicherungsmathematischen Gewinnen/Verlusten	20,3	-19,0	
Latente Steuern auf erfolgsneutrale Veränderungen	34,7	40,3	-13,9
Saldo der direkt im Eigenkapital erfassten Gewinne/Verluste	-66,5	-50,2	32,5
Konzernjahresüberschuss	37,9	108,8	-65,2
Summe der erfassten Gewinne und Verluste	-28,6	58,6	
Auf Aktionäre der IKB AG entfallend	-28,7	58,6	
Auf Anteile Fremder entfallend	0,0	0,0	

Geänderte Kapitalflussrechnung

in Mio. €	2006/07	2005/06
Konzernjahresüberschuss	38	109
<i>Im Konzernjahresüberschuss enthaltene zahlungsunwirksame Posten und Überleitung auf den Cash-flow aus operativer Geschäftstätigkeit</i>		
Abschreibungen, Wertberichtigungen, Zuschreibungen auf Forderungen und Zuführung zu Rückstellungen im Kreditgeschäft	262	321
Abschreibungen abzüglich Zuschreibungen auf Sachanlagevermögen und Finanzanlagen	17	43
Veränderungen anderer zahlungsunwirksamer Posten (im Wesentlichen Veränderung der sonstigen Rückstellungen und bestimmter Verbindlichkeiten sowie positive und negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten)	55	294
Ergebnis aus der Veräußerung von Finanzanlagen	-14	-37
Ergebnis aus der Veräußerung von Sachanlagen	2	-141
Sonstige Anpassungen (im Wesentlichen Umgliederungen erhaltener und gezahlter Zinsen inkl. Ergebnisse aus Leasinggeschäften und gezahlte Ertragsteuern)	-604	-584
Zwischensumme	-244	5
<i>Veränderung des Vermögens und der Verbindlichkeiten aus operativer Geschäftstätigkeit nach Korrektur um zahlungsunwirksame Bestandteile</i>		
Forderungen		
an Kreditinstitute	-2 227	-791
an Kunden	-2 189	-1 356
Handelsaktiva	-1 486	361
Andere Aktiva aus operativer Geschäftstätigkeit	-494	10
Verbindlichkeiten		
gegenüber Kreditinstituten	-163	1 797
gegenüber Kunden	1 672	543
Handelsspassiva	-15	-309
Verbriefte Verbindlichkeiten	8 527	2 858
Andere Passiva aus operativer Geschäftstätigkeit	-36	-129
Erhaltene Zinsen und Dividenden	3 524	1 927
Gezahlte Zinsen	-2 650	-1 619
Ertragsteuerzahlungen	-21	-20
Cash-flow aus operativer Geschäftstätigkeit	4 198	3 277
Einzahlungen aus der Veräußerung von		
Finanzanlagen	3 415	1 747
Sachanlagevermögen	37	232
Auszahlungen für den Erwerb von		
Finanzanlagen	-7 619	-3 963
Sachanlagevermögen	-100	-34
Effekte aus der Veränderung des Konsolidierungskreises	-26	-1 272
Cash-flow aus Investitionstätigkeit	-4 293	-3 290
Dividendenzahlungen	-75	-70
Mittelveränderung aus sonstiger Finanzierungstätigkeit (Rücklagen, Nachrangkapital etc.)	151	97
Cash-flow aus Finanzierungstätigkeit	76	27
Zahlungsmittelbestand am Ende der Vorperiode	48	34
Cash-flow aus operativer Geschäftstätigkeit	4 198	3 277
Cash-flow aus Investitionstätigkeit	-4 293	-3 290
Cash-flow aus Finanzierungstätigkeit	76	27
Zahlungsmittelbestand am Ende der Periode	29	48

Geänderter Anhang (Notes)

Inhaltsverzeichnis

Grundlagen der Konzernrechnungslegung	99
Änderungen gemäß IAS 8	99
Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden	106
(1) Grundsätze	106
(2) Anpassung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden	106
(3) Konsolidierungskreis	107
(4) Konsolidierungsgrundsätze	108
(5) Währungsumrechnung	108
(6) Finanzinstrumente: Ansatz und Bewertung	109
(7) Barreserve	111
(8) Forderungen und Verbindlichkeiten an bzw. gegenüber Kreditinstituten/Kunden	111
(9) Risikovorsorge im Kreditgeschäft	112
(10) Handelsaktiva/-passiva	112
(11) Finanzanlagen	112
(12) Immaterielle Anlagewerte	113
(13) Sachanlagen	113
(14) Ertragsteueransprüche und -verpflichtungen	114
(15) Sonstige Aktiva/Passiva	114
(16) Verbriefte Verbindlichkeiten	115
(17) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	115
(18) Sonstige Rückstellungen	116
(19) Nachrangkapital	116
(20) Eigenkapital	117
Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung	118
(21) Zinsüberschuss	118
(22) Risikovorsorge im Kreditgeschäft	119
(23) Provisionsüberschuss	119
(24) Fair-Value-Ergebnis	120
(25) Ergebnis aus Finanzanlagen	120
(26) Verwaltungsaufwendungen	121
(27) Sonstiges betriebliches Ergebnis	122
(28) Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	123

Erläuterungen zur Aktivseite	124
(29) Barreserve	124
(30) Forderungen an Kreditinstitute	124
(31) Forderungen an Kunden	124
(32) Kreditvolumen	125
(33) Risikovorsorge im Kreditgeschäft	125
(34) Handelsaktiva	127
(35) Finanzanlagen	128
(36) Immaterielle Anlagewerte	129
(37) Sachanlagen	129
(38) Ertragsteueransprüche	130
(39) Sonstige Aktiva	130
Erläuterungen zur Passivseite	132
(40) Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	132
(41) Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	132
(42) Verbriefte Verbindlichkeiten	133
(43) Handelspassiva	133
(44) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	133
(45) Sonstige Rückstellungen	135
(46) Ertragsteuerverpflichtungen	135
(47) Sonstige Passiva	136
(48) Nachrangkapital	136
(49) Eigenkapital	139
Erläuterungen zur Kapitalflussrechnung	142
Segmentberichterstattung	143
Erläuterungen zu Finanzinstrumenten	145
(50) Derivative Geschäfte	145
(51) Marktpreisrisiken aus Handelsaktivitäten	146
(52) Kreditrisikokonzentrationen	147
(53) Marktwerte von finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten	148

Sonstige Erläuterungen	149
(54) Nachrangige Vermögenswerte	149
(55) Eventualforderungen/-verbindlichkeiten und andere Verpflichtungen	149
(56) Sonstige finanzielle Verpflichtungen	150
(57) Leasing	150
(58) Patronatserklärung	152
(59) Angaben zu Sicherheiten	153
(60) Wertpapierpensionsgeschäfte	154
(61) Anlagespiegel	154
(62) Restlaufzeitgliederung	155
(63) Fremdwährungsvolumina	156
(64) Durchschnittliche Zahl der während des Geschäftsjahres beschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	156
(65) Angaben über Geschäftsbeziehungen mit nahe stehenden Unternehmen und Personen	157
(66) Bezüge und Kredite der Organe	160
(67) Corporate Governance Kodex	160
(68) Angaben über Ereignisse nach dem 31. März 2007	161
(69) Organe	162
(70) Anteilsbesitz	166

Grundlagen der Konzernrechnungslegung

Der Konzernabschluss der IKB zum 31. März 2007 wurde in Übereinstimmung mit den International Financial Reporting Standards (IFRS) erstellt und basiert auf der Verordnung Nr. 1606/2002 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Juli 2002 und den dazugehörigen Folgeverordnungen, mit denen die IFRS in das EU-Recht übernommen wurden. Darunter fallen zugleich deren Auslegungen durch das Standing Interpretations Committee (SIC) bzw. International Financial Reporting Interpretation Committee (IFRIC). Darüber hinaus haben wir die nationalen Vorschriften des § 315a Abs. 1 HGB angewandt.

Es wurde von der vorzeitigen Anwendung derjenigen Standards und Interpretationen zulässigerweise abgesehen, die erst für Geschäftsjahre beginnend ab dem 1. Januar 2007

oder später umzusetzen sind (IFRS 7, 8 und die Änderungen zu IAS 1 sowie IFRIC 7, 8, 9, 10, 11, 12). Aus den erstmals im Geschäftsjahr 2007/08 anzuwendenden IFRS-Vorschriften erwarten wir keine wesentlichen Auswirkungen auf das Ergebnis der IKB.

Der Konzernabschluss enthält neben der Gewinn- und Verlustrechnung und der Bilanz die Aufstellung der erfassten Erträge und Aufwendungen, die Kapitalflussrechnung sowie den Anhang (Notes). Die Segmentberichterstattung ist den Notes zu entnehmen.

Alle Beträge sind, sofern nicht anders vermerkt, in Mio. € dargestellt.

Änderungen gemäß IAS 8

Der Vorstand hat mit Zustimmung des Aufsichtsrates aufgrund der Ergebnisse und Empfehlungen des PwC-Gutachtens beschlossen, den Konzernjahresabschluss per 31. März 2007 zu ändern, um bestimmte Bilanzierungsfragen unter Kenntnis der eingetretenen Entwicklungen des Subprime- und des Commercial-Paper-Marktes neu zu bewerten. Bezüglich der Ursachen und Hintergründe der Finanzkrise sowie deren Auswirkungen verweisen wir auf die ausführlichen Erläuterungen im Konzern-Lagebericht.

Die Änderungen wurden entsprechend IAS 8 rückwirkend vorgenommen; sie betreffen insbesondere die Konsoli-

dierung der Rhineland Funding Capital Corporation (RFCC), Delaware, inklusive der dazugehörigen 28 Ankaufsgesellschaften, das Conduit Havenrock I Ltd., Jersey, sowie die vier Zellen (Silos) der ELAN Ltd., Jersey.

Die Konsolidierung der RFCC sowie Havenrock I führt zu einer erheblichen Steigerung der Bilanzsumme. Die Erhöhung beträgt zum 31. März 2007 11,5 Mrd. € (Vorjahr: 9 Mrd. €); sie betrifft auf der Aktivseite insbesondere die Finanzanlagen und auf der Passivseite die verbrieften Verbindlichkeiten. In der Gewinn- und Verlustrechnung ergeben sich für das Geschäftsjahr im Wesentlichen

Verschiebungen zwischen dem Zinsüberschuss in Höhe von 49 Mio. € und dem Provisionsüberschuss in Höhe von –56 Mio. €. Zudem führt die Konsolidierung zu einem Rückgang des Fair-Value-Ergebnisses in Höhe von 64 Mio. €. Zum Geschäftsjahresende ergibt sich ein kumulierter Eigenkapital- und Ergebniseffekt in Höhe von –44 Mio. €. Durch die Konsolidierung der RFCC kommt es darüberhinaus zu einem Rückgang der Kreditzusagen um 11 Mrd. € (Vorjahr: 10 Mrd. €). Wir weisen darauf hin, dass aufgrund der eingeschränkten Verfügbarkeit von Abschlüssen für Gesellschaften der RFCC-Gruppe – nach anzuwendendem lokalen Recht bestand teilweise keine Aufstellungspflicht – in gewissem Umfang Schätzungen und Annahmen zu treffen waren.

Die vier Zellen (Silos) der ELAN Ltd. wurden ebenfalls rückwirkend vollkonsolidiert. Die Aktiva in Höhe von 1.165 Mio. € (Vorjahr: 1.163 Mio. €) wurden der Kategorie *Zur Veräußerung verfügbare Vermögenswerte* zugewiesen. Gleichzeitig werden die in den Zellen enthaltenen Derivate in Höhe von 34 Mio. € (Vorjahr: 52 Mio. €) in den Handelspassiva ausgewiesen. Hieraus verringern sich das Eigenkapital und das Ergebnis per 31. März 2007 kumuliert um 149 Mio. €.

Darüber hinaus erfolgte bei bestimmten strukturierten Wertpapieren der Eigenmittelanlage mit Ablauf der fixen Verzinsung eine Verteilung der über Marktzinsniveau liegenden aufgelaufenen Zinsen über die Restlaufzeit mit variabler Vereinbarung. Durch die Verteilung der „Überrenditen“ aus den Fixkupon auf die Perioden mit variabler Verzinsung haben sich zum 31. März 2006 eine verminderte Gewinnrücklage in Höhe von 6 Mio. € sowie ein reduziertes Zinsergebnis im Geschäftsjahr 2006/07 in Höhe von 18 Mio. € ergeben.

Gemäß § 11 der IKB-Satzung ist die variable Vergütung an den Aufsichtsrat an die Ausschüttung einer Dividende geknüpft. Mit der vorgesehenen Feststellung des geänderten Jahresabschlusses soll auf die Ausschüttung der Dividende und somit auf die variable Aufsichtsratsvergütung verzichtet werden. Dadurch vermindert sich der Verwaltungsaufwand um 0,6 Mio. €.

Vormals in der Neubewertungsrücklage ausgewiesene versicherungsmathematische Gewinne und Verluste werden in den Gewinnrücklagen gezeigt. Daraus ergibt sich eine Erhöhung der Neubewertungsrücklage bzw. Verminderung der Gewinnrücklagen um jeweils 9,3 Mio. € per 31. März 2007 (Vorjahr: 21,3 Mio. €).

Auswirkungen der Änderungen nach IAS 8 auf die Konzernbilanz zum 31.3.2006

	31.3.2006 in Mio. € vor Änderungen	Änderungen in Mio. € gemäß IAS 8	31.3.2006 in Mio. € nach Änderungen
Aktiva			
Barreserve	47,6	–	47,6
Forderungen an Kreditinstitute	2 197,1	–	2 197,1
Forderungen an Kunden	28 017,7	–	28 017,7
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	–1 411,7	–	–1 411,7
Handelsaktiva	557,5	28,5	586,0
Finanzanlagen	14 152,1	9 022,1	23 174,2
Immaterielle Anlagewerte	27,5	–	27,5
Sachanlagen	231,1	–	231,1
Ertragsteueransprüche	28,9	–	28,9
Sonstige Aktiva	361,8	2,2	364,0
Gesamt	44 209,6	9 052,8	53 262,4
Passiva			
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	14 060,5	–	14 060,5
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	2 546,0	–	2 546,0
Verbriefte Verbindlichkeiten	21 718,9	9 042,0	30 760,9
Handelspassiva	952,7	68,7	1 021,4
Rückstellungen	303,4	–	303,4
Ertragsteuerverpflichtungen	102,9	–	102,9
Sonstige Passiva	260,3	3,5	263,8
Nachrangkapital	2 910,4	–	2 910,4
Eigenkapital	1 354,5	–61,4	1 293,1
Gezeichnetes Kapital	225,3	–	225,3
Kapitalrücklage	568,2	–	568,2
Gewinnrücklagen	356,5	–83,5	273,0
Rücklage aus der Währungsumrechnung	–7,5	–	–7,5
Neubewertungsrücklage	137,0	22,1	159,1
Anteile in Fremdbesitz	0,2	–	0,2
Konzernbilanzgewinn	74,8	–	74,8
Gesamt	44 209,6	9 052,8	53 262,4

Auswirkungen der Änderungen nach IAS 8 auf die Konzernbilanz zum 31.3.2007

	31.3.2007 in Mio. € vor Änderungen	Änderungen in Mio. € gemäß IAS 8	31.3.2007 in Mio. € nach Änderungen
Aktiva			
Barreserve	28,7	–	28,7
Forderungen an Kreditinstitute	4 441,9	–	4 441,9
Forderungen an Kunden	29 685,0	–	29 685,0
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	–1 094,7	–	–1 094,7
Handelsaktiva	2 054,3	154,2	2 208,5
Finanzanlagen	15 943,5	11 321,5	27 265,0
Immaterielle Anlagewerte	37,9	–	37,9
Sachanlagen	212,1	–	212,1
Ertragsteueransprüche	13,7	–	13,7
Sonstige Aktiva	730,7	8,9	739,6
Gesamt	52 053,1	11 484,6	63 537,7
Passiva			
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	13 912,5	–	13 912,5
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	4 277,8	–	4 277,8
Verbriefte Verbindlichkeiten	28 024,2	11 531,3	39 555,5
Handelspassiva	1 011,9	152,8	1 164,7
Rückstellungen	60,0	–	60,0
Ertragsteuerverpflichtungen	79,2	–	79,2
Sonstige Passiva	264,3	6,7	271,0
Nachrangkapital	3 026,4	–	3 026,4
Eigenkapital	1 396,8	–206,2	1 190,6
Gezeichnetes Kapital	225,3	–	225,3
Kapitalrücklage	568,2	–	568,2
Gewinnrücklagen	462,4	–138,7	323,7
Rücklage aus der Währungsumrechnung	–11,8	–3,4	–15,2
Neubewertungsrücklage	77,7	10,7	88,4
Anteile in Fremdbesitz	0,2	–	0,2
Konzernbilanzgewinn	74,8	–74,8	–
Gesamt	52 053,1	11 484,6	63 537,7

Auswirkungen der Änderungen nach IAS 8 auf die Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung und das Ergebnis je Aktie in der Zeit vom 1. April 2005 bis zum 31. März 2006

	1.4.2005 – 31.3.2006 in Mio. € vor Änderungen	Änderungen in Mio. € gemäß IAS 8	1.4.2005 – 31.3.2006 in Mio. € nach Änderungen
Zinsüberschuss	557,3	53,2	610,5
Zinserträge	2 374,3	307,6	2 681,9
Zinsaufwendungen	1 817,0	254,4	2 071,4
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	318,6	–	318,6
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge	238,7	53,2	291,9
Provisionsüberschuss	90,5	–60,1	30,4
Provisionserträge	98,0	–43,8	54,2
Provisionsaufwendungen	7,5	16,3	23,8
Fair-Value-Ergebnis	39,6	–50,8	–11,2
Ergebnis aus Finanzanlagen	13,1	–	13,1
Verwaltungsaufwendungen	269,0	–	269,0
Personalaufwendungen	162,8	–	162,8
Andere Verwaltungsaufwendungen	106,2	–	106,2
Sonstiges betriebliches Ergebnis	119,6	–3,8	115,8
Operatives Ergebnis	232,5	–61,5	171,0
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	62,4	–2,3	60,1
Sonstige Steuern	2,1	–	2,1
Konzernjahresüberschuss	168,0	–59,2	108,8
Ergebnis Konzernfremde	0,0	0,0	0,0
Konzernjahresüberschuss nach Ergebnis Konzernfremde	168,0	–59,2	108,8
Ergebnisverwendung	–93,2	59,2	–34,0
Konzernbilanzgewinn	74,8	–	74,8

	1.4.2005 – 31.3.2006 vor Änderungen	Änderungen gemäß IAS 8	1.4.2005 – 31.3.2006 nach Änderungen
Konzernüberschuss nach Ergebnis Konzernfremde (Mio. €)	168,0	–59,2	108,8
Durchschnittliche Anzahl ausgegebener Stückaktien (Mio.)	88,0	–	88,0
Ergebnis je Aktie (€)	1,91	–0,67	1,24

Auswirkungen der Änderungen nach IAS 8 auf die Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung und das Ergebnis je Aktie in der Zeit vom 1. April 2006 bis zum 31. März 2007

	1.4.2006 – 31.3.2007 in Mio. € vor Änderungen	Änderungen in Mio. € gemäß IAS 8	1.4.2006 – 31.3.2007 in Mio. € nach Änderungen
Zinsüberschuss	646,4	31,5	677,9
Zinserträge	3 212,4	546,1	3 758,5
Zinsaufwendungen	2 566,0	514,6	3 080,6
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	259,0	–	259,0
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge	387,4	31,5	418,9
Provisionsüberschuss	107,9	–55,9	52,0
Provisionserträge	123,8	–57,2	66,6
Provisionsaufwendungen	15,9	–1,3	14,6
Fair-Value-Ergebnis	79,8	–120,7	–40,9
Ergebnis aus Finanzanlagen	6,9	–	6,9
Verwaltungsaufwendungen	316,8	–0,6	316,2
Personalaufwendungen	185,8	–	185,8
Andere Verwaltungsaufwendungen	131,0	–0,6	130,4
Sonstiges betriebliches Ergebnis	–2,2	–4,0	–6,2
Operatives Ergebnis	263,0	–148,5	114,5
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	81,4	–6,7	74,7
Sonstige Steuern	1,9	–	1,9
Konzernjahresüberschuss	179,7	–141,8	37,9
Ergebnis Konzernfremde	–0,1	–	–0,1
Konzernjahresüberschuss nach Ergebnis Konzernfremde	179,6	–141,8	37,8
Ergebnisverwendung	–104,8	67,0	–37,8
Konzernbilanzgewinn	74,8	–74,8	–

	1.4.2006 – 31.3.2007 vor Änderungen	Änderungen gemäß IAS 8	1.4.2006 – 31.3.2007 nach Änderungen
Konzernüberschuss nach Ergebnis Konzernfremde (Mio. €)	179,6	–141,8	37,8
Durchschnittliche Anzahl ausgegebener Stückaktien (Mio.)	87,9	–	87,9
Ergebnis je Aktie (€)	2,04	–1,61	0,43

Auswirkungen der Änderungen nach IAS 8 auf die Eventualverbindlichkeiten zum 31. März 2006

	31.3.2006 in Mio. € vor Änderungen	Änderungen in Mio. € gemäß IAS 8	31.3.2006 in Mio. € nach Änderungen
Eventualverbindlichkeiten	934,7	–	934,7
Bürgschaften, Garantien, Sonstige	714,7	–	714,7
Haftungsübernahmen	220,0	–	220,0
Andere Verpflichtungen	14 103,0	–10 383,6	3 719,4
Kreditzusagen bis zu einem Jahr	12 060,7	–10 348,6	1 712,1
Kreditzusagen von mehr als einem Jahr	2 042,3	–35,0	2 007,3
Gesamt	15 037,7	–10 383,6	4 654,1

Auswirkungen der Änderungen nach IAS 8 auf die Eventualverbindlichkeiten zum 31. März 2007

	31.3.2007 in Mio. € vor Änderungen	Änderungen in Mio. € gemäß IAS 8	31.3.2007 in Mio. € nach Änderungen
Eventualverbindlichkeiten	1 012,5	–	1 012,5
Bürgschaften, Garantien, Sonstige	842,9	–	842,9
Haftungsübernahmen	169,6	–	169,6
Andere Verpflichtungen	16 703,1	–10 926,3	5 776,8
Kreditzusagen bis zu einem Jahr	14 085,4	–10 883,6	3 201,8
Kreditzusagen von mehr als einem Jahr	2 617,7	–42,7	2 575,0
Gesamt	17 715,6	–10 926,3	6 789,3

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

(1) Grundsätze

Der Konzernabschluss wird entsprechend IAS 27 nach konzerneinheitlichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden aufgestellt und basiert auf dem Grundsatz der Unternehmensfortführung (Going Concern).

Die Abschlüsse der einbezogenen Tochtergesellschaften sind in der Regel auf den Abschlussstichtag des Mutterunternehmens erstellt. Abschlüsse, die auf den 31. Dezember 2006 datieren, sind der Anteilsbesitzliste zu entnehmen. Für die IKB Capital Corporation und das Conduit Rhineland Funding Capital Corporation (RFCC) wurden Zwischenabschlüsse auf den 31. März 2007 erstellt.

Anpassungen für wesentliche Effekte im Übergangszeitraum vom 31. Dezember 2006 bis zum 31. März 2007 sind, soweit aus Materialitätsgründen notwendig, in den jeweiligen Abschlüssen der Tochtergesellschaften erfasst worden.

Wesentliche Ereignisse nach dem Bilanzstichtag bzw. wert-aufhellende Ereignisse, über die zu berichten wäre, haben sich für den Konzern nicht ergeben. Risiken aus Kreditengagements, die das Geschäftsjahr 2006/07 betreffen und bis zum Aufstellungszeitpunkt des Jahresabschlusses bekannt wurden, sind in der Risikovorsorge berücksichtigt.

(2) Anpassung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden wurden im Vergleich zum letzten Konzernabschluss grundsätzlich beibehalten; dies gilt auch für die Änderungen nach IAS 8. Auf folgende weitere Änderungen wird hingewiesen:

Das Ergebnis aus den Beteiligungen der IKB Private Equity GmbH wird im Unterschied zum Vorjahr als Teil des Fair-

Value-Ergebnisses ausgewiesen; der Vorjahreswert wurde entsprechend angepasst. Im Vorjahr erfolgte der Ausweis unter dem Ergebnis aus Finanzanlagen.

Im Geschäftsjahr 2006/07 haben wir erstmals die aktiven und passiven Latenten Steuern der Gesellschaften, die sich im gleichen steuerlichen inländischen bzw. ausländischen Organkreis befinden, saldiert. Um eine bessere Vergleichbarkeit zu erreichen, haben wir die Werte vom Vorjahr um den gleichen Sachverhalt berichtigt.

Bis zum letzten Geschäftsjahr 2005/06 wurden die direkten Versorgungszusagen der Bank und ihrer Tochtergesellschaften ausschließlich durch die interne Bildung von Rückstellungen finanziert. Im Rahmen eines Contractual Trust Arrangement (CTA) haben die IKB Deutsche Industriebank AG und die einbezogenen Tochtergesellschaften zur Erfüllung der Pensionsansprüche daher die erforderlichen Vermögensmittel von ihrem übrigen Unternehmensvermögen separiert und diese auf einen Unternehmenstreuhänder übertragen. Die IKB folgt damit dem internationalen Trend zur Ausplatzierung der Pensionsansprüche. Das von der IKB eingebrachte Vermögen stellt Planvermögen im Sinne des IAS 19 dar und wird zum 31. März 2007 mit den Pensionsrückstellungen saldiert. Zu weiteren Ausführungen siehe Kapitel 17.

Die Berechnung der Portfoliowertberichtigungen für latente Kreditrisiken wurde auf ein aus der Basel II-Systematik abgeleitetes Verfahren umgestellt. Für eingetretene, aber noch nicht identifizierte Risiken werden die Portfoliowertberichtigungen nunmehr auf Basis historischer Ausfall-/Verlustquoten ermittelt. Dem vorhandenen Zeitverzug wird bis zur Identifikation bzw. zum Bekanntwerden eines Ereignisses durch portfolioorientierte Parameter (Loss Identification Period-Faktor) Rechnung getragen. Durch diese Änderung hat sich der Bestand an Portfoliowertberichtigungen insgesamt nicht verändert.

Darüber hinaus weisen wir darauf hin, dass der Konzernabschluss zum 31. März 2007 zur Zeit Gegenstand einer Prüfung durch die Deutsche Prüfstelle für Rechnungslegung nach § 342b Abs. 2 Satz 3 Nr. 3 HGB ist.

(3) Konsolidierungskreis

In den Konzernabschluss der IKB zum 31. März 2007 wurden neben dem Mutterunternehmen 26 (Vorjahr: 24) inländische und 15 (Vorjahr: 15) ausländische Unternehmen einbezogen, an denen die IKB Deutsche Industriebank AG die Mehrheit der Stimmrechte besitzt. Die konsolidierten Gesellschaften sind namentlich in der Anteilsbesitzliste in Kapitel 70 aufgeführt. Die Veränderungen des Geschäftsjahres betreffen folgende Gesellschaften:

Die IKB Lux Beteiligungen S.a.r.l., Luxemburg, wurde im Geschäftsjahr gegründet; die Gesellschaft hält nunmehr unsere Anteile an der IKB International S.A.

Die IKB Private Equity GmbH, Düsseldorf, begegnet der zunehmenden Diversifizierung mit der organisatorischen Trennung von Mezzanine- und Direktbeteiligungsgeschäft. Der Kreis der in den Konzernabschluss einbezogenen vollkonsolidierten Gesellschaften wurde im Geschäftsjahr 2006/07 um drei Gesellschaften – die IKB Equity Capital Fund I GmbH & Co. KG, die IKB Erste Equity Suporta GmbH und die IKB Equity Finance GmbH – erweitert. Das Direktbeteiligungsgeschäft wurde in Folge überwiegend auf die IKB Capital Fund I GmbH & Co. KG und die IKB Erste Equity Suporta GmbH übertragen.

Aus diesen Erstkonsolidierungen entstand kein Goodwill nach IFRS 3.

Darüber hinaus ergaben sich Änderungen bei materiell nicht bedeutenden Gesellschaften.

Die IKB Financial Products S.A., Luxemburg, wurde im Geschäftsjahr 2006/07 auf die IKB International S.A., Luxemburg, verschmolzen. Im Wege der vereinfachten Verschmelzung gemäß Luxemburger Recht (Auflösung ohne Abwicklung) wurden die gesamten Aktiva und Passiva

der übernommenen Gesellschaft auf die IKB International S.A. übertragen. Nach Durchführung dieser Übertragung ist die IKB Financial Products S.A. aufgelöst.

Die IKB Facility-Management GmbH wurde im Wege des Formwechsels mit Wirkung zum Ablauf des 31. Dezember 2006 in eine Kommanditgesellschaft umgewandelt. Die IKB Grundstücks GmbH wurde persönlich haftende Gesellschafterin. Mit Wirkung zum 28. Februar 2007 trat die Komplementärin aus der IKB Facility-Management GmbH & Co. KG aus. Infolge des Austritts wuchs der Anteil der IKB Grundstücks GmbH am Gesellschaftsvermögen der Gesellschaft der alleinigen Kommandistin IKB Deutsche Industriebank AG an. Die Gesellschaft ist damit aufgelöst und wurde entsprechend entkonsolidiert.

Ferner wurde das Conduit Rhineland Funding Capital Corporation (RFCC), Delaware, inklusive der dazugehörigen 28 Ankaufsgesellschaften (Vorjahr: 20), das Conduit Havenrock I Ltd., Jersey, sowie vier Zellen (Silos) der ELAN Ltd., Jersey, konsolidiert.

Über die oben genannten konsolidierten Gesellschaften hinaus ist die IKB bei verschiedenen Unternehmen in unterschiedlichen Funktionen (Liquidity Agent, Investment Advisor usw.) engagiert. Die IKB erfüllt jedoch unter Berücksichtigung des Gesamtbilds der wirtschaftlichen Verhältnisse in keinem dieser Fälle die in IAS 27 bzw. SIC 12 genannten Voraussetzungen, diese Gesellschaften zu konsolidieren. So wurden die Bacchus-Zweckgesellschaften, die der Verbriefung im Rahmen eines Collateralized Debt Obligation Program dienen, nicht in den IFRS-Konsolidierungskreis einbezogen. Im Rahmen dieser Verbriefungstransaktionen erwerben die Bacchus-Zweckgesellschaften CDO-Portfolien, die durch die Emission von Notes sowie ungerateter Subordinated Notes refinanziert werden. Teile der gerateten Notes sowie der ungerateten Subordinated Notes sind Bestandteile von sog. Combination Notes, die teilweise von der IKB erworben wurden. Die IKB übernimmt ebenfalls einen Anteil an der Erstverlustposition durch den direkten Erwerb von Subordinated Notes. Vorschläge über den Erwerb von Vermögenswerten der Zweckgesellschaften werden von der IKB unterbreitet; über die Annahme oder Ablehnung der Vorschläge wird jedoch von einem von der

IKB unabhängigen Direktorium entschieden. Unter Berücksichtigung der Gesamtschau der wirtschaftlichen Verhältnisse besteht gemäß den Konsolidierungskriterien des IAS 27 und SIC 12 keine Konsolidierungspflicht für die Bacchus-Gesellschaften, da die Entscheidungsmacht im Wesentlichen durch das Direktorium der Bacchus-Gesellschaften ausgeübt wird und die IKB trotz ihrer Anteile an den Combination und Subordinated Notes nicht die Mehrheit der Chancen und Risiken trägt.

Im Konzern wurden keine Teilkonzernabschlüsse aufgestellt.

(4) Konsolidierungsgrundsätze

Die Kapitalkonsolidierung von Unternehmen erfolgt nach der Erwerbsmethode. Danach sind alle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten des jeweiligen Tochterunternehmens mit dem Marktwert zum Erwerbszeitpunkt zu bewerten (zur Definition des Marktwerts siehe Kapitel 6 *Finanzinstrumente*). Der sich aus der Differenz zwischen den Anschaffungskosten und dem anteiligen Eigenkapital ergebende Unterschiedsbetrag wird mit den durch die Bewertung zum Marktwert offen gelegten stillen Reserven der Vermögenswerte verrechnet. Ein darüber hinaus verbleibender positiver Unterschiedsbetrag wird, sofern vorhanden, als Geschäfts- oder Firmenwert unter den Immateriellen Anlagewerten ausgewiesen. Verbleibt ein negativer Unterschiedsbetrag, wird dieser unmittelbar erfolgswirksam erfasst.

Konzerninterne Forderungen und Verbindlichkeiten sowie Aufwendungen und Erträge werden im Rahmen der Schulden- sowie der Aufwands- und Ertragskonsolidierung gemäß IAS 27 eliminiert.

Assoziierte Unternehmen werden nach der Equity-Methode bewertet und als Beteiligungen an assoziierten Unternehmen unter den Finanzanlagen gezeigt. Zum Zeitpunkt der erstmaligen Einbeziehung in den Konzernabschluss werden die Buchwerte dieser Beteiligungen und die Unterschiedsbeträge (Geschäfts- oder Firmenwerte) ermittelt. Dabei werden die gleichen Regeln wie bei Tochtergesellschaften angewandt.

Zur Abbildung von Anteilen an Joint Ventures wird vom Wahlrecht der Equity-Konsolidierung Gebrauch gemacht.

Gemäß IAS 28 i.V.m. IAS 39 werden Direktbeteiligungen der IKB Private Equity GmbH, der IKB Capital Fund I GmbH & Co. KG und der IKB Erste Equity Suporta GmbH zum Marktwert bewertet und unter den Finanzanlagen dargestellt.

Unterjährig erworbene oder veräußerte Tochterunternehmen werden vom Erwerbszeitpunkt bzw. bis zum Abgangszeitpunkt in der Gewinn- und Verlustrechnung des Konzerns berücksichtigt.

(5) Währungsumrechnung

Bei der Umrechnung von Geschäftsvorfällen in fremder Währung sind nach IAS 21 monetäre Vermögenswerte und Schulden am Bilanzstichtag erfolgswirksam zum Stichtagskurs umzurechnen. Diese Umrechnung erfolgt zum Referenzkurs der Europäischen Zentralbank am Bilanzstichtag. Beteiligungen und Anteile an Tochterunternehmen, die nicht konsolidiert werden und auf ausländische Währung lauten, werden zu historischen Anschaffungskosten angesetzt. Die mit Fremdwährungsgeschäftsvorfällen verbundenen Aufwendungen und Erträge werden zu ihren jeweiligen Transaktionskursen umgerechnet.

Auf ausländische Währung lautende Jahresabschlüsse von ausländischen Tochtergesellschaften werden nach der modifizierten Stichtagskursmethode umgerechnet. Dabei wird das Eigenkapital zum historischen Kurs und alle übrigen Bilanzposten zum Referenzkurs der Europäischen Zentralbank am Bilanzstichtag umgerechnet. Alle Aufwendungen und Erträge werden zum Durchschnittskurs der Europäischen Zentralbank umgerechnet. Die sich ergebenden Umrechnungsgewinne und -verluste werden erfolgsneutral erfasst. Umrechnungsgewinne und -verluste aus der Kapitalkonsolidierung werden ebenfalls erfolgsneutral separat im Eigenkapital ausgewiesen.

(6) Finanzinstrumente: Ansatz und Bewertung

Die Behandlung von Finanzinstrumenten ist in IAS 39 geregelt. Danach sind sämtliche Finanzinstrumente zum Zugangszeitpunkt zu bilanzieren. Für Derivate ist dies stets der Handelstag (Trade Date). Die Zugangs- und Abgangsbilanzierung von Finanzinstrumenten, die innerhalb einer marktüblichen Frist erfüllt werden, erfolgt bei der IKB zum Erfüllungszeitpunkt (Settlement Date). Gehen Finanzinstrumente außerhalb der marktüblichen Frist zu, so werden diese als Forward-Geschäfte zum *beizulegenden Zeitwert* angesetzt. Der beizulegende Zeitwert eines finanziellen Vermögenswertes oder einer finanziellen Verbindlichkeit ist gemäß IAS 39 der Betrag, zu dem zwischen sachverständigen, vertragswilligen und voneinander unabhängigen Vertragspartnern ein Vermögenswert getauscht oder eine Schuld beglichen werden könnte. Im Folgenden werden die Begriffe *beizulegender Zeitwert* und *Marktwert* synonym verwendet.

Darüber hinaus sind sämtliche finanziellen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten einer Haltekategorie zuzuordnen und entsprechend zu bewerten. Im Konzern der IKB werden die Regelungen des IAS 39 wie folgt umgesetzt:

a. Finanzielle Vermögenswerte

- **Erfolgswirksam zum Marktwert bewertete finanzielle Vermögenswerte (Financial Assets at Fair Value through Profit or Loss)** | Finanzinstrumente dieser Kategorie werden sowohl im Zeitpunkt ihres Zugangs als auch an den folgenden Bilanzstichtagen zum Marktwert bewertet. Das Bewertungsergebnis wird erfolgswirksam in der Gewinn- und Verlustrechnung im Fair-Value-Ergebnis erfasst. Diese Kategorie setzt sich wie folgt zusammen:

Zu Handelszwecken gehaltene finanzielle Vermögenswerte (Held for Trading) | Als *Zu Handelszwecken gehaltene finanzielle Vermögenswerte* werden Finanzinstrumente eingestuft, die mit der Absicht erworben wurden, kurzfristig Gewinne zu erzielen. Derivative finanzielle Vermögenswerte werden immer als *Zu Handelszwecken gehaltene finanzielle Vermögenswerte* eingestuft, es sei denn, sie sind für Sicherungszwecke oder zur Vermeidung bzw. Reduzierung von Ansatz- und Bewertungsinkongruenzen bestimmt und wirksam eingesetzt.

Fair-Value-Option | Die Fair-Value-Option des IAS 39 bietet zusätzlich die Möglichkeit, finanzielle Vermögenswerte, die nicht zu Handelszwecken gehalten werden, beim erstmaligen Ansatz unwiderruflich als Finanzinstrumente zu bestimmen, die in der Folge erfolgswirksam zum Marktwert bewertet werden. Davon ausgenommen sind Eigenkapitalinstrumente, für die keine notierten Marktpreise auf aktiven Märkten vorliegen und deren Marktwerte nicht zuverlässig ermittelt werden können.

Diese freiwillige Einstufung darf zudem nur dann vorgenommen werden, wenn

- Ansatz- und Bewertungsinkongruenzen (Accounting Mismatch) vermieden bzw. erheblich reduziert werden oder
- das Finanzinstrument ein oder mehrere eingebettete Derivate enthält oder
- das Management und die Performance-Messung eines Portfolios aus Finanzinstrumenten auf Basis des Marktwerts erfolgt.

Bei der IKB erfolgt die Anwendung der Fair-Value-Option nur unter den beiden ersten Voraussetzungen.

Finanzinstrumente, für welche die Fair-Value-Option ausgeübt wurde, werden produktspezifisch in ihren jeweiligen Bilanzposten ausgewiesen. Ihre Wertänderungen werden in der Gewinn- und Verlustrechnung im Fair-Value-Ergebnis erfasst.

- **Kredite und Forderungen (Loans and Receivables)** | Der Kategorie *Kredite und Forderungen* werden alle nicht-derivativen finanziellen Vermögenswerte mit festen oder bestimmbaren Zahlungen zugeordnet, die nicht an einem aktiven Markt gehandelt werden.

Im Zugangszeitpunkt werden Finanzinstrumente dieser Kategorie zu ihrem Marktwert angesetzt. An den darauffolgenden Bilanzstichtagen erfolgt die Bewertung zu fortgeführten Anschaffungskosten. Agien bzw. Disagien werden über die Restlaufzeit erfolgswirksam unter Anwendung der Effektivzinsmethode im Zinsüberschuss vereinnahmt.

- **Bis zur Endfälligkeit gehaltene finanzielle Vermögenswerte (Held to Maturity)** | Die IKB ordnet derzeit keine Finanzinstrumente dieser Kategorie zu.
- **Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte (Available for Sale)** | Dieser Kategorie werden alle finanziellen Vermögenswerte zugeordnet, die in keiner der vorgenannten Kategorien erfasst wurden.

Die Zugangs- und Folgebewertung in dieser Kategorie wird jeweils zum Marktwert vorgenommen. Nur in den Fällen, in denen dieser nicht verlässlich ermittelbar ist, erfolgt die Folgebewertung zu fortgeführten Anschaffungskosten. Das Bewertungsergebnis wird bis zur Veräußerung des Vermögenswertes oder einer dauerhaften Wertminderung erfolgsneutral in der Neubewertungsrücklage ausgewiesen. Agien oder Disagien werden erfolgswirksam unter Anwendung der Effektivzinsmethode über die Laufzeit im Zinsüberschuss verrechnet.

b. Finanzielle Verbindlichkeiten

- **Erfolgswirksam zum Marktwert bewertete finanzielle Verbindlichkeiten (Financial Liabilities at Fair Value through Profit or Loss)** | Analog zur Aktivseite sind für finanzielle Verbindlichkeiten dieser Kategorie zwei Unterkategorien vorgesehen:

Zu Handelszwecken gehaltene finanzielle Verbindlichkeiten (Held for Trading) | Zu dieser Kategorie zählen finanzielle Verbindlichkeiten, die mit der Absicht der kurzfristigen Gewinnerzielung eingegangen wurden. Darüber hinaus werden auch Derivate mit negativen Marktwerten in diesem Posten erfasst.

Fair-Value-Option | Die Fair-Value-Option wird für finanzielle Verbindlichkeiten unter den gleichen Voraussetzungen angewandt wie auf der Aktivseite.

Die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden für finanzielle Verpflichtungen dieser Kategorie entsprechen denen der Aktivseite.

- **Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten** | Bei Finanzinstrumenten der Haltekategorie *Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten* handelt es sich um alle finanziellen Verbindlichkeiten, die nicht erfolgswirksam zum Marktwert bilanziert werden.

Die Bewertung erfolgt zu fortgeführten Anschaffungskosten. Agien bzw. Disagien werden über die Laufzeit erfolgswirksam unter Anwendung der Effektivzinsmethode im Zinsüberschuss erfasst.

c. Finanzinstrumente mit eingebetteten Derivaten

Die Bilanzierung von Finanzinstrumenten mit eingebetteten Derivaten hängt davon ab, ob die darin enthaltenen Derivate separat vom Basiskontrakt bilanziert werden müssen. Eine Separierungspflicht eingebetteter Derivate besteht insbesondere dann, wenn die ökonomischen Charakteristika von Basiskontrakt und eingebettetem Derivat nicht eng miteinander verbunden sind.

Liegt eine enge ökonomische Verbundenheit vor, d.h. unterliegen beide Instrumente den gleichen Risikofaktoren, so ist eine Trennung der Instrumente nicht gestattet. Die Bilanzierung des Gesamtinstruments folgt dann der Bilanzierung des Basiskontrakts. Unterliegen Basiskontrakt und Derivat unterschiedlichen Risikofaktoren, so ist eine Trennung der beiden Instrumente geboten, womit eine erfolgswirksame Bewertung zum Marktwert des Derivats verbunden ist, es sei denn, das Gesamtinstrument wird erfolgswirksam zum Marktwert bilanziert. Insbesondere Wertpapiere mit eingebetteten Derivaten werden bei der IKB nicht getrennt bilanziert, sondern unter Anwendung der Fair-Value-Option als ein Instrument in der Kategorie *Erfolgswirksam zum Marktwert bewertete finanzielle Vermögenswerte oder Verbindlichkeiten* erfasst. Nur in bestimmten Ausnahmefällen werden trennungspflichtige eingebettete Derivate separat bilanziert. Die entsprechenden Derivate werden in diesem Fall getrennt vom Basiskontrakt im Handelsbestand zum Marktwert angesetzt. Der Basiskontrakt wird entsprechend seiner Haltekategorie bilanziert.

d. Finanzgarantien

Nach IAS 39 handelt es sich bei einer Finanzgarantie um einen Vertrag, der den Garantiegeber zur Leistung bestimmter Zahlungen verpflichtet. Diese Zahlungen stellen die Entschädigung für den Verlust dar, der dem Garantienehmer durch das nicht fristgemäße Begleichen von Zahlungsverpflichtungen eines Schuldners gemäß den geltenden Bedingungen eines Schuldinstruments entsteht.

Die Bewertung einer Finanzgarantie, die erstmalig zum Erfassungszeitpunkt vorgenommen wird, ist bei Vertragsabschluss grundsätzlich Null, da die Prämie bei marktgerechten Bedingungen mit dem Wert der Garantieverpflichtung identisch ist. Im Rahmen von Folgebewertungen ist zu prüfen, ob eine Risikovorsorge zu bilden ist.

Die Erfassung einer Finanzgarantie erfolgt zum Zeitpunkt der Annahme des Garantieangebots.

e. Wertpapierpensionsgeschäfte

Wertpapierpensionsgeschäfte sind Kombinationen aus Wertpapier-Kassageschäften und gleichzeitigen Wertpapier-Termingeschäften (Verkauf oder Rückkauf) mit demselben Kontrahenten (Repo-Geschäfte). Bei Repo-Geschäften sind die in Pension gegebenen Wertpapiere (Kassa-Verkauf) weiterhin in der Bilanz auszuweisen. Der Liquiditätszufluss aus den Geschäften wird je nach Gegenpartei als Verbindlichkeit gegenüber Kreditinstituten oder gegenüber Kunden in der Bilanz ausgewiesen. Die zu zahlende Repo-Rate wird zeitanteilig vereinnahmt und im Zinsergebnis erfasst. Reverse-Repo-Geschäfte (Kassa-Kauf von Wertpapieren) werden als Forderungen an Kreditinstitute oder Kunden bilanziert. Die in Pension genommenen Wertpapiere werden nicht in der Bilanz ausgewiesen; die erhaltene Repo-Rate wird zeitanteilig im Zinsergebnis ausgewiesen.

(7) Barreserve

Die Barreserve umfasst den Kassenbestand und das Guthaben bei Zentralnotenbanken. Die Bestände sind zum Nennwert bilanziert.

(8) Forderungen und Verbindlichkeiten an bzw. gegenüber Kreditinstituten/Kunden

Die Bewertung von Forderungen und Verbindlichkeiten der IKB an bzw. gegenüber Kreditinstituten und Kunden, die nicht zu Handelszwecken gehalten und nicht an einem aktiven Markt gehandelt werden, erfolgt zu fortgeführten Anschaffungskosten. Agien und Disagien werden unter der entsprechenden Forderungsposition ausgewiesen. Sie werden erfolgswirksam nach der Effektivzinsmethode über die Laufzeit amortisiert und im Zinsüberschuss vereinnahmt. Zum Thema Wertberichtigungen (Impairment) verweisen wir auf das Kapitel *Risikovorsorge im Kreditgeschäft* (Kapitel 9).

Die in den Forderungen und Verbindlichkeiten eingebetteten Derivate (Embedded Derivatives) werden – sofern abspaltungspflichtig – getrennt bilanziert und zum Marktwert unter den Handelsaktiva oder -passiva in Ansatz gebracht (vgl. hierzu auch die Ausführungen unter Kapitel 6).

Leasing

Im Rahmen des Finanzierungsleasings bilanziert die Bank Leasingforderungen zum Nettoinvestitionswert innerhalb des Bilanzpostens Forderungen an Kunden. Bei den Finanzierungsleasing-Verträgen handelt es sich überwiegend um Teilamortisationsverträge, bei denen der Restwert mit dem Leasingnehmer vertraglich festgelegt ist. Die Amortisation erfolgt auf Basis der impliziten Zinssätze. Daneben werden auch Vollamortisationsverträge, kündbare Verträge, Miet- und Mietkaufverträge vereinbart. Der Finanzierungsleasing-Vertrag endet nach vollständiger und vereinbarungsgemäßer Erfüllung sämtlicher Verpflichtungen durch die Vertragsparteien.

(9) Risikovorsorge im Kreditgeschäft

Zur Absicherung erkennbarer Risiken aus dem Kreditgeschäft werden Einzelwertberichtigungen gebildet. Darüber hinaus wird auf Basis statistischer Erfahrungswerte den Risiken, die nicht bereits durch eine Einzelwertberichtigung abgedeckt wurden, durch Bildung von Portfoliowertberichtigungen (Portfolio Impairment) Rechnung getragen.

Einzelwertberichtigungen werden in Höhe des potenziellen Ausfalls gebildet, sobald auf Basis konzerneinheitlicher Bewertungskriterien die Wahrscheinlichkeit des Ausfalls von Zins- und Tilgungsforderungen hinreichend groß ist. Der potenzielle Ausfall wird aus der Differenz des aktuellen Buchwerts und des Barwerts der noch erwarteten Zahlungsströme ermittelt. Der Diskontfaktor entspricht dem ursprünglichen Effektivzins der wertberichtigten Forderung.

Für latente Kreditrisiken werden auf Basis historischer Ausfall-/Verlustquoten Portfoliowertberichtigungen gebildet, die eine Risikoabdeckung für die dort vorhandenen aber noch nicht transparent gewordenen akuten Ausfallrisiken

darstellen. Dem vorhandenen Zeitverzug wird bis zur Identifikation bzw. zum Bekanntwerden eines Ereignisses durch portfolioorientierte Parameter (Loss Identification Period-Faktor) Rechnung getragen.

Die Risikovorsorge wird aktivisch mit negativem Vorzeichen ausgewiesen. Uneinbringliche Forderungen werden direkt abgeschrieben, Eingänge auf abgeschriebene Forderungen werden erfolgswirksam erfasst.

Bei wertberichtigten Finanzinstrumenten ist der Zinsertrag unter Verwendung des ursprünglichen effektiven Zinssatzes durch Auflösung der Forderung zu ermitteln. Somit sind nicht mehr die vertraglich vereinbarten Zinserträge zu erfassen, sondern die Fortschreibung des Barwerts zum nächsten Abschlussstichtag (Unwinding).

(10) Handelsaktiva/-passiva

Den Handelsaktiva und -passiva werden gemäß IAS 39 alle Derivate zugeordnet. Diese werden mit ihrem jeweiligen Marktwert angesetzt. Darüber hinaus werden diesen Posten zu Handelszwecken gehaltene Finanzinstrumente, im Wesentlichen Bestände in Aktien und Schuldscheindarlehen sowie in Schuldverschreibungen mit Ausplatzierungsabsicht, zugewiesen.

Für die Ermittlung des Marktwerts wird bei börsennotierten Produkten der Börsenkurs verwendet. Der beizulegende Zeitwert von nicht börsennotierten Produkten wird durch die Barwertmethode oder andere geeignete Modelle ermittelt. Das Bewertungsergebnis und realisierte Gewinne bzw. Verluste werden im Fair-Value-Ergebnis gezeigt. Zinserträge und Zinsaufwendungen werden im Zinsüberschuss ausgewiesen.

(11) Finanzanlagen

Unter den Finanzanlagen werden alle nicht zu Handelszwecken gehaltenen Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere, Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere, Beteiligungen an assoziierten

Unternehmen, Anteile an nicht konsolidierten Tochterunternehmen, Joint Ventures sowie sonstige Beteiligungen ausgewiesen.

Nicht an einem aktiven Markt gehandelte Bestände werden, sofern für diese nicht die Fair-Value-Option ausgeübt wurde, zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet. Eventuell vorhandene Agien und Disagien werden den entsprechenden Finanzinstrumenten direkt zugerechnet und über die Restlaufzeit nach der Effektivzinsmethode verteilt und im Zinsüberschuss ausgewiesen.

Assoziierte Unternehmen und Joint Ventures werden nach der Equity-Methode bewertet.

Die Direktbeteiligungen der IKB Private Equity GmbH, der IKB Capital Fund I GmbH & Co. KG und der IKB Erste Equity Suporta GmbH werden unter dem Finanzanlagevermögen ausgewiesen und gemäß IAS 28 i.V.m. IAS 39 zum Marktwert bewertet. Das hieraus resultierende Ergebnis wird im Fair-Value-Ergebnis ausgewiesen.

Alle übrigen unter den Finanzanlagen ausgewiesenen Bestände werden bei erstmaliger Erfassung sowie zu den jeweiligen Abschlussstichtagen zum Marktwert bewertet. Sofern der beizulegende Zeitwert von Anteilen an nicht konsolidierten Tochterunternehmen und sonstigen Beteiligungen nicht zuverlässig ermittelt werden kann, erfolgt die Bilanzierung zu Anschaffungskosten.

Die Gewinne und Verluste aus der Bewertung der Bestände der Kategorie *Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte* werden in der Neubewertungsrücklage im Eigenkapital ausgewiesen. Bei dauerhaften bzw. wesentlichen Wertminderungen werden erfolgswirksame Abschreibungen vorgenommen und vom Bestand abgesetzt.

Das Bewertungsergebnis von Beständen, für welche die Fair-Value-Option ausgeübt wurde, wird direkt in der Gewinn- und Verlustrechnung im Fair-Value-Ergebnis erfasst.

(12) Immaterielle Anlagewerte

Unter den Immateriellen Anlagewerten bilanziert die IKB neben selbst erstellten Immateriellen Anlagewerten, die im Wesentlichen aus direkt zurechenbaren Entwicklungskosten zu selbst geschaffener Software resultieren, auch erworbene Software, welche nicht integraler Bestandteil der zugehörigen Hardware ist. Die Bewertung erfolgt zu Anschaffungs- und/oder Herstellungskosten abzüglich kumulierter Abschreibungen.

Die planmäßigen Abschreibungen erfolgen linear über eine Nutzungsdauer von fünf Jahren. Sofern Anhaltspunkte für eine Wertminderung vorliegen, wird eine außerplanmäßige Abschreibung vorgenommen. Die Abschreibungen werden in der Gewinn- und Verlustrechnung unter den Verwaltungsaufwendungen ausgewiesen.

(13) Sachanlagen

Unter den Sachanlagen werden alle Grundstücke und Gebäude, die ganz überwiegend zu eigenen Zwecken genutzt werden, sowie die Betriebs- und Geschäftsausstattung ausgewiesen. Die Bewertung des Sachanlagevermögens erfolgt zu fortgeführten Anschaffungskosten mit Ausnahme der als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien, die gemäß IAS 40 zum Marktwert bilanziert werden.

Die planmäßigen Abschreibungen der Gebäude werden linear über eine Nutzungsdauer von 33 bis 50 Jahren, die der Betriebs- und Geschäftsausstattung über drei bis 20 Jahre vorgenommen. Der Ausweis erfolgt unter den Verwaltungsaufwendungen.

Liegen Anzeichen für eine außerordentliche Wertminderung aufgrund von technischer oder wirtschaftlicher Überalterung bzw. wegen Verfalls des Marktpreises vor, wird außerplanmäßig abgeschrieben.

Der Ausweis von Gewinnen und Verlusten aus der Veräußerung von Sachanlagen erfolgt im *Sonstigen betrieblichen Ergebnis*.

Leasing

Leasinggegenstände, welche die IKB im Rahmen eines Operating-Leasing-Vertrages bilanziert, werden unter den Sachanlagen ausgewiesen.

Die Bilanzierung der Leasingobjekte erfolgt zu Anschaffungskosten, vermindert um die über die wirtschaftliche Nutzungsdauer planmäßig vorgesehenen Abschreibungen oder die aufgrund von dauerhaften Wertminderungen erforderlichen außerplanmäßigen Abschreibungen.

Die Leasingverträge können als Vollamortisations- oder Teilamortisationsverträge sowie als kündbare Verträge abgeschlossen werden. Bei den Vollamortisationsverträgen wird die Vertragslaufzeit fest mit dem Kunden vereinbart. Bei den Teilamortisationsverträgen erfolgt zusätzlich zur Laufzeit eine Vereinbarung über den Restwert. Die Amortisation des Restwertes erfolgt zum Vertragsende aus der Veräußerung oder Weitervermietung des Leasinggegenstandes. Die IKB besitzt hinsichtlich des Restwertes ein Andienungsrecht gemäß den Vertragsbedingungen. Bei Kfz-Teilamortisationsverträgen ist die Mehrerlösbeteiligung des Leasingnehmers vertraglich geregelt, sofern der Verwertungserlös über dem Restwert liegt. Die kündbaren Verträge werden auf eine unbestimmte Zeit abgeschlossen. Die kalkulatorische Laufzeit, die Kündigungsmöglichkeiten sowie die entsprechenden Ausgleichzahlungen sind individuell vereinbart.

(14) Ertragsteueransprüche und -verpflichtungen

Die Ermittlung der tatsächlichen Ertragsteuern erfolgt für die einzelnen Konzernunternehmen gemäß den steuerrechtlichen Bestimmungen der jeweiligen Länder. Die zahlungswirksamen Ertragsteueraufwendungen sowie die Aufwendungen und Erträge aus der Veränderung aktiver bzw. passiver Latenter Steuern werden in der Gewinn- und Verlustrechnung als Steuern vom Einkommen und vom Ertrag ausgewiesen.

Der Ausweis in der Bilanz wird für tatsächliche sowie für latente Ertragsteueransprüche und -verpflichtungen getrennt als Aktiv- bzw. als Passivposten vorgenommen. Un-

ter dem Posten *Ertragsteueransprüche bzw. -verpflichtungen* werden die tatsächlichen Ertragsteuern ausgewiesen, in deren Höhe eine Erstattung von den bzw. eine Zahlung an die Steuerbehörden erfolgen wird. Die Latenten Steueransprüche und -verpflichtungen sind in den Bilanzposten *Sonstige Aktiva/Passiva* enthalten.

Sonstige nicht ertragsabhängige Steuern werden in der Gewinn- und Verlustrechnung separat ausgewiesen.

(15) Sonstige Aktiva/Passiva

Unter den Sonstigen Aktiva/Passiva werden im Wesentlichen Latente Steuern, Forderungen/Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen und Rechnungsabgrenzungsposten ausgewiesen.

Latente Steueransprüche und -verpflichtungen werden entsprechend IAS 12 auf Basis der bilanzorientierten Methode ermittelt. Sie ergeben sich aus Differenzen zwischen dem im Konzernabschluss angesetzten Buchwert der Vermögenswerte/Verbindlichkeiten und deren steuerlichen Wertansätzen, soweit aus ihnen in der Zukunft voraussichtliche Ertragsteuerbelastungen bzw. -entlastungen entstehen (temporäre Differenzen). Die temporären Differenzen wurden unter Berücksichtigung der länderspezifischen Ertragsteuersätze, die im Zeitpunkt des Ausgleichs der Differenzen erwartet werden, bewertet.

Aktive Latente Steuern auf steuerlich noch nicht genutzte Verlustvorträge eines Steuersubjektes werden angesetzt, wenn mit hinreichender Wahrscheinlichkeit angenommen werden kann, dass das betreffende Steuersubjekt in den Folgeperioden ausreichend steuerpflichtiges Einkommen zur Nutzung des Verlustvortrags erzielen wird.

Eine Abzinsung der Latenten Steuern wird nicht vorgenommen. Steuersatzänderungen werden bei der Berechnung der Latenten Steueransprüche und -verpflichtungen berücksichtigt, soweit sie im Zeitpunkt der Aufstellung des Abschlusses bekannt sind.

Die Bildung und Auflösung der latenten Ertragsteueransprüche bzw. -verpflichtungen erfolgt – in Abhängigkeit des zugrunde liegenden Sachverhalts – entweder in der Gewinn- und Verlustrechnung erfolgswirksam als Steuern vom Einkommen und vom Ertrag oder erfolgsneutral im Eigenkapital.

(16) Verbriefte Verbindlichkeiten

Als Verbriefte Verbindlichkeiten werden begebene Schuldverschreibungen und Geldmarktpapiere (z.B. Certificates of Deposit, Euro-Notes, Commercial Papers) ausgewiesen. Diese Finanzinstrumente bilanzieren wir entweder zu fortgeführten Anschaffungskosten (*Sonstige Finanzielle Verbindlichkeiten*) oder zum Marktwert, sofern für diese die Fair-Value-Option ausgeübt wurde.

(17) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der IKB Deutsche Industriebank AG und der Tochterunternehmen IKB Leasing GmbH, IKB Leasing Berlin GmbH, IKB Immobilien Management GmbH, IKB Private Equity GmbH, IKB International S.A., IKB Data GmbH und IKB Credit Asset Management GmbH wird Altersvorsorge durch Bildung von Rückstellungen getroffen. Die Altersvorsorge erfolgt leistungsorientiert.

Mit den Rückstellungen für Pensionen und pensionsähnliche Verpflichtungen decken wir vor allem Leistungen von betrieblichen Ruhegeldern aufgrund unmittelbarer Versorgungszusagen ab. Danach werden Pensionen mit Beginn des Ruhestands wegen Erreichen der Altersgrenze bzw. vorzeitig bei Invalidität oder im Todesfall an die Hinterbliebenen gezahlt. Dabei ist die Höhe der Rückstellungen für die leistungsorientierte Altersversorgung abhängig von der jeweils anzuwendenden Versorgungsordnung. Während die Versorgungsordnung des Jahres 1979 (VO 79) im Wesentlichen auf Faktoren wie rentenfähige Dienstzeit und rentenfähiger Arbeitsverdienst basiert, beinhaltet die Versorgungsordnung des Jahres 1994 (VO 94) dagegen

ein sogenanntes Eckwertmodell und ein Rentenbaustein-system. Nach der VO 94 bestimmt sich die Höhe der passivierten Verpflichtungen für die Einkommensbestandteile unterhalb der Beitragsbemessungsgrenze (gemäß RV-Bezugsgrößenverordnung) nach dem Endgehalt sowie dem Renteneckwert und für Vergütungsbestandteile oberhalb der Beitragsbemessungsgrenze nach der Höhe des auf Jahresbasis erdienten Rentenbausteins.

Mit Neueinführung der Versorgungsordnung 2006 (VO 06) folgt die IKB dem am Markt beobachtbaren Trend, die Altersvorsorge stärker an die Entwicklung der korrespondierenden Vermögensanlage anzulehnen. Bei der VO 06 handelt es sich um ein cash-balance-orientiertes Versorgungssystem, das performanceabhängig, aber mit einer Mindestverzinsung und besonderen Zusatzleistungen bei Erwerbsminderung und Tod versehen ist. Die VO 06 ist für ab dem Geschäftsjahr 2006/07 neu eingestellte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der IKB Deutsche Industriebank AG, der IKB Data GmbH und der IKB Credit Asset Management GmbH gültig.

Alle Pensionsrückstellungen werden gemäß IAS 19 nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren (Projected-Unit-Credit-Methode) ermittelt. Die Bewertung der zukünftigen Verpflichtungen basiert auf versicherungsmathematischen Gutachten, die von unabhängigen Aktuaren erstellt wurden. Dabei werden nicht nur die am Bilanzstichtag bekannten Renten und erworbenen Anwartschaften berücksichtigt, sondern auch künftig zu erwartende Steigerungsraten der ruhegeldfähigen Gehälter und Renten sowie Fluktuationsraten in die Berechnung einbezogen. Zur Ermittlung des Barwerts der Pensionsverpflichtung wird der aktuelle Marktzins für langfristige Kapitalanlagen herangezogen.

Der erfolgswirksam zu erfassende Aufwand aus den Direktzusagen teilt sich in die Bestandteile Zins und Dienstzeiten auf. Ersterer wird im Zinsaufwand, der Dienstzeitenaufwand in den Personalaufwendungen ausgewiesen. Sich ergebende versicherungsmathematische Gewinne bzw. Verluste resultieren aus der Veränderung der den Pensionsgutachten ursprünglich zugrunde gelegten versicherungsmathematischen Parametern und Rechnungsgrundlagen

sowie aus Bestandsänderungen. Diese Mehr- oder Minderpflichtungen werden im Jahr ihrer Entstehung in voller Höhe, d.h. in Höhe des Barwertes der leistungsorientierten Verpflichtungen (der sogenannten Defined Benefit Obligation), erfolgsneutral über die Gewinnrücklage erfasst.

Zu den pensionsähnlichen Verpflichtungen zählen auch Rückstellungen für Vorruhestandsverpflichtungen und Verpflichtungen aus Versorgungszusagen von umgewandelten Tantiemeansprüchen (Deferred Compensation), die nach versicherungsmathematischen Regeln ermittelt wurden. Rückstellungen für Zahlungen anlässlich von Dienstjubiläen, die ebenfalls auf Grundlage versicherungsmathematischer Gutachten bestimmt werden, werden nach IFRS unter den Sonstigen Rückstellungen bilanziert.

Anfang November 2006 hat die IKB einen Wertkontenplan, ein Modell zur Entgeltumwandlung hinsichtlich der Flexibilisierung des Beginns des Vorruhestands, aufgesetzt. Basierend auf dem Gesetz zur sozialrechtlichen Absicherung flexibler Arbeitszeitregelungen (FlexiGesetz) können die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Rahmen dieses Modells auf den sofortigen Zufluss von Bestandteilen, die nicht das reguläre Monatsgehalt betreffen, verzichten und stattdessen diese Gelder individualisiert in Renten- und Aktienfonds investieren. Durch den erst in der Zukunft stattfindenden Zufluss des mit einem Garantiezins in Höhe von 2,25 % versehenen Investments bei den Teilnehmern am Wertkontenplan ergänzt dieses Modell die bestehenden Versorgungsregelungen der IKB und bietet somit eine weitere attraktive Möglichkeit zur Entgeltumwandlung.

Bis zum letzten Geschäftsjahr 2005/06 wurden die direkten Versorgungszusagen der Bank und ihrer Tochtergesellschaften ausschließlich durch die interne Bildung von Rückstellungen finanziert. Für die Erfüllung der abgegebenen Pensionszusagen existierten keine eigens hierfür bereitgestellten Mittel. Die Betriebsrenten wurden jeweils aus dem erwirtschafteten Ergebnis geleistet. Ende März 2007 wurde jedoch ein weit überwiegender Teil der die Pensionsverpflichtungen aus den Versorgungsordnungen VO 79 und 94, Deferred Compensation sowie Vorruhestandsverpflichtungen absichernden Vermögenswerte ausgelagert.

Im Rahmen dieses Contractual Trust Arrangement (CTA) haben die IKB Deutsche Industriebank AG und die einbezogenen Tochtergesellschaften zur Erfüllung der Pensionsansprüche daher die erforderlichen Vermögensmittel von ihrem übrigen Unternehmensvermögen separiert und diese auf einen Unternehmenstreuhänder übertragen. Die IKB folgt damit dem internationalen Trend zur Ausplatzierung der Pensionsansprüche.

Das von der IKB eingebrachte Vermögen stellt Planvermögen im Sinne des IAS 19 dar und wird daher mit den Pensionsrückstellungen saldiert.

(18) Sonstige Rückstellungen

Sonstige Rückstellungen werden für gegenwärtige rechtliche und faktische Verpflichtungen, deren Fälligkeit oder Höhe ungewiss und deren Erfüllung wahrscheinlich mit einem Vermögensabgang verbunden ist, gebildet. Rückstellungen für Aufwendungen, die sich nicht auf eine Außenverpflichtung beziehen, bilden wir nicht. Die Bewertung erfolgt in Höhe der zu erwartenden Inanspruchnahme.

(19) Nachrangkapital

Nachrangige Verbindlichkeiten

Unter Nachrangigen Verbindlichkeiten werden Verbindlichkeiten ausgewiesen, die im Falle der Insolvenz oder der Liquidation erst nach Befriedigung aller nicht nachrangigen Gläubiger zurückgezahlt werden. Nachrangige Verbindlichkeiten sind Eigenmittel im Sinne des Kreditwesengesetzes und zählen damit zum haftenden Eigenkapital. Bei einer Restlaufzeit von weniger als zwei Jahren erfolgt nur eine anteilige Zurechnung zum haftenden Eigenkapital.

Die Zinsabgrenzung für diese Geschäfte weisen wir unter den *Sonstigen Passiva* aus.

Genussrechtskapital

Genussrechtskapital nimmt in voller Höhe am Verlust der Gesellschaft teil. Zinszahlungen erfolgen, anders als bei den Nachrangigen Verbindlichkeiten, nur im Falle eines Bilanzgewinns. Die Ansprüche der Genussrechtsinhaber auf Rückzahlung des Kapitals sind gegenüber denen der anderen Gläubiger nachrangig. Das Genussrechtskapital dient der Stärkung des haftenden Eigenkapitals entsprechend den Vorschriften des Kreditwesengesetzes.

Die Zinsabgrenzung für diese Geschäfte weisen wir unter den *Sonstigen Passiva* aus.

Stille Einlagen/Preferred Shares

Unter die Stillen Einlagen fallen Emissionen in Form von Vermögenseinlagen stiller Gesellschafter. Darüber hinaus weisen wir hier Vorzugsaktien (Preferred Shares) zweier amerikanischer Tochterunternehmen aus.

Wir bilanzieren diese Verbindlichkeiten entweder zu fortgeführten Anschaffungskosten (*Sonstige Finanzielle Verbindlichkeiten*) oder zum Marktwert, sofern für diese die Fair-Value-Option ausgeübt wurde.

(20) Eigenkapital

Gezeichnetes Kapital

Im Gezeichneten Kapital wird das Grundkapital der IKB AG abzüglich der zu Kurspflegezwecken im Bestand befindlichen eigenen Aktien ausgewiesen.

Kapitalrücklage

Unter der Kapitalrücklage wird der Betrag ausgewiesen, der bei der Ausgabe von Aktien über dem Nennwert erzielt wird. Aus Transaktionen in eigenen Aktien resultierende Gewinne oder Verluste werden ergebnisneutral ebenfalls mit den Kapitalrücklagen verrechnet.

Gewinnrücklagen

Die Gewinnrücklagen setzen sich aus den Gesetzlichen Rücklagen und den Anderen Rücklagen zusammen. Darüber hinaus werden in der Gewinnrücklage versicherungsmathematische Gewinne bzw. Verluste gemäß IAS 19 erfasst, die sich u.a. aus Änderungen der Berechnungsparameter sowie aus Abweichungen im Risikoverlauf (bzw. Invaliditäts- oder Todesfälle) im Vergleich der Situation zum Stichtag zu den Erwartungswerten ergeben.

Rücklage aus der Währungsumrechnung

Die Rücklage aus der Währungsumrechnung beinhaltet Umrechnungsgewinne und -verluste, die im Rahmen der Währungsumrechnung des Eigenkapitals von Tochterunternehmen in fremder Währung entstehen.

Neubewertungsrücklage

Die Neubewertungsrücklage enthält zum einen die Bewertungsergebnisse der *Zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerte* (Available for Sale); zum anderen werden hier Bewertungseffekte aus Sicherungsbeziehungen gezeigt, die vor dem Übergangszeitpunkt auf IFRS bestanden haben und sich auf eine Sicherung variabler Zahlungsströme beziehen. Die aufgeführten Posten werden jeweils um Effekte aus Latenten Steuern bereinigt.

Anteile in Fremdbesitz

Die Anteile Konzernfremder am Eigenkapital von Tochtergesellschaften werden in einem gesonderten Posten innerhalb des Eigenkapitals ausgewiesen.

Konzernbilanzgewinn

Der Konzernbilanzgewinn wird in Höhe der von der IKB AG zur Ausschüttung vorgesehenen Dividendensumme bilanziert.

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

(21) Zinsüberschuss

Im Zinsüberschuss werden neben Zinserträgen und -aufwendungen Dividenden aus Wertpapieren, laufende Erträge aus den Anteilen an nach der Equity-Methode bewerteten Unternehmen, laufende Erträge aus Anteilen an nicht konsolidierten verbundenen Unternehmen und Beteiligungen sowie die Erträge aus dem Leasinggeschäft ausgewiesen. Die IKB erfasst laufende Erträge aus den Anteilen

an assoziierten Unternehmen und Joint Ventures periodengerecht, bei Dividenden gilt das Zuflussprinzip. Zinserträge und Zinsaufwendungen werden nach der Effektivzinsmethode periodengerecht abgegrenzt. Zinserträge aus Finanzierungsleasing-Verträgen werden so über die Grundmietzeit vereinnahmt, dass eine konstante periodische Verzinsung aus dem Nettoinvestitionswert erzielt wird.

	2006/07 in Mio. €	2005/06 in Mio. €	Veränderung in %
Zinserträge aus Derivaten	729,7	478,3	52,6
Zinserträge aus Finanzinstrumenten, für die die Fair-Value-Option angewandt wurde	172,0	112,2	53,3
Zinserträge aus zu Handelszwecken gehaltenen Wertpapieren	35,4	11,9	>100,0
Summe Zinserträge aus ergebniswirksam zum Marktwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten	937,1	602,4	55,6
Zinserträge aus Kredit- und Geldmarktgeschäften	1 513,8	1 218,6	24,2
Zinserträge aus fest- und variabel verzinslichen Wertpapieren	1 064,5	632,0	68,4
Laufende Erträge aus Beteiligungen	10,5	6,3	66,7
Dividenden	2,1	0,5	>100,0
Laufende Erträge aus Anteilen an assoziierten Unternehmen	1,7	0,3	>100,0
Laufende Erträge aus dem Leasinggeschäft	228,8	221,8	3,2
Summe Zinserträge aus sonstigen Kategorien	2 821,4	2 079,5	35,7
Summe Zinserträge	3 758,5	2 681,9	40,1
Zinsaufwendungen für Derivate	663,2	344,3	92,6
Zinsaufwendungen für finanzielle Verbindlichkeiten, für die die Fair-Value-Option angewandt wurde	275,2	202,8	35,7
Summe Zinsaufwendungen für ergebniswirksam zum Marktwert bewertete finanzielle Verbindlichkeiten	938,4	547,1	71,5
Zinsaufwendungen für Verbriefte Verbindlichkeiten	1 239,7	767,9	61,4
Zinsaufwendungen für sonstige Verbindlichkeiten	636,0	477,5	33,2
Zinsaufwendungen für Nachrangkapital	72,5	66,1	9,7
Aufwendungen aus dem Leasinggeschäft	134,1	134,4	-0,2
Zinsähnliche Aufwendungen inkl. Zinsaufwendungen aus Pensionsverpflichtungen	59,9	78,4	-23,6
Summe Zinsaufwendungen aus sonstigen Kategorien	2 142,2	1 524,3	40,5
Summe Zinsaufwendungen	3 080,6	2 071,4	48,7
Zinsüberschuss	677,9	610,5	11,0

Für wertgeminderte Forderungen werden keine laufenden Zinsen vereinnahmt, sondern die durch Zeitablauf eintretende Steigerung des Barwerts zukünftiger Zahlungen (Unwinding) als Zinsertrag erfasst.

(22) Risikovorsorge im Kreditgeschäft

	2006/07 in Mio. €	2005/06 in Mio. €	Veränderung in %
Zuführung zu Einzelwertberichtigungen/Rückstellungen	457,0	354,6	28,9
Zuführung Einzelwertberichtigungen	415,8	319,4	30,2
Zuführung Rückstellungen	21,9	35,2	-37,8
Zuführung Finanzanlagen (Forderungen und Kredite)	19,3	-	-
Direktabschreibungen	12,7	13,1	-3,1
Eingänge aus abgeschriebenen Forderungen	3,1	2,6	19,2
Zuführung zu/Auflösung von Portfoliowertberichtigungen	-121,1	0,2	
Auflösung von Einzelwertberichtigungen/Rückstellungen	86,5	46,7	85,2
Auflösung Einzelwertberichtigungen	72,1	44,0	63,9
Auflösung Rückstellungen	14,4	2,7	>100,0
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	259,0	318,6	-18,7

(23) Provisionsüberschuss

	2006/07 in Mio. €	2005/06 in Mio. €	Veränderung in %
Provisionsüberschuss im Zusammenhang mit dem Kreditgeschäft	41,3	35,0	18,0
Provisionsüberschuss im Zusammenhang mit Verbriefungen	3,1	-12,1	
Sonstige	7,6	7,5	1,3
Gesamt	52,0	30,4	71,1

(24) Fair-Value-Ergebnis

	2006/07 in Mio. €	2005/06 in Mio. €	Veränderung in %
Handelsergebnis	65,8	-22,0	
Ergebnis aus Anwendung der Fair-Value-Option*	-103,4	54,9	
Amortisation aus aufgelösten Sicherungsbeziehungen	-3,3	-44,1	-92,5
davon aus Cash-flow Hedges	74,8	74,8	-
davon aus Fair Value Hedges	-77,9	-118,9	-34,5
Gesamt	-40,9	-11,2	>100,0

¹⁾ Im Geschäftsjahr 2006/07 wird das Ergebnis aus den Beteiligungen der IKB Private Equity GmbH, der IKB Capital Fund I GmbH & Co. KG und der IKB Erste Equity Suporta GmbH als Teil des Fair-Value-Ergebnisses ausgewiesen; der Vorjahreswert wurde entsprechend angepasst.

Im Handelsergebnis ist das Devisenergebnis in Höhe von 4,0 Mio. € (Vorjahr 2,0 Mio. €) enthalten.

Unter die Anwendung der Fair-Value-Option fallen ein Teil der Investments in internationale Kreditportfolien sowie Finanzinstrumente, die trennungspflichtige eingebettete Derivate enthalten. Darüber hinaus wendet die IKB diese Kategorie auch im Rahmen von risikomindernden Sicherungsstrategien gemäß IAS 39 an. Die Marktwertänderungen aus Sicherungsswaps werden zusammen mit den Wertänderungen der Grundgeschäfte in dieser Position erfasst.

Im vergangenen Geschäftsjahr gab es keine bonitätsinduzierten Marktwertänderungen von passivischen Finanzinstrumenten, für die die Fair-Value-Option ausgeübt wurde. Seit Erstanwendung der IFRS im Geschäftsjahr 2005/06 hat sich eine kumulierte Veränderung des Marktwerts der Passiva in Höhe von 0,6 Mio. € ergeben. Diese Wertänderung ist auf Verbindlichkeiten zurückzuführen, die sich in einer wirtschaftlichen Sicherungsbeziehung mit einem Zinsswap befinden.

Sowohl die im Rahmen der IFRS-Erstanwendung entstehende Anpassung aus Fair-Value-Hedges als auch die Beträge aus den aufzulösenden Cash-flow Hedges werden entsprechend der Restlaufzeit der Grundgeschäfte über das Fair-Value-Ergebnis amortisiert.

(25) Ergebnis aus Finanzanlagen

	2006/07 in Mio. €	2005/06 in Mio. €	Veränderung in %
Ergebnis aus Wertpapieren	7,7	12,8	-39,8
Ergebnis aus Beteiligungen, Anteilen an assoziierten Unternehmen und Anteilen an verbundenen Unternehmen	-0,8	0,3	
Gesamt	6,9	13,1	-47,3

Im vergangenen Geschäftsjahr wurden für Beteiligungen erfolgswirksame Wertminderungen in Höhe von 0,9 Mio. € vorgenommen.

Im Geschäftsjahr 2006/07 wird das Ergebnis aus den Beteiligungen der IKB Private Equity GmbH, der IKB Capital Fund I GmbH & Co. KG und der IKB Erste Equity Suporta GmbH als Teil des Fair-Value-Ergebnisses ausgewiesen; der Vorjahreswert wurde entsprechend angepasst.

(26) Verwaltungsaufwendungen

	2006/07 in Mio. €	2005/06 in Mio. €	Veränderung in %
Personalaufwendungen	185,8	162,8	14,1
Übrige Verwaltungsaufwendungen	111,8	83,9	33,3
Abschreibungen auf Betriebs- und Geschäftsausstattung, Immobilien und Immaterielle Anlagewerte	18,6	22,3	-16,6
Gesamt	316,2	269,0	17,5

Die einzelnen Aufwandskategorien gliedern sich wie folgt auf:

Personalaufwendungen

	2006/07 in Mio. €	2005/06 in Mio. €	Veränderung in %
Löhne und Gehälter	155,7	138,0	12,8
Soziale Abgaben	19,5	17,2	13,4
Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	10,6	7,6	39,5
Gesamt	185,8	162,8	14,1

Die gestiegenen Personalaufwendungen sind auf den höheren durchschnittlichen Mitarbeiterinnen- und Mitarbeiterbestand sowie Gehaltsanpassungen zurückzuführen.

Übrige Verwaltungsaufwendungen

	2006/07 in Mio. €	2005/06 in Mio. €	Veränderung in %
Beratungsaufwendungen, Pflichtbeiträge, andere Verwaltungsaufwendungen und gesellschaftsrechtliche Aufwendungen	25,7	16,2	58,6
EDV-Aufwand	24,1	19,0	26,8
Raumaufwand	17,4	8,0	>100,0
Reiseaufwand und Kfz-Aufwand	12,7	11,3	12,4
Arbeitsplatzaufwand	12,3	13,0	-5,4
Aufwand für Werbung, Öffentlichkeitsarbeit und Repräsentation	8,0	7,2	11,1
Sonstige Verwaltungsaufwendungen	11,6	9,2	26,1
Gesamt	111,8	83,9	33,3

Aus den in den Sonstigen Verwaltungsaufwendungen enthaltenen Prüfungsaufwendungen entfallen folgende Aufwendungen auf den inländischen Abschlussprüfer:

	2006/07 in Mio. €	2005/06 in Mio. €	Veränderung in %
Abschlussprüfung	2,1	2,6	-19,2
Sonstige Bestätigungs- und Bewertungsleistungen	0,5	0,2	> 100,0
Steuerberatungsleistungen	0,4	0,1	> 100,0
Sonstige Leistungen	0,2	0,4	-50,0
Gesamt	3,2	3,3	-3,0

Daneben werden in den Verwaltungsaufwendungen Abschreibungen auf Betriebs- und Geschäftsausstattung, Immobilien und Immaterielle Anlagewerte ausgewiesen:

	2006/07 in Mio. €	2005/06 in Mio. €	Veränderung in %
Betriebs- und Geschäftsausstattung	7,2	6,7	7,5
Immobilien	1,7	6,7	-74,6
Immaterielle Anlagewerte	9,7	8,9	9,0
Gesamt	18,6	22,3	-16,6

(27) Sonstiges betriebliches Ergebnis

	2006/07 in Mio. €	2005/06 in Mio. €	Veränderung in %
Wesentliche Sonstige betriebliche Erträge	17,9	18,8	-4,8
Kostenumlagen	10,9	5,7	91,2
Auflösungen von Rückstellungen/Wertberichtigungen von sonstigen Forderungen	4,2	8,9	-52,8
Erträge für nicht bankbetrieblich genutzte Gebäude	2,8	4,2	-33,3
Wesentliche Sonstige betriebliche Aufwendungen	16,5	11,0	50,0
Aufwendungen für nicht bankbetrieblich genutzte Gebäude (inkl. Abschreibungen)	8,1	4,9	65,3
Zuführung zu Rückstellungen/Wertberichtigungen von sonstigen Forderungen	5,1	3,5	45,7
Freiwillige soziale Aufwendungen (inkl. Spenden)	3,3	2,6	26,9
Ergebnis aus dem Verkauf von nicht finanziellen Vermögenswerten	-1,9	116,2	
Übrige Sonstige betriebliche Erträge und Aufwendungen (saldiert)	-5,7	-8,2	-30,5
Gesamt	-6,2	115,8	

(28) Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

	2006/07 in Mio. €	2005/06 in Mio. €	Veränderung in %
Tatsächliche Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	39,6	49,7	-20,3
des laufenden Jahres	57,3	67,5	-15,1
aus früheren Jahren	-17,7	-17,8	-0,6
Latente Steuern	35,1	10,4	> 100,0
Gesamt	74,7	60,1	24,3

Nach dem Operativen Ergebnis des Konzerns 2006/07 wäre – unter Berücksichtigung der Gewerbesteuer – bei Anwendung des in Deutschland gültigen Körperschaftsteuersatzes inklusive Solidaritätszuschlag ein Steueraufwand von 45,0 Mio. € (Vorjahr: 67,6 Mio. €) zu erwarten gewesen. Die nachfolgende Tabelle zeigt eine Überleitung des erwarteten Steueraufwands auf den ausgewiesenen Steueraufwand:

	2006/07 in Mio. €	2005/06 in Mio. €	Veränderung in %
Ergebnis vor Ertragsteuern	112,6	168,9	-33,3
Anzuwendender Steuersatz	40%	40%	–
Rechnerische Ertragsteuern	45,0	67,6	-33,4
Steuereffekte			
aus Vorjahren und Steuersatzänderungen	-19,7	-11,5	71,3
abweichende Steuersätze im In- und Ausland	18,4	-0,4	
aus steuerfreien Erträgen	15,7	-6,6	
aus nicht abziehbaren Aufwendungen	17,8	6,7	> 100,0
aus sonstigen Unterschieden	-2,5	4,3	
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	74,7	60,1	24,3

Der als Basis für die Überleitungsrechnung gewählte anzuwendende Ertragsteuersatz setzt sich zusammen aus dem in Deutschland zur Zeit geltenden Körperschaftsteuersatz von 25,0 % zuzüglich Solidaritätszuschlag von 5,5 % auf die Körperschaftsteuer und einem durchschnittlichen Steuersatz für die Gewerbesteuer von 18,4 %. Unter Beachtung der steuerlichen Abzugsfähigkeit der Gewerbeertragsteuer ergibt sich ein inländischer Ertragsteuersatz von 40,0 %.

Ertragsteuereffekte wegen abweichender Steuersätze entstehen aufgrund der – im Vergleich zum inländischen Ertragsteuersatz – abweichenden Ertragsteuersätze der

einzelnen Sitzländer ausländischer Konzerngesellschaften und -einheiten, die unverändert zwischen 16,0 % und 47,6 % liegen, sowie unterschiedlichen Gewerbesteuerhebesätzen im Inland.

Für temporäre Differenzen im Zusammenhang mit Anteilen an Tochterunternehmen, ausländischen Niederlassungen und assoziierten Unternehmen sowie Anteilen an Joint Ventures wurden Latente Steuern, soweit dies nach IAS 12 zulässig ist, abgegrenzt.

Erläuterungen zur Aktivseite

(29) Barreserve

	31.3.2007 in Mio. €	31.3.2006 in Mio. €	Veränderung in %
Kassenbestand	0,1	0,1	0,0
Guthaben bei Zentralnotenbanken	28,3	47,2	-40,0
Sonstige	0,3	0,3	0,0
Gesamt	28,7	47,6	-39,7

Die Guthaben bei Zentralnotenbanken entfallen zum Bilanzstichtag mit 28,1 Mio. € (Vorjahr: 43,9 Mio. €) auf Guthaben bei der Deutschen Bundesbank.

(30) Forderungen an Kreditinstitute

	Gesamt			Inland		Ausland	
	31.3.2007 in Mio. €	31.3.2006 in Mio. €	Veränderung in %	31.3.2007 in Mio. €	31.3.2006 in Mio. €	31.3.2007 in Mio. €	31.3.2006 in Mio. €
Täglich fällige Forderungen an Kreditinstitute	692,2	881,4	-21,5	174,2	157,9	518,0	723,5
Forderungen an Kreditinstitute < 4 Jahre Ursprungslaufzeit	3 568,5	1 262,9	> 100,0	779,9	64,9	2 788,6	1 198,0
Forderungen an Kreditinstitute ≥ 4 Jahre Ursprungslaufzeit	181,2	52,8	> 100,0	10,7	17,7	170,5	35,1
Gesamt	4 441,9	2 197,1	>100,0	964,8	240,5	3 477,1	1 956,6

(31) Forderungen an Kunden

	Gesamt			Inland		Ausland	
	31.3.2007 in Mio. €	31.3.2006 in Mio. €	Veränderung in %	31.3.2007 in Mio. €	31.3.2006 in Mio. €	31.3.2007 in Mio. €	31.3.2006 in Mio. €
Forderungen an Kunden < 4 Jahre Ursprungslaufzeit	4 107,8	4 135,8	-0,7	3 297,5	3 793,6	810,3	342,2
Forderungen an Kunden ≥ 4 Jahre Ursprungslaufzeit	24 038,8	22 542,4	6,6	18 515,8	18 767,4	5 523,0	3 775,0
Forderungen aus Finanzierungsleasing-Verträgen	1 538,4	1 339,5	14,8	1 432,5	1 034,0	105,9	305,5
Gesamt	29 685,0	28 017,7	6,0	23 245,8	23 595,0	6 439,2	4 422,7

Die Forderungen an Kunden beinhalten noch nicht amortisierte Wertaufholungen aus Sicherungsbeziehungen gemäß IFRS 1 von 365,1 Mio. € (Vorjahr: 443,0 Mio. €).

(32) Kreditvolumen

	31.3.2007 in Mio. €	31.3.2006 in Mio. €	Veränderung in %
Kredite an Kreditinstitute	45,9	45,8	0,2
Kredite an Kunden	27 790,8	26 235,2	5,9
Verbrieftes Kreditgeschäft	19 242,0	15 337,2	25,5
Operating- und Finanzierungsleasing-Verträge	1 642,3	1 468,3	11,9
Eventualverbindlichkeiten (brutto) und Credit Default Swaps	2 477,4	2 741,9	-9,6
Gesamt	51 198,4	45 828,4	11,7

(33) Risikovorsorge im Kreditgeschäft

Zur Absicherung erkennbarer Risiken aus dem Kreditgeschäft werden Einzelwertberichtigungen gebildet.

in Mio. €	Einzelwert- berichtigungen	Rück- stellungen	Finanzanlagen (Forderungen und Kredite)	Portfoliowert- berichtigungen	Risikovorsorge insgesamt
Anfangsbestand zum 1.4.2006	1 186,5	42,8	0,0	225,2	1 454,5
Inanspruchnahmen	507,6	10,4	0,0	0,0	518,0
Auflösung	72,1	14,4	0,0	126,3	212,8
Unwinding	42,4	0,8	0,0	0,0	43,2
Zuführung	415,8	21,9	19,3	5,2	462,2
Umgliederung	10,9	-10,9	0,0	0,0	0,0
Fremdwährungskursänderung	0,0	0,0	0,0	-0,5	-0,5
Endbestand zum 31.3.2007	991,1	28,2	19,3	103,6	1 142,2
abzüglich Rückstellungen					28,2
abzüglich Finanzanlagen (Forderungen und Kredite)					19,3
Bilanzausweis Risikovorsorge zum 31.3.2007					1 094,7

Der Risikovorsorgebestand aus Einzelwertberichtigungen, Rückstellungen und Finanzanlagen (Forderungen und Kredite) beläuft sich auf 1.038,6 Mio. € (Vorjahr: 1.229,3 Mio. €).

Darüber hinaus wird für nicht eindeutig identifizierbare Risiken, die nicht bereits durch eine Einzelwertberichtigung abgedeckt wurden, durch die Bildung von Portfoliowertberichtigungen Vorsorge getroffen. Die Portfoliowertberichtigungen haben sich zum 31. März 2007 auf 103,6 Mio. € (Vorjahr: 225,2 Mio. €) reduziert.

Die Risikovorsorge für Adressenrisiken nach Kundengruppen gliedert sich wie folgt:

Risikovorsorge für Adressenrisiken nach Kundengruppen	Einzelwertberichtigungen und Rückstellungen für das Kreditgeschäft		Inanspruchnahme Einzelwertberichtigungen und Rückstellungen für das Kreditgeschäft		Risikovorsorge im Kreditgeschäft (GuV)	
	2006/07	2005/06	2006/07	2005/06	2006/07	2005/06
in Mio. €						
Inländische Kunden	976,7	1 174,8	484,2	205,7	334,7	295,0
Produktion	254,9	335,2	160,2	60,9	89,4	75,2
Handel	65,4	102,8	58,1	16,8	25,0	28,7
Dienstleistung	609,0	716,9	255,5	126,8	183,9	188,6
Verkehr	20,8	6,7	2,1	0,9	14,1	1,4
Sonstiges	26,6	13,2	8,3	0,3	22,3	1,1
Ausländische Kunden	40,6	54,5	33,8	13,5	24,1	23,4
Produktion	22,1	14,2	6,4	8,5	15,3	6,0
Handel	0,1	0,2	0,1	0,2	0,3	0,2
Dienstleistung	12,7	18,9	22,4	4,1	7,6	6,6
Verkehr	4,3	8,8	4,9	0,7	0,9	4,9
Sonstiges	1,4	12,4	0,0	0,0	0,0	5,7
Verbriefungen	21,3	0,0	0,0	0,0	21,3	0,0
Portfoliowertberichtigungen					-121,1	0,2
Gesamt	1 038,6	1 229,3	518,0	219,2	259,0	318,6

Kennziffern zur Risikovorsorge im Kreditgeschäft:

	2006/07 in %	2005/06 in %	Veränderung absolut
Zuführung	0,5	0,7	-0,2
Inanspruchnahme	1,0	0,5	0,5
Bestand	2,2	3,2	-0,9

Die Kennziffern der Risikovorsorge definieren sich wie folgt:

- Zuführung = Nettorisikovorsorge in Relation zum Kreditvolumen
- Inanspruchnahme = Kreditausfälle in Relation zum Kreditvolumen
- Bestand = Risikovorsorgebestand in Relation zum Kreditvolumen

(34) Handelsaktiva

	31.3.2007 in Mio. €	31.3.2006 in Mio. €	Veränderung in %
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	1 201,4	79,5	>100,0
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	1,9	1,1	72,7
Schuldscheindarlehen des Handelsbestandes	419,2	43,1	>100,0
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	586,0	462,3	26,8
Gesamt	2 208,5	586,0	>100,0

Die Erhöhung der Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren ist vor allem auf Wertpapiere zurückzuführen, die wir im Rahmen der Einrichtung des Structured Investment Vehicle Rhinebridge plc, Dublin, erworben und vorübergehend im Bestand haben. Diese Wertpapiere wurden gleichzeitig über einen Terminverkauf an das Structured Investment Vehicle verkauft.

Von den Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren entfallen auf öffentliche Emittenten 269,4 Mio. € (Vorjahr: 0,0 Mio. €) sowie von den Schuldscheindarlehen des Handelsbestandes 58,4 Mio. € (Vorjahr: 0,0 Mio. €).

Die in den Handelsaktiva ausgewiesenen Wertpapiere sind in voller Höhe börsenfähig und börsennotiert.

(35) Finanzanlagen

Die Finanzanlagen beinhalten die nachfolgend genannten Bestände:

	31.3.2007 in Mio. €	31.3.2006 in Mio. €	Veränderung in %
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	26 975,3	22 899,5	17,8
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	18,5	19,3	-4,1
Beteiligungen	264,7	250,2	5,8
davon an Kreditinstituten	78,5	96,0	-18,2
Anteile an assoziierten Unternehmen	6,4	5,1	25,5
davon an Kreditinstituten	-	-	-
Anteile an verbundenen Unternehmen	0,1	0,1	0,0
davon an Kreditinstituten	-	-	-
Gesamt	27 265,0	23 174,2	17,7

Die Finanzanlagen gliedern sich in die Haltekategorien gemäß IAS 39:

	31.3.2007 in Mio. €	31.3.2006 in Mio. €	Veränderung in %
Finanzanlagen, für die die Fair-Value-Option ausgeübt wurde	16 040,8	12 342,1	30,0
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	15 884,0	12 196,7	30,2
Beteiligungen	156,8	145,4	7,8
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	2 106,1	2 394,4	-12,0
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	1 979,6	2 270,2	-12,8
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	18,5	19,3	-4,1
Anteile an verbundenen Unternehmen	0,1	0,1	0,0
Beteiligungen	107,9	104,8	3,0
Kredite und Forderungen	9 111,7	8 432,6	8,1
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	9 111,7	8 432,6	8,1
Anteile an assoziierten Unternehmen	6,4	5,1	25,5
Gesamt	27 265,0	23 174,2	17,7

Der Buchwert aller unter den Finanzanlagen ausgewiesenen börsenfähigen Wertpapiere verteilt sich wie folgt:

31.3.2007 in Mio. €	insgesamt börsenfähig	börsennotiert	nicht börsennotiert
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	26 713,7	13 948,5	12 765,2
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	5,8	0,1	5,7
Beteiligungen	91,2	78,3	12,9

Zum 31. März 2007 waren keine börsenfähigen Beteiligungen an assoziierten Unternehmen und Anteile an Tochterunternehmen im Bestand.

(36) Immaterielle Anlagewerte

Die Immateriellen Anlagewerte enthalten keine Geschäfts- oder Firmenwerte.

Unter den Immateriellen Anlagewerten wurde selbstgeschaffene Software in Höhe von 9,0 Mio. € (Vorjahr: 8,5 Mio. €) bilanziert.

(37) Sachanlagen

	31.3.2007 in Mio. €	31.3.2006 in Mio. €	Veränderung in %
Operating-Leasing-Verträge	104,0	128,7	-19,2
Grundstücke und Gebäude	84,5	81,1	4,2
Betriebs- und Geschäftsausstattung	21,4	19,1	12,0
Zur Veräußerung gehaltene Immobilien	2,2	2,2	0,0
Gesamt	212,1	231,1	-8,2

(38) Ertragsteueransprüche

	31.3.2007 in Mio. €	31.3.2006 in Mio. €	Veränderung in %
Inland	12,2	27,9	-56,3
Ausland	1,5	1,0	50,0
Gesamt	13,7	28,9	-52,6

(39) Sonstige Aktiva

	31.3.2007 in Mio. €	31.3.2006 in Mio. €	Veränderung in %
Inkassopapiere	333,3	-	-
Latente Steuern	150,2	170,7	-12,0
Forderungen aus dem Leasinggeschäft	93,2	47,2	97,5
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	82,9	45,4	82,6
Rechnungsabgrenzungsposten	39,9	47,9	-16,7
Übrige Forderungen	40,1	52,8	-24,1
Gesamt	739,6	364,0	> 100,0

In den Sonstigen Aktiva sind aktive Latente Steuern enthalten, die im Zusammenhang mit den unten dargestellten Bilanzposten sowie noch nicht genutzten steuerlichen Verlustvorträgen/Steuergutschriften gebildet wurden.

Aktive Latente Steuern stellen die potenziellen Ertragsteuerentlastungen dar, die sich aus zeitlich begrenzten Unterschieden zwischen den Wertansätzen der Vermögenswerte und Verbindlichkeiten in der Konzernbilanz nach IFRS und den Steuerbilanzwerten nach lokalen steuerrechtlichen Vorschriften der Konzernunternehmen ergeben.

	31.3.2007 in Mio. €	31.3.2006 in Mio. €	Veränderung in %
Forderungen an Kunden/Risikovorsorge im Kreditgeschäft	132,9	247,1	-46,2
Handelsaktiva	45,6	47,8	-4,6
Finanzanlagen	22,0	22,8	-3,5
Sachanlagen	8,7	18,0	-51,7
Verlustvorträge	126,2	5,7	> 100,0
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1,3	1,2	8,3
Handelspassiva	356,8	351,6	1,5
Pensionsrückstellungen	21,2	31,1	-31,8
Nachrangkapital	-	-	-
Übrige Bilanzposten	21,8	23,9	-8,8
Zwischensumme	736,5	749,2	-1,7
Saldierung mit passiven Latenten Steuern	-586,3	-578,5	1,3
Gesamt	150,2	170,7	-12,0

Die Latenten Steueransprüche und die Latenten Steuerschulden wurden gemäß IAS 12 saldiert.

Für nachfolgende steuerliche Verlustvorträge wurden keine Latenten Steuern angesetzt, da deren Nutzung zur Zeit nicht hinreichend wahrscheinlich ist.

	2006/07 in Mio. €	2005/06 in Mio. €	Veränderung in %
Körperschaftsteuer – nicht angesetzte Verlustvorträge zum Berichtsstichtag	0,0	2,3	-100,0
davon verfallen in 2009/10	0,0	0,7	-100,0
davon verfallen in 2010/11	0,0	1,6	-100,0
davon verfallen in 2011/12	-	-	-
davon unverfallbar	-	-	-
Gewerbesteuer – nicht angesetzte Verlustvorträge zum Berichtsstichtag	3,4	3,3	3,0
davon unverfallbar	3,4	3,3	3,0

Erläuterungen zur Passivseite

(40) Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

	Gesamt			Inland		Ausland	
	31.3.2007 in Mio. €	31.3.2006 in Mio. €	Verände- rung in %	31.3.2007 in Mio. €	31.3.2006 in Mio. €	31.3.2007 in Mio. €	31.3.2006 in Mio. €
Täglich fällige Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1 278,2	443,2	> 100,0	1 245,2	434,9	33,0	8,3
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten < 4 Jahre Ursprungslaufzeit	4 499,9	6 472,6	-30,5	2 649,3	5 161,8	1 850,6	1 310,8
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten ≥ 4 Jahre Ursprungslaufzeit	8 134,4	7 144,7	13,9	7 790,9	6 789,8	343,5	354,9
Gesamt	13 912,5	14 060,5	-1,1	11 685,4	12 386,5	2 227,1	1 674,0

Festverzinsliche Verbindlichkeiten werden mit Hilfe von Derivaten (Zinsswaps) gegen Zinsänderungsrisiken gesichert. Um einen sachgerechten Bilanz- und Erfolgsausweis zu erhalten, wird für entsprechende festverzinsliche Verbindlichkeiten im Zugangszeitpunkt die Fair-Value-Option angewandt.

Von den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten wurden 660,7 Mio. € (Vorjahr: 525,6 Mio. €) unter Anwendung der Fair-Value-Option der Kategorie *Erfolgswirksam zum Marktwert bewertete finanzielle Verbindlichkeiten* zugewiesen.

(41) Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

	Gesamt			Inland		Ausland	
	31.3.2007 in Mio. €	31.3.2006 in Mio. €	Verände- rung in %	31.3.2007 in Mio. €	31.3.2006 in Mio. €	31.3.2007 in Mio. €	31.3.2006 in Mio. €
Täglich fällige Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	204,8	203,7	0,5	204,8	203,7	0,0	0,0
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden < 4 Jahre Ursprungslaufzeit	978,0	255,1	> 100,0	758,8	254,4	219,2	0,7
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden ≥ 4 Jahre Ursprungslaufzeit	3 095,0	2 087,2	48,3	3 074,3	2 064,6	20,7	22,6
Gesamt	4 277,8	2 546,0	68,0	4 037,9	2 522,7	239,9	23,3

Von den Verbindlichkeiten gegenüber Kunden wurden 1.872,4 Mio. € (Vorjahr: 1.153,6 Mio. €) durch Ausübung der Fair-Value-Option der Kategorie *Erfolgswirksam zum Marktwert bewertete finanzielle Verbindlichkeiten* zugewiesen.

(42) Verbriefte Verbindlichkeiten

	31.3.2007 in Mio. €	31.3.2006 in Mio. €	Veränderung in %
Begebene Schuldverschreibungen (Ursprungslaufzeit < 4 Jahre)	30 713,3	22 719,3	35,2
abzüglich eigene Schuldverschreibungen (Ursprungslaufzeit < 4 Jahre)	18,1	18,9	-4,2
Zwischensumme (Ursprungslaufzeit < 4 Jahre)	30 695,2	22 700,4	35,2
Begebene Schuldverschreibungen (Ursprungslaufzeit ≥ 4 Jahre)	8 887,7	8 092,8	9,8
abzüglich eigene Schuldverschreibungen (Ursprungslaufzeit ≥ 4 Jahre)	27,4	32,3	-15,2
Zwischensumme (Ursprungslaufzeit ≥ 4 Jahre)	8 860,3	8 060,5	9,9
Gesamt	39 555,5	30 760,9	28,6

Von den Verbrieften Verbindlichkeiten wurden 3.652,8 Mio. € (Vorjahr: 2.903,2 Mio. €) durch Ausübung der Fair-Value-Option der Kategorie *Erfolgswirksam zum Marktwert bewertete finanzielle Verbindlichkeiten* zugewiesen.

(43) Handelspassiva

Unter den Handelspassiva werden ausschließlich Derivate mit negativem Marktwert ausgewiesen. Zum 31. März 2007 belief sich der Saldo auf 1.164,7 Mio. € (Vorjahr: 1.021,4 Mio. €).

(44) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

in Mio. €	Anfangs- bestand zum 31.3.2006	Pensions- zahlungen	Zuführungen			Erfolgs- neutrale Erfassung vers.-math. Gewinne (-)/ Verluste (+)	Endbestand zum 31.3.2007 (brutto)	Plan- vermögen gem. IAS 19	Endbestand zum 31.3.2007 (netto)
			Laufender Dienstzeit- aufwand	Zins- aufwand	Summe Zu- führungen				
Pensionsverpflichtungen	220,2	8,0	8,4	9,2	17,6	-20,0	209,8	207,4	2,4
Deferred Compensation	3,4		0,8	0,1	0,9	-0,3	4,0	4,0	0,0
Vorruhestandsregelungen	3,8	0,4	0,9	0,2	1,1		4,5	4,5	0,0
Wertkontenplan	0,0		0,3		0,3		0,3	0,0	0,3
Gesamt	227,4	8,4	10,4	9,5	19,9	-20,3	218,6	215,9	2,7

Die Art und die Höhe der Ruhegelder der versorgungsberechtigten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter richten sich nach den jeweils zugrunde liegenden Versorgungsregelungen (siehe auch Kapitel 17).

Der Anwartschaftsbarwert der Pensionsverpflichtungen zum 31. März 2007 beträgt 218,6 Mio. € (Vorjahr: 227,4 Mio. €). Der Rückgang von 8,8 Mio. € im Vergleich zum Vorjahr beruht im Wesentlichen auf versicherungsmathematischen Gewinnen mit 20,3 Mio. € (Vorjahr: 19,0 Mio. € versicherungsmathematische Verluste), die mit 21,9 Mio. €

(Vorjahr: 14,0 Mio. €) auf Änderungen der versicherungsmathematischen Parameter und Rechnungsgrundlagen und mit -1,6 Mio. € (Vorjahr: 5,0 Mio. €) auf Bestandsänderungen entfallen. Unter Berücksichtigung des Vortragwertes in Höhe von 35,6 Mio. € belaufen sich die versicherungsmathematischen Verluste am Bilanzstichtag insgesamt auf 15,3 Mio. €. Sie wurden als Bestandteil

der Gesamtverpflichtungen erfolgsneutral über das Eigenkapital erfasst. Anpassungen der Bewertungsparameter in der Berichtsperiode beinhalten im Wesentlichen die Erhöhung des Abzinsungssatzes von 4,25 % auf 4,75 %. Daneben haben sich geringfügige Änderungen in den zukünftigen Gehaltssteigerungen und Fluktuationsraten ergeben.

Die Zuführungen zu den Rückstellungen für leistungsorientierte Versorgungspläne setzten sich wie folgt zusammen:

in Mio. €	2006/07	2005/06
Dienstzeitaufwand (Service Cost)	8,4	6,4
Zinsaufwand (Interest Cost)	9,2	8,6
Sonstiger Aufwand aus Deferred Compensation, Vorruhestandsregelungen und Wertkontenplan	2,3	1,1
Zwischensumme	19,9	16,1
Veränderung von versicherungsmathematischen Gewinnen (-)/Verlusten (+)	-20,3	19,0
Gesamt	-0,4	35,1

Folgende versicherungsmathematische Annahmen wurden den Berechnungen zugrunde gelegt:

in %	31.3.2007	31.3.2006
Zinssatz für die Abzinsung	4,75	4,25
Erwartete Steigerung der ruhegehaltsfähigen Bezüge	3,0	2,0–3,0
Erwartete Rentensteigerung (inkl. Inflationsrate)	1,5	1,5
Fluktuationsrate (differenziert nach Altersgruppen)	1,0–5,5	0,9–5,4

Die Pensionsverpflichtungen weisen einen Gesamtwert in Höhe von 218,6 Mio. € zum Bilanzstichtag auf. Die Auslagerungen der die Pensionsverpflichtungen absichernden Vermögenswerte im Rahmen des CTA erfolgte mittels Barmitteln in Höhe von 215,9 Mio. €. Die dazu korrespondierenden Pensionsverpflichtungen sind am Bilanzstichtag vollständig durch die Vermögenswerte im CTA gedeckt. Gemäß IAS 19 reduziert sich der Ausweis der Pensionsverpflichtungen auf die nicht durch entsprechende Vermögenswerte gedeckten Pensionsverpflichtungen. Diese belaufen sich zum 31. März 2007 auf 2,7 Mio. € und entsprechen den

Pensionsverpflichtungen der IKB International S.A., den Verpflichtungen nach der Versorgungsordnung 2006 und den Verpflichtungen aus dem Wertkontenplan.

Die Anlage der Mittel in Investmentfonds erfolgt aufgrund der Unterzeichnung der Treuhandverträge zum Ende März 2007 erst im Geschäftsjahr 2007/08. Die Darstellung der Entwicklung des diesbezüglichen Planvermögens im Geschäftsjahr 2006/07 entfällt daher. Auswirkungen auf die Gewinn- und Verlustrechnung ergeben sich dementsprechend erst im Geschäftsjahr 2007/08.

Der erwartete Vermögensertrag aus dem Planvermögen für das kommende Geschäftsjahr basiert auf der Zielallokation und den langfristig erwarteten Vermögensrenditen je Anlageklasse (im Wesentlichen Renten- und Aktienfonds). Die zu erwartenden Beiträge an das Planvermögen orientieren sich an der zukünftigen Veränderung des Anwartschaftsbarwertes der Pensionsverpflichtungen. Grundsätzlich wird (weiterhin) eine vollständige Deckung der Verpflichtungen durch das Planvermögen angestrebt.

Den Verpflichtungen aus dem Wertkontenplan steht ein Fondsinvestment in Höhe von 0,3 Mio. € gegenüber, welches im November 2006 eingegangen wurde. Wertentwicklungen und daraus resultierende Effekte auf die Gewinn- und Verlustrechnung bis zum Bilanzstichtag sind infolgedessen von untergeordneter Bedeutung.

(45) Sonstige Rückstellungen

in Mio. €	Anfangsbestand zum 31.3.2006	Inanspruchnahme	Auflösung	Zuführung	Umgliederung	Fremdwährungskursänderung	Endbestand zum 31.3.2007	Veränderung in %
Risiken aus dem Kreditgeschäft	42,8	10,4	15,2	21,9	-10,9	0,0	28,2	-34,1
Rückstellungen für Zinsen auf Steuern	11,5	0,0	0,0	3,0	0,0	0,0	14,5	26,1
Jubiläumsrückstellungen	4,1	0,1	0,0	0,7	0,0	0,0	4,7	14,6
Steuerrückstellungen ohne Ertragsteuern	2,5	1,9	0,0	0,6	0,1	0,0	1,3	-48,0
Prozesse und Regresse	0,6	0,0	0,3	0,0	0,0	0,0	0,3	-50,0
Sonstige	14,5	8,2	0,8	3,4	-0,6	0,0	8,3	-42,8
Gesamt	76,0	20,6	16,3	29,6	-11,4	0,0	57,3	-24,6

Die Jubiläumsrückstellungen wurden analog den Pensionsverpflichtungen mittels versicherungsmathematischer Gutachten von unabhängigen Aktuaren – in Höhe des in Kapitel 44 angegebenen Zinssatzes – ermittelt.

Unter den Risiken aus dem Kreditgeschäft wird die Vorsorge auf Risiken außerbilanzieller Posten wie beispielsweise Bürgschaften subsumiert.

Im Zeitpunkt des Abschlusses lagen uns keine Informationen vor, die auf eine zeitliche Kumulation der Inanspruchnahmen hindeuteten.

(46) Ertragsteuerverpflichtungen

	31.3.2007 in Mio. €	31.3.2006 in Mio. €	Veränderung in %
Inland	78,4	101,9	-23,1
Ausland	0,8	1,0	-20,0
Gesamt	79,2	102,9	-23,0

(47) Sonstige Passiva

	31.3.2007 in Mio. €	31.3.2006 in Mio. €	Veränderung in %
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	107,2	82,9	29,3
Zinsverbindlichkeiten aus Nachrangkapital	81,6	84,5	-3,4
Latente Steuern	16,7	36,8	-54,6
Rechnungsabgrenzungsposten	12,2	11,5	6,1
Übrige Verbindlichkeiten	53,3	48,1	10,8
Gesamt	271,0	263,8	2,7

In den Sonstigen Passiva sind passive Latente Steuern enthalten, die im Zusammenhang mit den unten dargestellten Bilanzposten gebildet wurden.

Passive Latente Steuern stellen die potenziellen Ertragsteuerbelastungen dar, die sich aus zeitlich begrenzten Unterschieden zwischen den Wertansätzen der Vermögenswerte und Verbindlichkeiten in der Konzernbilanz nach IFRS und den Steuerbilanzwerten nach lokalen steuerrechtlichen Vorschriften der Konzernunternehmen ergeben.

	31.3.2007 in Mio. €	31.3.2006 in Mio. €	Veränderung in %
Forderungen an Kunden/Risikovorsorge im Kreditgeschäft	231,7	309,0	-25,0
Handelsaktiva	143,8	135,6	6,0
Finanzanlagen	51,0	40,9	24,7
Sachanlagen	0,4	8,8	-95,5
Verbindlichkeiten	51,1	23,8	> 100,0
Handelspassiva	39,8	40,9	-2,7
Pensionsrückstellungen	6,5	-	-
Sonstige Verbindlichkeiten	42,9	31,9	34,5
Nachrangkapital	24,6	11,6	> 100,0
Übrige Bilanzposten	11,2	12,8	-12,5
Zwischensumme	603,0	615,3	-2,0
Saldierung mit aktiven Latenten Steuern	-586,3	-578,5	1,3
Gesamt	16,7	36,8	-54,6

Die Latenten Steueransprüche und die Latenten Steuerschulden wurden gemäß IAS 12 saldiert.

(48) Nachrangkapital

	31.3.2007 in Mio. €	31.3.2006 in Mio. €	Veränderung in %
Nachrangige Verbindlichkeiten	1 444,9	1 265,1	14,2
Genussrechtskapital	590,4	643,3	-8,2
Stille Einlagen/Preferred Shares	991,1	1 002,0	-1,1
Gesamt	3 026,4	2 910,4	4,0

Nachrangige Verbindlichkeiten

Von den Nachrangigen Verbindlichkeiten sind 350,0 Mio. € (Vorjahr: 125,0 Mio. €) vor Ablauf von zwei Jahren fällig. Drittrangmittel im Sinne des § 10 KWG bestehen wie im Vorjahr nicht.

Zum 31. März 2007 bestanden die folgenden wesentlichen Nachrangigen Verbindlichkeiten (> 100,0 Mio. €):

Laufzeitbeginn	Nominalbetrag in Mio. €	Währung	Zinssatz in %	Fälligkeit
1999/2000	125,0	EUR	7,50	28.12.2007
2000/2001	150,0	EUR	6,00	27.2.2009
2003/2004	310,0	EUR	4,50	9.7.2013
2006/2007	160,0	EUR	4,00	23.1.2017

Die Zinsaufwendungen für die Nachrangigen Verbindlichkeiten betragen im Geschäftsjahr 2006/07 62,9 Mio. € (Vorjahr: 58,1 Mio. €).

Die Nachrangigen Verbindlichkeiten wurden in Höhe von 580,2 Mio. € (Vorjahr: 600,2 Mio. €) durch Ausübung der Fair-Value-Option der Kategorie *Erfolgswirksam zum Marktwert bewertete finanzielle Verbindlichkeiten* zugewiesen.

Genussrechtskapital

	31.3.2007 in Mio. €	31.3.2006 in Mio. €	Veränderung in %
Gesamt	590,4	643,3	-8,2
darunter: Voraussetzungen des § 10 KWG	508,6	474,4	7,2
darunter: vor Ablauf von zwei Jahren fällig	81,8	173,3	-52,8

Das Genussrechtskapital setzt sich wie folgt zusammen:

Emissionsjahr	Nominalbetrag in Mio. €	Emissions- währung	Zinssatz in %	Fälligkeit
1995/1996	81,8	DM	8,40	31.3.2007
1997/1998	102,3	DM	7,05	31.3.2009
1999/2000	20,0	EUR	7,23	31.3.2010
2001/2002	100,0	EUR	6,50	31.3.2012
2001/2002	74,5	EUR	6,55	31.3.2012
2004/2005	30,0	EUR	4,50	31.3.2015
2005/2006	150,0	EUR	3,86	31.3.2015
2006/2007	50,0	EUR	4,70	31.3.2017

Für das Geschäftsjahr 2006/07 sind Zinsen auf das Genussrechtskapital in Höhe von 37,3 Mio. € (Vorjahr: 41,7 Mio. €) im Zinsaufwand erfasst worden.

Das Genussrechtskapital wurde in Höhe von 286,9 Mio. € (Vorjahr: 247,9 Mio. €) durch Ausübung der Fair-Value-Option der Kategorie *Erfolgswirksam zum Marktwert bewertete finanzielle Verbindlichkeiten* zugewiesen.

Der Vorstand wurde in der Hauptversammlung am 30. August 2002 ermächtigt, bis zum 30. August 2007 einmalig oder mehrmals Genussscheine – auch mit Wandlungs- oder Optionsrechten – im Gesamtnennbetrag von bis zu 300 Mio. € mit einer Laufzeit von längstens 15 Jahren auszugeben; davon wurde in den Geschäftsjahren 2004/05 und 2005/06 sowie im Geschäftsjahr 2006/07 mit Emissionen in Höhe von insgesamt 230 Mio. € Gebrauch gemacht. Den Inhabern dieser Genussscheine können Wandlungs- und Optionsrechte mit einem Anteil am Grundkapital von bis zu 22,5 Mio. € eingeräumt werden. Von dieser Ermächtigung wurde bisher kein Gebrauch gemacht.

Stille Einlagen/Preferred Shares

Der Buchwert der Stillen Einlagen beträgt zum 31. März 2007 991,1 Mio. € (Vorjahr: 1.002,0 Mio. €). Darin enthalten sind Preferred Shares mit einem Buchwert von 433,4 Mio. € (Vorjahr: 434,8 Mio. €), die durch zwei eigens für diesen Zweck gegründete Tochtergesellschaften in den USA begeben wurden.

Die Stillen Einlagen werden nach § 10 KWG dem aufsichtsrechtlichen Eigenkapital zugeordnet. Nach IFRS gelten sie als Fremdkapital.

Der Zinsaufwand für die Stillen Einlagen/Preferred Shares beträgt im Konzern 61,5 Mio. € (Vorjahr: 62,2 Mio. €).

Die Stillen Einlagen/Preferred Shares wurden in Höhe von 746,0 Mio. € (Vorjahr: 757,0 Mio. €) durch Anwendung der Fair-Value-Option der Kategorie *Erfolgswirksam zum Marktwert bewertete finanzielle Verbindlichkeiten* zugewiesen.

(49) Eigenkapital

	31.3.2007 in Mio. €	31.3.2006 in Mio. €	Veränderung in %
Gezeichnetes Kapital	225,3	225,3	–
Kapitalrücklage	568,2	568,2	0,0
Gewinnrücklagen	323,7	273,0	18,6
Gesetzliche Rücklage	2,4	2,4	–
Andere Gewinnrücklagen	321,3	270,6	18,7
Rücklage aus der Währungsumrechnung	–15,2	–7,5	>100,0
Neubewertungsrücklage	88,4	159,1	–44,4
Anteile in Fremdbesitz	0,2	0,2	0,0
Konzernbilanzgewinn	–	74,8	–100,0
Gesamt	1 190,6	1 293,1	–7,9

Gezeichnetes Kapital

Das gezeichnete Kapital (Grundkapital) beträgt am Bilanzstichtag 225.280.000,00 € und ist eingeteilt in 88.000.000 auf den Inhaber lautende, nennwertlose Stückaktien. Vorzugsrechte oder Beschränkungen in Bezug auf die Ausschüttungen von Dividenden liegen bei der Bank nicht vor.

In der Hauptversammlung vom 31. August 2006 wurde der Erwerb eigener Aktien zum Zwecke des Wertpapierhandels (maximal fünf von Hundert des Grundkapitals) genehmigt. Zudem wurde die Bank ermächtigt, bis zum 31. Januar 2008 eigene Aktien in einem Volumen von bis zu insgesamt 10 % des Grundkapitals zu anderen Zwecken als dem Wertpapierhandel zu erwerben. Der Erwerb darf nach Wahl des Vorstands über die Börse oder mittels eines an alle Aktionäre gerichteten öffentlichen Kaufangebots erfolgen. Die erworbenen Aktien dürfen über die Börse oder in anderer Weise veräußert bzw. zu einem Teil oder insgesamt eingezogen werden. Von dieser Ermächtigung wurde im Geschäftsjahr 2006/07 kein Gebrauch gemacht.

Im Geschäftsjahr 2006/07 haben wir insgesamt 1.928.170 Stück eigene Aktien gekauft. Der durchschnittliche Einstandspreis betrug 29,65 € pro Stückaktie. Die Veräußerung im gleichen Umfang erfolgte zum durchschnittlichen Verkaufspreis von 29,68 €. Die Gewinne hieraus sind in Höhe von 65 Tsd. € ergebnisneutral mit den Kapitalrücklagen verrechnet worden. Der höchste Tagesbestand an eigenen Aktien belief sich auf 0,21 % des Grundkapitals. Die mit uns verbundenen Unternehmen tätigten keine Käufe und Verkäufe von IKB-Aktien. Am Bilanzstichtag befinden sich keine eigenen Aktien im Bestand der Bank.

Um den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern den Bezug von Belegschaftsaktien zu ermöglichen, wurden im Berichtsjahr 13.683 Stückaktien zum durchschnittlichen Kurs von 27,60 € gekauft. 9.910 Stückaktien wurden an Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der AG zum Vorzugspreis von 13,20 € weiter veräußert. 4.300 Stückaktien wurden zu gleichen Konditionen von Konzern-Mitarbeiterinnen und -Mitarbeitern erworben. Die daraus entstandenen Aufwendungen wurden in der Kapitalrücklage verrechnet.

Eigenkapitalentwicklung

	Anfangsbestand zum 1.4.2006	Ausgabe/Rückgabe von Anteilen	Gezahlte Dividenden	Änderungen des Konsolidierungskreises	Jahresüberschuss	Fremdwährungsergebnis	Versicherungsmathematische Gewinne und Verluste	Änderung der Neubewertungsrücklage	Endbestand zum 31.3.2007
2006/07 in Mio. €									
Gezeichnetes Kapital	225,3								225,3
Kapitalrücklage	568,2	0,0							568,2
Gewinnrücklagen	273,0			1,0	37,8		11,9		323,7
Gesetzliche Rücklage	2,4								2,4
Andere Gewinnrücklagen	270,6			1,0	37,8		11,9		321,3
Rücklage aus der Währungsumrechnung	-7,5					-7,7			-15,2
Neubewertungsrücklage	159,1							-70,7	88,4
Anteile in Fremdbesitz	0,2				0,1			-0,1	0,2
Konzernbilanzgewinn	74,8		-74,8		-				-
Gesamt	1 293,1	0,0	-74,8	1,0	37,9	-7,7	11,9	-70,8	1 190,6

	Anfangsbestand zum 1.4.2005	Ausgabe/Rückgabe von Anteilen	Gezahlte Dividenden	Änderungen des Konsolidierungskreises	Jahresüberschuss	Fremdwährungsergebnis	Versicherungsmathematische Gewinne und Verluste	Änderung der Neubewertungsrücklage	Endbestand zum 31.3.2006
2005/06 in Mio. €									
Gezeichnetes Kapital	225,3								225,3
Kapitalrücklage	568,0	0,2							568,2
Gewinnrücklagen	265,0			-4,7	34,0		-21,3		273,0
Gesetzliche Rücklage	2,4								2,4
Andere Gewinnrücklagen	262,6			-4,7	34,0		-21,3		270,6
Rücklage aus der Währungsumrechnung	-11,0					3,5			-7,5
Neubewertungsrücklage	191,6						10,0	-42,5	159,1
Anteile in Fremdbesitz	0,2				0,0				0,2
Konzernbilanzgewinn	70,4		-70,4		74,8				74,8
Gesamt	1 309,5	0,2	-70,4	-4,7	108,8	3,5	-11,3	-42,5	1 293,1

Neubewertungsrücklage

in Mio. €

Anfangsbestand zum 1.4.2006	159,1
Nicht realisiertes Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren Finanzlagen	-32,6
Umbuchungen in die Gewinn- und Verlustrechnung wegen zur Veräußerung verfügbarer Finanzlagen	-6,4
In die Gewinn- und Verlustrechnung eingestellte Wertänderungen aus aufgelösten Sicherungsbeziehungen gemäß IFRS 1	-74,8
Latente Steuern auf erfolgsneutrale Veränderungen	43,1
Endbestand zum 31.3.2007	88,4

Die Neubewertungsrücklage beinhaltet gemäß IFRS 1 eine Cash-flow-Hedge-Rücklage aus dem Übergang von HGB auf IFRS in Höhe von 112,2 Mio. € (Vorjahr: 187,0 Mio. €).

Bedingtes Kapital/Genehmigtes Kapital

Zur Gewährung von Wandlungs- oder Optionsrechten an die Inhaber von bis zum 8. September 2009 zu begebenden Wandel- oder Optionsschuldverschreibungen im Gesamtnennbetrag von 300 Mio. € besteht ein bedingtes Kapital von 22,5 Mio. €. Zudem besteht ein bedingtes Kapital von 22,5 Mio. € zur Gewährung von Wandlungs- oder Optionsrechten an die Inhaber von bis zum 30. August 2007 zu begebenden Genussscheinen mit Wandlungs- oder Optionsrechten. Außerdem wurde ein bis zum 30. August 2007 befristetes genehmigtes Kapital in Höhe von 76,8 Mio. € geschaffen.

Von diesen Ermächtigungen wurde im Geschäftsjahr 2006/07 kein Gebrauch gemacht.

Bankaufsichtsrechtliche Kennzahlen

Die risikogewichteten Aktiva sowie die Kapital- und Grundsatz I-Quoten im Konzern stellen sich zum Bilanzstichtag wie folgt dar:

31.3.2007 in Mio. €	Anrechnungsbeträge in %				Gesamt
	100	50	20	10	
Bilanzielle Geschäfte	26 640	102	1 284	527	28 553
Außerbilanzielle Geschäfte	2 204	1 644	18	0	3 866
Derivatgeschäft des Anlagebuches	0	143	185	0	328
Gewichtete Risikoaktiva gesamt	28 844	1 889	1 487	527	32 747
Anrechnungsbetrag für Marktrisikoposition					750
Summe der anrechnungspflichtigen Positionen					33 497
Kernkapital					2 434
Ergänzungskapital					1 726
Abzugspositionen					-88
Haftendes Eigenkapital ¹⁾					4 072
Dritrangmittel					9
Ungenutzte, aber anrechenbare Dritrangmittel					0
Anrechenbare Eigenmittel ²⁾					4 081
Kernkapitalquote (in %)					7,1
Eigenmittelquote (in %)					12,2

¹⁾ bei Anwendung von § 2 Abs. 1 i.V.m. § 3 des Grundsatzes I

²⁾ bei Anwendung von § 2 Abs. 2 und Abs. 3 i.V.m. § 3 des Grundsatzes I

Die IKB nutzt die Übergangsregelung nach § 339 Abs. 9 Solvabilitätsverordnung (SolV) und wird bis zum 1. Januar 2008 ihre Berechnungen nach den alten Regelungen des Grundsatzes I durchführen.

Erläuterungen zur Kapitalflussrechnung

Gemäß IAS 7 wird in der Kapitalflussrechnung die Veränderung des Zahlungsmittelbestandes in seinen Komponenten operative Geschäftstätigkeit, Investitionstätigkeit und Finanzierungstätigkeit analysiert.

Cash-flow aus operativer Geschäftstätigkeit

Hierzu gehören Zahlungsvorgänge aus Forderungen an Kreditinstitute und Kunden, aus Wertpapieren des Handelsbestandes und aus anderen Aktiva der operativen Geschäftstätigkeit. Veränderungen aus Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden, aus Verbrieften Verbindlichkeiten und anderen Passiva der operativen Geschäftstätigkeit werden in dieser Position ebenfalls wie die aus dem operativen Geschäft resultierenden Zins- und Dividendenzahlungen aufgeführt.

Daneben werden auch alle übrigen Zahlungsströme, die nicht unter dem Cash-flow aus Investitionstätigkeit oder dem Cash-flow aus Finanzierungstätigkeit gezeigt werden, unter dem Cash-flow aus operativer Geschäftstätigkeit abgebildet.

Cash-flow aus Investitionstätigkeit

Der Cash-flow aus Investitionstätigkeit berücksichtigt Ein- und Auszahlungen für Erwerbe und Veräußerungen im Beteiligungs- und Wertpapierbestand sowie Sachanlagen. Zudem werden hier Effekte aus Veränderungen des Konsolidierungskreises gezeigt.

Cash-flow aus Finanzierungstätigkeit

Der Cash-flow aus Finanzierungstätigkeit enthält Zahlungsströme aus Kapitalerhöhungen, ausgeschütteten Dividenden und Nachrangkapital sowie Veränderungen von Rücklagen und Anteilen.

Der Zahlungsmittelbestand setzt sich in der Berichtsperiode im Wesentlichen aus Guthaben bei Zentralnotenbanken zusammen.

Segmentberichterstattung

Grundlage der Segmentberichterstattung ist die interne, steuerungsorientierte Geschäftsfeldrechnung, die Teil des Management-Information-Systems der IKB ist. Die Darstellung des primären Berichtsformates erfolgt auf Basis der internen Organisationsstruktur und der jeweiligen Managementverantwortlichkeit.

Die Segmentberichterstattung im primären Berichtsformat ist nach den Geschäftsfeldern der Bank ausgerichtet. Methodisch ist die Rechnung so aufgebaut, dass die Geschäftsfelder wie selbstständige Unternehmen mit eigener Ergebnis- und Kostenverantwortung sowie der erforderlichen Eigenkapitalausstattung abgebildet werden.

Die operativen Geschäftsfelder sind:

- Firmenkunden
- Immobilienkunden
- Strukturierte Finanzierung und
- Verbriefungen.

Im Segment Firmenkunden werden die Erträge und Aufwendungen aus dem Marktantritt im Firmenkundengeschäft ausgewiesen. Dazu gehören neben dem traditionellen Kreditgeschäft mit inländischen Firmenkunden die Aktivitäten in den Bereichen Mobilien-Leasing, Private Equity und Kapitalmarktprodukte für Kunden (ABS-Verbriefungen, Schuldscheindarlehen und Corporate Bonds).

Dem Segment Immobilienkunden ist das Finanzierungs- und Dienstleistungsangebot der Bank rund um die Immobilie zugeordnet. Dazu gehören die klassischen Immobilienfinanzierungen sowie die Aktivitäten der Tochtergesellschaften IKB Immobilien Management GmbH und IKB Projektentwicklung GmbH & Co. KG.

Die Tätigkeiten im Bereich der Akquisitions- und Projektfinanzierung bei in- und ausländischen Adressen sind im Segment Strukturierte Finanzierung zusammengefasst. Hierzu gehört auch die Tochtergesellschaft IKB Capital Corporation, New York.

Im Segment Verbriefungen werden die Ergebnisse aus den Aktivitäten der Bank dargestellt, die durch Investments in internationale Kreditportfolien, die Beratung von konzernfremden Investoren und die Verbriefung und Ausplatzierung von Kreditrisiken geprägt sind. Darunter fallen auch die Ergebnis- und Volumenkomponenten aus der erstmaligen Konsolidierung der Rhineland Funding Capital Corporation. Die Vorjahreszahlen wurden entsprechend angepasst.

In der Spalte Zentrale/Konsolidierung sind die Ergebnisbestandteile ausgewiesen, die aus den Dispositionsentscheidungen des Treasury im Rahmen der Aktiv-Passiv-Steuerung resultieren. Dazu gehören Investments in Anleihen und Schuldscheindarlehen, die nicht im Verantwortungsbereich der operativen Geschäftsfelder stehen sowie die ELAN-Transaktionen. Außerdem weist die Bank die Ergebnisse aus den nicht mehr zum strategischen Bestand gehörenden Kreditengagements sowie die aus der Überleitung der Ergebnisse ihrer operativen Geschäftsfelder auf die Ergebnisgrößen der externen Rechnungslegung resultierenden Konsolidierungswerte aus.

Den Geschäftsfeldern werden Erträge und Kosten gemäß ihrer Ergebnisverantwortung zugeordnet. Der Zinsüberschuss aus dem Kreditgeschäft wird nach der Marktzinsmethode ermittelt und den Geschäftsfeldern kalkulatorisch zugewiesen. Da die Geschäftsfelder wie eigenständige, mit eigenem Kapital ausgestattete Unternehmen betrachtet werden, enthält der Zinsüberschuss auch den Anlageertrag aus diesen wirtschaftlichen Eigenmitteln. Dabei werden die Geschäftsfelder mit einer Eigenkapitalquote von 4 %, bezogen auf die Risikoaktiva gemäß dem aufsichtsrechtlichen Grundsatz I, ausgestattet.

Der Ausweis der Risikovorsorge in den Segmenten und in der Zentrale entspricht dem Saldo aus den Zuführungen und Auflösungen zu bzw. von Wertberichtigungen für Kreditausfälle und den Eingängen aus abgeschriebenem Forderungen.

Die Personal- und Sachkosten der Zentrale werden, soweit verursachungsgerecht zurechenbar, auf die Geschäftsfelder verrechnet. Projektkosten werden den Geschäftsfeldern zugerechnet, sofern die Projekte in einem unmittelbaren Zusammenhang mit diesen Geschäftsfeldern stehen. Verwaltungsaufwendungen von Projekten und Konzernfunktionen mit aufsichtsrechtlichem Hintergrund werden in der Zentrale/Konsolidierung gezeigt.

Der Segmenterfolg ist durch das Operative Ergebnis des jeweiligen Geschäftsfeldes gekennzeichnet. Darüber hinaus wird das Ergebnis der Geschäftsfelder anhand der Kennziffern Eigenkapital-Rentabilität und der Kosten-Ertrags-Relation gemessen. Die Eigenkapital-Rendite errechnet sich aus dem Verhältnis des Operativen Ergebnisses zum durchschnittlich zugeordneten Eigenkapital. Die Kosten-Ertrags-Relation wird aus dem Quotienten Verwaltungsaufwendungen zu Erträgen ermittelt.

in Mio. €	Firmenkunden		Immobilienkunden		Strukturierte Finanzierung		Verbriefungen		Zentrale/Konsolidierung		Gesamt	
	2006/07	2005/06	2006/07	2005/06	2006/07	2005/06	2006/07	2005/06	2006/07	2005/06	2006/07	2005/06
Zinsüberschuss	279,2	280,2	79,2	77,7	172,3	123,2	135,8	144,0	11,4	-14,6	677,9	610,5
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	37,5	44,1	15,4	20,3	35,4	17,1	19,3	0,0	151,4	237,1	259,0	318,6
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge	241,7	236,1	63,8	57,4	136,9	106,1	116,5	144,0	-140,0	-251,7	418,9	291,9
Provisionsüberschuss	12,9	14,3	8,0	8,0	36,1	23,9	0,6	-20,4	-5,6	4,6	52,0	30,4
Fair-Value-Ergebnis	23,2	19,7	3,4	1,2	1,9	0,3	-49,4	42,4	-20,0	-74,8	-40,9	-11,2
Ergebnis aus Finanzanlagen	2,4	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,4	6,0	4,1	7,1	6,9	13,1
Verwaltungsaufwendungen	150,8	139,4	41,5	34,4	65,8	52,4	30,2	22,9	27,9	19,9	316,2	269,0
Sonstiges betriebliches Ergebnis	5,3	-0,4	1,4	0,0	1,6	0,3	-4,4	-3,8	-10,1	119,7	-6,2	115,8
Operatives Ergebnis	134,7	130,3	35,1	32,2	110,7	78,2	33,5	145,3	-199,5	-215,0	114,5	171,0
Kosten-Ertrags-Relation in %	46,7	44,4	45,1	39,6	31,1	35,5	36,4	21,0			45,8	41,9
Eigenkapitalrendite in %	21,0	21,6	18,2	17,0	33,9	35,2	63,2	96,9			9,4	13,8
Ø zugeordnetes Eigenkapital	640	602	193	189	327	222	53	51	5	175	1 218	1 239
Kreditvolumen	16 835	15 720	4 889	4 819	7 870	5 786	18 413	15 906	3 191	3 597	51 198	45 828
Neugeschäftsvolumen	4 756	4 168	1 299	1 007	5 270	3 468	1 175	2 108	312	556	12 812	11 307

Das sekundäre Berichtsformat wird gemäß der geografischen Verteilung nach dem jeweiligen Sitz unserer Betriebsstätten oder Konzernunternehmen erstellt. Die Ergebnis- und Volumenkomponenten aus der erstmaligen Konsolidierung der Rhineland Funding Capital Corporation werden unter Amerika ausgewiesen. Die Vorjahreszahlen wurden entsprechend angepasst.

in Mio. €	Deutschland		Übriges Europa		Amerika		Zentrale/Konsolidierung		Gesamt	
	2006/07	2005/06	2006/07	2005/06	2006/07	2005/06	2006/07	2005/06	2006/07	2005/06
Zinsüberschuss	411,7	403,0	181,6	147,7	73,2	74,4	11,4	-14,6	677,9	610,5
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	85,2	65,5	22,4	14,8	0,0	1,2	151,4	237,1	259,0	318,6
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge	326,5	337,5	159,2	132,9	73,2	73,2	-140,0	-251,7	418,9	291,9
Provisionsüberschuss	111,0	73,5	0,6	12,4	-54,0	-60,1	-5,6	4,6	52,0	30,4
Fair-Value-Ergebnis	32,7	3,5	10,1	17,8	-63,7	42,3	-20,0	-74,8	-40,9	-11,2
Ergebnis aus Finanzanlagen	2,6	6,0	0,2	0,0	0,0	0,0	4,1	7,1	6,9	13,1
Verwaltungsaufwendungen	242,7	212,5	40,6	32,6	5,0	4,0	27,9	19,9	316,2	269,0
Sonstiges betriebliches Ergebnis	3,5	-1,1	4,5	0,7	-4,1	-3,5	-10,1	119,7	-6,2	115,8
Operatives Ergebnis	233,6	206,9	134,0	131,2	-53,6	47,9	-199,5	-215,0	114,5	171,0
Kosten-Ertrags-Relation in %	43,2	43,8	20,6	18,3	n. a.	7,5			45,8	41,9
Kreditvolumen	24 414	23 716	10 992	8 684	12 601	9 831	3 191	3 597	51 198	45 828

Erläuterungen zu Finanzinstrumenten

(50) Derivative Geschäfte

Die IKB schließt Termingeschäfte ab, die im Wesentlichen der Steuerung und Begrenzung von Zinsänderungsrisiken, Kreditrisiken und Währungsrisiken dienen. Ein Handel in diesen Instrumenten wird nur in eingeschränktem Umfang betrieben.

	Nominalbetrag			Marktwert						
				Positiv		Negativ		Gesamt		
	31.3.2007 in Mio. €	31.3.2006 in Mio. €	Verände- rung in %	31.3.2007 in Mio. €	31.3.2006 in Mio. €	31.3.2007 in Mio. €	31.3.2006 in Mio. €	31.3.2007 in Mio. €	31.3.2006 in Mio. €	Verände- rung in %
Zinsderivate	30 679,7	30 322,2	1,2	305,7	325,9	894,9	895,5	-589,2	-569,6	3,4
Restlaufzeit bis 1 Jahr				134,7	149,5	104,1	68,5	30,6	81,0	-62,2
Restlaufzeit mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre				52,4	67,1	176,6	151,4	-124,2	-84,3	47,3
Restlaufzeit mehr als 5 Jahre				118,6	109,3	614,2	675,6	-495,6	-566,3	-12,5
Kreditderivate	10 167,1	2 418,6	320,4	125,3	33,9	124,8	24,1	0,5	9,8	-94,9
Restlaufzeit bis 1 Jahr				1,5	4,8	0,0	15,9	1,5	-11,1	
Restlaufzeit mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre				120,7	24,1	123,0	6,0	-2,3	18,1	
Restlaufzeit mehr als 5 Jahre				3,1	5,0	1,8	2,2	1,3	2,8	-53,6
Währungsderivate	8 200,4	6 694,7	22,5	155,0	102,0	145,0	98,8	10,0	3,2	>100,0
Restlaufzeit bis 1 Jahr				113,1	62,7	53,6	32,2	59,5	30,5	95,1
Restlaufzeit mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre				41,7	32,3	70,9	41,2	-29,2	-8,9	>100,0
Restlaufzeit mehr als 5 Jahre				0,2	7,0	20,5	25,4	-20,3	-18,4	10,3
Aktienderivate	0,0	0,0	-	0,0	0,5	0,0	3,0	0,0	-2,5	-100,0
Restlaufzeit bis 1 Jahr				0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	
Restlaufzeit mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre				0,0	0,0	0,0	3,0	0,0	-3,0	-100,0
Restlaufzeit mehr als 5 Jahre				0,0	0,5	0,0	0,0	0,0	0,5	-100,0
Gesamt	49 047,2	39 435,5	24,4	586,0	462,3	1 164,7	1 021,4	-578,7	-559,1	3,5

Die Marktwerte werden, soweit möglich, mittels Börsenkursen ermittelt. Falls Börsenkurse nicht verfügbar sind, werden die Marktwerte nach der Discounted-Cash-Flow-Methode, auf Basis eines Vergleichs mit ähnlichen Markttransaktionen oder anderen Bewertungsmodellen (z.B. Optionspreismodell) ermittelt. Die Discounted-Cash-

Flow-Methode beruht auf geschätzten zukünftigen Zahlungsströmen und entsprechenden Abzinsungsfaktoren. In die Bewertungsmodelle gehen Parameter wie Zinsstrukturkurven, Spreadkurven und Volatilitätsfaktoren ein. Die Marktwerte enthalten – den Marktusancen folgend – die abzugrenzenden Stückzinsen.

Die Aufteilung der Derivate nach Kontrahenten stellt sich wie folgt dar:

in Mio. €	Marktwert zum 31.3.2007		Marktwert zum 31.3.2006	
	Positiv	Negativ	Positiv	Negativ
OECD-Banken	466,3	1 054,8	369,5	978,1
Sonstige OECD-Unternehmen und OECD-Privatpersonen	119,2	105,8	91,7	27,5
Nicht-OECD	0,5	4,1	1,1	15,8
Gesamt	586,0	1 164,7	462,3	1 021,4

(51) Marktpreisrisiken aus Handelsaktivitäten

Die Marktpreisrisiken der IKB resultieren sowohl aus den Positionen des Handelsbuches als auch denen des Bankbuchs. Im Value at Risk werden Zins-, Volatilitäts- und Aktienkursänderungsrisiken einbezogen. Dabei wird bei dem Kredit- und Kreditersatzgeschäft ausschließlich auf den Strukturbeitrag abgestellt. Währungsrisiken sind im Gesamtbestand nicht nennenswert und werden mit einem Volumenslimit für offene Devisenpositionen begrenzt.

Die Quantifizierung der Marktpreisrisiken erfolgt nach mathematisch-statistischen Ansätzen als Value at Risk unter Verwendung eines Konfidenzniveaus von 95 % und einer Haltedauer von zehn Tagen. Für die Messung der Marktpreisrisiken im Eigenhandel wird der Varianz-Kovarianz-Ansatz, erweitert um Szenarien für Derivate, angewandt. Die zugrunde liegenden statistischen Para-

meter basieren auf einer Beobachtungsperiode der letzten 50 bzw. 500 Handelstage.

Die Marktpreisrisiken im Bankbuch werden auf Grundlage eines Barwertkonzepts ebenfalls nach der Methode der historischen Simulation gemessen. Die zugrunde liegenden Parameter entsprechen hier einer Beobachtungsperiode von 250 Handelstagen.

Die Höhe des Marktpreisrisikos der Bank wird durch ein vom Vorstand verabschiedetes Limitsystem begrenzt und im Rahmen des Risikomanagements ständig überwacht. Limite existieren für das Risikopotenzial der Zins- und Volatilitätsrisiken und werden vom Risikocontrolling täglich überwacht.

Portfolio	Risikopotenzial bei Konfidenzniveau von 95%		
	31.3.2007 in Mio. €	31.3.2006 in Mio. €	Veränderung in %
Handelsbuch	2,0	0,1	> 100,0
Bankbuch	50,9	163,2	-68,8
Konzern	52,9	163,3	-67,6

Die Berechnung der Marktpreisrisiken aus Handelsaktivitäten wurde im Geschäftsjahr aufgrund einer geänderten Anlagestrategie der Eigenmittel umgestellt. Das Risikopotenzial zum 31. März 2006 beträgt unter Berücksichtigung der neuen Anlagestrategie im Bankbuch 101,1 Mio. €.

Im vergangenen Geschäftsjahr wurde der Limitrahmen für das Risikopotenzial verringert. Die Ausschöpfung dieses Rahmens wurde ebenfalls zurückgeführt.

(52) Kreditrisikokonzentrationen

Die Kreditrisiken stellen sich zum 31. März 2007 im Vergleich zum Vorjahr wie folgt dar:

	Kreditvolumen		
	31.3.2007 in Mio. €	31.3.2006 in Mio. €	Veränderung in %
Inländische Kunden	24 534,5	24 360,7	0,7
Produktion	12 414,1	12 251,1	1,3
Handel	2 404,3	2 557,7	-6,0
Dienstleistung	6 951,0	7 372,1	-5,7
Verkehr	716,0	677,7	5,7
Sonstiges	2 049,1	1 502,1	36,4
Ausländische Kunden	8 250,3	5 783,4	42,7
Produktion	3 752,8	2 973,2	26,2
Handel	565,6	488,2	15,9
Dienstleistung	2 566,4	1 493,0	71,9
Verkehr	649,8	270,4	> 100,0
Sonstiges	715,7	558,6	28,1
Verbriefungen	18 413,6	15 684,3	17,4
Gesamt	51 198,4	45 828,4	11,7

Ausführliche Angaben zu den Risiken unseres Geschäftes befinden sich im Risikobericht innerhalb des Geschäftsberichts.

(53) Marktwerte von finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten

Der beizulegende Zeitwert (Marktwert) eines finanziellen Vermögenswertes oder einer finanziellen Verbindlichkeit ist gemäß IAS 32 der Betrag, zu dem zwischen sachverständigen, vertragswilligen und voneinander unabhängigen Vertragspartnern ein Vermögenswert getauscht oder eine Schuld beglichen werden könnte.

Bei Finanzinstrumenten, für die ein aktiver Markt existiert, ergibt sich der Marktwert aus dem Börsen- oder Marktpreis am Bilanzstichtag. Für die Barreserve sowie für kurzfristige Forderungen und Verbindlichkeiten, bei denen der Buchwert einen hinreichenden Näherungswert des Marktwerts darstellt, wurde auf dessen separate Ermittlung verzichtet

und der aktuelle Buchwert herangezogen. Kredite werden unter Einbezug aktueller Ratings und daraus abgeleiteter Ausfallwahrscheinlichkeiten sowie Sicherheitenentwicklungen bewertet. Für Beteiligungen, die nach der Equity-Methode bilanziert werden, wurden die fortgeschriebenen Buchwerte herangezogen. Für alle übrigen finanziellen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten, für die kein liquider Markt existiert, wurden geeignete Bewertungsmodelle (u.a. Discounted-Cash-flow-Methode und Optionspreismodelle) verwendet.

In der folgenden Tabelle erfolgt eine Gegenüberstellung der Marktwerte und der entsprechenden Buchwerte.

in Mio. €	Marktwert		Buchwert		Unterschied	
	31.3.2007	31.3.2006	31.3.2007	31.3.2006	31.3.2007	31.3.2006
Aktiva						
Forderungen an Kreditinstitute	4 441,7	2 195,4	4 441,9	2 197,1	-0,2	-1,7
Forderungen an Kunden	29 293,7	27 797,7	29 685,0	28 017,7	-391,3	-220,0
Handelsaktiva	2 208,5	586,0	2 208,5	586,0	-	-
Finanzanlagen	27 113,5	23 085,4	27 265,0	23 174,2	-151,5	-88,8
Passiva						
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	13 810,6	13 945,9	13 912,5	14 060,5	-101,9	-114,6
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	4 275,6	2 567,1	4 277,8	2 546,0	-2,2	21,1
Verbriefte Verbindlichkeiten	39 484,2	30 714,6	39 555,5	30 760,9	-71,3	-46,3
Handelspassiva	1 164,7	1 021,4	1 164,7	1 021,4	-	-
Nachrangkapital	3 048,8	2 966,0	3 026,4	2 910,4	22,4	55,6
Summe stiller Lasten vor Risikoschirm					-390,0	-226,3

Der Unterschiedsbetrag zwischen dem Buchwert der zum Marktwert bewerteten finanziellen Verbindlichkeiten und dem Rückzahlungsbetrag beläuft sich auf 42,5 Mio. € (Vorjahr: 45,6 Mio. €).

Sonstige Erläuterungen

(54) Nachrangige Vermögenswerte

Als nachrangig sind Vermögenswerte anzusehen, wenn sie als Forderungen im Fall der Liquidation oder der Insolvenz des Schuldners erst nach den Forderungen der anderen Gläubiger erfüllt werden dürfen.

Die nachrangigen Vermögenswerte setzen sich im Wesentlichen aus folgenden Posten zusammen:

	31.3.2007 in Mio. €	31.3.2006 in Mio. €	Veränderung in %
Forderungen an Kunden	505,2	394,9	27,9
Handelsaktiva	0,4	–	–
Finanzanlagen	423,7	191,9	> 100,0
Gesamt	929,3	586,8	58,4

(55) Eventualforderungen/-verbindlichkeiten und andere Verpflichtungen

Unter den Eventualverbindlichkeiten werden u.a. potenzielle zukünftige Verbindlichkeiten des Konzerns ausgewiesen, die aus den Kunden eingeräumten, jedoch noch nicht in Anspruch genommenen und terminlich begrenzten Kreditlinien erwachsen.

Die Erträge aus Bürgschaften u.Ä. werden im Provisionsergebnis erfasst, wobei die Höhe durch Anwendung vereinbarter Sätze auf den Nominalbetrag der Bürgschaften bestimmt wird.

Eventualverbindlichkeiten und andere Verpflichtungen der IKB setzen sich wie folgt zusammen:

	31.3.2007 in Mio. €	31.3.2006 in Mio. €	Veränderung in %
Eventualverbindlichkeiten	1 012,5	934,7	8,3
Bürgschaften, Garantien, Sonstige	842,9	714,7	17,9
Haftungsübernahmen	169,6	220,0	–22,9
Andere Verpflichtungen	5 776,8	3 719,4	55,3
Kreditzusagen bis zu einem Jahr	3 201,8	1 712,1	87,0
Kreditzusagen von mehr als einem Jahr	2 575,0	2 007,3	28,3
Gesamt	6 789,3	4 654,1	45,9

Den Eventualverbindlichkeiten stehen grundsätzlich Eventualforderungen in gleicher Höhe gegenüber.

In dem Posten Andere Verpflichtungen sind Kreditzusagen über insgesamt 933,3 Mio. € (Vorjahr: 810,9 Mio. €) Gegenwert an Spezialgesellschaften enthalten, die im Falle von kurzfristigen Liquiditätsengpässen bzw. vertraglich definierten Kreditausfallereignissen von diesen in Anspruch genommen werden können.

Die dargestellten Zahlen reflektieren die Beträge, die im Falle der vollständigen Ausnutzung der Fazilitäten an den Kunden ausgezahlt werden müssten.

(56) Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Einzahlungsverpflichtungen aus nicht voll eingezahlten Aktien, GmbH-Anteilen und Anteilen an verbundenen Unternehmen sowie aus dem von der IKB Private Equity gehaltenen Anteilsbesitz und den Nachrangdarlehen belaufen sich am Bilanzstichtag im Konzern auf 46,8 Mio. € (Vorjahr: 35,7 Mio. €).

Es besteht eine anteilige Nachschusspflicht für die Liquiditäts-Konsortialbank GmbH, Frankfurt am Main. Daneben

trägt die Bank eine quotale Eventualhaftung für die Erfüllung der Nachschusspflicht anderer, dem Bundesverband deutscher Banken e.V. angehörender Gesellschafter. Ferner hat die Bank sich gemäß § 5 Abs. 10 des Statuts für den Einlagensicherungsfonds verpflichtet, den Bundesverband deutscher Banken e.V. von etwaigen Verlusten frei zu halten, die durch Maßnahmen zu Gunsten von in ihrem Mehrheitsbesitz stehenden Kreditinstituten anfallen.

(57) Leasing

Finanzierungsleasing

	31.3.2007 in Mio. €	31.3.2006 in Mio. €	Veränderung in %
Forderungen aus dem Leasinggeschäft			
Bruttoinvestitionswert (Restlaufzeiten)			
bis 1 Jahr	532,3	467,1	14,0
über 1 Jahr bis 5 Jahre	1 124,3	974,3	15,4
über 5 Jahre	77,7	53,0	46,6
Bruttoinvestitionswert insgesamt	1 734,3	1 494,4	16,1
darunter:			
Nicht garantierte Restwerte	55,9	35,8	56,1
Unrealisierter Finanzertrag (Restlaufzeiten)			
bis 1 Jahr	79,1	65,3	21,1
über 1 Jahr bis 5 Jahre	111,2	86,4	28,7
über 5 Jahre	5,6	3,2	75,0
Unrealisierter Finanzertrag insgesamt	195,9	154,9	26,5
Nettoinvestitionswert (Restlaufzeiten)			
bis 1 Jahr	453,2	401,8	12,8
über 1 Jahr bis 5 Jahre	1 012,8	887,9	14,1
über 5 Jahre	72,4	49,8	45,4
Nettoinvestitionswert insgesamt	1 538,4	1 339,5	14,8
Erfolgswirksam erfasste bedingte Mietzahlungen	6,4	5,7	12,3
Kumulierte Wertberichtigungen für uneinbringlich ausstehende Mindestleasingzahlungen	-0,6	-5,4	-88,9

Zukünftige Mindestleasingzahlungen aus unkündbaren Finanzierungsleasing-Verträgen teilen sich nach Laufzeiten wie folgt auf:

	31.3.2007 in Mio. €	31.3.2006 in Mio. €	Veränderung in %
bis 1 Jahr	486,1	426,6	13,9
über 1 Jahr bis 5 Jahre	997,1	879,1	13,4
über 5 Jahre	75,0	50,7	47,9
Gesamt	1 558,2	1 356,4	14,9

Operating-Leasing

Zukünftige zu erhaltene Mindestleasingzahlungen aus unkündbaren Operating-Leasing-Verträgen teilen sich nach Laufzeiten wie folgt auf:

	31.3.2007 in Mio. €	31.3.2006 in Mio. €	Veränderung in %
bis 1 Jahr	37,6	50,8	-26,0
über 1 Jahr bis 5 Jahre	48,8	67,2	-27,4
über 5 Jahre	0,3	0,6	-50,0
Gesamt	86,7	118,6	-26,9

Im Berichtsjahr wurden wie im Vorjahr keine bedingten Mietzahlungen erfolgswirksam erfasst.

Bei der IKB Leasing GmbH, Hamburg, bestehen Verpflichtungen aus Sale-and-Lease-Back-Geschäften in Höhe von 7,4 Mio. € (Vorjahr: 18,5 Mio. €). Diesen Verpflichtungen stehen entsprechende Ansprüche an Leasingnehmer gegenüber.

Im Rahmen eines Operating-Leasing-Vertrages wurden die zwei Verwaltungsgebäude in Düsseldorf für eine Festmietzeit von 20 Jahren angemietet. Es besteht eine zweimalige Mietverlängerungsoption über jeweils fünf Jahre zu dann gültigen Marktkonditionen. Zusätzlich wurde der IKB ein Vorkaufs- und Vormietrecht eingeräumt. Für die ersten drei Jahre des Mietvertrages wurde eine Preis-anpassungsklausel mit 1 % p.a. vereinbart, ab dem 4. Jahr

besteht eine Regelung zu einer bedingten Mietzahlung durch die Kopplung der Mieterhöhung an die Veränderung des Verbraucherpreisindexes.

Von der IKB aus unkündbaren Operating-Leasing-Verträgen zu leistende Mindestleasingzahlungen setzen sich wie folgt zusammen:

	31.3.2007 in Mio. €	31.3.2006 in Mio. €	Veränderung in %
bis 1 Jahr	14,7	12,7	15,7
über 1 Jahr bis 5 Jahre	55,3	52,1	6,1
über 5 Jahre	185,5	196,7	-5,7
Gesamt	255,5	261,5	-2,3

Aus der Untervermietung von Teilen der Verwaltungsgebäude an konzernfremde Mieter erwartet die IKB Mietzahlungen von unverändert mindestens 1,7 Mio. € p.a.

(58) Patronatserklärung

Die IKB trägt dafür Sorge, dass ihre Tochterunternehmen, die in der Liste über den Anteilsbesitz der IKB Deutsche Industriebank AG als unter die Patronatserklärung fallend gekennzeichnet sind, abgesehen vom Fall des politischen Risikos, ihre vertraglichen Verpflichtungen erfüllen können.

und IKB Penzüdyi Lizing Hungaria Rt., Budapest, gegenüber der Commerzbank Rt., Budapest, Patronatserklärungen abgegeben. Darüber hinaus besteht eine Patronatserklärung der IKB Leasing Austria GmbH, Salzburg, gegenüber dem Bankhaus Carl Spängler & Co., Salzburg.

Die IKB Leasing GmbH, Hamburg, hat zugunsten der Tochtergesellschaften IKB Leasing Hungaria Kft., Budapest,

(59) Angaben zu Sicherheiten

Angaben zu gestellten Sicherheiten für eigene Verbindlichkeiten und Eventualverbindlichkeiten

Für nachstehend aufgeführte Verbindlichkeiten wurden Vermögenswerte oder hereingenommene Sicherheiten abgetreten oder übertragen:

	31.3.2007 in Mio. €	31.3.2006 in Mio. €	Veränderung in %
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	6 146,7	5 488,7	12,0
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	18,3	20,0	-8,5
Gesamt	6 165,0	5 508,7	11,9

Sicherheiten stellt die IKB vor allem für Darlehen der KfW Bankengruppe sowie anderer Förderinstitute. Die Vergabe von Darlehen haben diese Institute an die Stellung von Sicherheiten geknüpft.

Bei der Deutschen Bundesbank sind festverzinsliche Wertpapiere in Höhe von 6,0 Mrd. € (Vorjahr: 5,3 Mrd. €) als Sicherheiten für das Tendersverfahren der Europäischen Zentralbank (Sicherheitenpool) hinterlegt. Am Bilanzstichtag waren Kreditfazilitäten in Höhe von 0,8 Mrd. € (Vorjahr: 3,3 Mrd. €) in Anspruch genommen.

Die IKB hat bei Kreditinstituten Barsicherheitsleistungen (Cash Collaterals) im Zusammenhang mit Kreditderivatgeschäften in Höhe von 290,0 Mio. € (Vorjahr: 540,0 Mio. €) erbracht.

Im Rahmen des Sicherheitenverwaltungs-Managements (Collateral Management) wurden für Zinsderivate Barsicherheiten in Höhe von 262,3 Mio. € (Vorjahr: 271,7 Mio. €) gegeben.

Für die Einhaltung der Zahlungsverpflichtungen bei Wertpapiertransaktionen sind Wertpapierbestände mit einem Marktwert von 3,5 Mio. € (Vorjahr: 3,5 Mio. €) gegenüber der Clearstream Banking AG, Frankfurt am Main, und ein

Wertpapier mit einem Marktwert von 7,0 Mio. € (Vorjahr: 7,0 Mio. €) bei der Clearstream Banking S.A., Luxemburg, als Sicherheit hinterlegt. Im Rahmen des Futures-Handels an der EUREX Deutschland sind für Marginverpflichtungen gegenüber der BHF-Bank AG, Frankfurt am Main und Berlin, sowie der Citygroup, London, Wertpapiere mit einem Marktwert von 20,0 Mio. € (Vorjahr: 5,0 Mio. €) verpfändet.

Darüber hinaus sind als Sicherheit im Rahmen einer Emission Wertpapiere mit einem Nominalwert von unverändert 67,0 Mio. US-\$ gegenüber der WestLB AG, Filiale London, verpfändet. Der KfW Bankengruppe sind zur begleitenden Absicherung gemeinsamer Geschäftskonzepte Wertpapiere in Höhe von 390,1 Mio. US-\$ verpfändet.

Angaben zu erhaltenen Sicherheiten

Die Bank hat Staatsanleihen mit einem Fair Value von 74,1 Mio. € als Sicherheiten erhalten, für die die Erlaubnis zu Weiterveräußerung oder Weiterverpfändung besteht. Für diese Sicherheiten besteht nach den üblichen Bedingungen im Rahmen von Wertpapierpensionsgeschäften eine Rückgabeverpflichtung in gleicher Höhe. Im Rahmen von Pensionsgeschäften wurden diese Sicherheiten weiterverpfändet.

(60) Wertpapierpensionsgeschäfte

Im Geschäftsjahr 2006/07 wurden erstmals Wertpapierpensionsgeschäfte getätigt. Aus echten Wertpapierpensionsgeschäften als Pensionsnehmer (Reverse-Repo-Geschäfte) bestehen zum Bilanzstichtag Forderungen an

Kreditinstitute in Höhe von 75,1 Mio. € und als Pensionsgeber (Repo-Geschäfte) Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten in Höhe von 75,2 Mio. €.

(61) Anlagespiegel

Das Anlagevermögen hat sich im vergangenen Geschäftsjahr wie folgt entwickelt:

	Sachanlagen				Immaterielle Anlagewerte	Beteiligungen/ Assoziierte Unternehmen/ Verbundene Unternehmen	Gesamt
	Leasinggegen- stände aus Operating- Leasing- Verträgen	Grundstücke und Gebäude sowie Gebäude im Bau ohne als Finanz- investition zur Veräußerung gehaltene Immobilien	Betriebs- und Geschäfts- ausstattung inkl. Gering- wertige Wirtschafts- güter	Als Finanz- investition zur Ver- äußerung gehaltene Immobilien			
in Mio. €							
Anschaffungs- und Herstellungskosten							
Bestand zum 31.3.2006	216,1	110,7	55,0	10,1	55,7	278,2	725,8
Veränderungen des Konsolidierungskreises	0,0	0,0	-1,2	0,0	0,0	0,0	-1,2
Veränderungen aus Währungsumrechnungen	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,1
Zugänge	61,4	16,8	10,7	0,0	20,1	170,8	279,8
Umbuchungen	-34,7	0,0	0,1	0,0	0,0	0,0	-34,6
Abgänge	67,2	28,3	4,1	0,0	0,6	148,9	249,1
Bestand zum 31.3.2007	175,7	99,2	60,5	10,1	75,2	300,1	720,8
Kumulierte Veränderung aus der at-equity-Bewertung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	4,6	4,6
Ab- und Zuschreibungen							
Bestand zum 31.3.2006	87,4	29,6	35,9	7,9	28,2	9,7	198,7
Veränderungen des Konsolidierungskreises	0,0	0,0	-0,6	0,0	0,0	0,0	-0,6
Veränderungen aus Währungsumrechnung	0,0	0,0	-0,1	0,0	0,0	0,0	-0,1
Planmäßige Abschreibungen	32,0	1,7	7,2	0,0	9,7	0,0	50,6
Außerplanmäßige Abschreibungen	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,9	1,0
Zuschreibungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Umbuchungen	-7,3	0,0	0,2	0,0	0,0	0,0	-7,1
Abgänge	40,5	16,6	3,5	0,0	0,6	0,0	61,2
Bestand zum 31.3.2007	71,7	14,7	39,1	7,9	37,3	10,6	181,3
Kumulierte Bewertungsänderungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	-22,9	-22,9
Buchwerte							
Bestand zum 31.3.2006	128,7	81,1	19,1	2,2	27,5	255,4	514,0
Bestand zum 31.3.2007	104,0	84,5	21,4	2,2	37,9	271,2	521,2

(62) Restlaufzeitengliederung

Die Struktur der Restlaufzeiten der Vermögenswerte und Verbindlichkeiten stellt sich wie folgt dar:

31.3.2007 in Mio. €	bis 3 Monate	mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	mehr als 5 Jahre	Gesamt
Forderungen an Kreditinstitute	4 239,0	44,0	59,1	99,8	4 441,9
Forderungen an Kunden	3 075,6	3 816,8	14 088,8	8 703,8	29 685,0
Handelsaktiva	193,1	125,1	319,5	1 570,8	2 208,5
Finanzanlagen	240,5	897,7	11 108,6	15 018,2	27 265,0
Gesamt	7 748,2	4 883,6	25 576,0	25 392,6	63 600,4
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	5 132,2	1 272,2	3 808,1	3 700,0	13 912,5
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	996,1	117,1	1 047,1	2 117,5	4 277,8
Verbriefte Verbindlichkeiten	12 462,3	8 583,7	18 013,8	495,7	39 555,5
Handelspassiva	56,5	97,0	371,3	639,9	1 164,7
Nachrangkapital	2,5	231,2	693,5	2 099,2	3 026,4
Gesamt	18 649,6	10 301,2	23 933,8	9 052,3	61 936,9

31.3.2006 in Mio. €	bis 3 Monate	mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	mehr als 5 Jahre	Gesamt
Forderungen an Kreditinstitute	2 147,6	9,0	34,2	6,3	2 197,1
Forderungen an Kunden	3 735,2	3 242,0	13 001,7	8 038,8	28 017,7
Handelsaktiva	164,3	44,5	217,9	159,3	586,0
Finanzanlagen	372,9	873,5	8 273,8	13 654,0	23 174,2
Gesamt	6 420,0	4 169,0	21 527,6	21 858,4	53 975,0
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	6 618,2	1 083,7	3 203,9	3 154,7	14 060,5
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	526,1	182,1	901,1	936,7	2 546,0
Verbriefte Verbindlichkeiten	9 738,5	5 839,7	14 676,9	505,8	30 760,9
Handelspassiva	39,6	58,3	200,5	723,0	1 021,4
Nachrangkapital	92,0	0,0	871,3	1 947,1	2 910,4
Gesamt	17 014,4	7 163,8	19 853,7	7 267,3	51 299,2

Die Restlaufzeit ergibt sich aus dem Zeitraum zwischen Bilanzstichtag und Fälligkeitstermin jedes Teilbetrags eines Vermögenswertes oder einer Verbindlichkeit. Existiert ein Zinsanpassungstermin vor dem eigentlichen Fälligkeitstermin, so wurde dieser als Fälligkeitstermin gewählt.

(63) Fremdwährungsvolumina

Die in Euro umgerechneten bilanzierten Währungsvolumina sind in der nachfolgenden Übersicht dargestellt.

	31.3.2007 in Mio. €	31.3.2006 in Mio. €	Veränderung in %
Fremdwährungsaktiva	18 652,4	8 275,2	>100,0
Fremdwährungspassiva	18 393,7	8 310,9	>100,0

Die Umrechnungskurse der wesentlichen Währungen der IKB sind in der folgenden Tabelle dargestellt.

Betrag in Währung für 1 €	31.3.2007	31.3.2006	Veränderung in %
USD	1,3318	1,2104	10,0
CHF	1,6247	1,5801	2,8

(64) Durchschnittliche Zahl der während des Geschäftsjahres beschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

	2006/07	2005/06	Veränderung in %
Männlich	1 056	996	6,0
Weiblich	672	630	6,7
Gesamt	1 728	1 626	6,3

Der durchschnittliche Anstieg von 102 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern resultiert vor allem aus weiteren Einstellungen in den Tochtergesellschaften sowie Markt- und Zentralbereichen.

(65) Angaben über Geschäftsbeziehungen mit nahe stehenden Unternehmen und Personen

Die KfW Bankengruppe hält unverändert zum Vorjahr einen Anteil von 37,8 % an der IKB und ist somit für die IKB ein nahe stehendes Unternehmen im Sinne des IAS 24. Die Kredit- und Refinanzierungsgeschäfte der IKB sowie ihrer Tochtergesellschaften mit der KfW Bankengruppe wurden ausnahmslos zu marktgerechten Konditionen und im Rahmen von für alle Kreditinstitute allgemein zugänglichen Förderprogrammen der KfW Bankengruppe durchgeführt.

In den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind per 31. März 2007 Einzelrefinanzierungen in Höhe von 4,0 Mrd. € (Vorjahr: 3,6 Mrd. €) und Globaldarlehen in Höhe von 1,7 Mrd. € (Vorjahr: 1,5 Mrd. €) enthalten.

Zum Stichtag 31. März 2007 hat die KfW Bankengruppe gegenüber der IKB Private Equity GmbH 10 Garantien (Vorjahr: 23 Garantien) mit einem Volumen von 13,2 Mio. € (Vorjahr: 23,0 Mio. €) und gegenüber der IKB Equity Capital Fund I GmbH & Co. KG, einer Tochtergesellschaft der IKB Private Equity GmbH, 7 Garantien mit einem Volumen von 9,2 Mio. € (Vorjahr: 0,0 Mio. €) zur Verfügung gestellt. Die Garantien der IKB Equity Capital Fund I GmbH & Co. KG wurden im Wege der Ausgliederung mit Wirkung zum 1. Januar 2007 durch die IKB Private Equity GmbH übertragen.

Bei diesen Garantien handelt es sich ausschließlich um Avalgarantien der verschiedenen Förderprogramme der KfW Bankengruppe für Beteiligungsgeber. Diese Förderprogramme stehen allen bei der KfW Bankengruppe akkreditierten Beteiligungsgebern zu identischen Konditionen zur Verfügung. Diese Konditionen variieren je nach Förderprogramm und Risikogehalt des Investments. Für Garantien wurden durch die IKB Private Equity GmbH und die IKB Equity Capital Fund I GmbH & Co. KG an die KfW Bankengruppe Avalprovisionen in Höhe von 2,1 Mio. € (Vorjahr: 1,2 Mio. €) gezahlt.

Des Weiteren besteht zwischen der KfW Bankengruppe und der IKB Private Equity GmbH eine individuelle Beteiligungs-garantievereinbarung mit einem Volumen von 5,9 Mio. € (Vorjahr: 13,0 Mio. €). Die Konditionen dieser Beteiligungs-garantievereinbarung wurden in Anlehnung an den in 2001 gemeinsam initiierten Mezzanine Fonds gestaltet und spiegeln dessen wirtschaftlichen Inhalt wider. Der Fonds wurde im Geschäftsjahr 2005/06 aufgelöst. Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurden für diese Garantien an die KfW Bankengruppe Avalprovisionen in Höhe von 0,8 Mio. € (Vorjahr: 0,1 Mio. €) gezahlt.

Die nachstehende Übersicht zeigt die Geschäftsbeziehungen zu den Organen der Bank im Kundenkreditgeschäft:

	Kreditvolumen (Inanspruchnahme oder Höhe der Zusage) in 1 000 €		Durchschnittliche Restlaufzeit in Jahren		Durchschnittliche Verzinsung in %	
	31.3.2007	31.3.2006	31.3.2007	31.3.2006	31.3.2007	31.3.2006
Personenkreis einschließlich Familienangehörige						
Vorstand	–	–	–	–	–	–
Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat	177	57	6,2	4,8	4,1	4,0
Aktionärsvertreter im Aufsichtsrat	400	700	1,3	2,3	5,3	4,1
Von Aktionärsvertretern beherrschte Unternehmen	116 609	151 081	11,5	7,0	4,5	4,8
Gesamt	117 186	151 838	11,5	7,0	4,5	4,8

Sämtliche Engagements wurden zu marktgerechten Bedingungen auf der Grundlage der geschäftsüblichen Grundsätze der IKB gewährt und durch Grundpfandrechte und sonstige Sicherheiten besichert. Diese Engagements stellen 0,3 % (Vorjahr: 0,4 %) des Konzernkreditvolumens dar. Es besteht keine Einzelwertberichtigung für diese Engagements.

Die nachstehende Tabelle zeigt die übrigen Geschäftsbeziehungen, die ebenfalls zu marktgerechten Bedingungen abgeschlossen wurden:

Personenkreis	Geschäftsart	Volumen in 1 000 €		Durchschnittliche Restlaufzeit in Jahren		Durchschnittliche Verzinsung in %	
		31.3.2007	31.3.2006	31.3.2007	31.3.2006	31.3.2007	31.3.2006
Von Aktionärsvertretern beherrschte Unternehmen	Wertpapiere im Bestand der IKB	11 900	11 900	3,0	4,0	8,0	8,0
Von Aktionärsvertretern beherrschte Unternehmen	Zinsswaps	11 500	1 250	3,1	4,1	zahlt variabel: zwischen EURIBOR 3M und 6M erhält: 3,25 sowie EURIBOR 6M +/- Basispunkte	zahlt variabel: zwischen EURIBOR 3M und 6M erhält: 3,25 und 3,68 sowie EURIBOR 6M + Basispunkte

Die IKB hat gemäß § 312 AktG einen Abhängigkeitsbericht erstellt. Der Abhängigkeitsbericht wird nicht öffentlich gemacht. Die Schlusserklärung des Vorstands der Bank im Abhängigkeitsbericht lautet: „Die IKB erhielt bei jedem der im Bericht über Beziehungen zu verbundenen Unternehmen aufgeführten Rechtsgeschäfte eine angemessene Gegenleistung. Dieser Beurteilung lagen die Umstände zugrunde, die uns zum Zeitpunkt der berichtspflichtigen Vorgänge bekannt waren. Maßnahmen im Sinne von § 312 AktG sind weder getroffen noch unterlassen worden.“

Geschäfte von Personen mit Führungsaufgaben gemäß § 15a WpHG

Nachstehend geben wir einen Überblick über die von Personen mit Führungsaufgaben sowie mit diesen in einer engen Beziehung stehenden Personen und Gesellschaften getätigten Geschäfte mit Aktien oder sich darauf beziehende Finanzinstrumente der IKB Deutsche Industriebank AG.

Firma	Funktion	Handelstag/ Börsenplatz	Bezeichnung des Wert- papieres	Geschäftsart	Stückzahl	Kurs/Preis in €
Hella KGaA Hueck & Co.	Dr. Jürgen Behrend, Geschäftsführender persönlich haftender Gesellschafter der Hella KGaA Hueck & Co. und Mitglied des Aufsichtsrats der IKB Deutsche Industriebank AG	22.9.2006/ Frankfurt am Main	IKB-Aktien (Stückaktien)	Verkauf	17 850	27,23

Mitteilungspflichtiger Besitz gemäß Ziff. 6.6 des Deutschen Corporate Governance Kodex lag bis zum 31. März 2007 nicht vor.

Forderungen an und Verbindlichkeiten gegenüber Tochterunternehmen und Beteiligungsgesellschaften

Die Forderungen gegenüber nicht konsolidierten Tochterunternehmen, assoziierten Unternehmen und Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, setzen sich wie folgt zusammen:

	31.3.2007 in Mio. €	31.3.2006 in Mio. €	Veränderung in %
Forderungen an Kreditinstitute	1,9	5,6	-66,1
Tochterunternehmen	0,2	0,1	100,0
Assoziierte Unternehmen und Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	1,7	5,5	-69,1
Forderungen an Kunden	242,0	80,0	> 100,0
Tochterunternehmen	0,0	–	–
Assoziierte Unternehmen und Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	242,0	80,0	> 100,0
Gesamt	243,9	85,6	> 100,0

Die Verbindlichkeiten gegenüber nicht konsolidierten Tochterunternehmen, assoziierten Unternehmen und Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, ergeben sich wie folgt:

	31.3.2007 in Mio. €	31.3.2006 in Mio. €	Veränderung in %
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	5 848,0	5 095,3	14,8
Tochterunternehmen	0,0	0,1	-100,0
Assoziierte Unternehmen und Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	5 848,0	5 095,2	14,8
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	6,7	0,3	> 100,0
Tochterunternehmen	0,3	0,3	0,0
Assoziierte Unternehmen und Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	6,4	–	–
Gesamt	5 854,7	5 095,6	14,9

(66) Bezüge und Kredite der Organe

Eine ausführliche Beschreibung der Bezüge und des Vergütungssystems für die Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats befindet sich im Vergütungsbericht, der Bestandteil des Lageberichts ist.

Die Vergütung des Vorstands

Für das Geschäftsjahr 2006/07 beliefen sich die Gesamtbezüge des Vorstands auf 7.424 Tsd. €. Hiervon entfallen 6.837 Tsd. € auf die Jahresvergütung und 587 Tsd. € auf die Zuführung zur Pensionsrückstellung (Service Costs).

Frühere und ausgeschiedene Mitglieder des Vorstands

Die Gesamtbezüge der früheren Mitglieder und ausgeschiedenen Mitglieder des Vorstands und deren Hinterbliebenen beliefen sich auf 5.622 Tsd. € (Vorjahr: 3.147 Tsd. €) als Auszahlungen bzw. Rückstellungszuführungen. Für Pensionsverpflichtungen gegenüber früheren Mitgliedern des Vorstands und ihren Hinterbliebenen wurden 37.227 Tsd. € zurückgestellt.

Die Vergütung des Aufsichtsrats

Für das Geschäftsjahr 2006/07 beliefen sich die Gesamtbezüge des Aufsichtsrats auf 693 Tsd. €. Hierin sind 183 Tsd. € Reisekosten/Umsatzsteuer enthalten.

Bezüge des Beraterkreises

An Mitglieder des Beraterkreises wurden inklusive Umsatzsteuer 403 Tsd. € (Vorjahr: 390 Tsd. €) gezahlt.

Gewährte Kredite an Mitglieder der Organe und des Beraterkreises

Wir haben zum 31. März 2007 an Mitglieder des Aufsichtsrats und des Beraterkreises Kredite in einer Gesamthöhe von 1,4 Mio. € (Vorjahr: 2,4 Mio. €) vergeben.

(67) Corporate Governance Kodex

Am 28. Juni 2006 haben Vorstand und Aufsichtsrat die jährliche Entsprechenserklärung nach § 161 AktG abgegeben und den Aktionären auf den Internetseiten der Gesellschaft dauerhaft zugänglich gemacht.

(68) Angaben über Ereignisse nach dem 31. März 2007

Hinsichtlich der Ereignisse nach dem Stichtag verweisen wir auf den Konzern-Lagebericht.

Darüber hinaus möchten wir auf folgende Sachverhalte hinweisen:

Ende Juli 2007 hat die IKB sowohl die der RFCC bzw. der mit ihr verbundenen Ankaufsgesellschaften gewährten Liquiditätslinien als auch ihre Weisungs- und Entscheidungsbefugnisse an die KfW übertragen. Diese Gesellschaften werden aufgrund der nicht mehr gegebenen Beherrschung zu diesem Zeitpunkt entkonsolidiert, wodurch sich die korrigierte Konzernbilanzsumme gegenüber dem 31. März 2007 um rund 13 Mrd. € vermindert. Der Rückgang betrifft nahezu in voller Höhe die Finanzanlagen und die Verbrieften Verbindlichkeiten.

Die Ende Juni 2007 an den Kapitalmarkt gebrachte, zu konsolidierende Zweckgesellschaft Rhinebridge plc, Dublin, konnte Mitte Oktober die Zulassungsvoraussetzungen als Zweckgesellschaft nicht mehr erfüllen. Die Börse in Dublin hat daraufhin die Verwaltung des Rhinebridge-Vermögens an einen Treuhänder zur Abwicklung übertragen. Die IKB muss davon ausgehen, dass für das eigene Engagement, soweit es über den KfW-Risikoschirm hinausgeht, keine Zins- und Tilgungszahlungen mehr erfolgen.

Im derzeitigen, krisenhaften Marktumfeld sind Marktwertindikationen als faire Transaktionspreise und Verlustschätzer für Wertpapiere und Derivate, die direkt oder indirekt Risiken aus Kreditportfolien verbrieften (insbesondere CLN, CDO usw.), nicht zuverlässig heranzuziehen; deshalb kann nicht ausgeschlossen werden, dass Verluste für die IKB über die Abschirmung des Risikoschirms für Direktinvestments hinaus entstehen.

Die Emissionen der IKB werden aktuell am Markt mit deutlichen Abschlägen gehandelt. Da diese Verbindlichkeiten im IFRS-Abschluss erfolgswirksam zum Marktwert bewertet werden, ergibt sich für das Geschäftsjahr 2007/08 ein positiver Ergebniseffekt von rd. 0,8 Mrd. € (Stand 31. Dezember 2007). Bis zur planmäßigen Tilgung dieser Finanzinstrumente werden diese Bewertungsgewinne das Fair-Value-Ergebnis in gleicher Höhe wieder belasten.

Anfang 2008 hat die IKB eine Wandelschuldverschreibung mit Wandlungspflicht begeben, die während der Laufzeit in Aktien der IKB in Höhe von bis zu 10 % des Grundkapitals der IKB wandelbar ist. Das Bezugsrecht der Aktionäre wird ausgeschlossen. Die Wandelschuldverschreibung wird vollständig von der KfW Bankengruppe gekauft. Nach Durchführung der Wandlung wird das Grundkapital der IKB bis zu 247,5 Mio. € (vorher: 225 Mio. €) betragen, eingeteilt in bis zu 96.800.000 (vorher: 88.000.000) nennwertlose Stückaktien. Der Anteil der KfW am Grundkapital der IKB wird sich nach der Wandlung auf bis zu 43,4 % (vorher: 37,8 %) erhöhen.

(69) Organe

Bei der nachstehenden Aufstellung der Mitglieder des Aufsichtsrates und des Vorstandes sind jeweils unter

a) die Mitgliedschaft in anderen gesetzlich zu bildenden Aufsichtsräten und

b) die Mitgliedschaft in vergleichbaren in- und ausländischen Kontrollgremien von Wirtschaftsunternehmen angegeben.

Aufsichtsrat

Vorsitzender

Dr. h.c. Ulrich Hartmann, Düsseldorf
Vorsitzender des Aufsichtsrats der
E.ON AG

a) *E.ON AG (Vorsitzender)*

Deutsche Bank AG

Deutsche Lufthansa AG

Hochtief AG (bis 26. Juli 2007)

Münchener Rückversicherungs-Gesellschaft AG

b) *Henkel KGaA*

Stellv. Vorsitzende

Hans W. Reich, Frankfurt (Main)
Sprecher des Vorstands der
KfW Bankengruppe i. R.
(bis 31. August 2006)

a) *Aareal Bank AG (Vorsitzender)*

HUK-COBURG Haftpflicht-Unterstützungs-Kasse

kraftfahrender Beamter Deutschlands a.G.

HUK-COBURG-Holding AG

ThyssenKrupp Steel AG

b) *Citigroup Inc.*

DePfa Bank plc.

Detlef Leinberger, Frankfurt (Main)

Mitglied des Vorstands der

KfW Bankengruppe

(seit 31. August 2006)

b) *Europäische Investitionsbank (EIB)*

Dr. Alexander v. Tippelskirch, Düsseldorf

Stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats der

IKB Deutsche Industriebank AG

a) *Alba AG (Vorsitzender)*

GELITA AG (Vorsitzender bis Ende Juli 2007)

P-D INTERGLAS TECHNOLOGIES AG

(stellv. Vorsitzender)

b) *Hako-Holding GmbH & Co. (bis Dezember 2007)*

Hako-Werke Beteiligungsgesellschaft mbH

(bis Dezember 2007)

Krono-Holding AG

Meyra GmbH & Co. KG

nobilis-Werke J. Stickling GmbH & Co.

Schmolz & Bickenbach KG

Schmolz & Bickenbach AG

Hans Martin Wälzholz-Junius Familienstiftung

Eckart Wälzholz-Junius Familienstiftung

Dietrich Wälzholz Familienstiftung

Mitglieder

Dieter Ammer, Hamburg

Vorsitzender des Vorstands der Conergy AG

- a) *Beiersdorf AG (Vorsitzender)*
Conergy AG (Vorsitzender bis 15. November 2007)
Tchibo GmbH (Vorsitzender bis 15. Juni 2007)
 GEA AG
Heraeus Holding GmbH
tesa AG

Jörg Asmussen, Berlin
 Ministerialdirektor im
 Bundesministerium der Finanzen

- a) *Euler Hermes Kreditversicherungs-AG*
Postbank AG
- b) *Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht*
(stellv. Vorsitzender)

Dr. Jens Baganz, Düsseldorf
 Staatssekretär im Ministerium für
 Wirtschaft, Mittelstand und Energie des
 Landes Nordrhein-Westfalen

- a) *Messe Düsseldorf GmbH*
- b) *NRW.INVEST GmbH (bis April 2007 firmierend unter GfW*
Gesellschaft für Wirtschaftsförderung
Nordrhein-Westfalen GmbH), Vorsitzender
NRW.International GmbH (Vorsitzender)
Entwicklungsgesellschaft Zollverein mbH
Forschungszentrum Jülich GmbH
 NRW.BANK
 NRW Japan K.K.
 ZENIT GmbH

Dr. Jürgen Behrend, Lippstadt
 Geschäftsführender persönlich haftender
 Gesellschafter der Hella KGaA Hueck & Co.

- a) *Leoni AG (bis 2. Mai 2007)*

Wolfgang Bouché, Düsseldorf
 Arbeitnehmervertreter

Hermann Franzen, Düsseldorf
 Persönlich haftender Gesellschafter des
 Porzellanhauses Franzen KG

- a) *SIGNAL IDUNA Allgemeine Versicherung AG*
(stellv. Vorsitzender)
IDUNA Vereinigte Lebensversicherung aG
SIGNAL IDUNA Holding AG
- b) *BBE Unternehmensberatung GmbH (Vorsitzender)*
(bis März 2007)

Dr.-Ing. Mathias Kammüller, Ditzingen
 Vorsitzender der Geschäftsleitung der
 TRUMPF Werkzeugmaschinen GmbH + Co. KG

- a) *Carl Zeiss AG*
- b) *Bürkert GmbH & Co. (bis 31. Dezember 2008)*
HUBER VERPACKUNGEN GmbH & Co. KG
Viessmann Werke GmbH & Co. KG
Freudenberg & Co. Kommanditgesellschaft

Wilhelm Lohscheidt, Düsseldorf
 (bis 31. August 2006)
 Arbeitnehmervertreter

Jürgen Metzger, Hamburg
 Arbeitnehmervertreter

Roland Oetker, Düsseldorf
 Geschäftsführender Gesellschafter
 der ROI Verwaltungsgesellschaft mbH

- a) *Mulligan BioCapital AG*
(Vorsitzender bis 28. November 2007)
Deutsche Post AG
Volkswagen AG
- b) *Dr. August Oetker KG (stellv. Vorsitzender)*
RAG-Stiftung

Dr.-Ing. E.h. Eberhard Reuther, Hamburg
 Vorsitzender des Aufsichtsrats
 der Körber Aktiengesellschaft

- a) *Körber AG (Vorsitzender)*

Randolf Rodenstock, München
Geschäftsführender Gesellschafter der
Optische Werke G. Rodenstock KG

a) *E.ON Energie AG*
Rodenstock GmbH

Rita Röbel, Leipzig
Arbeitnehmervertreterin

Dr. Michael Rogowski, Heidenheim
Vorsitzender des Aufsichtsrats der
Voith AG

a) *Voith AG (Vorsitzender)*
Carl Zeiss AG
HDI Haftpflichtverband der Deutschen Industrie V.a.G.
Klöckner & Co. AG
Talanx AG

b) *European Aeronautic Defence and*
Space Company EADS N.V. (bis Dezember 2007)
Freudenberg & Co.

Jochen Schametat, Düsseldorf
(seit 31. August 2006)
Arbeitnehmervertreter

Dr. Carola Steingräber, Berlin
Arbeitnehmervertreterin

Dr. Martin Viessmann, Allendorf (Eder)
Vorsitzender der Geschäftsführung der
Viessmann Werke GmbH & Co. KG

a) *Messe Frankfurt GmbH*
Schott AG
Sto AG (bis 30. Juni 2007)

Ulrich Wernecke, Düsseldorf
Arbeitnehmervertreter

Andreas Wittmann, München
Arbeitnehmervertreter

Vorstand

Dr. Günther Bräunig
(seit 29. Juli 2007)

b) *IKB Autoleasing GmbH*
IKB Leasing Berlin GmbH
IKB Leasing GmbH
IKB Private Equity GmbH

Frank Braunsfeld
(vom 1. März 2007 bis 15. Oktober 2007)

b) *IKB Credit Asset Management GmbH*
IKB Capital Corporation
IKB Immobilien Management GmbH

Dr. Volker Doberanzke
(vom 1. Juni 2006 bis 7. August 2007)

b) *IKB Data GmbH (Vorsitzender)*
IKB Credit Asset Management GmbH
IKB Capital Corporation
IKB Autoleasing GmbH
IKB Leasing GmbH
IKB Leasing Berlin GmbH
IKB Private Equity GmbH
IKB International S. A.

Dr. Dieter Glüder
(seit 29. Juli 2007)

b) *IKB Credit Asset Management GmbH (Vorsitzender)*
IKB International S.A. (Vorsitzender)
IKB Autoleasing GmbH
IKB Capital Corporation
IKB Leasing Berlin GmbH
IKB Leasing GmbH

Dr. Reinhard Grzesik
(seit 15. Oktober 2007)

b) *IKB Immobilien Management GmbH (Vorsitzender)*
IKB Data GmbH
Movesta Lease and Finance GmbH

Dr. Markus Guthoff
(bis 15. Oktober 2007)

a) *Carl Zeiss Meditec AG*

b) *IKB Capital Corporation (Chairman)*

IKB Credit Asset Management GmbH (stellv. Vorsitzender)

IKB Private Equity GmbH (Vorsitzender bis 31. März 2007)

IKB International S. A. (ab 1. April 2007)

Movesta Lease and Finance GmbH

Poppe & Potthoff GmbH

Claus Momburg

b) *IKB Autoleasing GmbH (Vorsitzender)*

IKB Credit Asset Management GmbH

(stellv. Vorsitzender seit 26. Oktober 2007)

IKB International S. A. (stellv. Vorsitzender)

IKB Leasing Berlin GmbH (Vorsitzender)

IKB Leasing GmbH (Vorsitzender)

IKB Private Equity GmbH (Vorsitzender ab 1. April 2007)

Movesta Lease and Finance GmbH (stellv. Vorsitzender)

Argantis GmbH

Joachim Neupel

(bis 31. Dezember 2006)

a) *Aareal Bank AG*

b) *IKB Immobilien Management GmbH (Vorsitzender)*

Movesta Lease and Finance GmbH (Vorsitzender)

IKB Leasing GmbH

IKB Leasing Berlin GmbH

IKB Autoleasing GmbH

IKB Private Equity GmbH

Stefan Ortseifen
(bis 29. Juli 2007)

a) *Coface Deutschland AG*

Coface Holding AG

b) *IKB International S. A. (Vorsitzender)*

IKB Credit Asset Management GmbH (Vorsitzender)

DEG – Deutsche Investitions- und

Entwicklungsgesellschaft mbH (stellv. Vorsitzender)

IKB Autoleasing GmbH (stellv. Vorsitzender)

IKB Capital Corporation (Vice Chairman)

IKB Leasing Berlin GmbH (stellv. Vorsitzender)

IKB Leasing GmbH (stellv. Vorsitzender)

IKB Private Equity GmbH (stellv. Vorsitzender)

Kreditanstalt für Wiederaufbau

Frank Schönherr

(bis 30. November 2006)

b) *IKB Capital Corporation (Chairman)*

IKB Financière France S.A.

(Président Directeur Général)

Verzeichnis der Mandate von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern

Zum 31. März 2007 waren folgende Mitarbeiter in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsgremien von großen Kapitalgesellschaften vertreten:

Rolf Brodbeck

Spiele Max AG

Roland Eschmann

Oechsler AG

ODS Optical Disc Service GmbH

Stefan Haneberg

MASA AG

Klaus Reineke

(bis 30. September 2007)

GKD Gebr. Kufferath AG

(70) Anteilsbesitz

	Patronats- erklärung	Kapital- anteil in %	Geschäfts- jahr	Eigen- kapital in 1 000 €
A. Konsolidierte Tochterunternehmen				
1. Ausländische Kreditinstitute				
IKB International S.A., Luxemburg	x	100 ¹⁾	1.4. - 31.3.	530 652 ²⁾
2. Inländische sonstige Unternehmen				
AIVG Allgemeine Verwaltungsgesellschaft mbH, Düsseldorf	x	100	1.1. - 31.12.	5 811
ICCO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. KG, Düsseldorf ³⁾	x	100 ¹⁾	1.4. - 31.3.	60
ICCO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH, Düsseldorf	x	100 ¹⁾	1.4. - 31.3.	42
IKB Autoleasing GmbH, Hamburg	x	100 ¹⁾	1.4. - 31.3.	4 000
IKB Beteiligungen GmbH, Düsseldorf	x	100	1.4. - 31.3.	401 515
IKB Credit Asset Management GmbH, Düsseldorf	x	100	1.4. - 31.3.	8 000
IKB Data GmbH, Düsseldorf	x	100	1.4. - 31.3.	20 000
IKB Equity Capital Fund I GmbH & Co. KG, Düsseldorf	x	100 ¹⁾	1.4. - 31.3.	98 046
IKB Equity Finance GmbH, Düsseldorf		100 ¹⁾	1.4. - 31.3.	25
IKB Erste Equity Suporta GmbH, Düsseldorf		100 ¹⁾	1.4. - 31.3.	6 017
IKB Grundstücks GmbH & Co. Objekt Degerloch KG, Düsseldorf ³⁾	x	100	1.1. - 31.12.	6 663
IKB Grundstücks GmbH & Co. Objekt Hamburg KG, Düsseldorf ³⁾	x	100	1.1. - 31.12.	2 715
IKB Grundstücks GmbH & Co. Objekt Holzhausen KG, Düsseldorf ³⁾	x	100	1.1. - 31.12.	9 734
IKB Grundstücks GmbH & Co. Objekt Uerdinger Straße KG, Düsseldorf ³⁾	x	100	1.1. - 31.12.	8 620
IKB Grundstücks GmbH, Düsseldorf	x	100	1.1. - 31.12.	89
IKB Immobilien Management GmbH, Düsseldorf	x	75	1.1. - 31.12.	948
IKB Leasing Berlin GmbH, Erkner	x	100 ¹⁾	1.4. - 31.3.	8 000
IKB Leasing GmbH, Hamburg	x	100 ¹⁾	1.4. - 31.3.	30 000
IKB Private Equity GmbH, Düsseldorf	x	100 ¹⁾	1.4. - 31.3.	90 000
IKB Projektentwicklung GmbH & Co. KG, Düsseldorf ³⁾	x	100	1.1. - 31.12.	20 040
IKB Projektentwicklungsverwaltungsges. mbH, Düsseldorf	x	100	1.1. - 31.12.	22
IMAS Grundstücks-Vermietungsges. mbH, Düsseldorf	x	100	1.4. - 31.3.	268
ISOS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. KG, Düsseldorf ³⁾	x	100 ¹⁾	1.4. - 31.3.	310
ISOS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH, Düsseldorf	x	100 ¹⁾	1.4. - 31.3.	42
ISTOS Beteiligungsverwaltungs- und Grundstücks- vermietungsges. mbH, Düsseldorf	x	100	1.1. - 31.12.	34
ISTOS Erste Beteiligungsverwaltungs- und Grundstücks- vermietungsges. mbH & Co. KG, Düsseldorf ³⁾	x	100	1.1. - 31.12.	2 485

	Patronats- erklärung	Kapital- anteil in %	Geschäfts- jahr	Eigen- kapital in 1 000 €
3. Ausländische sonstige Unternehmen				
IKB Capital Corporation, New York		100	1.1. - 31.12.	48 508
IKB Finance B. V., Amsterdam	x	100	1.4. - 31.3.	11 060
IKB Financière France S.A., Paris	x	100	1.1. - 31.12.	72 083
IKB Funding LLC I, Wilmington, Delaware	x ⁴⁾	100	1.4. - 31.3.	75 057
IKB Funding LLC II, Wilmington, Delaware	x ⁴⁾	100	1.4. - 31.3.	400 064
IKB Leasing Austria GmbH, Salzburg	x	100 ¹⁾	1.1. - 31.12.	1 276
IKB Leasing ČR s.r.o., Prag	x	100 ¹⁾	1.1. - 31.12.	2 215
IKB Leasing France S.A.R.L., Marne	x	100 ¹⁾	1.1. - 31.12.	1 130
IKB Leasing Hungária Kft., Budapest	x	100 ¹⁾	1.1. - 31.12.	1 844
IKB Leasing Polska Sp.z o.o., Posen	x	100 ¹⁾	1.1. - 31.12.	4 579
IKB Leasing SR s.r.o., Bratislava	x	100 ¹⁾	1.1. - 31.12.	798
IKB Lux Beteiligungen S. á.r.l., Luxemburg	x	100	1.4. - 31.3.	428 878
IKB Penzüdyi Lizing Hungária Rt., Budapest	x	100 ¹⁾	1.1. - 31.12.	1 267
Still Location S.A.R.L., Marne	x	100 ¹⁾	1.1. - 31.12.	9 527
B. Joint Ventures/Assoziierte Unternehmen				
Linde Leasing GmbH, Wiesbaden		30 ¹⁾	1.1. - 31.12.	21 318
Movesta Lease and Finance GmbH, Düsseldorf		50 ¹⁾	1.1. - 31.12.	10 335

¹⁾ Mittelbare Beteiligung

²⁾ Inkl. Stille Einlagen/Vorzugsaktien

³⁾ Gesellschaft hat gemäß § 264 b HGB keinen eigenen Anhang erstellt

⁴⁾ Nachrangige Patronatsklärung

Die vollständige Aufstellung unseres Anteilsbesitzes wird beim elektronischen Bundesanzeiger eingereicht und über die Internetseite des Unternehmensregisters zugänglich gemacht. Sie kann bei uns kostenlos angefordert werden.

Die nachfolgende Aufstellung stellt zusätzlich die Vermögenswerte und Verbindlichkeiten der assoziierten Unternehmen dar:

Name der assoziierten Unternehmen In Mio. €	Vermögenswerte	Verbindlichkeiten
Linde Leasing GmbH, Wiesbaden	398	377
Movesta Lease and Finance GmbH, Düsseldorf	23	13

Düsseldorf, den 15. Februar 2008

IKB Deutsche Industriebank AG

Düsseldorf

Der Vorstand

Braun

Freih

Gülden

Heinrich

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den von der IKB Deutsche Industriebank AG, Düsseldorf, aufgestellten Konzernabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Aufstellung der erfassten Erträge und Aufwendungen, Kapitalflussrechnung und Anhang – sowie den Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr vom 1. April 2006 bis 31. März 2007 geprüft. Die Aufstellung von Konzernabschluss und Konzernlagebericht nach den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften liegt in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Konzernabschluss und den Konzernlagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Konzernabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Konzernabschluss unter Beachtung der anzuwendenden Rechnungslegungsvorschriften und durch den Konzernlagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Konzerns sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben im Konzernabschluss und Konzernlagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der Jahres-

abschlüsse der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen, der Abgrenzung des Konsolidierungskreises, der angewandten Bilanzierungs- und Konsolidierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung auf Grund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Konzernabschluss den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung dieser Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns. Der Konzernlagebericht steht in Einklang mit dem Konzernabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Diese Bestätigung erteilen wir auf Grund unserer pflichtgemäßen, am 4. Juni 2007 abgeschlossenen Abschlussprüfung und unserer Nachtragsprüfung, die sich auf die Änderungen der im Abschnitt „Änderungen gemäß IAS 8“ aufgeführten Posten der Konzernbilanz und Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung sowie die Änderung des Konzernlageberichts bezog. Auf die Begründung der Änderungen durch die Gesellschaft im geänderten Anhang wird verwiesen. Die Nachtragsprüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Ohne diese Beurteilung einzuschränken, weisen wir auf die Ausführungen der Gesellschaft im Konzernlagebericht in Abschnitt 2. Prognosebericht hin. Dort ist ausgeführt, dass der Fortbestand der Gesellschaft davon abhängt, dass im kommenden Geschäftsjahr wieder ein erweiterter Zugang zum Kapitalmarkt auch für unbesicherte, längerfristige Refinanzierungen erreicht werden kann. Hierzu ist insbesondere erforderlich, dass

- die geplante Kapitalerhöhung in der beantragten Höhe beschlossen, eingetragen und auch zeitnah durchgeführt wird,
- die geplanten Maßnahmen zur Liquiditätsbeschaffung, insbesondere die kurzfristig erforderliche Neuaufnahme und Verlängerung von besicherten Geldmarktrefinanzierungen, umgesetzt werden,
- die Veräußerung eines erheblichen Teils der Portfolioinvestments vorgenommen wird sowie
- gegen die vorgenannten Maßnahmen und den gesamten Risikoschirm keine rechtlichen Vorbehalte (insbesondere EU-Verfahren) geltend gemacht werden.

Düsseldorf, den 4. Juni 2007/15. Februar 2008

KPMG Deutsche Treuhand-Gesellschaft
Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Wohlmannstetter
Wirtschaftsprüfer

Ufer
Wirtschaftsprüfer

Entwicklung wichtiger Positionen

Entwicklung wichtiger Positionen aus der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung (IFRS) der IKB Deutsche Industriebank AG

Gewinn- und Verlustrechnung in Mio. €	2006/07	2005/06	2004/05*
Zinserträge	3 758,5	2 681,9	2 664,5
Zinsaufwendungen	3 080,6	2 071,4	2 142,9
Zinsüberschuss	677,9	610,5	521,6
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	-259,0	-318,6	-313,8
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge	418,9	291,9	207,8
Provisionsüberschuss	52,0	30,4	83,6
Fair-Value-Ergebnis	-40,9	-11,2	-
Ergebnis aus Finanzanlagen	6,9	13,1	135,7
Personalaufwendungen	185,8	162,8	139,6
Andere Verwaltungsaufwendungen	130,4	106,2	96,3
Sonstiges betriebliches Ergebnis	-6,2	115,8	9,3
Operatives Ergebnis	114,5	171,0	200,5
Steuern	76,6	62,2	45,1
Konzernjahresüberschuss	37,9	108,8	155,4
Ergebnis Konzernfremde	-0,1	0,0	-0,3
Konzernjahresüberschuss nach Ergebnis Konzernfremde	37,8	108,8	155,1
Ergebnis je Aktie in €	0,43	1,24	1,76

* Die Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2004/05 wurde ohne Anwendung von IAS 32 und IAS 39 erstellt.

Entwicklung wichtiger Positionen aus der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung (HGB) der IKB Deutsche Industriebank AG

Gewinn- und Verlustrechnung in Mio. €	2003/04	2002/03	2001/02	2000/01	1999/2000	1998/99	1997/98	1996/97
Zinserträge, Erträge aus dem Leasinggeschäft	3 251,6	3 223,2	3 215,2	3 097,6	2 524,3	2 334,3	2 138,9	2 093,6
Laufende Erträge aus Wertpapieren und Beteiligungen sowie aus Gewinnabführungsverträgen	2,0	1,8	4,8	2,7	36,7	12,9	20,0	11,0
Zinsaufwendungen, Aufwendungen und Abschreibungen aus dem Leasinggeschäft	2 728,2	2 740,0	2 748,7	2 661,6	2 141,3	1 953,6	1 793,7	1 753,9
Zinsüberschuss	525,4	485,0	471,3	438,7	419,7	393,6	365,2	350,7
Provisionsüberschuss	84,7	64,1	39,5	12,3	7,7	8,8	7,6	5,6
Nettoergebnis aus Finanzgeschäften	3,2	0,8	1,9	2,5	-2,6	6,6	8,1	4,9
Personalaufwand	146,8	137,8	133,4	117,2	107,2	87,4	82,5	78,6
Andere Verwaltungsaufwendungen einschließlich Abschreibungen auf Sachanlagen	85,4	82,1	73,1	66,0	59,1	51,3	49,6	41,4
Sonstiges betriebliches Ergebnis	11,2	20,2	29,3	91,8	77,8	-3,5	-8,1	-12,0
Risikovorsorgesaldo	-211,7	-183,4	-175,2	-187,2	-165,5	-88,4	-78,7	-80,6
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	180,6	166,8	160,3	174,9	170,8	178,4	162,0	148,6
Sonstiges Ergebnis	-	-	-	-1,5	-10,0	-3,1	-7,7	-
Steuern	75,8	81,0	77,2	87,5	85,3	84,3	77,9	74,6
Jahresüberschuss	104,8	85,8	83,1	85,9	75,5	91,0	76,4	74,0
Ergebnis je Aktie in €	1,19	0,98	0,94	0,98	0,86	1,03	0,87	0,84

Entwicklung wichtiger Positionen aus der Konzernbilanz (IFRS) der IKB Deutsche Industriebank AG

Bilanz in Mio. €	31.3.2007	31.3.2006	31.3.2005*
Forderungen an Kreditinstitute	4 442	2 197	1 381
Forderungen an Kunden	29 685	28 018	26 628
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	-1 095	-1 412	-1 378
Handelsaktiva	2 209	586	766
Finanzanlagen	27 265	23 174	10 757
Sachanlagen	212	231	338
Übrige Aktiva	820	468	1 011
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	13 912	14 060	12 170
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	4 278	2 546	1 982
Verbriefte Verbindlichkeiten	39 556	30 761	18 861
Handelspassiva	1 165	1 021	1 100
Rückstellungen	60	303	254
Ertragsteuerverpflichtungen	79	103	142
Sonstige Passiva	271	264	850
Nachrangkapital	3 026	2 910	2 834
Eigenkapital	1 191	1 293	1 310
Gezeichnetes Kapital	225	225	225
Kapitalrücklage	568	568	568
Gewinnrücklagen	324	273	265
Rücklage aus der Währungsumrechnung	-15	-7	-11
Neubewertungsrücklage	89	159	192
Anteile in Fremdbesitz	0	0	0
Konzernbilanzgewinn	0	75	71
Bilanzsumme	63 538	53 262	39 503

* Zum Zwecke der besseren Vergleichbarkeit wurde die Bilanz zum 31. März 2005 um die Effekte aus der Erstanwendung von IAS 32 und IAS 39 zum 31. März 2005 ergänzt.

Entwicklung wichtiger Positionen aus der Konzernbilanz (HGB) der IKB Deutsche Industriebank AG

Bilanz in Mio. €	31.3.2004	31.3.2003	31.3.2002	31.3.2001	31.3.2000	31.3.1999	31.3.1998
Forderungen an Kreditinstitute	1 238	2 140	1 605	804	1 650	2 273	1 641
Forderungen an Kunden	24 116	24 803	24 600	24 276	22 635	22 188	20 771
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	8 211	5 927	4 928	3 814	2 652	1 629	1 364
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	87	38	38	36	13	153	139
Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen	78	45	47	44	91	176	174
Sachanlagen	262	245	215	212	214	223	223
Leasinggegenstände	2 231	2 466	2 346	2 239	2 114	462	451
Rechnungsabgrenzungsposten	108	136	139	153	164	158	166
Übrige Aktiva inkl. Barreserve	625	610	956	862	408	399	240
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	15 112	16 223	15 436	15 182	13 181	13 991	11 876
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	2 228	2 019	2 250	2 411	2 414	2 501	2 482
Verbriefte Verbindlichkeiten	14 734	13 700	12 975	10 825	10 803	8 280	8 053
Rückstellungen	310	337	301	282	266	237	235
Nachrangige Verbindlichkeiten	1 042	632	868	803	582	472	473
Genussrechtskapital	563	614	624	439	439	419	419
Fonds für allgemeine Bankrisiken	80	80	80	80	80	77	8
Eigenkapital	1 962	1 729	1 296	1 270	1 187	1 049	1 022
Gezeichnetes Kapital	225	225	225	225	225	225	225
Hybride Kapitalinstrumente	820	620	170	170	100	–	–
Rücklagen	919	873	887	848	817	824	797
Anteile in Fremdbesitz	–2	11	14	27	45	–	–
Rechnungsabgrenzungsposten	316	456	469	514	498	297	299
Übrige Passiva inkl. Bilanzgewinn	609	620	575	634	491	338	302
Bilanzsumme	36 956	36 410	34 874	32 440	29 941	27 661	25 169

Glossar

Agio

Unterschiedsbetrag (Aufgeld) zwischen Ausgabebetrag bzw. Kaufpreis/-kurs und Rückzahlungsbetrag bzw. Nennwert.

Arranger

Eine vom Unternehmenskäufer mandatierte Bank, welche die Finanzierungsstruktur und ggf. die Platzierung des Akquisitionskredits am Kapitalmarkt erarbeitet. In der Regel ist der Arranger (bzw. Arrangeur) auch Underwriter des größten Anteils des syndizierten Kredits. Ausprägungen sind Arranger (bei nur einem Arranger), Co-Arranger, Lead Arranger. Bei einem Syndizierungsgeschäft übernehmen andere Finanzinstitute die Rolle von \mapsto Underwriter, \mapsto Manager, \mapsto Participant.

Asset Backed Securities (ABS)

Wertpapiere, deren Zins- und Kapitaldienst von einem fest definierten Portfolio abhängt. Emittent ist in aller Regel eine speziell hierfür gegründete Emissionsgesellschaft, die die entsprechenden Aktiva erwirbt. Auf diese Weise wird das Risiko des Portfolios auf den Investor übertragen, der hierfür eine entsprechende Verzinsung erhält. Grundsätzlich kommen alle Arten von Bilanzaktiva in Betracht.

Assoziierte Unternehmen

Von Unternehmen gehaltene Beteiligungen, bei denen der Beteiligungsgeber einen maßgeblichen Einfluss gem. IAS 28 auf den Beteiligungsnehmer besitzt.

At Equity

\mapsto Equity-Methode

Atypische Stille Beteiligung

Die Beteiligung geht hier über die reine Gewinn- und Verlustbeteiligung hinaus. Der Beteiligungsnehmer ist am Zuwachs des Gesellschaftsvermögens beteiligt. Er geht eine Mitunternehmerschaft ein, die je nach Vertragsgestaltung zu Haftungsansprüchen führen kann, die über der Einlagenhöhe liegen (sogenannte Nachschusspflicht). Wer Mitunternehmer ist, wird auch als solcher (Gewerbetreibender) besteuert.

Avalkredit

Bankkredit in Form von Bürgschaften, Garantien oder sonstigen Gewährleistungen.

Backtesting

Überprüfung von mathematisch ermittelten Prognosewerten (\mapsto Expected Loss, \mapsto Value at Risk) anhand der tatsächlich eingetretenen Größen.

Beizulegender Zeitwert (Fair Value)

Betrag, zu dem ein Finanzinstrument zwischen sachverständigen, vertragswilligen und unabhängigen Geschäftspartnern gehandelt werden kann. Zur Bewertung werden i.d.R. Marktwerte (z. B. Börsenkurse) oder – sofern diese nicht verfügbar oder inexistent sind – interne Bewertungsmodelle herangezogen.

Bis zur Endfälligkeit gehaltene finanzielle Vermögenswerte (Held to Maturity)

Haltekategorie des IAS 39 für Finanzinstrumente, die bis zu ihrer Endfälligkeit gehalten werden.

Bürgschaften

Einseitig verpflichtender Vertrag, bei dem der Bürge sich gegenüber dem Gläubiger verpflichtet, für die Verbindlichkeiten des Schuldners einzustehen.

Capital Notes

\mapsto First Loss Piece

Cash-flow Hedge

Absicherung von bilanzierten Vermögenswerten und Verpflichtungen sowie zukünftigen Transaktionen gegen aus einem bestimmten Risiko resultierende Cash-flow-Änderungen.

Certificates of Deposit

Inhaberschuldscheine, welche die Entgegennahme einer Termineinlage bestätigen. Die Rückzahlung erfolgt nach Ablauf einer vereinbarten Laufzeit.

Collateralized Loan Obligations (CLO)

Verbriefung von Kreditaktiva, die durch Besicherungsstrukturen (z. B. unterschiedliche Risikoklassen einer CLO-Transaktion) für Investoren aufbereitet und gestaltet werden. Als Risikotransferinstrument dienen \mapsto Credit Linked Notes und als weiteres optionales Element der \mapsto Credit Default Swap.

Collateralized Debt Obligation (CDO)

Verbriefung eines Pools von Aktiva (Kredite, Anleihen, ABS oder alternative Assets), deren Finanzierung über die Emission von tranchierten, nach Seniorität gerateten Anleihen erfolgt. Die Zinszahlungen auf die Verbindlichkeiten sind dabei abhängig von den Zinszahlungen der Aktiva.

Commercial Paper (CP)

Kurzlaufendes, meistens auf diskontierter Basis begebenes Wertpapier. Emittenten sind u.a. Banken und große Industrieunternehmen. Dient als Refinanzierungsinstrument insbesondere als Alternative zum reinen Interbankengeschäft.

Conduit

Anlagegesellschaft, deren Zweck darin besteht, Forderungen verschiedener Art zu erwerben. Zur Refinanzierung werden laufend Asset Backed Commercial Papers (ABCP) emittiert. Diese ABCP-Programme sind in aller Regel von einer oder mehreren Ratingagenturen geratet und üblicherweise von hoher Bonität.

Contractual Trust Arrangement (CTA)

Separierung der zur Erfüllung der Pensionsansprüche erforderlichen Vermögensmittel von dem übrigen Unternehmensvermögen und Übertragung auf einen Unternehmenstreuhänder. Der Unternehmenstreuhänder wird so juristischer Eigentümer der übertragenen Mittel, welche er nach Maßgabe einer Treuhandvereinbarung halten und verwalten muss. Die Verwendung dieser Mittel erfolgt ausschließlich im Rahmen der Zweckbindung.

Corporate Governance

Richtlinien zur Leitung und Überwachung von Unternehmen, mit deren Hilfe eine erhöhte Transparenz und damit eine Stärkung des Vertrauens in eine verantwortungsvolle Unternehmensführung geschaffen werden sollen.

Cost/Income Ratio

Kennziffer zur Darstellung der Effizienz einer Bank; die Cost/Income Ratio sagt aus, welcher Anteil der Erträge für Verwaltungskosten aufgewendet wird; je niedriger der Wert ist, desto effizienter arbeitet die Bank.

Credit Default Swap (CDS)

Bei Eintritt eines vorab spezifizierten Kreditereignisses auf Seiten des Schuldners des zugrunde liegenden Referenzaktivums leistet der Sicherungsgeber eine Ausgleichszahlung an den Sicherungsnehmer. Der Sicherungsgeber erhält – unabhängig vom tatsächlichen Eintritt des Kreditereignisses – für die Übernahme des Kreditrisikos eine entsprechende Prämienzahlung.

Credit Linked Notes (CLN)

Eine vom Sicherungsnehmer emittierte \mapsto Schuldverschreibung, die nur dann am Laufzeitende zum Nennwert zurückgezahlt wird, wenn ein vorab spezifiziertes Kreditereignis auf Seiten des Schuldners des zugrunde liegenden Referenzaktivums nicht eintritt. Kommt es jedoch zu einem entsprechenden Kreditereignis, wird die CLN unter Abzug eines vereinbarten Ausgleichsbetrages zurückgezahlt. Im Unterschied zu den \mapsto Credit Default Swaps leistet der Sicherungsgeber seine Geldzahlung an den Sicherungsnehmer im Voraus.

Cross Currency Swaps

Zins- und Währungsswaps, bei denen neben der Zinsbasis (fest oder variabel) für den gleichen Zeitraum auch der Referenzbetrag, auf den sich der jeweilige Zins bezieht, zum Devisenkassakurs getauscht wird. Dieser kann, muss jedoch nicht zwingend dem Terminkurs für den Rücktausch am Ende der Vertragslaufzeit entsprechen.

Deferred Compensation

Verpflichtungen aus Versorgungszusagen von umgewandelten Gehalts- oder Tantiemeansprüchen.

Derivate

Finanzinstrumente, denen traditionelle Titel (Anleihen, Aktien, Devisen, Indizes etc.) zugrunde liegen. Mit Derivaten lassen sich einerseits Schwankungen von Marktpreisen vermeiden, andererseits besteht die Möglichkeit, mit Derivaten Erträge zu optimieren. Zu den Derivaten zählen insbesondere \mapsto Swaps, \mapsto Optionen, \mapsto Futures und \mapsto Forward Rate Agreements.

Designated Sponsor

Betreuungsfunktion, die eine Bank für eine bestimmte Aktie übernimmt: Sie verpflichtet sich, jederzeit verbindliche Preislimits für den An- und Verkauf der Aktien zu stellen. Dies erleichtert den schnellen Abschluss von Geschäften zu marktgerechten Preisen.

Direktbeteiligung

Unmittelbarer Anteil am Eigenkapital eines anderen Unternehmens. Je nach Ausgestaltung ist dieser entweder zu konsolidieren oder als Beteiligung abzubilden.

Disagio

Unterschiedsbetrag (Abgeld) zwischen Ausgabebetrag bzw. Kaufpreis/ -kurs und Rückzahlungsbetrag bzw. Nennwert.

Dividendenrendite

„Verzinsung“ des in Aktien eingesetzten Kapitals; Berechnung: Dividende in Relation zum Aktienkurs an einem bestimmten Stichtag.

DVFA-Ergebnis

Nach den Standards der Deutschen Vereinigung für Finanzanalyse und Anlageberatung (DVFA) errechnetes Ergebnis je Aktie.

ECA-gedeckte Exportfinanzierung

Forderungen aus Exportverträgen lassen sich gegen das Risiko der Nichtzahlung aus wirtschaftlichen oder politischen Gründen über Export Credit Agencies absichern. In Deutschland übernimmt dies die Euler Hermes Kreditversicherung AG (bis 2002 Hermes Kreditversicherungs AG). Diese Ausführungsgewährleistung ist durch die Bundesrepublik Deutschland verbürgt.

Eigenkapitalrendite (EK-Rendite)

Diese Kennziffer gibt an, zu welchem Satz sich das vom Eigentümer (Investor) eingesetzte Kapital verzinst. Berechnung: Operatives Ergebnis in Relation zu durchschnittlichem Kernkapital.

Effektivzinsmethode

Methode zur Ermittlung der \mapsto Fortgeführten Anschaffungskosten durch Amortisation von \mapsto Agien und \mapsto Disagien unter Verwendung des Effektivzinses. Der Effektivzins ist der Zins, mit dem geschätzte zukünftige Zahlungsströme über die erwartete Laufzeit des Finanzinstruments oder, wenn angebracht, eine kürzere Periode genau auf den Nettobuchwert des finanziellen Vermögenswertes oder der finanziellen Verbindlichkeit abgezinst werden.

Embedded Derivatives

Gemäß IAS 39 handelt es sich hierbei um in einen anderen Kontrakt eingebettete derivative Finanzinstrumente, die nicht separat vom Basisvertrag (Host Contracts) handelbar, sondern integraler Bestandteil von diesem sind.

Entkonsolidierung

Vermögensgegenstände und Schulden eines Tochterunternehmens werden bei dessen Veräußerung aus dem Konzernabschluss herausgenommen. Die aus der Veräußerung des Tochterunternehmens entstehenden Aufwendungen und Erträge werden anschließend in der Gewinn- und Verlustrechnung des Konzerns unter den sonstigen betrieblichen Erträgen/Aufwendungen aufgeführt.

Equity-Methode

Konsolidierungsmethode, die wahlweise für Anteile an Joint Ventures zum Tragen kommt bzw. die bei Anteilen an assoziierten Unternehmen – mit Ausnahme der durch Venture-Capital-Gesellschaften o.ä. gehaltenen Anteile – verpflichtend anzuwenden ist.

Equity Piece

\mapsto First Loss Piece

Erfolgswirksam zum Marktwert bewertete finanzielle Vermögenswerte oder Verbindlichkeiten (Financial Assets or Financial Liabilities at Fair Value through Profit or Loss)

Haltekategorie des IAS 39 für finanzielle Vermögenswerte und finanzielle Verbindlichkeiten, die originär als zu Handelszwecken gehalten zu klassifizieren sind oder bei erstmaligem Ansatz als erfolgswirksam zum Marktwert zu bewerten designed wurden.

Erwerbsmethode

Methode der Kapitalkonsolidierung. Nach der Erwerbsmethode bilanziert das jeweilige Unternehmen alle Vermögenswerte und Verpflichtungen des Tochterunternehmens, einschließlich aller bisher nicht vom Tochterunternehmen bilanzierten Posten, einzeln.

Eventualverpflichtungen

Eventualverpflichtungen sind in der Zukunft möglicherweise eintretende Verpflichtungen, die auf einem in der Vergangenheit liegenden Ereignis beruhen, jedoch erst bei Eintreten oder Nicht-Eintreten von einem oder mehreren ungewissen zukünftigen Ereignissen bestätigt werden. Zudem fallen hierunter bereits bestehende Verpflichtungen, bei denen es nicht wahrscheinlich ist, dass sie zu einer Vermögensminderung führen oder bei denen die Verpflichtung nicht zuverlässig geschätzt werden kann.

Expected Loss

Statistisch erwarteter Verlust eines oder mehrerer Kredite (Portfolio) auf der Basis des statistischen Erwartungswertes für den Eintritt einer Insolvenz, in Abhängigkeit der Bonitätsklasse des Kreditnehmers sowie des statistischen Erwartungswertes der Sicherheitenerlösrates (Verhältnis zwischen Obligo und Verwertungserlösen der Sicherheiten).

Exposure

Der einem Adressrisiko unterliegende positive beizulegende Zeitwert eines Geschäfts bzw. die zum Zeitpunkt des möglichen Ausfalls erwartete Inanspruchnahme einer Kreditlinie.

Fair Value Hedge

Absicherung von Finanzinstrumenten gegen mögliche Änderungen des Marktwerts.

Fair-Value-Option

In IAS 39 geschaffene Möglichkeit, finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten, die nicht originär zu Handelszwecken gehalten werden, unter bestimmten Voraussetzungen bei erstmaligem Ansatz der Haltekategorie *Erfolgswirksam zum Marktwert bewertete finanzielle Vermögenswerte oder Verbindlichkeiten* zuzuordnen.

Final Take

Kreditbetrag, den die arrangierende Bank nach Syndizierung eines Kredites selbst in die Bücher nimmt.

Financial Risk Management

Zielgerichtetes Risikomanagement und Risikocontrolling, das durch entsprechende Management-Informationssysteme ergänzt wird.

Finanzierungsleasing

Leasingverhältnis, bei dem im Wesentlichen alle Chancen und Risiken, die mit dem Eigentum verbunden sind, auf den Leasingnehmer übertragen werden.

Finanzinstrument

Vertragliche Vereinbarung, die gleichzeitig bei einem Unternehmen zur Entstehung eines finanziellen Vermögenswertes und bei einem anderen Unternehmen zur Entstehung einer finanziellen Verbindlichkeit oder eines Eigenkapitalinstrumentes führt.

First Loss Piece

Unterste Tranche einer ABS-Transaktion, auf die Verluste zuerst verrechnet werden, auch \mapsto Equity Piece bzw. \mapsto Capital Notes genannt.

Fixed Income

Gesamtheit der strategischen Anlagen in Wertpapieren, Derivaten sowie eigenen Spezialfonds der Bank. Das Fixed Income umfasst diejenigen Bestände, die längerfristig sowohl einen kontinuierlichen Ertragsbeitrag leisten als auch dem Aufbau von Reserven dienen sollen. Wesentliches Element dieser Anlagen sind die wirtschaftlichen Eigenmittel der Bank.

Floating Rate Note (FRN)

Eine Floating Rate Note ist eine Anleihe, deren Zinssatz an den in den Anleihebedingungen bestimmten Referenzzinssatz (z.B. EURIBOR, LIBOR) angepasst wird und nicht für die gesamte Laufzeit festgeschrieben ist. Die Verzinsung setzt sich aus dem Referenzzinssatz und einem konstanten Aufschlag zusammen, der die Bonität des Ermittlenden, Volumen, Laufzeit etc. berücksichtigt.

Fortgeführte Anschaffungskosten

Betrag, zu dem finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten bilanziell erfasst werden können. Die Fortgeführten Anschaffungskosten ergeben sich aus dem Wert bei erstmaligem Ansatz abzüglich Tilgungen, zu- bzw. abzüglich Amortisation zwischen Kaufpreis und Rückzahlungsbetrag nach der Effektivzinsmethode sowie abzüglich Wertminderungen.

Forward Rate Agreement

Vereinbarung, in deren Rahmen für einen vereinbarten Nominalbetrag der Zinssatz für einen zukünftigen Zeitraum fixiert wird.

Future

Standardisierter Terminkontrakt, der den Kontrahenten dazu verpflichtet, zu einem festgesetzten zukünftigen Zeitpunkt ein bestimmtes Handelsobjekt (bspw. Wertpapiere, Devisen, etc.) zum börsenmäßig ermittelten Kurs zu kaufen bzw. zu verkaufen.

Garantie

Bürgschaftsähnliche, nicht formgebundene Kreditsicherheit, durch die sich der Garant vertraglich gegenüber dem Garantiennehmer verpflichtet, für einen bestimmten Erfolg einzustehen bzw. den durch einen Dritten verursachten Schaden zu übernehmen.

Genussschein

Verbriefung von Genussrechten. Gesetzlich nicht näher geregelte und daher flexibel zu gestaltende Gläubigerrechte i.d.R. auf eine Gewinn- bzw. Verlustbeteiligung.

Goodwill

Geschäfts- oder Firmenwert; entspricht dem bei einer Beteiligungs- oder Unternehmensübernahme nach Aufdeckung stiller Reserven verbleibenden Unterschiedsbetrag zwischen Kaufpreis und Wert des hierfür erworbenen Reinvermögens.

Granularität

Diversifizierung des Kreditportfolios.

Handelsaktiva/-passiva

Bilanzposten, unter dem Finanzinstrumente, die Handelszwecken dienen, subsumiert werden.

Hedging

Strategie zur Absicherung einer offenen Position (Grundgeschäft) durch Aufbau einer gegenläufigen Position (Sicherungsgeschäft), mithin eine Absicherung gegen das Risiko von ungünstigen Preisentwicklungen.

Host-Kontrakt

Basisvertrag (→ Embedded Derivatives)

Hybrid-Kapital

Bezogen auf die IKB, wird hiermit eine bestimmte Art von Eigenkapitalinstrument beschrieben, nämlich insbesondere die → Stille Einlage. Diese ist nach den Regeln des KWG ein dem Kernkapital zuzurechnendes Produkt.

IAS

→ International Accounting Standards

Impairment

Außerplanmäßige Wertberichtigungen von Vermögenswerten aufgrund dauerhafter Wertminderung der entsprechenden Aktiva.

International Accounting Standards (IAS)

Internationale Rechnungslegungsstandards, die vom International Accounting Standards Committee (IASC) verabschiedet wurden. Mit der EU-Verordnung 1606/2002 sind diese Standards für alle Konzernabschlüsse kapitalmarkt-orientierter Unternehmen ab 2005 verpflichtend anzuwenden.

International Financial Reporting Interpretation Committee (IFRIC)

Das aus SIC hervorgehende Committee dient der Interpretation der \mapsto International Financial Reporting Standards (IFRS) und soll in Auslegungsfragen etc. Unklarheiten durch seine Stellungnahmen beseitigen.

International Financial Reporting Standards (IFRS)

Mit Neuorganisation des International Accounting Standards Committees (IASB) werden alle neuen, vom International Accounting Standards Board (IASB) verabschiedeten Standards nun als IFRS bezeichnet. Die bereits bestehenden \mapsto International Accounting Standards (IAS 1-41) heißen auch weiterhin IAS. Die IFRS umfassen sowohl die bestehenden IAS und Interpretationen des Standing Interpretations Committee (SIC) als auch die neuen IFRS und die vom \mapsto International Financial Reporting Interpretation Committee (IFRIC) erlassenen Interpretationen.

Investment Grade

Bewertung von Anlagen durch internationale Ratingagenturen mit sehr guten bis mittleren Bonitätsnoten (z. B. Moody's im Bereich Aaa bis Baa3) und entsprechend niedrigen Ausfallrisiken.

Joint Venture

Vertragliche Vereinbarung zwischen zwei oder mehr Parteien, eine wirtschaftliche Aktivität unter gemeinsamer Führung zu unternehmen.

Kategorisierung

Einordnung von Finanzinstrumenten entsprechend \mapsto IAS 39 in eine der vier verschiedenen Haltekategorien: *Erfolgs-wirksam zum Marktwert bewertete finanzielle Vermögenswerte oder Verbindlichkeiten* mit der Unterkategorie \mapsto *Zu Handelszwecken gehaltene finanzielle Vermögenswerte oder Verbindlichkeiten* und der \mapsto *Fair-Value-Option, Bis zur End-fälligkeit gehaltene finanzielle Vermögenswerte, Kredite und Forderungen* sowie *Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte* mit entsprechenden Auswirkungen hinsichtlich Ansatz und Bewertung.

Kernkapital

Das Kernkapital umfasst das gezeichnete Kapital, die Kapital- und Gewinnrücklagen sowie die stillen Einlagen. Im aufsichtsrechtlichen Sinne hinzuzurechnen ist der Fonds für allgemeine Bankrisiken, während die eigenen Aktien/ Anteile im Bestand sowie Beteiligungsbuchwerte der nicht konsolidierten Tochterunternehmen abgezogen werden.

Konfidenzniveau

Wahrscheinlichkeit, mit der ein potenzieller Verlust in dem Bereich liegt, der durch den \mapsto Value at Risk definiert wird.

Konsortialgeschäft

Gemeinschaftliches Handeln bei der Gewährung von Krediten – aus Gründen der Risikostreuung bzw. wegen geltender Kreditgrenzen – durch mehrere beteiligte Banken im Rahmen eines Konsortiums.

Kosten-Ertrags-Relation

\mapsto Cost/Income-Ratio.

Kreditderivat

Derivatives Finanzinstrument, das einem Beteiligten des Geschäfts (dem Risikoverkäufer bzw. Sicherungsnehmer) erlaubt, das Kreditrisiko einer Forderung oder eines Wertpapiers an einen anderen (den Risikokäufer bzw. Sicherungsgeber) gegen Zahlung einer Prämie zu transferieren. Der Risikokäufer trägt somit das Kreditrisiko teilweise oder voll, ohne dass er das zugrunde liegende Geschäft tatsächlich erwirbt (\mapsto Credit Linked Notes, \mapsto Credit Default Swap).

Kredite und Forderungen (Loans and Receivables)

Haltekategorie des \mapsto IAS 39 für nicht-derivative Finanzinstrumente mit festen oder bestimmbareren Zahlungen, die nicht an einem aktiven Markt gehandelt werden.

Latente Steuern

Latente Steuern werden auf Differenzen zwischen den Wertansätzen der aktiven und passiven Vermögenswerte in der Konzernbilanz und den für steuerliche Zwecke maßgebenden Werten gebildet, soweit sich diese in künftigen Perioden voraussichtlich mit steuerlicher Wirkung umkehren (so genanntes Temporary-Konzept).

Later-Stage-Finanzierung

Beteiligungsfinanzierung aus Anlass einer Expansion, Übernahme oder Überbrückung bei schon seit längerem im Markt etablierten Firmen.

Leasing

Im Gegensatz zur handelsrechtlichen Rechnungslegung, die eine Einordnung der Leasingverhältnisse nach Maßgabe der steuerlichen Leasingerlasse vornimmt, orientieren sich die IFRS an der Verteilung von Chancen und Risiken, die mit den jeweiligen Verträgen zusammenhängen. So wird ein Leasingverhältnis als Operating Leasing-Vertrag klassifiziert, wenn es nicht alle Chancen und Risiken, die mit dem Eigentum verbunden sind, auf den Leasingnehmer überträgt, mit der Folge der Bilanzierung des Leasingvermögens beim Leasinggeber. IFRS-Finanzierungsleasing-Verträge sind solche Vertragsverhältnisse, die die mit dem Eigentum verbundenen Chancen und Risiken eines Vermögenswertes im Wesentlichen übertragen, wodurch das Leasingvermögen in der Bilanz des Leasingnehmers abzubilden ist.

Leveraged Buy Out

Fremdfinanzierte Unternehmensübernahme, wobei sich der Investor einen Hebeleffekt im Hinblick auf die Eigenkapitalrendite verspricht.

Management-Buy-Out / Management-Buy-In (MBO/MBI)

Übernahme eines Unternehmens durch das bestehende Management bzw. durch ein externes Management, z. B. im Rahmen einer Nachfolgeregelung oder einer strategischen Neuausrichtung.

Marktwert

Beizulegender Zeitwert (Fair Value).

Mezzanine

Finanzinstrumente, die sowohl den Charakter von Fremdkapital als auch den von Eigenkapital beinhalten; im Wesentlichen gehören dazu Nachrangdarlehen, Stille Beteiligungen, Genussscheine.

Mid Cap

Medium Capitalisation Stock. Aktien von Unternehmen mit mittlerer Börsenkapitalisierung. Mid Caps weisen meist ein geringeres Handelsvolumen auf als marktführende Titel (Blue Chips). Der Mid-Cap-Index der Deutschen Börse (MDAX) setzt sich aus 50 liquiden Aktienwerten der zweiten Reihe zusammen, die in der Rangfolge der Börsenkapitalisierung den 30 Standardtiteln folgen, die im DAX erfasst sind.

Nachrangige Verbindlichkeiten

„Quasi“-Eigenkapital, das betriebswirtschaftlich zwischen Eigenkapital und Fremdkapital angesiedelt ist. Im Verlustfall haften die Nachrangigen Verbindlichkeiten nach dem Eigenkapital; in der Regel sind sie mit einem festen Zinssatz ausgestattet, ergänzt um eine gewinnabhängige Komponente.

Neubewertungsrücklage

Rücklage zur erfolgsneutralen Erfassung von Fair-Value-Änderungen von Finanzinstrumenten.

Non-performing loans

Notleidende Kredite, bei denen der Schuldner mit der Erfüllung seiner Pflichten bereits in Verzug geraten ist, beziehungsweise die Bank aufgrund der Kreditnehmerbonität Zugeständnisse gemacht hat oder die unter strategischen Aspekten kein attraktives Rendite-/Risikoprofil aufweisen.

Operating Leasing

Leasingverhältnis, bei dem die Chancen und Risiken, die mit dem Eigentum verbunden sind, beim Leasinggeber verbleiben.

Optionen

Verbriefen ein Recht, eine festgelegte Menge eines bestimmten Basiswertes (Aktien, Währungen, etc.) von einem Vertragspartner zu einem beim Abschluss bestimmten Preis (Strike) zu kaufen (Call) oder zu verkaufen (Put).

Optionspreismodelle

Modelle zur Ermittlung des Marktwerts von Optionen.

Over-the-Counter (OTC)

Tafelgeschäft; außerbörslicher Handel nicht-standardisierter Finanzprodukte, der direkt zwischen den Marktteilnehmern erfolgt.

Participant

Participant ist derjenige, der im Rahmen einer Platzierung vom \mapsto Underwriter eine bestimmte Tranche an Wertpapieren bzw. eines Kreditbetrags übernimmt.

Patronatserklärung

Üblicherweise fällt hierunter die Verpflichtung eines (Konzern-)Mutter-Unternehmens gegenüber Dritten, für die ordnungsgemäße Geschäftsführung und die Erfüllung von Verbindlichkeiten ihrer (Konzern-)Tochter-Unternehmen Sorge zu tragen.

Portfolio

Die Gesamtheit der Anlagen einer Person/Gesellschaft, die verschiedene Vermögenswerte wie bspw. Aktien, Fondsanteile, Renten, Immobilien etc. enthalten kann.

Preferred Shares

Vorzugsaktien

Private Equity

Vorbörsliches Beteiligungskapital bzw. Investition in nicht börsennotierte Unternehmen.

Rahmenkonzept (Framework)

Das Rahmenkonzept (Framework) des International Accounting Standards Board (IASB) ist als theoretisches Fundament der Rechnungslegungsvorschriften der \mapsto International Financial Reporting Standards (IFRS) zu verstehen, in dem Grundsätze der Bilanzierung niedergelegt sind.

Rating

Beurteilung der Bonität von Unternehmen und der von ihnen begebenen Anleihen und Geldmarktpapiere durch unabhängige Agenturen; die bekanntesten internationalen Rating-Agenturen sind Fitch IBCA, Moody's und Standard & Poors. Auch die in den Banken eingesetzten Verfahren zur Bestimmung der Bonität von Kreditnehmern werden als Rating bezeichnet. Man spricht hier von bankinternen Ratingsystemen im Gegensatz zum externen Rating durch die erwähnten speziellen Agenturen.

Risikoaktiva

Diejenigen Aktivposten in einer Bankbilanz, die mit Eigenmitteln zu unterlegen sind.

Schuldscheindarlehen

Traditionelle Form der Verbriefung von Darlehensforderungen, mit der eine Fungibilität erreicht wird, die jedoch nicht mit der von Inhaberschuldverschreibungen vergleichbar ist.

Schuldverschreibung

Wertpapier, das der Kreditfinanzierung dient und Forderungsrechte verbrieft.

Securitization

Verbriefung von Kreditforderungen und Einlagenpositionen durch die Ausgabe von handelbaren Wertpapieren.

Segmentberichterstattung

Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage eines Unternehmens, aufgegliedert nach Geschäftsfeldern und nach geographischen Segmenten.

Sensitivität

Wertänderung eines Produktes bei einer Zinserhöhung um 0,01 Prozent.

Solvabilitätskoeffizient

Gibt an, welchen Anteil die Eigenmittel an der Bemessungsgrundlage mindestens haben müssen. Gegewärtig schreibt das KWG hierfür mindestens acht Prozent vor. Die Bemessungsgrundlage bilden die risikogewichteten Aktivposten und außerbilanzmäßigen Geschäfte (z. B. Eventualverbindlichkeiten) eines Kreditinstituts.

Spin-Off

Ausgliederung eines nicht mehr zum Kerngeschäft eines Unternehmens gehörenden Unternehmensteils, wobei häufig dem Management die Möglichkeit eingeräumt wird, diesen Bereich – mit Hilfe eines Finanzinvestors – zu übernehmen.

Spread

Differenz zwischen zwei Kursen oder Zinssätzen.

Stand-by-Letter-of-Credit

Garantieähnliche Zahlungsabsicherung im Auslandsgeschäft. Der Begünstigte hat das Recht, bei Vorlage bestimmter Dokumente von einer Bank Zahlung zu verlangen, wenn ein Dritter seine Zahlungsverpflichtungen nicht erfüllt.

Standing Interpretations Committee (SIC)

↳ International Financial Reporting Interpretation Committee

Stille Einlagen

Eigenkapital eines Beteiligungsgebers, der nicht in das Handelsregister eingetragen wird, dementsprechend nicht nach außen hin in Erscheinung tritt und dem i.d.R. keine Gesellschafterrechte zustehen.

Stille Reserven

Nicht explizit ausgewiesene Rücklagen, die durch die Unterbewertung von Aktiva bzw. die Überbewertung von Passiva entstehen.

Strukturierte Schuldverschreibungen

Inhaberschuldverschreibungen, deren Verzinsung und/oder Rückzahlung mit zusätzlichen Elementen verknüpft ist. Hierbei kann es sich um Optionen, wie z. B. Kündigungsoptionen, aber auch um die Anbindung an Aktien- oder Rentenindizes handeln.

Subprime Segment

Teil des Hypothekenkreditmarktes, der überwiegend aus Kreditnehmern mit geringer Bonität besteht.

Swaps

Kontrakte, die sich auf den Austausch von Objekten, Rechten etc. beziehen. Swaps gehören zu den derivativen Finanzinstrumenten.

Syndizierung

Bildung von Bankenkonsortien (Bankengruppen) zur Vergabe großvolumiger Kredite mit dem Ziel der Risikostreuung; Einsatz auch bei der Platzierung größerer Kapitalmarkt-emissionen.

Tendergeschäft

Auktionsähnliches Verfahren bei der Emission von Wertpapieren. Dabei wird kein bestimmter Ausgabekurs festgelegt, sondern nur ein Mindestkurs. Den ersten Zuschlag erhält der Zeichner mit dem höchsten Gebot, der zweite Zuschlag geht an den Zeichner mit dem zweithöchsten Gebot usw. Tenderverfahren werden insbesondere bei der Emission von Anleihen eingesetzt. Auch die Europäische Zentralbank wendet sie an, wenn sie Kreditinstituten Gelder zur Refinanzierung überlässt.

Termingeschäfte

Im Gegensatz zu Kassageschäften fallen bei Termingeschäften die Zeitpunkte des Vertragsabschlusses und der Vertragserfüllung auseinander. Es wird zwischen Vertragsparteien eine Vereinbarung getroffen, der zufolge ein Kauf/Verkauf von Finanzprodukten zu einem festgelegten Termin (in der Zukunft) zu einem fixierten Preis vorgenommen wird.

Tochterunternehmen

Übt ein Unternehmen die Beherrschung über ein anderes Unternehmen i.S.d. IAS 27 aus, so ist dies im Wege der Vollkonsolidierung in den Konzernabschluss des Mutterunternehmens einzubeziehen. Im Unterschied zur handelsrechtlichen Rechnungslegung sind nach IFRS für die Beurteilung des Beherrschungsverhältnisses nicht die formalrechtlichen Aspekte maßgebend, sondern die Verteilung von Chancen und Risiken.

Treasury

Geschäftsfeld, in dem die Aufgabenbereiche Refinanzierung und Liquiditätssteuerung, Aktiv/Passiv-Steuerung, \mapsto Fixed-Income und Eigenhandel zusammengefasst sind.

Underwriter

Konsortialmitglied, das sich gegenüber dem Emittenten bzw. gegenüber dem Kreditnehmer verpflichtet, einen bestimmten Betrag (Quote) des emittierten Wertpapiers bzw. der Kreditauszahlung zu bestimmten Konditionen zu übernehmen und an \mapsto Participants zu platzieren.

Unwinding

Erfolgswirksame Fortschreibung des Sicherheitenbarwerts zum nächsten Abschlussstichtag.

Value at Risk (VaR)

Maximal zu erwartende Wertänderung eines Portfolios aufgrund von Schwankungen der Bewertungsparameter (u. a. Zinsen, Aktienkurse, Währungskurse, Bonitäten) für einen festgelegten Zeitraum (= Halte-dauer, z. B. zehn Tage beim Marktpreisrisiko) und mit einem festgelegten Sicherheitsniveau (= Konfidenzniveau, z. B. 95 % beim Marktrisiko).

Venture Capital

Haftendes Kapital, das über einen bestimmten Zeitraum, i.d.R. verbunden mit unternehmerischer Beratung des kapitalnehmenden Unternehmens, zur Verfügung gestellt wird. Die Kapitalbereitstellung wird – im Gegensatz zur Kreditvergabe – nicht von der Existenz beleihungsfähiger Kreditsicherheiten abhängig gemacht, sondern erfolgt allein nach Maßgabe der identifizierten potentiellen Ertragschancen des kapitalnehmenden Unternehmens.

Verbriefung

Wichtiges Instrument moderner Finanzmärkte. Dabei wandeln eine oder mehrere Banken oder Unternehmen Forderungen in eine Anleihe um. Die Forderungen werden nach Risikoklasse gebündelt, an eine Zwischengesellschaft verkauft und dienen dann zur Besicherung der Anleihe, die Investoren zum Kauf angeboten wird. Den Banken oder Unternehmen fließt dadurch Liquidität zu.

Volatilität

Schwankungsbreite von Preisen, Kursen, etc.

Wertpapierpensionsgeschäfte

Kombinationen aus Wertpapier-Kassageschäften und gleichzeitigem Verkauf oder Rückkauf auf Termin mit demselben Kontrahenten.

Zinsstrukturkurven

Abbildung der Renditen von Zero-Bonds in Abhängigkeit von der Laufzeit.

Zinsswap

Beschreibt die vertragliche Vereinbarung über den Austausch von Zinszahlungsströmen in der gleichen Währung, wobei die Zahlungsströme auf einen definierten Kapitalbetrag bezogen werden. Der Kapitalbetrag wird dabei jedoch nicht getauscht. Somit wird die Art der Verzinsung (fest oder variabel) geändert, ohne das Grundgeschäft, d. h. die Anleihe oder den Kredit, zu tangieren. Dadurch kann die Liquiditätskomponente von der Zinskomponente getrennt werden.

Zu Handelszwecken gehaltene finanzielle Vermögenswerte oder Verbindlichkeiten (Held for Trading)

Unterkategorie der Haltekategorie *Erfolgswirksam zum Marktwert bewertete finanzielle Vermögenswerte oder Verbindlichkeiten* des \mapsto IAS 39 für Finanzinstrumente, die originär als zu Handelszwecken gehalten einzustufen sind.

Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte (Available for Sale)

Auffangkategorie, die alle Finanzinstrumente beinhaltet, die nicht einer der anderen Haltekategorien des \mapsto IAS 39 (*Fair-Value-Option, zu Handelszwecken gehaltene finanzielle Vermögenswerte, Kredite und Forderungen, bis zur Endfälligkeit gehaltene finanzielle Vermögenswerte*) zugeordnet wurden.

Finanzkalender

6-Monatszahlen für das Geschäftsjahr 2007/08	März 2008
9-Monatszahlen für das Geschäftsjahr 2007/08	März 2008
Hauptversammlung zum Geschäftsjahr 2006/07	27. März 2008
Vorläufige Zahlen für das Geschäftsjahr 2007/08	15. Mai 2008
3-Monatszahlen für das Geschäftsjahr 2008/09	14. August 2008
Hauptversammlung zum Geschäftsjahr 2007/08	28. August 2008
6-Monatszahlen für das Geschäftsjahr 2008/09	13. November 2008

Bei Fragen wenden Sie sich bitte an:

IKB Deutsche Industriebank AG
Kommunikation – VKR1
Wilhelm-Bötzkens-Straße 1 · 40474 Düsseldorf
Telefon +49 (0)211 8221-4511
Telefax +49 (0)211 8221-2511
E-Mail: investor.relations@ikb.de



www.ikb.de